



# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die Kriegswirtschaft Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg. Rüstungsproduktion, Mannschafts- und Offiziersersatz, Transportsystem, Ernährungs- und Finanzwirtschaft sowie Kriegssozialismus“

Verfasser

Mathias Brucker

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Geschichte

Betreuerin / Betreuer:

ao. Univ.-Prof. Dr. Lothar Höbelt

# Inhaltsverzeichnis

<b>INHALTSVERZEICHNIS .....</b>	<b>2</b>
<b>EINLEITUNG.....</b>	<b>5</b>
<b>ÖSTERREICH-UNGARNS KRIEGSWIRTSCHAFT.....</b>	<b>7</b>
<b>1. RÜSTUNGSPRODUKTION.....</b>	<b>9</b>
<b>1.1. DIE ORGANISATION DER RÜSTUNGSPRODUKTION UND INTERNATIONALER GROBMÄCHTEVERGLEICH VOR DEM KRIEG .....</b>	<b>10</b>
1.1.1. HEERESLIEFERUNGSVERTRÄGE, KRIEGSLEISTUNGSGESETZ UND AUSNAHMEVERFÜGUNGEN	10
1.1.2. INTERNATIONALER VERGLEICH MIT ÖSTERREICH-UNGARN .....	14
<b>1.2. DIE ORGANISATION DER RÜSTUNGSPRODUKTION IM KRIEG .....</b>	<b>19</b>
1.2.1. ALLGEMEINES .....	19
1.3.1. NOTVERORDNUNG UND KRIEGSWIRTSCHAFTLICHES ERMÄCHTIGUNGSGESETZ .....	22
1.3.2. ZENTRALEN.....	23
<b>1.4. DIE RÜSTUNGSPRODUKTION IM KRIEG .....</b>	<b>24</b>
1.4.1. ALLGEMEINES .....	24
1.4.2. KOHLE .....	26
1.4.3. ERDÖL.....	33
1.4.4. EISEN UND STAHL.....	33
1.4.5. SPARMETALLE.....	38
1.4.6. WAFFEN UND MUNITION .....	45
<b>1.5. ANALYSE DER WIRTSCHAFTLICHEN STRUKTUR.....</b>	<b>65</b>
<b>2. MANNSCHAFTS- UND OFFIZIERSERSATZ .....</b>	<b>70</b>
<b>2.1. DIE LAGE IM GROßEN.....</b>	<b>70</b>
<b>2.2. MANNSCHAFTEN UND OFFIZIERE ZU BEGINN DES KRIEGES.....</b>	<b>72</b>
2.2.1. ORGANISATORISCHES .....	74
2.2.2. KRIEGSBEGINN UND ERSTE VERLUSTE .....	77
<b>2.3. MANNSCHAFTS- UND OFFIZIERSERSATZ .....</b>	<b>79</b>
2.3.1. MUSTERUNGEN UND TAUGLICHKEITSGRENZEN .....	81

2.3.2. AUSTAUSCHAKTIONEN .....	82
2.3.3. AUSDEHNUNG DER LANDSTURMPFLICHT .....	83
2.3.4. GENESENE.....	83
2.3.5. AUSTAUSCH DER ENTHOBENEN .....	85
2.3.6. KRIEGSGEFANGENSCHAFTSHEIMKEHRER.....	87
2.3.7. OFFIZIERE UND OFFIZIERSERSATZ .....	88
2.3.7. STANDESENTWICKLUNG .....	89
<b>2.5. ABSCHLUSSBETRACHTUNG UND VOGELPERSPEKTIVE.....</b>	<b>93</b>
 <b><u>3. TRANSPORTSYSTEM.....</u></b>	 <b><u>95</u></b>
 <b>3.1. DIE EISENBAHN.....</b>	 <b>95</b>
3.1.1. ORGANISATION .....	98
3.1.2. DIE EISENBAHN IM KRIEG.....	101
3.1.3. FELD- UND KLEINEISENBAHNEN .....	106
<b>3.2. DAS PFERD .....</b>	<b>107</b>
<b>3.3. AUTOMOBIL UND SCHIFFFAHRT .....</b>	<b>108</b>
 <b><u>4. ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT .....</u></b>	 <b><u>110</u></b>
 <b>4.1. DIE SITUATION VOR KRIEGSAUSBRUCH.....</b>	 <b>112</b>
<b>4.2. DIE ORGANISATION DER ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT .....</b>	<b>114</b>
4.2.1. HÖCHSTPREISE .....	117
<b>4.3. DIE ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT IM KRIEG .....</b>	<b>120</b>
4.3.1. IMPORTE.....	125
4.3.2. STAATLICHE BEWIRTSCHAFTUNG: RATIONIERUNG UND KOPFQUOTEN .....	126
<b>4.4. ZUSAMMENFASSUNG.....</b>	<b>129</b>
 <b><u>5. FINANZWIRTSCHAFT .....</u></b>	 <b><u>132</u></b>
 <b>5.1. DIE FINANZEN VOR DEM KRIEG .....</b>	 <b>133</b>
<b>5.2. DIE FINANZEN IM KRIEG .....</b>	<b>136</b>
5.2.1. NOTENBANK UND INFLATION .....	137
5.2.2. KRIEGSANLEIHEN .....	143
5.2.3. STEUERN .....	144
5.2.4. KRIEGSKOSTEN .....	146
<b>5.3. „MAXIMUM SLAUGHTER AT MINIMUM EXPENSE“ .....</b>	<b>152</b>
<b>5.4. HANDELSBILANZ UND BLOCKADE .....</b>	<b>153</b>

<b><u>ABSCHLUSSBETRACHTUNG .....</u></b>	<b><u>157</u></b>
<b><u>ANHANG .....</u></b>	<b><u>161</u></b>
<b>LITERATUR.....</b>	<b>161</b>
PRIMÄRQUELLEN .....	161
AKTEN DES KRIEGSARCHIVS WIEN .....	161
SEKUNDÄRLITERATUR .....	161
<b>TABELLENVERZEICHNIS.....</b>	<b>170</b>
<b>ZUSAMMENFASSUNG .....</b>	<b>172</b>
<b>LEBENS LAUF.....</b>	<b>174</b>

# Einleitung

Die Kriegswirtschaft wandelte sich ganz enorm in dem einen Jahr nach den Kriegserklärungen des Sommers 1914, nicht nur in Österreich-Ungarn – man kann von *der* militärischen Revolution des 20. Jahrhunderts sprechen.<sup>1</sup>

Diese bestand nicht darin, dass erstmals ein totaler Krieg geführt wurde; man frage nur einen Sachsen des 17. Jahrhunderts, wie total der 30jährige Krieg denn geführt wurde. An der unfreiwilligen Beteiligung der Bevölkerung am Krieg und den daraus resultierenden wirtschaftlichen und menschlichen Opfern gemessen war dieser totaler als der Erste Weltkrieg.

Die militärische Revolution bestand auch nicht darin, dass der Krieg länger dauern sollte, als es die Experten jener Zeit voraussahen – auch wenn das die Fachliteratur immer besonders betont. Lange Kriege hat es immer gegeben, und dass sich Experten gelegentlich irren, ist ebenfalls ein Gemeinplatz.

Sie bestand auch nicht darin, dass sich erstmals Millionenheere gegenüber standen. Bei dieser Tatsache handelt es sich um ein kontinuierliches Wachstum der Heeresgrößen, das seit der frühen Neuzeit beobachtbar ist. Die beständige Heeresvergrößerung spiegelt lediglich die gestiegene Produktivität der europäischen Landwirtschaft wider sowie die damit einhergehende Vermehrung der europäischen Bevölkerung. Die Bevölkerung des uns hier besonders interessierenden Österreich-Ungarns etwa wuchs von 8 Millionen im Jahr 1700 auf 28 Millionen im Jahr 1800 und dann auf über 50 Millionen kurz vor dem Ersten Weltkrieg.<sup>2</sup>

Auch nicht die viel gerühmte neue Schnelligkeit und Beweglichkeit aufgrund von Eisenbahnen stellte eine militärische Revolution dar – sie diente lediglich dazu, die sich vergrößernden Heeresmassen zur jeweiligen Staatsgrenze zu transportieren. Von da an wurde eine Offensive wie seit eh und je auf den Füßen der Soldaten und den Hufen der Pferde voran getragen. Und tatsächlich blieb die deutsche Offensive 1914 in Frankreich stecken, obwohl es dort ein ausgezeichnetes Straßen- und Eisenbahnnetz gab, was auch ein wichtiger Grund für Schlieffens Festlegung auf einen Westfeldzug gewesen war.

---

<sup>1</sup> Diese militärische Revolution ist ausführlich beschrieben in Creveld, Martin van: „Supplying War. Logistics from Wallenstein to Patton“, Cambridge University Press, New York 2007; sie ist übrigens eine wirkliche militärische Revolution, nicht so wie jene, die alle paar Jahre von technikbegeisterten Militärs ausgerufen werden, sobald es wieder einmal ein neues Waffensystem gibt

<sup>2</sup> Kennedy, Paul: „Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500-2000“, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, Juni 2003, S. 166

Die militärische Revolution fand auch nicht auf dem Gebiet der Waffentechnik statt – bereits der deutsch-französische Krieg von 1870/71 hatte etwa den Einsatz von Maschinengewehren gesehen. Deren Wichtigkeit wurde im Übrigen von den bereits erwähnten Experten vor 1914 nicht erkannt, ja viele leugneten diese noch bis ins Jahr 1916 hinein.

Die militärische Revolution fand auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion und der damit einhergehenden ungeheuren Menge an Rüstungsgütern statt.

Dies äußerte sich folgendermaßen:

Noch in den napoleonischen Kriegen umfasste der Waffen- und Munitionsnachschub einer Armee weniger als 1% aller Versorgungsgüter. Der deutsche Soldat des Kriegs von 1870/71 kam noch mit 56 Patronen aus – so viele wie er zu Kriegsbeginn bei sich trug. Die überwiegende Menge der Versorgungsgüter einer Armee waren immer Nahrungsmittel gewesen, und hier vor allem Futtermittel. Da alle Armeen der Welt für ihre Beweglichkeit auf Pferde angewiesen waren und diese etwa die zehnfache Menge wie Soldaten verzehrten, war das Hauptversorgungsproblem aller Heere bis 1914 Futter für die Pferde. Der zweitgrößte Posten in der Versorgungsstatistik war die Nahrung für die Soldaten, dann deren Bekleidung und nur ein verschwindender Rest entfiel auf Waffen- und Munitionsnachschub.

Da die gewaltigen Lebensmittelmengen niemals aus der Heimat nachgeschoben werden konnten (auch nicht in der so genannten „Magazinkriegführung“ des 18. Jahrhunderts) bedeutete dies, dass *alle* Armeen bis 1914 vom Land lebten, durch das sie marschierten. Nur ein winziger Teil der Versorgungsgüter wurde aus der Heimat nachgeschoben – eben Waffen und Munition.<sup>3</sup> Da eine größere Truppenkonzentration auf einem Punkt sehr rasch dazu führte, dass das Umland kahl gefressen war, bestand die Schwierigkeit für *alle* Armeen vor 1914 darin, eine Truppenkonzentration auf einem bestimmten Punkt aufrechtzuerhalten ohne dabei zu verhungern. Daraus ergab sich die enorme Bedeutung von Belagerungen, welche immer ein Wettlauf mit der Zeit waren: wer verhungert zuerst? Der Belagerte oder der Belagerer?

Was sich ab dem Spätherbst 1914 änderte, war der ins Unermessliche steigende Waffen- und Munitionsverbrauch. Waren die Großmachtheere in den ersten Kriegsmonaten mit ausreichend Munition dotiert, so kam es ab Oktober zu einer sich ausweitenden Munitionskrise.

Die mit Abstand wichtigsten Nachschubsgüter, die über Wohl und Wehe einer Schlacht entschieden, waren fortan Waffen und vor allem Munition. Das Verhältnis von Nahrung zu Waffen drehte sich um. Von 1915 bis zum heutigen Tage besteht nur noch ein Bruchteil des Nachschubs einer Armee aus Nahrungsmitteln. Viel wichtiger sind Waffen, Munition und seit

---

<sup>3</sup> Gelegentlich wurden auch Nahrungsmittel nachgeschoben, allerdings nur in kleinen Mengen und in Heimatnähe.

dem Zweiten Weltkrieg Treibstoff sowie eine sich stetig vermehrende Anzahl von Betriebsmitteln und Ersatzteilen und anderen Kampfmitteln.

Diese Umkehrung stieß auch das althergebrachte Naturgesetz um, dass eine Armee ewig überleben und kämpfen konnte, solange sie sich nur ständig bewegte, von einem Gebiet ins nächste ziehend und es dabei kahlfressend. Seit 1915 ist es genau umgekehrt: eine Armee auf einen Punkt konzentriert zu versorgen ist kinderleicht, doch sobald sie sich in Bewegung setzt beginnen die Versorgungsprobleme. Zwar könnte sie sich immer noch aus dem Umland ernähren; aber sie braucht nun gewaltige Mengen an Waffen und Betriebsmitteln, die sich alle nicht vor Ort, sondern nur aus dem Hinterland nachgeschoben organisieren lassen. Hier spielen die neuen Transportmöglichkeiten eine wichtige Rolle.

Bis 1914/15 bestand jegliche „Kriegswirtschaft“ lediglich darin, hohe Staatseinnahmen zu erzielen, um damit die Armee zu bezahlen und zu versorgen sowie über ein ausreichendes Rekrutierungspotential zu verfügen.

Seit 1915 besteht die Kriegswirtschaft darin, möglichst viele Waffen und Munition zu produzieren und diese an die Front zu bringen<sup>4</sup>, die Finanzkraft wird zwar nicht bedeutungslos, tritt aber dagegen relativ zurück. Dabei ist der wichtigste Indikator für die Leistungsfähigkeit einer Kriegswirtschaft (in beiden Weltkriegen) die Stahlproduktion. Wie wichtig diese ist, zeigt gerade der Erste Weltkrieg und das Beispiel Deutschlands: obwohl die vier Alliierten<sup>5</sup> dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn 1915 an Bevölkerung und Finanzkraft gewaltig überlegen waren, erwiesen sich letztere den Gegnern mehr als ebenbürtig, da sie soviel Stahl produzierten wie die großen Vier zusammengenommen. Erst der Kriegseintritt der USA, die soviel Stahl produzierten wie ganz Europa zusammengenommen, bedeutete die Niederlage der Mittelmächte. Österreich-Ungarn war die schwächste der fünf europäischen Großmächte – die Stahlproduktion ist auch hier der Hauptfaktor. Aber gegen Italien, mit seiner noch viel niedrigeren Stahlproduktion reichte es allemal. Und so konnte sich das Habsburgerreich bis zum Zusammenbruch der Monarchie gegen diesen Gegner erfolgreich zur Wehr setzen.

### ***Österreich-Ungarns Kriegswirtschaft***

Diese Arbeit beschäftigt sich mit der Revolution in der Rüstungsproduktion und dem Nachschub – und damit auch dem Transportwesen. Doch das Thema „Kriegswirtschaft“ ist noch bedeutend weiter gefasst: gemäß dem Leitspruch jedes Rekruten des österreichischen Bundesheeres „ohne Mampf kein Kampf“ ist auch die Nahrungsmittelbewirtschaftung und -

---

<sup>4</sup> Auch der rasche Transport an die Front ist ein Ausdruck leistungsfähiger Kriegswirtschaft

<sup>5</sup> Russland, Großbritannien, Frankreich und Italien; die kleineren sind ob ihrer Unbedeutung weggelassen

versorgung der Armee und der Bevölkerung ein wesentlicher Punkt. Die kritische Nahrungsmittellage war es schließlich – durch die alliierte Blockade mit herbeigeführt – die wie nichts Anderes zum Verfall der Moral und zu wachsenden Unruhen führte. Ebenso wesentlich und von mir der Kriegswirtschaft zugerechnet ist der Mannschafts- und Offiziersersatz, handelt es sich dabei doch gemäß der Diktion jener Zeit um das unerlässliche „Menschenmaterial“. Letztendlich stellt sich nicht nur die Frage nach den Musketen, sondern auch nach den Mone-ten, welche diese bezahlen. Die Finanzierung als elementarer Bestandteil einer jeden Kriegswirtschaft wird daher ebenfalls unter die Lupe genommen. Der Autor konnte nicht widerstehen, zum Abschluss noch eine kurze Betrachtung über den „Sozialismus“, den der Krieg hervorbrachte, folgen zu lassen.

Alles in allem stellt dieses Werk den Anspruch, einen Überblick über die Kriegswirtschaft Österreich-Ungarns in allen ihren Bestandteilen zu geben; darüber hinaus bietet es stets noch den Vergleich mit anderen Großmächten. Denn was nützt das Wissen, dass die Habsburgermonarchie in einem Jahr die beeindruckend anmutende Zahl von 15 Millionen Granaten produzierte, wenn man nicht weiß, wie viel seine Gegner und Verbündeten erzeugten; das singuläre Ereignis der österreichischen Granatenproduktion ist – für sich genommen – wenig aussagekräftig. Aus diesem Grunde muss der Historiker stets vergleichen, um so eine bestimmte Erkenntnis in den historischen Kontext zu setzen und damit Verständnis zu gewinnen, welches die herausgerissene Erkenntnis so nicht gewähren würde. Ist es gar möglich, den Erkenntnisstand über Österreich-Ungarn im ersten Weltkrieg da und dort einer Revision zu unterziehen?



# 1. Rüstungsproduktion

„1914 ließ sich zunächst von keiner europäischen Macht sagen, dass ihre Industrie und Wirtschaft wirklich auf den Krieg eingestellt gewesen wären. Es hatte zwar Aufrüstungsschübe gegeben und einen forcierten Ausbau strategischer Eisenbahnlinien. So gut wie alle Staaten hatten auch Ausnahmeverfügungen für den Kriegsfall vorbereitet, die den Übergang zur Kriegswirtschaft sicherstellen sollten.“<sup>6</sup> Doch diese waren bestenfalls als unzureichend zu bezeichnen. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, da ja die meisten Staatenlenker von einer kurzen Dauer des Krieges überzeugt waren. Zwar gab es Unkenrufe von so namhaften Persönlichkeiten wie dem älteren Moltke<sup>7</sup>, der schon Jahrzehnte vor dem Krieg vorhergesagt hatte, dass das nächste Ringen der europäischen Staaten sich nicht mehr einhegen lassen werde, wie dies in den bismarckschen Kriegen der Fall war, sondern zu einem gewaltigen und langwierigem Gemetzel ausarten würde; doch die überwältigende Mehrheit der „Experten“ glaubte an einen kurzen Krieg. Und so trachteten die Ausnahmeverfügungen der Mächte lediglich danach, die Wirtschaftsführung in einem kurzen Krieg zu ermöglichen. Was für verheerende und nicht wieder wettzumachende Konsequenzen das falsche Planen der Wirtschaft und des Krieges gehabt hatte, wurde erst ersichtlich, als im vorangeschrittenen Jahr 1915 auch der letzte Optimist von einem langen Krieg überzeugt worden war. Doch da waren gewaltige Gütermengen bereits verschwendet und tausende Facharbeiter tot auf den Schlachtfeldern zurückgeblieben; die Einbußen für die Kriegswirtschaft waren unwiederbringlich, die Belastungen für den Staat wurden dadurch noch erhöht.

Zwar kann man es keiner Großmacht vorwerfen, dass sie so eine grobe Fehleinschätzung beging; schließlich irrten alle anderen mit ihr. Dennoch stellt sich die Frage, ob man nicht zumindest die Option eines langen Krieges hätte ernsthaft in Erwägung ziehen können; denn selbst wenn man mit einem kurzen Krieg rechnet, ist es unvernünftig, einen langen Konflikt kategorisch auszuschließen. Bismarck etwa hatte für solch einen Fall stets einen Plan B – wenn auch einen politisch-diplomatischen und keinen wirtschaftlichen.<sup>8</sup> Die Wege des Krieges sind unergründlich, das lernt man schon beim sonntäglichen Strategiebrettspiel. Das keiner der so genannten und selbsternannten verantwortlichen „Experten“ einen längeren Krieg

---

<sup>6</sup> Rauchensteiner, Manfred: „Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg“, Verlag Styria, Graz 1993, S. 137

<sup>7</sup> Ferguson, Niall: „The Pity of war. 1914-1918“, Penguin Books, London 1999, S. 8f

<sup>8</sup> 1866 etwa bereitete er eine Revolution und Sezession Ungarns vor für den Fall, dass sich der Krieg gegen Österreich ausweiten sollte. Siehe Taylor, A.J.P.: „Bismarck. The Man and the Statesman“, Chapter IV

zumindest ernsthaft in Erwägung gezogen hatte, nimmt doch Wunder, und ist höchstens durch solche Allgemeinplätze wie die Starrheit der militärischen Eliten oder die vermeintliche (in manchen Bereichen auch tatsächliche) Neuartigkeit eines solchen Krieges zu erklären, was aber höchst unbefriedigend ist.

## ***1.1. Die Organisation der Rüstungsproduktion und internationaler Großmächtevergleich vor dem Krieg***

### **1.1.1. Heereslieferungsverträge, Kriegsleistungsgesetz und Ausnahmeverfügungen<sup>9</sup>**

Dreierlei waren die Vorkehrungen des Habsburgerreiches für die Eventualität eines Krieges, allesamt in den Jahren vor 1914 geschaffen oder auf eine neue Grundlage gestellt. Chronologisch gesehen bildeten die Heereslieferungsverträge mit ihrer rechtlichen Grundlage von 1909 den Anfang; bedeutender als diese war allerdings das 1912 erlassene Kriegsleistungsgesetz, welches die Basis für die nach 1914 erfolgende Kontrolle der Wirtschaft war; und natürlich gab es Ausnahmeverfügungen für den Kriegsfall, denn bekanntlich ist ein Krieg eine einzige große Ausnahme.

War auch das Kriegsleistungsgesetz die wichtigste Maßnahme, so bildeten doch die Heereslieferungsverträge den Anfang:

„Neben dem Kriegsleistungsgesetz von 1912 waren die Heereslieferungsverträge eine weitere Maßnahme der Heeresverwaltung, um die Lieferung von Ausrüstungsgegenständen schon in Friedenszeiten langfristig zu sichern. Derartige Verträge wurden entweder mit einzelnen Firmen oder mit Heereslieferungsgesellschaften abgeschlossen.

Die rechtliche Form dieser Verträge wurde nach einer Verordnung des Gesamtministeriums vom 3. April 1909 betreffend die Vergebung staatlicher Lieferungen und Arbeiten, gestaltet.“<sup>10</sup>

Dieses Gesetz sollte Lieferungen und Arbeiten für das Militär im Mobilisierungs- und Kriegsfall sicherstellen. Doch das Gesetz widmete sich vor allem Textil- und Lederwaren. Zwar war

---

<sup>9</sup> Riedl, Richard: „Die Industrie Österreichs während des Krieges“, Hölder-Pichler-Tempsky AG, Wien 1932, S. 3fff

<sup>10</sup> Meelich, Helmut: „Die Kriegswirtschaft Österreich-Ungarn 1914-1918. Wirtschaftsorganisation und Versorgungspolitik im Ersten Weltkrieg“, Dissertation an der Wirtschaftsuniversität Wien 1976, S. 33; Das betreffende Gesetz ist als Reichsgesetzblatt Nr. 61 1909 publiziert.

die Bekleidung der Soldaten in allen Kriegen bis zum Ersten Weltkrieg gleich nach Futter und Essen das wichtigste Versorgungsgut gewesen, doch nun sollte sie nur noch einen verschwindenden Bruchteil der Versorgungsgüter ausmachen. Ein weiteres Beispiel dafür, dass niemand mit der militärischen Revolution, der Wichtigkeit von Industrie und Technik, rechnete.

Die Heereslieferungsverträge<sup>11</sup> waren ein Mittel des Staates, die Versorgung der Armee mit Ausrüstungsgegenständen aller Art schon in Friedenszeiten zu sichern. Sie wurden mit verschiedensten privaten Firmen abgeschlossen. Im Mobilmachungsfall sollten die festgelegten Lieferungen um das zwei- bis dreifache erhöht werden. Die Idee war, dass sich die Privatwirtschaft schon im Frieden auf gesteigerte Lieferungen einstellen konnte. Abgesehen davon, dass die Heereslieferungsverträge bei weitem nicht ausreichten, um den Bedarf des Krieges zu decken, wiesen sie weitere erhebliche Mängel auf: Die Hälfte aller Aufträge sollte an Klein- gewerbetreibende vergeben werden, um den Mittelstand zu fördern; doch da ein Kleinbetrieb seine Produktion nicht ebenso rasch und effizient ausweiten kann wie ein Großbetrieb, bedeutete das für den gestiegenen Heeresbedarf im Krieg einen entscheidenden Nachteil. Weiters war die Rohstoffbeschaffung Sache der Heereslieferanten, welche im Fall des Imports aus dem Ausland durch das Kriegsministerium genehmigt werden musste; zudem gab es keinerlei Verpflichtung oder Vorkehrung, um Vorräte anzulegen oder sie im Bedarfsfall rasch zu organisieren. Dies alles führte dazu, dass bei Kriegsausbruch kaum Reserven vorhanden waren und auch keine zügig beschafft werden konnten. Außerdem blieb die durch die Rohstoffimporterschwerung erhoffte Steigerung der Inlandsproduktion aus.

Zu den Heereslieferungsverträgen und den gesteigerten Rüstungsausgaben gesellte sich am 26. Dezember 1912 das Kriegsleistungsgesetz, dass eine effiziente Kriegsführung auch an der Heimatfront gewährleisten sollte. Es war eine Ergänzung zum neuen Wehrgesetz, welches das jährliche Rekrutenkontingent erhöht und die Präsenzpflcht von drei auf zwei Jahre verkürzt hatte. Das Kriegsleistungsgesetz sollte helfen, von willkürlich gefassten Maßnahmen zu geregelten Vorschriften zu gelangen, sodass Rechtssicherheit und Verständlichkeit herrsche.<sup>12</sup> Es war eine Kodifizierung des Staatsnotrechts, eine Festlegung der Rechte des Militärs sowie der Lasten, die der Bevölkerung auferlegt werden konnten.<sup>13</sup> Im Wesentlichen war es „nur eine Zusammenfassung und [...] Aufzählung der durch das Militär zu beanspruchenden Leistun-

---

<sup>11</sup> Reinschedl, Manfred: „Die Aufrüstung der Habsburgermonarchie von 1880 bis 1914 im internationalem Vergleich. Der Anteil Österreich-Ungarns am Wettrüsten vor dem Ersten Weltkrieg“, Peter Lang GmbH, Frankfurt am Main 2001, S. 182ff

<sup>12</sup> Müller, E.M.: „Das Leistungswesen Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg“, Diplomarbeit an der Universität Wien 1973, S. 11

<sup>13</sup> Reinschedl, S. 185ff

gen und eventuelle Ausweitungsmöglichkeiten dieser.“<sup>14</sup> Vor allem ging es darum, was die Armee alles beschlagnahmen durfte. Fortan konnte nicht nur im eigentlichen Kriegsgebiet requiriert werden, sondern im gesamten Staatsgebiet – das war völlig neu. Auch eine Arbeitsdienstpflicht wurde beschlossen.<sup>15</sup> Außerdem sollten beanspruchte Güter und Dienstleistungen durch eine Entschädigung ersetzt werden.<sup>16</sup> Freilich wurde die Privatwirtschaft noch nicht organisiert und vollständig erfasst. Aber man kann erkennen, dass zumindest einige der verantwortlichen Militärs und Politiker ahnten, dass der nächste Krieg anders sein würde als die letzten, etwa das „Duell unter Freunden“ 1866 oder das kleine „Missgeschick“ von 1859. Zuallermindest sollte die Donaumonarchie besser vorbereitet sein als sie das in den letzten Kriegen gewesen war.

Das Kriegsleistungsgesetz hatte einen großen Nutzen: die betroffenen Unternehmen, die Bevölkerung und auch die Verwaltungsbehörden und das Militär konnten sich nun bereits vor dem Anwendungsfall vorbereiten, sodass im Krieg selbst die Bestimmungen des Kriegsleistungsgesetzes rasch umgesetzt werden konnten. Es war also eine Maßnahmenklärung im Vorhinein, welche die Ausnahmeverfügungen für den Kriegsfall kundtun sollte, sodass man sich darauf einstellen konnte.

Wie der Krieg aber demonstrieren sollte, war das Kriegsleistungsgesetz im besten Falle mangelhaft. Denn anstatt kriegswirtschaftliche Organisationen zu schaffen, konnte das Militär einfach in Betriebe hineinregieren wie es ihm passte. Der Begriff „das Militär“ täuscht dabei Einheitlichkeit vor; doch das Gegenteil war der Fall: unzählige militärische Kommanden befahlen noch unzähligere Eingriffe in die Wirtschaft, die nicht nur wirtschaftlich ineffizient waren, sondern aufgrund der militärischen Geheimnispflicht auch noch intransparent und undurchschaubar.

„Als Ergänzung zum Kriegsleistungsgesetz wurden ebenfalls schon im Frieden Ausnahmeverfügungen erlassen, die die beteiligten Behörden und militärischen Stellen darüber unterrichten sollten, welche konkreten Aufgaben sie im Kriegsfall zu erfüllen hatten.“<sup>17</sup> Dabei ging es etwa um Presse- und Telegrafenkontrolle, oder aber – was sehr wichtig war – um Einfuhr-, Durchfuhr- und Ausfuhrverbote. Diese wurden dann in den ersten Kriegstagen auch auf den Verbündeten angewandt, das Deutsche Reich, was bei manchen Unternehmern zu erheblichen

---

<sup>14</sup> Meelich, S. 30

<sup>15</sup> §4 des Gesetzes vom 26. Dezember 1912, RGBl. 236, betreffend die Kriegsleistungen

<sup>16</sup> §3 desselben Gesetzes

<sup>17</sup> Reinschedl, S. 189

Schwierigkeiten führte. Hervorzuheben ist, dass kein Handelskrieg geplant war, da der normale Warenaustausch auch mit Feindstaaten weitergeführt werden sollte; nur bestimmte Güter – etwa Waffen und Munition – sollten nicht mehr gehandelt werden. Für den heutigen Betrachter mit dem Wissen um die beiden Weltkriege muss das ein interessantes Zeichen für das liberale Zeitalter sein, welches im „Großen Krieg“ unterging.

Die Errichtung eines Kriegsüberwachungsamtes zur Kontrolle dieser Ausnahmeverfügungen war schon Jahre vor dem Krieg angedacht worden, doch die mit diktatorischer Gewalt bürokratische Hindernisse rasch umgehende Behörde scheiterte am Widerstand des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza. So wurde keine Zentralstelle geschaffen, die mit diktatorischer Macht die gesamte Kriegswirtschaft geleitet hätte. Das Kriegsüberwachungsamt sollte dann im Krieg lediglich polizeiliche Aufgaben wahrnehmen und blieb auf Österreich und Bosnien und Herzegowina beschränkt.<sup>18</sup>

Bei Ausbruch des Krieges gab es keine Wirtschaftsplanung, sondern lediglich das die Rechte des Militärs – aber eben auch die allgemeine Verwirrung – ausdehnende Kriegsleistungsgesetz sowie die Heereslieferungsverträge, die aber das genaue Gegenteil von wirtschaftlich allumfassend waren. Das Kriegsüberwachungsamt griff so gut wie gar nicht in die Kriegswirtschaft ein.

Über „die zahlreichen organisatorischen Schwierigkeiten, denen man in den letzten Jahren vor dem Krieg bis zum neuen Wehrgesetz von 1912 einfach nicht Herr zu werden schien“ schreibt Mario Christian Ortner: es gab zwar eine Menge von Notbehelfen, Adaptierungen und Improvisationen,

„allgemein gültige Zielvorgaben existierten jedoch nicht oder wurden bereits unmittelbar nach Inkrafttreten neu definiert. Selbst am Beginn der Planungsphase war eine eindeutige Festlegung der Reorganisationsziele kaum möglich. Die Gründe dafür sind natürlich nicht der Artillerie oder der militärischen Führung bzw. der Heeresverwaltung allein anzulasten. Folgt man den einzelnen im Beisein des Kaisers abgehaltenen Sitzungen bzw. den im Vorfeld gelaufenen Korrespondenzen, dann treten die unterschiedlichen Standpunkte markant zutage. Die Dreiteilung der Armee in zwei Landwehren und das gemeinsame Heer mit den daraus resultierenden unterschiedlichen politischen Zuständigkeiten machte schon aufgrund der mit jeder Reorganisation verbundenen Kosten eine Einigung äußerst schwierig. Darüber hinaus waren die Forderungen des Generalstabschefs in strategisch-taktischer Hinsicht, der Standpunkt des Außenmi-

---

<sup>18</sup> Scheer, Tamara: „Das Kriegsüberwachungsamt“, Diplomarbeit an der Universität Wien 2004; Scheer, Tamara: „Kontrolle, Leitung und Überwachung des Ausnahmezustandes während des Ersten Weltkriegs. Ausnahmeverfügungen und Kriegsüberwachungsamt“, Dissertation an der Universität Wien 2007

nisters und des Thronfolgers sowie jener des Kaisers zu berücksichtigen. Dass die Beschlüsse, sofern sie überhaupt zustande kamen, damit in der Regel bereits einem sehr schwierigen, mit unzähligen Zugeständnissen verbundenen Kompromiß entsprachen, ist verständlich. Die damit jeweils angestrebten Organisationsformen genügten bestenfalls den aktuellen Bedürfnissen und waren bereits kurz darauf wiederum überholt. Mit der Wehrreform von 1912 schien vorerst der große Wurf gelungen, doch unterzog man die darin enthaltenen organisatorischen Maßnahmen [...] bereits nach wenigen Monaten vor allem hinsichtlich des zeitlichen Ablaufs zahlreichen ‚Nachbesserungen‘.“<sup>19</sup>

Zwar schreibt Ortner dies in Bezug auf die Artillerie, doch man kann hier getrost vom Speziellen auf das Allgemeine schließen. Denn was hier auf die Artillerie zutrifft, gilt auch für den Rest der Streitkräfte.

### 1.1.2. Internationaler Vergleich mit Österreich-Ungarn

Durch den Eindruck der Balkankriege hatte Österreich-Ungarn umfangreiche Vorkehrungen und Vorbereitungen für einen Krieg getroffen – allerdings als reine Vorsichtsmaßnahme. Was das Militär und österreichische Politiker schon seit vielen Jahren gefordert hatten, wurde nun umgesetzt, nachdem in Wien und auch in Budapest ein Umdenken einsetzte – das Tisza wieder ungarischer Ministerpräsident wurde, spielte da auch eine große Rolle. Auch die Ungarn empfanden nun ein gewisses gestiegenes Sicherheitsbedürfnis, da Budapest die Stärkung der beiden Nachbarn Serbien und Russland mit Sorge betrachtete.<sup>20</sup> So wurde ab 1912 für österreichische Verhältnisse massiv gerüstet.<sup>21</sup>

Zum Vergleich die **Rüstungsausgaben** der Mittelmächte und der beiden späteren Kriegsgegner Österreich-Ungarns in Millionen Kronen in den Jahren 1910 und 1914:

---

<sup>19</sup> Ortner, Mario Christian: „Die Österreichisch-Ungarische Artillerie in den Jahren von 1867 bis 1918. Organisation, Kampfverfahren, technische Entwicklung und Kampfverfahren“, Dissertation an der Universität Wien, 2005, S. 222f

<sup>20</sup> Rothenberg, Gunther: „The Army of Francis Joseph“, Purdue University Press, West Lafayette, Indiana 1998, S. 164f

<sup>21</sup> Das zeigen alle diesbezüglichen Statistiken, ganz gleich ob jene Taylors, Kennedys, Rothenbergs, u.v.m.

**Tabelle 1: Rüstungsausgaben 1910 und 1914 (in Millionen Kronen)<sup>22</sup>**

	Österreich-Ungarn	Deutschland	Russland	Italien
1910	418	1536	1521	586
1914	873	2659	2117	677

Aus dieser Tabelle wird deutlich, wie weit Österreich-Ungarn in seiner Rüstung nicht nur seinem Bundesgenossen, dem Deutschen Reich, und seinem Hauptgegner, Russland, hinterherhinkte; denn selbst das bestenfalls als halbe Großmacht anerkannte Italien gab vor 1912 mehr für seine Rüstung aus, als die Doppelmonarchie. Dies änderte sich erst mit dem Aufrüstungsschub von 1912-1914. Österreich-Ungarn gab nun mehr für seine Landesverteidigung aus als Italien, und gemessen an den russischen Verteidigungsausgaben hatte sich das Wehrbudget von einem knappen Drittel auf knapp die Hälfte vergrößert.

Bevor wir uns dem Kriege selbst widmen, muss noch ein wichtiges Faktum herausgestrichen und betont werden: Österreich-Ungarns Armee befand sich seit 1912 in einer Aufbau- und Umrüstungsphase. Das bedeutete etwa, dass der Artilleriepark vergrößert wurde, aber alte Geschütztypen noch nicht ausgemustert wurden, da die neuen Waffen noch nicht in ausreichender Zahl vorhanden waren. Für die Rüstungsproduktion in einem – aus damaliger Sicht potentiellen – Krieg bedeutete das, dass man Ersatzteile und vor allem Munition nicht nur für einige wenige Waffentypen produzieren musste, sondern auch für die unzähligen alten Muster. Das verkomplizierte die Waffenproduktion erheblich, und durch diese Komplexität wurde die Produktion bedeutend eingeschränkt. Freilich kann man den Effizienzverlust nicht in Zahlen fassen; „was wäre wenn...“-Opportunitätskosten exakt auszudrücken ist ein Ding der Unmöglichkeit; ich wage auch keine Schätzung, da man höchstens einen unseriösen Annäherungswert erreichen könnte. Jedenfalls nagte die Ineffizienz an der Stärke der habsburgischen Wehrmacht.

Auch das jährliche Rekrutenkontingent, und damit die Reserve ausgebildeter Mannschaften, war jahrzehntelang gleich geblieben und wurde erst ab 1912 schrittweise erhöht. Doch dazu mehr im Kapitel über Mannschafts- und Offiziersersatz.

---

<sup>22</sup> Taylor, A.J.P.: „The Struggle for Mastery in Europe 1848-1918“, S. xviii; aber auch andere Statistiken namhafter Historiker kommen zu annähernd gleichen Ergebnissen; der Vollständigkeit halber seien auch die Zahlen für die beiden anderen europäischen Großmächte erwähnt, auch wenn sie mit Österreich-Ungarn nicht direkt in Konflikt gerieten und daher für diese Arbeit nur von geringer Bedeutung sind: Großbritannien: 1632/1843; Frankreich: 1258/1378 (Zahlen jeweils für die Jahre 1910/1914)

Die Aufrüstung und Heeres- und Reservenvergrößerung wäre frühestens gegen Ende der Zehnerjahre abgeschlossen worden.

Betrachtet man nur die innere Lage Österreich-Ungarns und nicht die internationale, so wird klar ersichtlich, dass sich die Habsburgermonarchie zu einem höchst ungünstigem Zeitpunkt in einen Krieg stürzte. Berücksichtigt man nur den eigenen Landesverteidigungsaufwand, so wäre ein Krieg frühestens 1918 weitaus sinnvoller gewesen. Doch die Entscheidung zum Krieg fiel, weil man beurteilt hatte, dass die Gegner noch weit stärker rüsteten und es trotz der gerade erst angelaufenen Umrüstungsphase besser wäre, jetzt als später Krieg zu führen; später fiel man im Kräftevergleich noch weiter zurück.<sup>23</sup>

Auf die Gefahr hin, sich bei einer „was wäre wenn...“ Diskussion auf nanometerdünnes Eis zu begeben, so soll doch die Sinnhaftigkeit dieser Beurteilung hinterfragt werden. Betrachtet man lediglich die obige Tabelle über die Rüstungsausgaben 1910/1914, so wird ersichtlich, dass Österreich-Ungarn den mit Abstand stärksten Rüstungsschub zu verzeichnen hatte, nämlich mehr als eine Verdoppelung des Wehretats; und das war erst der Anfang: nachdem das Verteidigungsbudget und das jährliche Rekrutenkontingent jahrzehntelang auf niedrigem Niveau dahingedümpelt war, kam es nach 1912 zu einem einer Großmacht würdigem Aufrüstungsschub, der erst um 1920 abgeschlossen sein würde. Zwar hätte das Habsburgerreich in absoluten Zahlen nicht das weit größere Russland eingeholt; doch zumindest der Abstand hätte sich verringert und Italien wäre weit hinter Österreich-Ungarn zurückgeblieben. Zumindest mittelfristig hätte die Zeit für die Mittelmächte, insbesondere für das Habsburgerreich gearbeitet. Dafür spricht auch die folgende Tabelle:

**Tabelle 2: Prozentueller Anstieg des Nettosozialproduktes von 1898 bis 1913<sup>24</sup>**

Ö-U	GB	It	D	R	F
90,9	40,0	82,7	84,2	96,8	59,6

Diese Tabelle zeigt, dass das Habsburgerreich nach Russland die rascheste Entwicklung in den zwei Hochkonjunkturjahrzehnten vor dem Großen Krieg hatte. Auch in diesem Lichte betrachtet erscheint es fragwürdig, ob die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung Österreich-Ungarn nicht eher relativ gestärkt hätte, zumindest im Vergleich zu allen anderen Großmächten außer Russland. Ein Detail am Rande: die relativ stagnierenden späteren Westalliierten

<sup>23</sup> Herwig, Holger H.: „The First World War. Germany and Austria-Hungary 1914-1918“, Arnold, a member of the Hodder Headline Group, London and New York 1997, S. 18, 23, 29; Ferguson S. 106

<sup>24</sup> Ferguson, S. 44



hatten – betrachtet man rein strategische Großmachtpolitik – durchaus ein Anliegen, eher früher als später gegen die späteren Mittelmächte zu schlagen, welche in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung in großen Schritten auf- bzw. überholten.

Da mit einer Aufrüstung eine Kraftanstrengung für die gesamte Volkswirtschaft verbunden ist – irgendjemandes Moneten müssen ja die ganzen Musketen bezahlen – ist ein Blick auf die Rüstungsausgaben hilfreich:

**Tabelle 3: Rüstungsausgaben in Prozent des Volkseinkommens im Durchschnitt der Jahre 1910-1913<sup>25</sup>**

Österreich-Ungarn	Deutschland	Russland	Italien	Frankreich	Großbritannien
2,6%	4,0%	5,7%	3,2%	4,1%	4,1%

Der Erste Weltkrieg war ein Krieg der Volkswirtschaften; das lässt sich zwar von vielen Kriegen behaupten, aber dieser erste sowohl wirtschaftlich total als auch industriell geführte Krieg erreichte schon eine neue Qualität. Es bietet sich ein Blick auf das Volkseinkommen der Großmächte an, um daran einen volkswirtschaftlichen Kräftevergleich zu erhalten. Dieser sei aber dem letzten Kapitel dieses Buches vorbehalten.

Lassen wir das Volkseinkommen also einmal außen vor. Denn dieses verschleiert in erheblichem Ausmaß die wahren militärischen Kräfteverhältnisse, denn es gibt noch andere Faktoren zu berücksichtigen, wenn man das Kriegspotential einer Großmacht erfassen will. Das sind zunächst einmal die geostrategische Lage sowie die Bevölkerungsanzahl und davon abgeleitet die potentielle und tatsächliche Rekrutenzahl; dazu kommt aber noch die Industrieproduktion, wobei der Stahlausstoß als bester Indikator für industriell-militärische Macht heranzuziehen ist. Aus diesem Grunde wird dem Leser nun eine weitere Tabelle zugemutet:

**Tabelle 4: Stahlproduktion der europäischen Mächte 1913 (in Millionen Tonnen):<sup>26</sup>**

Österreich-Ungarn	Deutschland	Russland	Italien	Frankreich	Großbritannien
2,6	17,6	4,8	0,93	4,6	7,7

<sup>25</sup> Broadberry, S. 78

<sup>26</sup> Kennedy, Paul: „Aufstieg und Fall der großen Mächte“, S. 310; andere Angaben in der Fachliteratur weichen nicht unwesentlich von jenen Kennedys ab. Doch der Gesamteindruck bleibt derselbe, auch wenn die Angaben etwas auseinander gehen. Jedenfalls für Österreich-Ungarn stimmt die Zahl exakt. Erwähnt sei ferner noch, dass die mit Abstand stärkste Macht, „the blind spot of Europe“, die USA waren, die 1913 mit 31,8 Mio. Tonnen Jahresstahlproduktion etwa soviel erzeugten, wie der Rest der Welt zusammengekommen.

Aus dieser Tabelle ergibt sich nun ein vollkommen anderes Bild und nebenbei auch der Hauptgrund, warum die Mittelmächte so lange gegen eine nur scheinbar schiere Übermacht bestehen konnten: Deutschland erzeugte so viel Stahl wie der Rest Europas zusammengekommen. Und auch für das Habsburgerreich ergibt sich ein viel weniger tristes, man kann schon fast sagen, vorteilhaftes Bild: der eine Hauptgegner, Italien, produzierte nur einen Bruchteil der Stahlmenge Österreich-Ungarns; der andere Hauptgegner, Russland, produzierte zwar fast doppelt soviel Stahl, doch Russland musste seine Kräfte spalten und zumindest ebenso viele Ressourcen gegen Deutschland aufwenden wie gegen Österreich-Ungarn. Wenn man die russische Erzeugung mehr als halbiert (auf etwa 2 Mio. Tonnen; Deutschland war schließlich der weit stärkere Gegner) und dann noch die italienische hinzunimmt (etwa 1 Mio. Tonnen), so zeigt sich, dass die Donaumonarchie bei der Stahlproduktion etwa so stark war wie ihre Gegner. Die Vorkriegsstahlproduktion ist insofern ein guter Indikator, als alle Mächte ihre Heeresgrößen vervielfachten – insbesondere durch schlecht ausgebildete neue Truppen – doch eine enorm gesteigerte Stahlerzeugung ließ sich nirgendwo aus dem Boden stampfen. Im Gegenteil: der Stahlausstoß der meisten Länder litt sogar unter dem Krieg, insbesondere jener Frankreichs, da Deutschland im August 1914 einen Großteil seines Schwerindustriegbietes besetzt hatte. Doch Österreich-Ungarn gelang das kleine Wunder, 1916 mehr Stahl zu produzieren als 1913/14, und das ohne sich große Stahlindustrien angeeignet zu haben wie Deutschland in Belgien und Frankreich.<sup>27</sup>

Diese Kräfteverhältnisse muss sich ein ausgewogener Beobachter der strategischen Gesamtlage von 1914 vergegenwärtigen, um zu verstehen, wie die Mittelmächte sich so lange halten konnten und den Krieg nach dem Ausfall Russlands sogar gewonnen hätten, wären die USA nicht aufgrund einer deutschen Fehlkalkulation in den Krieg eingetreten.<sup>28</sup> Bevölkerungsmäßig, volkswirtschaftlich, finanziell und vor allem auch an der Truppenstärke gemessen war die Entente haushoch überlegen. Doch es waren in erster Linie Munitionsmengen und daher Stahlproduktion, die über den Ausgang des Krieges entschieden. Das beste Symbol für die besondere Bedeutung des Materials gegenüber dem Menschen ist das Maschinengewehr: von nur wenigen Soldaten bedient, entfaltet es die Feuerkraft eines ganzen Zuges, der in der Regel 30-60 Mann stark ist; so sparte man Soldaten, indem man sie durch technische Innovation und industrielle Kapazität ersetzte. Das Jahr 1914 ist so die Scheidelinie in der militärischen Ge-

---

<sup>27</sup> Wohlgermerkt, die belgische Stahlindustrie auszubeuten war durch den Krieg unergiebig geworden; aber immerhin konnte Deutschland die belgischen Kohlelagerstätten ausbeuten. Ferguson, S. 251

<sup>28</sup> Stevenson, David: „1914 1918. The History of the First World War“, Penguin Books, London 2005, S. 311f; Ferguson, S. 329

schichte der Welt: ging es bis zum Weltkrieg in erster Linie darum, größtmögliche Menschenmassen gegen seinen Gegner zu konzentrieren, so wurden ab hier in großem Ausmaß Menschen durch Technik – also durch erhöhten Kapitaleinsatz – ersetzt. Dies ist, zusammen mit den anderen bereits im Vorwort erwähnten Umständen, *die* militärische Revolution der Weltgeschichte. Und diese ist ganz klar auf die seit dem späten 18. Jahrhundert langsam und schrittweise entstandene industrielle Leistungsfähigkeit zurückzuführen.

## **1.2. Die Organisation der Rüstungsproduktion im Krieg<sup>29</sup>**

### **1.2.1. Allgemeines**

Am 25. Juli 1914 traten die Verpflichtungen des Kriegsleistungsgesetzes in Kraft und am 1. August wurden 77 Güter – faktisch alle kriegswirtschaftlich bedeutsamen Waren – mit Ausfuhrverboten belegt. Doch „Kriegswirtschaft“ wurde damals anders verstanden als seither: nur die Deckung des Heeresbedarfs galt als Kriegswirtschaft, was mit dem Hinterland und der Zivilbevölkerung geschah – ob etwa ihre Nahrungsmittelversorgung gesichert war – interessierte das Militär nicht. Warum auch, die letzten Kriege waren ja auch ohne Einschnitte für die Zivilbevölkerung geplant und geführt worden. Und wieso sollte es bei diesem kabinettsmäßig begonnenen Krieg anders sein?

Als Ausgangspunkt für das Wesen und die Schwierigkeiten der Regierung während des Krieges müssen wir in das Frühjahr 1914 blicken: aufgrund der schwierigen Mehrheitsverhältnisse im österreichischen Parlament in Wien, die mehr als nur einem Ministerpräsidenten Kopfzerbrechen bereiteten, sistierte der amtierende Ministerpräsident Graf Stürgkh den Reichsrat und regierte fortan ohne Parlament, nur auf die Autorität des Kaisers gestützt. Dies geschah, wie Joseph Redlich nach dem Krieg schrieb, aus „nichtigen Gründen“<sup>30</sup> (freilich, aus den sich später auftuenden Problemen erschienen die Probleme vor dem Krieg nur als Problemchen). Im Vergleich zum ungarischen Ministerpräsidenten Istvan Tisza blieb Stürgkhs Macht jedoch bescheiden wie eh und je; jener konnte sich nämlich auf eine starke Mehrheit im Budapester Parlament stützen. Was für Stürgkh Widerstand gegen seine Politik bedeutet hatte, war für Tisza eine Legitimationsquelle.

---

<sup>29</sup> Dieses Kapitel stützt sich immer wieder auf „Meelich: „Die Kriegswirtschaft Österreich-Ungarn 1914-1918. Wirtschaftsorganisation und Versorgungspolitik im Ersten Weltkrieg“, das zurecht als Standardwerk in dieser Hinsicht gelten kann; nicht jedes Detail wird also zitiert werden, da ansonsten der geduldige Leser in einer Fußnotenflut ertränke, unnötigerweise, wie der Autor meint.

<sup>30</sup> Redlich, Joseph: „Österreichische Regierung und Verwaltung im Weltkriege“, Hölder-Pichler-Tempsky AG, Wien 1925, S. 259

Als es mit Ausbruch des Krieges darum ging, die Verwaltung und Wirtschaft des Krieges zu organisieren, ergab sich nun folgende komplizierte Situation. Als offensichtlicher gestärkter Machtfaktor trat das Armeeoberkommando (AOK) unter faktischer Leitung Conrad von Hötzendorfs auf den Plan, dem es alsbald vollends gelang, sich das Kriegsministerium (KM) untertan zu machen.<sup>31</sup> Die österreichische Regierung war schwach und stimmte allen Vorschlägen des KM/AOK zur Militarisierung der Gesellschaft und Wirtschaft zu; so wurde in den „im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder“ (wie die österreichische Reichshälfte vor 1915 offiziell hieß) eine Militärdiktatur errichtet. Die Aufgabe der Regierung bestand – überspitzt ausgedrückt – lediglich darin, zu den Wünschen des Militärs „Ja und Amen“ zu sagen und eine Vermittlerrolle einzunehmen zwischen der bald in Zentralen organisierten Industrie und Landwirtschaft auf der einen und dem KM auf der anderen Seite.<sup>32</sup>

In Ungarn war die Kriegsanstrengung zwar nicht wesentlich geringer als in Österreich, aber die Magyaren widersetzten sich allen Bestrebungen des Militärs, die erstehende Kriegswirtschaft zentral zu lenken und die Kontrolle des Militärs auf den Gesamtstaat auszudehnen. Dies gelang Tisza Kraft der Legitimität durch das ungarische Parlament – mit Ausnahme der Schwerindustrie und den mit dieser zusammenhängenden Zentralen, welche der Kontrolle des Kriegsministeriums unterstellt wurden.<sup>33</sup> Die wirklichen Machtfaktoren waren also das AOK und die ungarische Regierung, oder um es auf Personen zuzuspitzen: Conrad von Hötzendorf und Tisza.<sup>34</sup> Über allen thronte der Kaiser, der sich – das Gesamtreich und die Jahrhunderte im Auge habend – weniger als alle anderen von Partikularinteressen oder gar – Gott behüte – Nationalismen leiten ließ und somit selbst ohne seinen vorsichtigen Konservatismus eine ausgleichende Rolle spielte. Alle erkannten freilich die Bedeutung des Krieges, aber Tisza sorgte sich vor allem um Ungarn; Conrad ging es nur um die Kriegsanstrengung, und sofern er sich für das österreichisch-ungarisches Verfassungsleben nach dem Krieg interessierte, wollte er – selbst deutschnational – eine Zementierung der Vormacht der Deutschen und Magyaren im Reich und eine stärkere Anlehnung an das Deutsche Reich.<sup>35</sup>

Gerd Hardach fasste es gut und prägnant zusammen:

„Im Bereich der unmittelbaren Heeresversorgung betrieb man in Österreich von Kriegsbeginn an eine strikte Militarisierung der Wirtschaft. Waffen- und Munitionsfabriken und andere

---

<sup>31</sup> Redlich, S. 200

<sup>32</sup> Redlich, S. 199

<sup>33</sup> Broadberry, Stephen; Harrison, Mark (Hrsg.): „The Economics of World War I“, Cambridge University Press, Cambridge 2005, S. 90

<sup>34</sup> Redlich, S. 139

<sup>35</sup> Peball, Kurt (Hrsg.): „Conrad von Hötzendorf. Private Aufzeichnungen“, Amalthea-Verlag, Wien 1977, S. 102

kriegswichtige Betriebe wurden nach dem Kriegsleistungsgesetz von 1912 militärischer Kontrolle unterstellt. Dadurch erhielt das Kriegsministerium die Möglichkeit, Waffen, Munition usw. durch direkte Anweisung ohne den Umweg über den Preismechanismus (aber natürlich gegen Entschädigungen) an sich zu ziehen. Im übrigen betraf die militärische Kontrolle vor allem die Arbeiterschaft: Die Arbeiter eines militarisierten Betriebes waren an den Arbeitsplatz gebunden und militärischer Disziplin und Gerichtsbarkeit unterworfen. Außerhalb der eigentlichen Rüstungsfabriken begann ab Ende 1914 die staatliche Intervention mit der Einrichtung einer Rohstoffbewirtschaftung nach deutschem Muster. Auf den zunehmenden Mangel reagierte die Staatsverwaltung schließlich 1917 in der für deutschsprachige Länder nicht untypischen Weise einer umfänglichen Kriegswirtschaftsorganisation, die sich einerseits auf die Ministerialbürokratie („Generalkommissariat für Kriegs- und Übergangswirtschaft“ im Handelsministerium, „Kommission für Kriegs- und Übergangswirtschaft“ als interministerielle Koordinierungsstelle), andererseits auf neu geschaffene Selbstverwaltungsverbände der privaten Wirtschaft stützte. Bei dieser Entwicklung wird man unwillkürlich an Robert Musils ‚Mann ohne Eigenschaften‘ erinnert, denn es kam offenbar mehr auf die Vollständigkeit der Organisation als auf das praktische Ergebnis an [...]. Die direkten Produktionsanweisungen der Heeresverwaltung sowie die Zuweisung von Arbeitskräften, Rohstoffen und Kohle waren de facto die wesentlichen zentralen Leitungsinstrumente. Ungelöst blieb in der Kriegswirtschaftspolitik bis zum Schluß die unkontrollierte Parallelität von Heeresverwaltung und für die allgemeine zivile Wirtschaftspolitik zuständigen Ressorts, ferner als besonderes Problem der Habsburger-Monarchie der wirtschaftspolitische Partikularismus der beiden Reichshälften Österreich und Ungarn, der sich unter Druck der gemeinsamen Not nicht milderte, sondern im Gegenteil verschärfte.“<sup>36</sup>

Es ist nahe liegend, das durch eine verkomplizierte Struktur sowie die Teilung der Zentralgewalt sich Nachteile ergaben für eine nachhaltige und wohl koordinierte Kriegsanstrengung. Der Keim für den bedeutsamsten Nachteil war lange vor dem Krieg gesetzt worden, durch die Verfassung von 1867.

Solange die Märkte funktionierten, spielte der Dualismus keine wirtschaftliche Rolle, sondern nur eine politische und finanzielle. Doch die Märkte wurden abgeschafft oder doch zumindest weitgehend eingeschränkt; das bedeutete, dass es keine Mechanismen gab, die über die Allokation von Ressourcen monarchieweit entschieden, wodurch sich eine Menge Probleme ergaben. Dabei will ich jetzt gar nicht von der Unmöglichkeit der effizienten Planung der Volkswirtschaft durch fehlbare und nicht alles wissende Menschen – oft „Experten“ genannt – re-

---

<sup>36</sup> Hardach, Gerd: „Der Erste Weltkrieg“, in: „Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert“, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1973, S. 82ff

den<sup>37</sup>, sondern ich möchte nur auf den Dualismus selbst hinweisen. Dieser bedeutete de facto eine Verdoppelung des Verwaltungsaufwandes. Als wäre das noch nicht schlimm genug, warf die Verfassung von 1867 noch ein weiteres Problem auf: die Ressourcenallokation spiegelte das politische Gleichgewicht innerhalb der Doppelmonarchie wieder, aber dabei wurden wirtschaftliche Notwendigkeiten fast immer ignoriert und der Politik geopfert. Als allgemeine Regel kann man das Budget für die gemeinsamen Angelegenheiten betrachten, welches die Lasten Österreichs und Ungarns nach den letzten Ausgleichsverhandlungen auf 63,6 zu 36,4 festsetzte. Das war dann auch die Leitlinie für die Teilung von Ressourcen zwischen den beiden Reichshälften. Das bedeutete eine enorme wirtschaftliche Ineffizienz. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: die österreichische Textilindustrie war der ungarischen der Größe nach um das 10 bis 15-fache überlegen, doch die Politik entschied, dass Österreich nur 3mal soviel Baumwolle erhalten dürfte wie Ungarn. So wurde die ungarische Textilindustrie massiv unterstützt, doch nur um den Preis einer viel zu geringen Auslastung österreichischer Fabriken, welche weitgehend unter ihren Kapazitäten produzierten. Die Folge war ein Absinken der gemeinsamen Produktionsmenge. Das legt nahe, dass es mit der „Zwei-Staaten-Theorie“ doch so einiges auf sich hat, gerade in den letzten Jahren des Reiches, der Zeit des Krieges. Eine effiziente Wirtschaft wurde den politischen Gegebenheiten geopfert, was Produktionseinbußen und eine künstliche – d.h. vom Menschen unnötigerweise geschaffene – Verminderung der Kriegsanstrengung bedeutete; und das vor dem Hintergrund des Überlebenskampfes der Monarchie.<sup>38</sup>

### **1.3.1. Notverordnung und kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz**

Sobald der Krieg begann setzte die Militarisierung Österreich-Ungarns ein. Der §14 des Staatsgrundgesetzes, die Notverordnung, wurde fortan angewendet; sie erlaubte es der Gesamregierung (und damit indirekt dem KM) Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen.<sup>39</sup>

Ungarn nutzte die Gelegenheit der Not- und Ausnahmesituation, um die Bänder zur westlichen Reichshälfte zu zerschneiden und einen „Sonderweg“ zu gehen. Doch in Österreich gewann das Militär eine enorme Macht, nicht nur an den Fronten, sondern im ganzen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben auch im Hinterland.

Dabei stellten sich der Kriegsregierung und dem Militär zunächst eine, bald auch eine zweite Aufgabe. Jene war vorhergesehen, diese allerdings nicht. Die vorausgesehene und auch be-

---

<sup>37</sup> Hayek, August Friedrich von: „The Road to Serfdom“, The University of Chicago Press, Chicago 1994 und „The Fatal Conceit“, Routledge 11 New Fetter Lane, London 1988

<sup>38</sup> Broadberry, 90f

<sup>39</sup> Redlich, S. 113

reits gründlich geplante Aufgabe war es, im Zusammenspiel von Regierung und Militär eine militärische Diktatur für die Dauer des Krieges zu schaffen – dafür war das Kriegsleistungsgesetz kreiert. Die zweite – nicht vorhergesehene – war die sich bald aufdrängende Notwendigkeit des Eingreifens in die Volkswirtschaft, um erst den gewaltig steigenden Nachschub und die Versorgung der Armee, später auch jene der Bevölkerung zu gewährleisten.<sup>40</sup>

Dieser Aufgabe stellte sich nun die Regierung: in die Volkswirtschaft einzugreifen, um den Krieg ebenso zu nähren wie die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen und dabei die Lasten zumindest halbwegs gleichmäßig zu verteilen (was immer auch gleichmäßig bedeuten mag).

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer staatlich organisierten Kriegswirtschaft war das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz.

„Eine in knappen Worten gehaltene kaiserliche Verordnung vom 10. Oktober 1914 war der Versuch, die Unordnung und die Verunsicherung, die auf allen wirtschaftlichen Gebieten durch die regellose Anwendung des Kriegsleistungsgesetzes von Seiten militärischer Stellen hervorgerufen worden war, in ein System wirtschaftlicher Ordnung zu bringen. Man wollte den gesetzlichen Rahmen schaffen, um die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen koordiniert zu wissen.“<sup>41</sup>

### 1.3.2. Zentralen

Um dieselbe Zeit wurden auch die ersten Rohstoffzentralen nach deutschem Muster errichtet. In Deutschland war nämlich schon am 9. August 1914 die „Kriegsrohstoffabteilung“ auf Initiative Walter Rathenaus gegründet worden.<sup>42</sup> Genau wie das deutsche Vorbild sollten auch die österreichischen Zentralen die Rohstoffbeschaffung sicherstellen.

Die rechtliche Grundlage für die Schaffung von Zentralen war die kaiserliche Verordnung vom 10. Oktober 1914 gewesen. Das „Fehlen eines allumfassenden Wirtschaftsplanes“<sup>43</sup> sollte damit behoben werden. Also wurde hier erstmals ein einheitlicher Wirtschaftsplan angedacht, wenngleich die Umsetzung auch auf sich warten ließ bzw. nur scheibchenweise erfolgte.

Obwohl die Zentralen in Österreich-Ungarn letztendlich dem Handelsministerium unterstanden (welches die letzte Entscheidung fällte), waren sie doch insofern private Organisationen, als ihr Kapital privaten Quellen (also in aller Regel Unternehmen) entstammt. Da sie aber

---

<sup>40</sup> Redlich, S. 157

<sup>41</sup> Meelich, S. 52

<sup>42</sup> Rathenau, Walter: „Deutschlands Rohstoffversorgung“, Berlin 1916, S. 12

<sup>43</sup> Meelich, S. 52

eben doch dem Staat unterstanden, entstand eine neue Gesellschaftsform, die „gemeinnützige Aktiengesellschaft“<sup>44</sup>. Dieser gemeinnützige Charakter sollte dadurch unterstrichen werden, dass höchstens eine Dividende von 5 oder 6% ausgeschüttet werden durfte; darüber hinaus gehender Gewinn sollte erst als Rücklage dienen und nach dem Krieg gemeinnützigen Zwecken zufließen.

Die Zentralen übernahmen „nach und nach die Leitung des gesamten wirtschaftlichen Lebens in Österreich, sowohl der Produktion als auch der Konsumption, [...] so daß zuletzt das Prinzip der wirtschaftlichen Verkehrsfreiheit im österreichischen Staatsgebiete nur mehr als seltene Ausnahme [...] vorkam.“<sup>45</sup> (Freilich, sieht man von dem noch freien Markt ab, der weiterexistierte, aber als Schwarzmarkt ganz fürchterlich verpönt war.)

Insgesamt gab es 91 Kriegszentralen. 20 davon für Nahrungs-, 15 für Textil- und je 13 für die Aufbringung und Erzeugung von Metallen und chemischen Produkten. Weiters gab es Zentralen für Leder, Holz Papier, Steine und Handel – das gesamte kriegsrelevante wirtschaftliche Leben wurde erfasst; und es war fast alles kriegsrelevant.

Die Zentralen waren aber nicht nach einem einheitlichen Muster geschaffen; so gab es die Zentralen in der Form von Aktiengesellschaften, als GmbHs, als staatliche Verwaltungsanstalten, oder sie wurden in Anlehnung an bereits bestehende kartellierte Industrieorganisationen geschaffen. Im Allgemeinen war jede Zentrale ein auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage bestehendes „ausführendes Organ der Staatsverwaltung, die von ihr mit staatlichen Zwangs- und Hoheitsrechten ausgestattet waren.“<sup>46</sup>

## **1.4. Die Rüstungsproduktion im Krieg**

### **1.4.1. Allgemeines**

Nachdem wir das Nervensystem der Kriegswirtschaft – ihre Organisation – durchleuchtet haben, wenden wir uns jetzt ihrem Rückgrat zu: der Metallerzeugung. Dies ist das Kernstück einer jeden Arbeit über die Kriegswirtschaft in den beiden Weltkriegen, insbesondere aber des Ersten – Technik und Kraftstoffproduktion waren noch nicht so bedeutend – denn ohne Metalle wäre jedwede Kriegswirtschaft unmöglich. Bei den Metallen ist es wiederum der Stahl, der die entscheidende Rolle spielt. Für seine Erzeugung sind außer Eisen und Kohle auch noch zahlreiche andere Metalle erforderlich, sodass der Stahl – als Aggregat gesehen – die

---

<sup>44</sup> Meelich, S. 48

<sup>45</sup> Redlich, S. 180

<sup>46</sup> Löwenfeld-Russ, Hans: „Die Regelung der Volksernährung im Kriege“, Hölder-Pichler-Tempsky, Wien 1926, S. 75



wichtigste Kennziffer für die kriegerische Leistungsfähigkeit eines Staates im Weltkrieg darstellt.

„Patronen, Gewehre, Kanonen; Bomben und Minen; Lokomotiven und Waggons; Flugzeuge und Kriegsschiffe; Stahlhelme und Essgeschirr; Schuhnägel und Pferdebeschlagung; Sensen und landwirtschaftliche Maschinen: Stahl und Eisen. Ohne sie kein Krieg, keine Schlacht, kein Gefecht, kein Schuß! [...]

Eisen und Stahl: Ohne Kohle keine Produktion. Ohne Lokomotiven und Waggons, ohne Fördergeräte jeglicher Art keine Kohlen- und Erzförderung. [...] Ohne Glühlampendraht kein Licht; ohne Heubündeldraht keine Ernte; [...] ohne Stahl keine Schienen, ohne Stahl keine Autos, ohne Eisen keine Uniformknöpfe, ohne Metall nicht einmal Orden!“<sup>47</sup>

Alle Großmächte hatten Probleme bei der Mannschaftsmobilisierung und der Kriegsfinanzierung, aber es sollte jenes Bündnis gewinnen, das über mehr Stahl verfügte, und das waren bis zum Kriegseintritt der USA am 6. April 1917 die Mittelmächte.

Großbritannien stand an der Jahreswende 1916/17 kurz vor dem finanziellen Kollaps, was zwar keineswegs seine Kriegsanstrengungen beendet, diese aber deutlich zurechtgestutzt hätte, weil England dann keine Güter mehr in Übersee hätte kaufen können.<sup>48</sup> Vor allem die USA als wichtigster Handelspartner hätten ihre Lieferungen eingestellt (schließlich trieb England Handel mit privaten Unternehmen, finanziert durch Kredite privater Bankhäuser, die keiner zwingen konnte, mit dem Vereinten Königreich weiter Geschäfte zu machen).<sup>49</sup> Da die Alliierte Kriegsanstrengung ganz entscheidend von den Lieferungen aus den USA abhing und zu allem Überduss sich Russland im Jahre 1917 regelrecht auflöste – sein Staat genauso wie seine Armee – ist es glasklar, dass die Zentralmächte den Krieg 1917, spätestens aber 1918 gewonnen hätten, aber natürlich nur ohne Kriegseintritt der USA. Dann hätte es einen Frieden gegeben – vermutlich auch in Versailles unterzeichnet – der den Besiegten womöglich noch weit härtere Bedingungen auferlegt hätte, als sie dann von den tatsächlichen Siegern den Mittelmächten aufgebürdet wurden. Aus der inneren politischen Schwäche Deutschlands heraus hätte das Reich allen internen Forderungen nachgeben und drakonische Bestimmungen gegen die Verlierer durchsetzen müssen – selbst nicht in der Lage, einen großzügigen Frieden zu gewähren, der die deutsche Vorherrschaft genauso gebracht hätte, nur weniger brutal. Aber

---

<sup>47</sup> Meizlik, Heinrich: „Die Eisenbewirtschaftung im Ersten Weltkrieg. Die Planwirtschaft des k.u.k. Kriegsministeriums“, Verlag A. Schendl, Wien 1977, S. 28

<sup>48</sup> Stevenson, S. 255ff; Ferguson, S. 328f

<sup>49</sup> Stevenson, S. 255ff

wir verlieren uns in wichtigen, wenngleich nicht mit dem Hauptthema verbundenen Zusammenhängen.

Jedenfalls war es der Stahl, der Deutschland – und im Schlepptau Österreich-Ungarn, das etwa ein Siebtel der deutschen Stahlmenge erzeugte – 1917 um Haaresbreite den Sieg gebracht hätte, wenn die deutsche Führung im Jänner 1917 nicht so brillant kalkuliert hätte, wie man die Alliierten über den Umweg der Ressourcenabschneidung Englands mittels uneingeschränktem U-Boot-Krieg in die Knie zwingen könnte.

#### 1.4.2. Kohle

„Die Eisen- und Stahlproduktion ist in erster Linie eine Funktion der Belieferung mit Koks und Kohle.“<sup>50</sup> Betrachten wir daher zunächst die Kohlerzeugung. Da Kohle der bei weitem wichtigste Energieträger für Militär und Rüstung war (die Erdölindustrie steckte noch in den Kinderschuhen, waren Autos und Lkws im zivilen Bereich doch noch von sehr geringer Bedeutung), kommt ihr als Blut, das durch den Wirtschaftskörper pulsierte und diesen am Leben hielt, eine herausragende Bedeutung zu. Denn ohne Kohle gab es weder Eisen noch Stahl und damit keine Waffen und Munition, und auch kein funktionierendes Transportsystem.

Die gesamte verfügbare Kohlemenge vom letzten Friedensjahr (1913) bis zum Anfang vom Ende, den chaotischen Zuständen nach dem Sommer 1918, interessiert hierbei am meisten:

**Tabelle 5: Gesamte verfügbare Kohlemenge (in Millionen Tonnen)<sup>51</sup>**

Jahr	1913	1914	1915	1916	1917	1918 (bis Juli)
Produktion	48,7	42,5	40,4	43,6	41,4	ca. 19

Diese Zahlen umfassen die drei wichtigsten Kohlearten Steinkohle, Braunkohle und (Steinkohlen-)Koks, dabei entfällt etwas mehr als die Hälfte auf Steinkohle, knapp die Hälfte auf Braunkohle und der Rest – rund 5% - auf Koks.

Folgendes fällt auf: nach einem schweren Schlag 1914/15 erholte sich die Kohleproduktion 1916, ohne das Friedensergebnis wieder zu erreichen; danach fiel die Kohlemenge langsam aber stetig ab. Der Tiefpunkt 1915 wurde aber erst 1918 wieder erreicht. Es sei hier angemerkt, dass aufgrund der höheren Kohlemenge 1917 im Vergleich mit 1915 der Rückgang in

---

<sup>50</sup> Mejzlik, S. 436

<sup>51</sup> Hohmann-Herimberg, Emil: „Die Kohlenversorgung in Österreich während des Krieges“, Hölder-Pichler-Tempsky, Wien 1925, Anhang Tabelle 24, 4; ich habe die Zahlen für die Gesamtmenge lediglich zusammenge-rechnet und gerundet

der Rüstungsindustrie durch andere Gründe als den Kohlemangel erklärt werden muss. Denn selbst im ersten Halbjahr 1918 nahm die Kohlemenge nicht erheblich ab. Betrachten wir als nächstes diese Zahlen im Detail, wenngleich nur der Vollständigkeit halber.

**Tabelle 6: Steinkohle (in Millionen Tonnen)<sup>52</sup>**

<u>Jahr</u>	<u>Erzeugung</u>	<u>Einfuhr</u>	<u>Ausfuhr</u>	<u>Verfügbare Gesamtmenge</u>
1913	16,3	11	1,8	25,5
1914	15,4	8,3	1,6	22,1
1915	16,1	7,4	2,1	21,4
1916	17,6	7,9	1,9	23,6
1917	16,8	6,3	1,4	21,7
1918 (bis Juli)	7,4	3,2	0,7	9,9

**Tabelle 7: Braunkohle (in Millionen Tonnen)**

1913	27,5	0,3	7,2	20,6
1914	23,8	0,2	5,8	18,2
1915	22	0,2	5,1	17,1
1916	23,2	0,2	6	17,4
1917	21,6	0,1	4,6	17,1
1918 (bis Juli)	10,3	fast 0	2	8,3

**Tabelle 8: Koks (in Millionen Tonnen)**

<u>Jahr</u>	<u>Steinkohlekoks</u>	<u>Braunkohlekoks ist fast nicht vorhanden</u>
1913	2,6	
1914	2,2	
1915	1,9	
1916	2,6	
1917	2,6	
1918	keine Daten vorhanden	

<sup>52</sup> Die Zahlen für diese drei Tabellen sind aus oben erwähntem Werk Hohmann-Herimbergs entnommen. Popovics' Zahlen (S. 114) weichen davon allerdings um rund ein Viertel ab

Zwei Statistiken muss ich den überstrapazierten Nerven des geduldigen Lesers noch zumuten; es geht um die Effizienz der Kohlearbeiter.

**Tabelle 9: Kohlenproduktion (in Millionen Tonnen)<sup>53</sup>**

<u>Jahr</u>	<u>Menge</u>	<u>Arbeitstage</u>	<u>Tagesproduktion</u>
1913	43,8	311	0,141
1914	39,2	311	0,126
1915	38,1	311	0,123
1916	40,8	311	0,132
1917	38,4	310	0,123
1918	26,2	234	0,112

**Tabelle 10: Produktion je Arbeiter (in kg)<sup>54</sup>**

<u>Jahr</u>	<u>Arbeiter</u>	<u>Tagesleistung je Arbeiter</u>
1913	126.209	1.238
1914	118.811	1.060
1915	105.958	1.156
1916	108.554	1.209
1917	120.000	1.032

Nachdem 1914 rund ein Viertel der Bergarbeiter zum Militärdienst einberufen wurden sank die Kohleerzeugung gegen Ende dieses Jahres auch dementsprechend ab.<sup>55</sup> Als man sich im Verlauf des Jahre 1915 endlich zu der Erkenntnis durchrang, dass der Krieg lange dauern würde und man eine drastische Verminderung der Rüstungsproduktion nicht hinnehmen konnte, versuchte man, Facharbeiter – so auch Bergwerkarbeiter – vom Militärdienst zu befreien und an ihre alten Arbeitsplätze zurückzuführen, wo diese Spezialisten einen weit höheren Nutzen hatten denn als Kanonenfutter an der Front. Doch da waren viele schon gefallen, verwundet, erkrankt oder gefangen genommen. So konnte man den Fehler des Sommers 1914, einen guten Teil der Facharbeiterschaft der kriegswichtigen Industrien einzuberufen, nicht

<sup>53</sup> Homann-Herimberg, Anhang, Tabelle 21

<sup>54</sup> Homann-Herimberg, Anhang, Tabelle 30

<sup>55</sup> Wegs, Robert J.: „Die österreichische Kriegswirtschaft 1914-1918“, Verlag A. Schendl, Wien 1979, S. 84

mehr wirklich wettmachen. Unerfahrene Arbeiter mussten die gelernten Spezialisten ersetzen, sofern diese überhaupt ersetzt werden konnten – darunter litt die Produktion.

Der erneute Rückgang der Produktion (gesamt und je Arbeiter) seit 1917 – nach einer Erholung 1916 – ist dann auf die einsetzende Erschöpfung der Arbeiterschaft durch allzu lange Schichtdienste und schlechte Versorgung zurückzuführen. Doch der Kohlepreis hatte sich insgesamt wegen der relativ geringen Produktionseinbußen von 1914 bis Anfang 1917 nur etwa verdoppelt, was angesichts der noch stärkeren Abwertung der Krone schon erstaunlich ist.<sup>56</sup> Das lässt darauf schließen, dass sich die Kohleknappheit nicht allzu sehr verschlimmert hat und ist ein Indiz dafür, dass die Kohleknappheit in den Fabriken auf eine andere Ursache zurückzuführen ist, nämlich das sich stetig verschlechternde Transportsystem.

Fast synchron zur Kohleentwicklung Österreich-Ungarns verlief jene Deutschlands, nur ausgehend von einem weit höheren Niveau. Von einem Steinkohlenäquivalent von 209 Millionen Tonnen 1913 ging die deutsche Produktion bis 1917 auf 181 zurück (die Gesamtkohlemenge ist von 1913: 277 auf 1917: 263 Millionen Tonnen zurückgegangen). Dazu kam aber, dass Deutschland im Krieg weit weniger exportierte als zuvor, und zudem die belgischen Kohlelagerstätten ausbeuten konnte.<sup>57</sup>

Im Oktober 1914 wurde die Kohleversorgungskommission in Österreich gegründet, im Jahr darauf auch eine in Ungarn. „Im Gegensatz zu den Metallindustrien, wo das KM die wichtigsten Dienststellen für sich allein in Anspruch nahm, behielten die zivilen Regierungsstellen während des ganzen Krieges ihre Kontrolle bei Kohle bei.“<sup>58</sup> Um Kohle bestmöglich zuzuteilen, wurde ein Prioritätensystem eingeführt, das alle Kohlebezieher in drei Prioritätsgruppen einteilte:

„Die erste Gruppe umfasste Betriebe, welche direkt für das Heer, Rüstungsbetriebe und Eisenbahnen erzeugten. Die Gruppe 2 umfasste solche Betriebe, die für das Heer produzierten, aber nicht in Gruppe 1 aufgenommen waren, und alle Elektrizitätswerke, welche an Kriegsartikel herstellende Firmen Strom lieferten. Kasernen, Spitäler, Militärdepots, Gaswerke und alle anderen Elektrofirmer waren in Gruppe 3 zusammengefaßt. Die Anzahl der Eisenbahnwaggons für jede Gruppe war festgesetzt und jene für die Gruppe 1 wurden zur Gänze beladen, bevor

---

<sup>56</sup> Wegs, S. 84, 86

<sup>57</sup> Goebel, Otto: „Deutsche Rohstoffwirtschaft im Weltkrieg. Einschließlich des Hindenburg-Programms“, Deutsche Verlagsanstalt, Berlin 1930, S. 32

<sup>58</sup> Wegs, S. 82

eine Verladung für Gruppe 2 begonnen wurde. Das Ergebnis war, daß die Gruppe 3 fast nie eine angemessene Kohlenmenge erhielt“<sup>59</sup>.

Naturgemäß funktionierte dieses Gruppensystem nicht sehr gut aufgrund eines inhärenten Informationsmangels: wie sollte man die relative Bedeutung einer Firma innerhalb einer Gruppe feststellen? So wurde das System Ende 1917 modifiziert: das Ministerium für öffentliche Angelegenheiten beteilte nun die Verbraucher mit jener Kohlenmenge, welche jene vor dem Gruppensystem verbraucht hatten. Das bedeutete eine Verringerung der verfügbaren Kohlenmenge der Gruppen 1 und 2 um mindestens 17%. Wer aber über entsprechendes Vitamin B verfügte, konnte nach wie vor eine höhere Kohlenzuweisung erhalten, bzw. eine geringere Kürzung erwirken.<sup>60</sup> Ob solch ein System effizient ist, indem nicht so sehr kriegsökonomische Notwendigkeit überzeugt, sondern der Lobbyist mit den besten Kontakten, ist gelinde gesprochen fraglich. Das gilt aber natürlich nicht nur für die Kriegswirtschaft.

Volkswirtschaft ist auch die Zuteilung von Ressourcen – und diese sind immer knapp. Da Kohle die wichtigste kriegsnotwendige Ressource war, bedeutete deren Knappheit die schmerzlichste Hemmung. Doch der Mangel an Kohle war von Anfang an gegeben und wurde durch den Krieg und die (schlechte) Kohlenorganisation höchstens noch verschlimmert. Österreich-Ungarns industrielle Wirtschaft war einfach nicht stark genug, um den steigenden Ansprüchen eines Materialkrieges gerecht zu werden. Und eine erhebliche Erhöhung etwa der Kohleerzeugung ließ sich während des Krieges auch nicht so einfach aus dem Boden stampfen, da im Krieg naturgemäß ein noch größerer Personal- und Kapitalmangel eintrat, als er schon vor dem Krieg herrschte.

Man darf aber bei dem Katzenjammer über die Kohleknappheit des Habsburgerreiches nicht seine relative Position im Konzert der Mächte vergessen. Werfen wir einen Blick auf die Kohleproduktion der Mächte 1913. Freilich, Deutschland mit 277 Millionen und Großbritannien mit 292 Millionen Tonnen Jahreserzeugung spielten in einer anderen Liga als die Donaumonarchie mit 47 Millionen. Doch schon Frankreich lag mit 40 Millionen Tonnen hinter Österreich-Ungarn, ebenso wie die beiden Hauptgegner der Habsburger: Russland produzierte 1913 lediglich 36 Millionen Tonnen Kohle und die Erzeugung Italiens war überhaupt vernachlässigbar – es stützte sich aufgrund mangelnder eigener Kohlevorkommen auf den Import, was auch ein gewaltiger Hemmschuh für seine Stahlproduktion war.<sup>61</sup>

---

<sup>59</sup> Wegs, S. 83

<sup>60</sup> Wegs, S. 83

<sup>61</sup> Kennedy, S. 323

Ein Beispiel sei aus den Akten des Kriegsministeriums herausgegriffen:

Vor dem Hintergrund eines neuen massiven Rüstungsprogramms, dass auch das Habsburgerreich durchführen wollte, und den seit Ende 1916 ständig zunehmenden und immer lästiger werdenden Mangelercheinungen, ziehen diverse Stellen in den ersten Monaten 1917 Bilanz.

Das Militärkommando Prag konstatiert einen drohenden Kohlemangel „in einer Anzahl technischer Etablissements, deren Versagen den Nerv der Armee sehr fühlbar tangieren würde.“<sup>62</sup>

Das Militärkommando bemerkt des Weiteren kritisch, dass für Unterhaltung (Kinos, Theater, Cafés) nach wie vor ausreichend Kohle vorhanden sei. Und auch der Antisemitismus kommt auf seine Kosten, wenn höchst kritisch bemerkt wird: „Auffallend war insbesondere im verflossenen Jahre die grosse [sic!] Anzahl von Kurgästen aus Ungarn, meist dem mosaischen Glaubensbekenntnis angehörig.“<sup>63</sup> Doch das ist freilich nur ein Detail am Rande. Bezeichnend

ist aber, dass die Beamten und Militärs die Schuld an allen Problemen sowie das Versagen der Kriegsanstrengung gerne auf Spekulanten, Kriegsgewinnler und ab und an auch auf Juden abwälzen wollten. So beschwerte sich etwa die Zentraltransportleitung beim Eisenbahnlinienkommando in Wien, dass es vorkomme, „dass die Produzenten, bezw. die Kohlegrosshändler [sic!] willkürlich vorgehen und sich vielfach nur vom geschäftlichen Standpunkte leiten lassen.“<sup>64</sup> Was bedeutet denn dieser Satz? Die Kohleanbieter hielten sich nicht an die staatlich diktierte Organisation und Abgabevorschrift, sondern sie belieferten jene Betriebe, die aufgrund des größten Bedarfes und ihrer größten Effizienz den größten Preis zu zahlen bereit waren. Dies ist nicht „willkürlich“ sondern im Gegenteil entspricht den Gesetzen des Marktes und damit der Effizienz. Wer Kohle am besten und effizientesten gebrauchen kann zahlt auch den höchsten Preis. Entsteht etwa eine Kohleknappheit in einer effizient arbeitenden Granatenfabrik, so wird diese gewillt sein, einen höheren Preis zu bezahlen, um die gewinnträchtigen Granaten weiter produzieren zu können, die ihnen der Staat abkauft. Greift allerdings der Staat in die natürliche Ordnung ein und verfügt, dass der Rüstungsbetrieb Skoda nur eine festgesetzte Menge Kohle erhalten darf, so begibt er sich in ein Dilemma: er versucht, Verbrauch, Produktion und Distribution zu planen, was an einem inhärenten Informationsmangel des planwirtschaftlichen Systems zu immer größer werdenden Ineffizienz führt und schließlich scheitern muss. Wäre es anders, wäre die Sowjetunion nicht zu Grunde gegangen.

---

<sup>62</sup> KA KM-HR, 1917, Abt. 7, Karton 1023, 11041

<sup>63</sup> KA KM-HR, 1917, Abt. 7, Karton 1023, Bericht des k.u.k. Militärkommandos in Prag vom 28. Februar 1917, S. 6

<sup>64</sup> KA KM-HR, 1917, Abt. 7, Karton 1023, ZTL.Nr. 13.083

Doch kommen wir zur Kohle und nach 1917 zurück: immerhin erkannten manche verantwortlichen Stellen die Hauptgründe für den Kohlemangel (nur die Reihenfolge war unklar):

Am öftesten wurde der Ernährungsmangel der Facharbeiterschaft und damit einhergehend jener aller anderen Arbeiter genannt. Die Arbeitszeiten wurden immer länger um die Produktionsausfälle auszugleichen, während die Lebensmittelrationen mehr und mehr gekürzt wurden. Dadurch ging die Leistungsfähigkeit der Arbeiter zurück und rund ein Fünftel aller Bergarbeiter war ständig krank.

Ein weiteres seit 1914 bestehendes Problem war, dass zahlreiche Facharbeiter eingezogen wurden; viele wurden dann zwar enthoben und an ihren angestammten Arbeitsplatz zurückversetzt, doch nicht wenige waren bereits gefallen. Ein weiteres damit zusammenhängendes Problem war, dass Enthobene nicht zur Arbeit einrückten, weil die Arbeitsbedingungen in der Heimat als so unwirtlich empfunden wurden, dass viele lieber im Militärdienst verblieben.<sup>65</sup>

So war der Arbeiterstand in der Kohleproduktion 1917 noch 18% unter jener des Vorkriegsstandes.<sup>66</sup> Die Kriegsgefangenen waren nur ein mangelhafter Ersatz, da ihnen sowohl die Qualifikation als auch die Motivation fehlte. Zwar konnte man Druck auf sie ausüben, doch es zeigte sich, dass im Falle des völligen Fehlens innerer Motivation ein Mensch kaum zu konstruktiver Arbeit zu bewegen ist – eine weitere interessante Lektion dieser Kriegswirtschaft.

Weiters wurde der Waggonmangel und damit die einsetzende Transportkrise erwähnt: die produzierte Kohle konnte nicht mehr zur Gänze abtransportiert werden und stapelte sich bei den Kohlefördergruben.

Als letztes Problem wurde auch immer wieder auf Organisationsmängel hingewiesen. Doch die Bürokratie reagierte in ihrer typischen Weise: kam es zu Ineffizienzen aufgrund der Bürokratie und des organisatorischen Apparates, so brauchte man einfach noch mehr Bürokratie, Organisation und Kontrolle. Als sich dann noch größere Probleme ergaben beschloss man, den bürokratischen Apparat noch weiter auszubauen, um die Kontrolle zu vervollständigen. So ging es immer heiter weiter. Der Beamte freute sich. Und für amtliche Spitzfindigkeiten war immer genug Zeit. So wurde der Kriegsminister Krobatin im amtlichen Verkehr immer wie folgt angeschrieben:

„An Seine Exzellenz den Herrn k.u.k. Wirklichen Geheimen Rat, Feldzeugmeister Ritter von Krobatin, Besitzer des Militärverdienstkreuzes 1. Klasse mit der Kriegsdekoration, Großkreuz

---

<sup>65</sup> KA KM-HR, 1917, Abt. 7, Karton 1023, Bericht des k.u.k. Militärkommandos in Prag vom 28. Februar 1917, S. 6; Da soll noch einer über den Wehrdienst schimpfen!

<sup>66</sup> KA KM-HR, 1917, Abt. 7, Karton 1023, Exh.Nr.112



des Leopold-Ordens, etc., etc. [hier hat man schon fleißig bei den Titeln gespart], Inhaber des Feldhaubitzenregiments Nr. 14, k.u.k. Kriegsminister in Wien“.<sup>67</sup>

Soviel Zeit muss sein. Übrigens: die Nachricht war dann kaum länger als die Aufzählung der Titel.

### **1.4.3. Erdöl**

Da Österreich-Ungarn in Galizien über eigene Ölvorkommen verfügte war dieser Rohstoff einer, an welchem es am wenigsten mangelte. Öl, Zucker und Aluminium/Bauxit waren jene Produkte, die in größerer Menge hergestellt wurden und mit denen wichtige Importe bezahlt werden konnten.

Die Petroleumproduktion sank natürlich immer dann, wenn Russland wieder einmal Galizien überrannte und bei seinen ebenso häufigen Rückzügen die Produktionsstätten in Schutt und Asche legte.

Dass die Petroleumproduktion nicht zentral und einheitlich geleitet wurde ist wohl ein Indiz für den geringen Mangel. Im Allgemeinen gilt für Öl dasselbe, was auch für alle anderen Massengüter – Kohle, Metalle etc. – gilt: oft war nicht deren absoluter Mangel das Entscheidende, sondern das dürftige Transportsystem führte zu Engpässen. Wenn nur 30 statt der nötigen 100 Waggons pro Tag das galizische Rohölrevier erreichten, weil der militärische Nachschub Vorrang hatte und es nicht genug Waggons für alle elementaren Bedürfnisse einer Kriegswirtschaft gab, war ein entsprechender Abfall in der Petroleumproduktion nicht weiter verwunderlich.<sup>68</sup>

### **1.4.4. Eisen und Stahl**

Wir kommen nun zum Herzstück der Rüstungsproduktion und der Kriegswirtschaft: Eisen und Stahl. Auch hier wollen wir in der Zeit vor dem Krieg beginnen.

Vor dem Krieg war die österreichische Stahlindustrie der deutschen oder englischen unterlegen, nicht nur quantitativ, sondern qualitativ. Die Stahlkonzerne Österreich-Ungarns konnten bei selber Qualität also nur viel teurer produzieren als die ausländische Konkurrenz. Eine kapitalintensive – und daher einflussreiche – Industrie weiß sich da zu helfen: sie geht zum Staat und will Protektion, sei es in Form einer Subvention, sei es in Form eines Schutzzolls, sei es in Form eines staatlich garantierten Monopols. So verhielt es sich auch in der Donaumonarchie. Die Schwerindustrie schloss sich zu einem Kartell zusammen und veranlasste dann die

---

<sup>67</sup> KA KM-HR, 1915, Abt. 7, 1-1/7, Karton 509, 35.829

<sup>68</sup> Frank, Alison Fleig: „Oil Empire. Visions of prosperity in Austrian Galicia“, Harvard University Press, Cambridge (Mass.) 2005; Wegs, S. 90f

Regierung, gegen den „unfairen“ Wettbewerb einzuschreiten und von der ausländischen Konkurrenz einen Schutzzoll einzuheben, was diese auch tat.<sup>69</sup> Einem eingefleischten Liberalen stellt es da natürlich die Haare auf, doch ist das „infant industry“-Argument sicher nicht einfach völlig von der Hand zu weisen. Es besagt, dass man einen Wirtschaftszweig so lange schützen muss, bis er der ausländischen Konkurrenz gewachsen ist. Ob das stimmt, ob das funktioniert, und ob das überhaupt (volks-)wirtschaftlich sinnvoll ist, darüber kann man lange streiten; davon sieht der Autor aber ab, will er ja keine Grundsatzdebatte führen. Wichtig in Hinblick auf die Kriegswirtschaft ist aber wohl, dass aufgrund der strategischen Bedeutung des Stahls es durchaus sinnvoll war, die Schwerindustrie zu fördern, um im Bedarfsfall über eine eigene Rüstungsproduktion zu verfügen und nicht vom Ausland abhängig zu sein. Dies ist das Großmachtargument: selbst wenn es unökonomisch sein sollte, so benötigt man doch eine Schwerindustrie, um im Club der Großen mitspielen zu können. Das ist auch genau der Grund, warum Italien nur als halbe Großmacht gelten konnte – es verfügte nur über eine winzige Schwerindustrie, weniger als halb so groß wie jene Belgiens.<sup>70</sup>

Doch zurück zur österreichischen Schwerindustrie: von der internationalen Konkurrenz durch einen hohen Zoll abgeschirmt, teilte sich das Kartell den Markt und bezog so gemütlich eine Rente auf Kosten des Konsumenten – und das war nur allzu oft der Staat; dieser musste weit über dem Weltmarktpreis kaufen. Ganz natürlich ergab sich daraus eine gewisse Ineffizienz, da die Eisen- und Stahlunternehmen nicht der ungemütlichen, aber dafür die Leistung steigenden Konkurrenz ausgesetzt waren. Dies ist auch eine Teilbegründung für die geringen Exporte der österreichischen Rüstungsindustrie, die in Österreich-Ungarn sowie auch in anderen Ländern eine willkommene zusätzliche Einnahmequelle ausmachte, um der Nachfrage durch den eigenen Staat nicht gänzlich ausgeliefert zu sein. Doch die österreichische Rüstungsindustrie war klein – vor allem gemessen am weiter bestehenden Großmachtanspruch der Habsburger. Nur rund ein Siebtel der Rüstungsproduktion ging in den Export – das vermochte die Rüstungsproduktion auch nicht zu stärken.<sup>71</sup>

Doch immerhin zog die Rüstungsproduktion in den 2-3 Jahren vor 1914 an, und auf dem Gebiet des heutigen Österreich sowie in Böhmen und Mähren entwickelte sich eine Schwerindustrie, die der italienischen haushoch überlegen war und mehr als die Hälfte der russischen oder französischen Produktion ausmachte. Alles in allem war die österreichische Eisen- und Stahlproduktion international auch nicht sehr rückständig. Denn auf die Idee mit dem Schutz-

---

<sup>69</sup> Reinschedl, S. 139

<sup>70</sup> Broadberry, S. 288ff

<sup>71</sup> Reinschedl, S. 181

zoll waren auch die Industrien anderer Länder gekommen. Und war die Leistungsfähigkeit der österreichischen Erzeugung auch geringer als die der Weltmarktführer Deutschland, Großbritannien und vor allem der USA, so konnte sie doch mit der Leistung der anderen europäischen Mächte aufnehmen. Ein Indiz dafür ist die folgende Statistik:

**Tabelle 11: Roheisenproduktion je Arbeiter in Tonnen pro Jahr<sup>72</sup>**

<u>Deutschland</u>	<u>Österreich-Ungarn</u>	<u>Großbritannien</u>	<u>Frankreich</u>	<u>Russland</u>
411	305	363	243	209

Man sieht: im internationalem Vergleich war das Habsburgerreich durchaus im Mittelfeld.

Gehen wir nun direkt über zur Eisen- und Stahlerzeugung von 1913 bis zum Kriegsende. Dabei beginnen wir mit dem zentralen – wenngleich oft wenig geschätztem – Element einer quantitativen Studie: einer Statistik.

**Tabelle 12: Eisen und Stahlerzeugung in Österreich-Ungarn (in Millionen Tonnen)<sup>73</sup>**

<u>Jahr</u>	<u>Österreich</u>	<u>Ungarn</u>
<b>Eisenerze</b>		
1913	3,34	
1914	2,51	
1915	2,9	
1916	3,9	
1917	2,83	
1918		

---

<sup>72</sup> Reinschedl, S. 141

<sup>73</sup> Riedl, S. 275; Wegs, S. 54; bei Auslassungen keine Daten vorhanden

### **Roheisen**

1913	1,63	0,68
1914	1,49	
1915	1,57	
1916	1,9	0,45
1917	1,6	0,46
1918	0,83	0,29

### **Rohstahl**

1913	1,84	0,81
1914	1,54	0,62
1915	1,98	0,69
1916	2,75	0,81
1917	2,42	0,69
1918	1,46	0,43

Ungarn trug zum Gesamtergebnis also rund ein Fünftel bis ein Viertel bei. Hervorzuheben ist die Gesamtstahlproduktion: diese betrug im letzten Friedensjahr rund 2,7 Millionen Tonnen, sank dann 1914 auf 2,2 ab um 1916 mit 3,6 Millionen Tonnen ihren Höhepunkt zu erreichen. Danach sank die Stahlproduktion erst langsam, im Verlauf des Jahres 1918 dann rapide ab. Österreich-Ungarn gelang also etwas Erstaunliches: ohne gegnerische Stahlerzeugungsstätten zu erobern wie etwa Deutschland in Belgien und Nordostfrankreich, wurde bis 1916 eine Steigerung gegenüber der Friedensproduktion um rund ein Drittel erreicht, wenngleich man dafür Ressourcen aus den zivilen Konsumgüterproduktion und vor allem aus der Landwirtschaft abziehen musste. Im Vergleich dazu fiel etwa die französische Produktion durch die deutsche Besetzung auf einen Bruchteil ihrer Vorkriegsproduktion. Frankreich verlor 1914 durch deutsche Besetzung 64% seiner Roheisen-, 58% seiner Stahl- und 49% seiner Kohleproduktion. Insgesamt stürzte die französische Stahlproduktion um etwa drei Viertel ab, von 4,7 Millionen Tonnen 1913 auf 1,1 im Jahre 1915, um sich dann bis 1917 auf 2,2 Millionen zu erholen. Diese Kriegsergebnisse waren nur aufgrund großer Rohstoffimporte möglich, sank doch die französische Roheisenproduktion noch katastrophaler als seine Stahlproduktion (von 5,2 Millionen Tonnen 1913 auf 0,6 im Jahre 1915, also um 88%).<sup>74</sup>

---

<sup>74</sup> Hardach, S. 97; 100; Hautcoeur spricht sogar von noch stärkeren Einbrüchen (Broadberry, S. 171)

Wichtiger ist aber der Vergleich mit den Wirtschaften der Hauptgegner Österreich-Ungarns, Russland und Italien. Letzteres konnte seine Stahlproduktion bis 1917 stetig steigern, als diese ein Maximum von 44% über dem Wert von 1913 erreichte und somit rund 1,4 Millionen Tonnen betrug.<sup>75</sup> 1918 stürzte sie jedoch auf den Vorkriegswert ab, ein Zeichen der italienischen Erschöpfung, die pünktlich um ein Jahr später eintrat als bei der Habsburgermonarchie, war Italien doch auch erst ein Jahr später in den Krieg eingetreten. Und dieser Wert war nur aufgrund hoher Importe und englische Kredite möglich, da Italien über gar keine Kohle- und nur geringe Eisenerzlagertstätten verfügte. Die Stahlproduktion Russlands pendelte um den Vorkriegswert, um dann 1917 von den etwa 4,25 Millionen Tonnen der Jahre 1913-16 um rund ein Viertel auf knapp über 3 Millionen Tonnen abzusacken – auch hier ein Zeichen der Erschöpfung, die zeitgleich mit Österreich-Ungarn eintrat – um dann 1918 infolge des Bürgerkriegschaos völlig abzustürzen: in diesem Jahr betrug die russische Stahlproduktion nur noch 0,4 Millionen Tonnen.<sup>76</sup>

Auch Deutschland vermochte im Vergleich nicht zu beeindruckten: während die habsburgische Eisenproduktion von 1913 auf 1916 leicht zulegte (Tabelle 12), sackte etwa die deutsche Produktion von 19,3 Millionen Tonnen auf etwa 13 ab.

Die Schwerindustrie sowie die mit ihr zusammenhängenden Zentralen – auch jene Ungarns – waren allesamt dem Kriegsministerium unterstellt, wohingegen in anderen Wirtschaftssektoren Österreich und Ungarn getrennt vorgingen. Das war ein Vorteil, denn durch das einheitliche Vorgehen konnte die Stahlerzeugung wie bereits erwähnt beträchtlich erhöht werden, von welcher der größte Teil an die Armee ging: 1917 gingen 85% allen erzeugten Stahls an das Militär, im Vergleich zu weniger als 5% im Frieden (und das ausgehend von der geringeren Friedensproduktion).<sup>77</sup> Eine zentrale Bewirtschaftung mit marktwirtschaftlichen Einsparungen vermag wohl ordentliche Leistungen zu erbringen.

Man kann die Stahlerzeugung ebenso wie den Rest der Kriegswirtschaft samt Rüstungserzeugung in 4 Phasen einteilen: im ersten Kriegsjahr (Mitte 1914 bis Mitte 1915) erfolgte ein Produktionseinbruch, welcher durch den Kriegsschock ausgelöst worden war (Facharbeiter wurden einberufen, allgemeine Verwirrung und erst langsame Erkenntnis, dass der Krieg länger als nur einige wenige Monate dauern würde). Daraufhin wurde das gesamte Wirtschaftsleben

---

<sup>75</sup> Zamagni, V.: „The Economic History of Italy 1860-1980“, Clarendon Press, Oxford 1993, S. 224

<sup>76</sup> Broadberry, S. 242

<sup>77</sup> Broadberry, S. 86

nach und nach umstrukturiert und der neuen Realität des Krieges angepasst, dessen Bedarf stetig answoll. Es folgte die zweite Phase von Mitte 1915 bis Mitte 1916, die man als „Phase des industriellen Aufschwungs“<sup>78</sup> bezeichnen kann. In dieser Zeit gab es noch kaum Rohstoff- und Personalmängel und die Industrie konnte expandieren: erst wurde die Vorkriegsproduktion erreicht, schließlich wurde sie sogar übertroffen. Die dritte Phase, wiederum einprägsamerweise genau ein Jahr lang, ist die Phase der industriellen Höchstleistungen. Die Rüstungsproduktion erreichte ihre Kapazitätsgrenzen, nachdem der Kriegswirtschaft vor der Privatwirtschaft absolute Priorität eingeräumt wurde. In diese Phase fiel aber auch die erste wirkliche Ernährungskrise (Winter 1916/17) und daraus resultierende Arbeiterunruhen; mit einer Zeitverzögerung bewirkte der Nahrungsmittelmangel über den Umweg durch die leeren Mägen der Bergarbeiter, deren Leistungsfähigkeit abnahm, einen zunehmenden Kohlemangel. Dieser schlug sich dann auf die Transportwirtschaft nieder, dann auch auf die Rüstungsproduktion. So begann die 4. Phase der Kriegswirtschaft: der schon in der 3. Phase einsetzende, erst schleichende, dann mit immer größeren Schritten heraneilende wirtschaftliche Niedergang. Nun erschlaffte nicht nur der Arm, der das Schwert führte, sondern auch jener, der es schmiedete.

General der Infanterie Krauß charakterisierte den Übergang von Phase 3 auf 4, also das Vorletzte Kriegsjahr, nur allzu treffend: „Das Kriegsjahr 1917 wird dadurch gekennzeichnet, daß in Österreich-Ungarn der Höchststand des Heeres und die Höchstleistung der industriellen Kriegsführung zusammenfielen mit dem beginnenden Versagen der Ernährung und mit einer passiven militärischen Kriegsführung.“<sup>79</sup>

#### **1.4.5. Sparmetalle**

Nomen est omen: Sparmetalle waren jene Nichteisenmetalle, die gleichzeitig kriegsnotwendig und äußerst knapp waren. Sobald bei einem Gut extreme Knappheit auftrat, begann der Staat einzugreifen in der Meinung, durch Reglementierung der Erzeugung, Verteilung und des Bedarfs die Knappheit zu beseitigen oder zumindest zu verringern.

Das wichtigste Sparmetall war Kupfer, das vor allem in der Munitionserzeugung benötigt wurde. Der Jahresbedarf 1913 hatte knapp über 40.000 Tonnen betragen, wovon aber nur mickrige 4.000 – also lediglich 10% – in Österreich-Ungarn produziert wurden; der Rest musste importiert werden. Die inländische Kupfererzeugung ging 1914 unwesentlich zurück, um dann 1915 um etwa 60% auf 6.500 Tonnen zu steigen. Doch der militärische Bedarf um-

---

<sup>78</sup> KA, MS/1.WK-Ca/13, S.84

<sup>79</sup> KA, MS/1.WK-Ca/14: General d.I. Krauß: „Die Phasen der militärischen Kriegswirtschaft“, S. 99

fasste 3.000 moto (Monatstonnen), also rund 36.000 Tonnen pro Jahr, ganz zu schweigen vom zivilen Bedarf.<sup>80</sup>

Um den Bedarf zu decken bediente man sich eines Maßnahmenkatalogs: zunächst wurde im Anfang 1915 eine Metallzentrale errichtet, welche die Versorgung regelte und bestimmte, wer welche Mengen Kupfer erhalten sollte – kriegsunwichtigen Industrien wurde Kupfer entzogen. Ein weiterer Schritt war wie im Frieden der Import: über 10.000 Tonnen wurden aus Deutschland eingeführt, weitere 5.500 Tonnen aus anderen Ländern. Dazu kaufte die Metallzentrale annähernd 9.000 Tonnen im Inland. Dazu kam jetzt auch das Mittel der Beschlagnahme: so wurden 1915 beinahe 5.000 Tonnen Kupfer requiriert. Bei Kupfer wie auch bei Blei waren bedeutende Mengen Industrieschrott vorhanden, die man wiederverwerten konnte. Zudem wurde Mitte 1915 endlich einer der Hauptverbraucher der militärischen Kupferzuteilung beseitigt: das Bronzerohr der Geschütze, welche durch Stahlrohre ersetzt wurden.<sup>81</sup> Dies geschah gegen den Widerstand vieler Militärs, bei denen sich die Stahlbronze nach wie vor großer Beliebtheit erfreute, wenngleich nur bei Kalibern unter 15cm, da bei größeren Granaten die Bronze einfach nicht stark genug war und schnell verschliss.<sup>82</sup> Dabei dürfte es sich wohl in erster Linie um pure Veränderungsabneigung gehandelt haben, da die Stahlbronze im ausgehenden 19. und frühem 20. Jahrhundert billiger und die eigene Gussstahlproduktion noch nicht so leistungsfähig war, was sich nun aber geändert hatte. Damit war der militärische Bedarf von 3.000 moto ziemlich genau gedeckt, wenngleich nun wenig für die zivile Versorgung blieb.<sup>83</sup>

Ein weiteres Mittel zur Deckung des Kupferbedarfs war dessen Ersatz: wann immer möglich, sollte Kupfer durch billigere – also weniger knappe – Metalle ersetzt werden. Das konnte Eisen sein, welches sich als Ersatz auch für andere Metalle ohnedies großer Beliebtheit erfreute, war es doch das im größten Ausmaß vorhandene Metall. Aber gerade Kupfer wurde häufig durch Aluminium ersetzt, das sich auch besser als Eisen eignete, Kupfer zu substituieren.

Was bei Kupfer erschwerend hinzukam, war, dass es häufig in Legierungen verarbeitet worden war. Wollte man es nun zurückgewinnen, so war dies aufwendig, kostspielig und zeitintensiv, also eine wirtschaftliche Katastrophe: erst wird das reine Kupfer verarbeitet und legiert, dann will man wieder reines Kupfer zurückgewinnen.

---

<sup>80</sup> Wegs, S. 68f

<sup>81</sup> Glaise-Horstenau, Edmund (Hrsg.): „Österreich-Ungarns letzter Krieg“, Verlag der Militärwissenschaftlichen Mitteilungen, Wien 1930-38, Band 4, S. 99

<sup>82</sup> Reinschedl, S. 105 und 107

<sup>83</sup> Wegs, S. 66ff

Ähnlich wie dem Kupfer erging es auch den anderen Sparmetallen: sie wurden erfasst und vom Staat zwangsverwaltet (wenngleich der Markt nicht vollständig ausgeschaltet wurde), die Produktion nach Kräften angekurbelt, ebenso der Import; dazu wurde als Begleitmaßnahme beschlagnahmt und als letztes das Sparmetall durch andere Metalle – meist Eisen – zu ersetzen versucht.

Betrachten wir nun einmal die Zahlen für Kupfer im Großen – von den großen Trends sind sie jenen anderer knapper Rohstoffe nicht unüblich:

**Tabelle 13: Kupfererzeugung, Ankauf und Beschlagnahmung (in Tonnen)<sup>84</sup>**

	1915	1916	1917	1918 <sup>85</sup>
Hüttenproduktion	6.528	7.774	5.279	3.330
Beschlagnahmung	2.298	5.727	1.715	641
Von Metallzentrale				
<u>angekauft</u>	<u>5.854</u>	<u>9.140</u>	<u>5.350</u>	<u>2.145</u>
Gesamt	14.680	22.641	12.344	6.116

Die Produktionskurve ähnelt der des Eisens: 1916 wird ein Höhepunkt der Produktion (fast eine Verdoppelung zu 1913) erreicht, welche 1917 absackte und 1918 so richtig einbrach. Die Beschlagnahmungen erreichten gemäß den gestiegenen Anstrengungen ebenfalls 1916 ihren Höhepunkt; danach gab es halt einfach nicht mehr so viel zu beschlagnahmen. Genauso verhält es sich mit den Inlandskäufen: trotz gestiegener Preise sank die Kupferaufbringung durch Ankauf im Verlauf des Jahre 1917. Mochte der Preis auch unendlich hoch sein, wenn kein Kupfer mehr da war, konnte man auch keines mehr verkaufen.

Die Beschlagnahmungen sind ohnedies zu hinterfragen. Da auch die Kupferkessel der Eisenbahnen beschlagnahmt wurden, traf man direkt die Achillesferse der Weltkriegsanstrengung, die Transportwirtschaft. Die Kessel wurden durch Eisen ersetzt, büßten so aber einen Großteil ihrer Leistungsfähigkeit ein und wurden zudem weit reparaturanfälliger.<sup>86</sup> Die dadurch verursachte Leistungseinbuße für die Transportwirtschaft kann gar nicht beziffert, höchstens geschätzt werden. Sie war aber bedeutend und trug zum Verfall des Transportsystems nach 1916 bei, welches wiederum die Leitungsfähigkeit der Rüstungsindustrie dämpfte, die Zuteilung von Nahrungsmitteln erschwerte und auch die Effizienz der Armee minderte.

<sup>84</sup> Wegs, S. 69

<sup>85</sup> bis September

<sup>86</sup> Ortner, S. 418



Werfen wir nun noch einen Blick auf die restliche Kupferaufbringung:

**Tabelle 14: Kupferlegierungen (in Tonnen)<sup>87</sup>**

	1915	1916	1917	1918 <sup>88</sup>
Beschlagnahmen				
- Kirchenglocken	---	3.703	9.771	1.119
- Sonstige Einlieferung	2.579	1.621	137	6
Von Metallzentrale				
<u>angekauft</u>	<u>3.055</u>	<u>6.506</u>	<u>2.349</u>	<u>1.252</u>
Gesamt	5.634 <sup>89</sup>	11.830	12.257	2.377

An dieser Tabelle sieht man schön die enorme Bedeutung von Kirchenglocken, welche 1917 fast vier Fünftel der aufgebrauchten Menge ausmachen. Auch scheinen die Kirchenglocken eine Zeit lang heilige Kühe gewesen zu sein: sie wurden erst beschlagnahmt, als alle anderen Aufbringungsmethoden erschöpft waren und 1917 massiv einbrachen. Der absolute Höhepunkt in der Aufbringung von Kupferlegierungen konnte 1917 nur ihretwegen erreicht werden.

Noch eine letzte Kupferstatistik, um das Bild zu vervollständigen:

**Tabelle 15: Ankäufe aus dem Ausland (in Tonnen)<sup>90</sup>**

	1915	1916	1917
Ankauf durch Metallzentrale	5.583	6.932	2.585
<u>Kontingente aus Deutschland</u>	<u>10.318</u>	<u>3.095</u>	<u>2.695</u>
Gesamt	15.901	10.027	5.280

<sup>87</sup> Riedl, S. 301; Wegs, S. 69

<sup>88</sup> bis September

<sup>89</sup> Hier übernimmt Wegs falsche Zahlen aus den Akten, er hätte besser nachrechnen sollen – oder ist es am Ende nur ein Setz- oder Druckfehler?

<sup>90</sup> Riedl, S. 301; Wegs, S. 69

Alle Kupferzahlen enthalten auch die verschwindend geringen Kupferlegierungsimporte. 1918 waren die Zahlen schon sehr gering und sind nicht vorhanden

Waren die deutschen Kupferexporte nach Österreich-Ungarn 1915 noch bedeutend, so sanken diese mit dem eigenen steigenden Verbrauch. Der Import aus dem nicht-deutschen Ausland konnte das einbrechende deutsche Kontingent nicht wettmachen.

**Tabelle 16: Insgesamt vorhandenes Kupfer (in Tonnen)**

1913	1914 <sup>91</sup>	1915	1916	1917	1918 <sup>92</sup>
40.552	---	36.215	44.498	29.881	8.493

Auch hier das alte Bild: Die Vorkriegsaufbringung brach 1914 ein, erholte sich 1915, erreichte um 1916 ihren Höhepunkt um dann erst abzusacken und 1918 massiv einzubrechen. Ähnlich verhält es sich eben auch mit den anderen Rohstoffen.

Als Fazit zur Kupferaufbringung muss man der verantwortlichen Metallzentrale eine gute Leistung attestieren angesichts der geringen eigenen Produktion und Reserven bei Kriegsbeginn. Der Kriegsbedarf wurde im Wesentlichen auch noch 1918 gedeckt und bei Kriegsende waren sogar noch Vorräte vorhanden.<sup>93</sup> Doch nachdem alle Reserven (Kirchenglocken, Kupferdächer, Betriebs- und Küchengeräte, Türknäufe, etc.) bereits beschlagnahmt worden waren, wäre es wohl 1919 zu einer empfindlichen Kupferknappheit gekommen, welche die Kriegsanstrengung schwer beeinträchtigt hätte.

Ende 1916 sprach sich der Chef der deutschen Rohstoffabteilung sowie die österreichische Regierung gegen eine völlige Militarisierung der Industrien der Mittelmächte aus. Beide waren der Meinung, dass die Industrie durch ihr eigenes eingespieltes Personal und das natürliche Gewinnstreben sowie den damit einhergehenden Preismechanismus die Produktion am ehesten gesteigert werden könnte. Damals gab es also noch Staatsbeamte, die gegen eine staatliche Planung und Kontrolle der Wirtschaft eintraten. Mejzlik und Wegs mögen es vielleicht als Glück empfinden, „daß sich das KM in die Industrie einschaltete, um die Versorgung aufrechtzuerhalten, die Erzeugung zu steigern und den Mißbrauch von militärischen Geldern zu verhindern“<sup>94</sup> und so diesen antiplanwirtschaftlichen Tendenzen einen Riegel vorschob; doch es stellt sich das alte Problem der Planbarkeit von Verbrauch, Erzeugung und Zuteilung. Diese erfordern eine so gewaltige Wissensmenge, die unmöglich von einer Person

<sup>91</sup> Keine exakten Daten vorhanden, aber jedenfalls kein massiver Einbruch

<sup>92</sup> bis September; etwaige Importe nicht eingerechnet, die aber ohnehin nur bescheiden gewesen sein können.

<sup>93</sup> Wegs, S. 73

<sup>94</sup> Mejzlik in seinem Vorwort und Wegs, S. 72

oder Personengruppe besessen und verarbeitet werden kann, ganz gleich wie intelligent und wohlmeinend diese „Experten“ sind.

Doch wenden wir uns nun den anderen Sparmetallen zu, wenn auch weniger ausführlich, da Kupfer als wichtigstes Sparmetall ein pars pro toto für alle anderen ist.

In der Wichtigkeit gleich nach Kupfer kommt das Blei, welches ebenso unerlässlich für die Munitionserzeugung ist. 1913 waren fast 40.000 Tonnen vorhanden, davon fast drei Viertel (über 28.000 Tonnen) durch Inlandserzeugung, der Rest importiert. 1914 brach die Produktion zwar auf rund 13.600 Tonnen ein, danach kam es aber zu einer beträchtlichen Steigerung.

**Tabelle 17: Bleiversorgung (in Tonnen)<sup>95</sup>**

	1915	1916	1917	1918
Hüttenerzeugung	31.355	34.942	32.612	21.645
Beschlagnahmung	2.192	190	43	3
<u>Kauf durch Metallzentrale</u>	<u>2.801</u>	<u>7.081</u>	<u>4.244</u>	<u>368</u>
Gesamt	36.348	42.213	36.899	22.016
<u>Deutscher Export</u>	<u>23.405</u>	<u>9.460</u>	<u>7.634</u>	<u>---</u>
Gesamt	59.753	51.673	44.533	22.016(?)

Die Gesamtzahl für 1916 war also nur wegen des eingebrochenen deutschen Exports in die Habsburgermonarchie geringer als jene von 1915.

Wie auch bei Kupfer wurden neue Erzlager erschlossen und ausgebeutet, selbst wenn diese vor dem Krieg wegen Unwirtschaftlichkeit geschlossen worden waren. Doch anders als bei Kupfer war man nicht so sehr auf Importe und Beschlagnahmungen angewiesen; die eigene Erzeugung konnte einen erheblichen Teil des Bedarfs decken. Zudem wurden auch die Bleivorräte dadurch gestreckt, dass man das Blei – wo immer möglich – durch Eisen ersetzte. Ein Beispiel dafür ist, dass man Schrapnells fortan nicht mehr aus Blei, sondern aus Eisen herstellte.<sup>96</sup>

<sup>95</sup> Wegs, S. 75

<sup>96</sup> ÖULK, Band 4, S. 99

Bedeutendstes Ersatzmetall nach dem Eisen war Aluminium.<sup>97</sup> Es wurde weitgehend als Ersatz der Kupferausrüstung in der Transport-, Elektrizitäts- (Drähte und Kabel) und Brauindustrie verwendet und war auch für die anlaufende Flugzeugproduktion essentiell. Das für die Erzeugung von Aluminium notwendige Bauxit war einer jener wenigen Rohstoffe, welche Österreich-Ungarn im Überfluss besaß. Doch – und das ist wiederum symptomatisch – verfügte das Habsburgerreich nicht über die industrielle Kapazität in Form von Aluminiumhütten, um seine reichen Bauxitvorkommen auch zu verwerten.

Die Nachfrage nach Aluminium betrug 1915 und 1916 300 Monatstonnen, also 3.600 im Jahr. Bauxit war mehr als genug vorhanden, es gab aber lediglich eine einzige Aluminiumhütte in Salzburg – übrigens eine Filiale einer Schweizer Firma – die diesen Bedarf spielend hätte decken können. Das Nadelöhr war aber vorher die Aluminium-Oxyd-Produktion, deren Kapazität nicht ausreichte, um die Salzburger Fabrik ausreichend zu beliefern. So war man wiederum auf Deutschland angewiesen, wohin Österreich-Ungarn monatlich zehntausende Tonnen Bauxiterz lieferte – die deutsche industrielle Kapazität ausnutzend, 1918 waren es bereits über 33.000 Tonnen pro Monat –, um im Gegenzug Oxyd zur Verhüttung zu erhalten.

Der Aluminiumbereich unterstand militärischer Kontrolle, namentlich der Abteilung A7 des Kriegsministeriums, nicht aber der Metallzentrale. Eine weitere Verwirrung, doch immerhin: die Militärs erfreuten sich der einheitlichen und zentralen Planung des ganzen Aluminiumwesens.

Dass man trotz gewaltiger Bauxitvorkommen auch auf den Kauf teuren Aluminiums aus der Schweiz angewiesen war, entsprach dem Bild eines noch wenig industriell entwickelten Agrarstaates. Das vermochte auch der Krieg nicht zu ändern, wenngleich Ressourcen insbesondere aus der Landwirtschaft und der Konsumgüter- und Dienstleistungsproduktion abgezogen wurden, um eine Industrialisierung voranzutreiben und nebenbei noch einen größeren Krieg zu nähren.

Drei weitere Nichteisenmetalle Zinn, Nickel und Zink, erfreuten sich einer großen Bedeutung für die Kriegsindustrie.

Zinn ist aufgrund der Organisation seiner Beschaffung interessant. Diese unterstand weder dem Kriegsministerium, noch der Metallzentrale, sondern sechs Privatfirmen in Zusammenarbeit mit dem Inspektor der technischen Artillerie. Da Österreich-Ungarn über keinerlei Vorkommen verfügte, war es gänzlich auf den Import angewiesen, welcher von 4.100 Tonnen 1914 auf 8 Tonnen 1916 und dann weiter auf 0 absank. Um den allernötigsten Bedarf zu de-

---

<sup>97</sup> Wegs, 76ff

cken wurden stillgelegte Bergwerke wieder in Betrieb genommen, doch das meiste Zinn wurde durch „Sammlung von Altzinn“ – ein schöner Euphemismus für Beschlagnahmung – gewonnen.<sup>98</sup>

Zink diente als Ersatz für Kupfer bei der Produktion von Granaten, Zündern, Feldflaschen etc. Vor dem Krieg waren zwei Drittel des Zinks importiert worden; doch die Importe sanken ebenso drastisch wie die Inlandsproduktion. Dennoch konnte der nötigste Bedarf mit Ach und Krach gedeckt werden – so wie auch bei den anderen Sparmetallen.

Auch bei Nickel war die Situation ähnlich; hier konnte man noch die Nickelmünzen einziehen, was das Kraut aber nicht wirklich fett machte.

Das Fazit zu den Sparmetallen: der militärische Bedarf konnte im Wesentlichen gedeckt werden, doch nur auf Kosten des zivilen Bedarfs und wahrlich enormer Beschlagnahmungswellen, die das ganze Reich erfassten. Die Organisationsstruktur war kompliziert: es war kein Markt, aber auch nicht totale Planwirtschaft, sondern ein Nebeneinander von privaten Kartellen, der Metallzentrale und dem Kriegsministerium, welche Preise mal schätzten und festsetzten, mal doch auf die Knappheitsanreize reagierten und die Preise erhöhten, mal sich über die bösen Spekulanten aufregten, die die Frechheit besaßen, bei knapper werdenden Gütern höhere Preise zu verlangen und sich auszurechnen versuchten, wie denn der Bedarf in der Zukunft aussehen würde, was man als übles Spekulantentum denunzierte.

#### **1.4.6. Waffen und Munition**

Stahl ist der wichtigste Indikator für die kriegswirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Staates im Ersten Weltkrieg, ist er doch ein Aggregat verschiedenster Rohstoffe – allen voran Eisen und Kohle – sowie industrieller Kapazität und ist zudem leicht international vergleichbar. Doch mit Stahl führt man keine Kriege, sondern mit Waffen und Munition – diese sind die wichtigsten Endprodukte der Stahlverarbeitung.

Hier sei erwähnt, dass diese eigentliche Rüstungsproduktion vom Inspektor der technischen Artillerie (IdtA) kontrolliert wurde. Dieser plante den Bedarf, setzte Produktionsziele fest und wies das benötigte Material zu.<sup>99</sup> Die Rüstungsbetriebe behielten ihren privaten Charakter zwar bei, allerdings unterstanden sie eben der Macht des IdtA, weswegen es äußerst fraglich ist, wie frei sie wirklich waren. Jedenfalls entschied nicht der Markt über die Zuteilung von Ressourcen, sondern die Behörde. Ein Beispiel dazu aus den Akten des Kriegsministeriums:

---

<sup>98</sup> Wegs, S. 78f

<sup>99</sup> Wegs, S. 118

Die Firma Waagner wollte im Zuge des Hindenburgprogramms eine Pulverfabrik bauen und benötigte dazu „Eisenkonstruktionen“ von der „Vaterländischen Baugesellschaft“. Diese wiederum hatte jene Eisenkonstruktionen bereits für eine Bestellung der Marine reserviert und wollte sie nicht hergeben. Daraufhin intervenierte die Firma Waagner beim Kriegsministerium und verlangte die Herausgabe besagter Eisenkonstruktionen. Das Kriegsministerium drohte nun der „Vaterländischen Baugesellschaft – deren patriotischer Name ihr wenig nützen sollte – all ihr Eisenmaterial zu beschlagnahmen, woraufhin sich diese ihrem Schicksal ergab, alle Forderungen der Firma Waagner erfüllte und so ihren Vertrag mit der Marine nicht einhielt und ihren Gewinn nicht einstreichen konnte.<sup>100</sup>

Zwar war die Pulverproduktion das Nadelöhr für die Patronen- und Granatenerzeugung, keine Ressource auf diesem Gebiet war wichtiger; dennoch ist es bedenklich, bestehende Verträge zwecks Umverteilung zu brechen und den Markt auszuschalten. Und gerade auch innerhalb der Sparte der Pulvererzeugung stellt sich die Frage, wie sinnvoll staatliche Planung ist: woher will die Behörde wissen, welche Firma am effizientesten arbeitet, wenn es keine freien Preise gibt, sondern nur Zuteilungen eben jener Behörde? Selbst der intelligenteste, bestgesinnte Beamte musste an dieser Aufgabe scheitern. So etwas musste der Korruption Tür und Tor öffnen. Wie auch heute noch, wenn man etwas vom Staat braucht, bekommt man es, wenn man jemanden kennt oder besonders laut schreit. So verhielt es sich auch mit der Firma Waagner, die in den Akten der Abteilung 7/P(ulver) des Kriegsministeriums ständig aufscheint und alles genehmigt bekam, was sie wollte, auch auf Kosten anderer Pulverbetriebe. Die Begründung dabei war niemals ihre Effizienz, wurde auch nicht explizit erwähnt, schwang aber doch unterschwellig mit: die Chefs der Firma Waagner kannten einfach wen im Kriegsministerium und in der für sie so wichtigen Abteilung 7/P.

Um nun die Ausgangssituation der eigentlichen Rüstung – Waffen und Munition – von 1914 zu begreifen, muss man auf die Rüstungsanstrengungen der Jahre und Jahrzehnte vor dem Weltkrieg zurückblicken.<sup>101</sup>

Das Problem mit der Rüstung war der chronische Geldmangel, der in den habsburgischen Armeen seit Jahrhunderten vorherrschte. Zwar hatte der Kaiser wie eh und je sein Hauptaugenmerk auf die Streitkräfte gelegt, waren diese doch der stärkste Garant für den Erhalt der Monarchie und des Reiches; doch der Souverän konnte sich immer weniger durchsetzen,

---

<sup>100</sup> KA, KM 1917, Abt.7/P, 1-1/16, Nr. 4621, Bericht vom 5.3. 1917

<sup>101</sup> Dabei ist das Buch sehr hilfreich: Reinschedl, Manfred: „Die Aufrüstung der Habsburgermonarchie von 1880 bis 1914 im internationalem Vergleich“

wenn es darum ging, von den Parlamenten Mittel für seine Wehrmacht zu erhalten. Hier wiederum muss man relativieren: die für die habsburgischen Streitkräfte aufgewendeten Mittel nahmen zwar zu und somit auch deren Schlagkraft, aber die Streitkräfte der anderen Staaten nahmen noch viel mehr zu. Das war das grundsätzliche Dilemma: Österreich-Ungarn wurde stetig stärker, doch die anderen viereinhalb Großmächte (die Halbe ist Italien) wurden noch viel, viel stärker.

Mit Ausgaben verbundene Maßnahmen wurden gemäß der alten österreichischen Tradition erst im allerletzten Augenblick gesetzt. So gab es einen punktuellen Rüstungsschub nach der Annexionskrise 1908, als man einen Krieg heraufkommen sah, und dann ab 1912 vor dem Hintergrund der Balkankriege und einem nach dem Russisch-Japanischem Krieg wieder erstarkendem Russland.

Die Habsburgermonarchie war ein kompliziertes Gebilde und ihre von etlichen Nationalitäten geprägte Innenpolitik erlaubte es ihr nicht, eine den anderen Großmächten vergleichbare Rüstungsanstrengung zu erreichen. Das lag zunächst einmal an der außenpolitischen Situation der Jahrzehnte vor dem Weltkrieg: als Gegner kam allenfalls Italien in Betracht, mit dem man – das zeigte auch der Weltkrieg – leicht selbst fertig werden konnte. Würde man in einen Konflikt mit Russland verwickelt, so würde die hoch angesehene und von Feinden gefürchtete preußisch-deutsche Kriegsmaschine zu Gunsten der Habsburger eingreifen. Und die Balkanländer waren militärisch bis unmittelbar vor dem Weltkrieg nicht der Rede wert. Die Situation war also im Vergleich zu anderen Mächten nicht allzu kritisch – zumindest auf den ersten Blick. Außerdem: wer wollte die Habsburgermonarchie denn zu Laibe rücken? Es gab zu ihr keine Alternative. Würde sie abgeschafft und durch kleine Nationalstaaten ersetzt, würden diese auf kurz oder lang entweder von Deutschland oder von Russland aufgesogen (letzten Endes passierte dann beides hintereinander). Doch daran dachte ohnedies kaum jemand. Die Habsburgermonarchie war schlicht und ergreifend ein wichtiger, legitimer und seit Jahrhunderten vorhandener Baustein im Gleichgewicht der Mächte.

Ein weiterer Grund für die geringen Rüstungen war die Innenpolitik: den von den Deutschen und Magyaren dominierten Völkern war sehr wohl bewusst, dass die Armee auch dafür verwendet werden konnte, um sie zu unterdrücken – diese Überlegung spielte sogar für die Magyaren eine Rolle, als sie sich gegen das gemeinsame Heer stemmten; schließlich konnte der Kaiser und König den Ungarn mit einem gemeinsamen Heer leichter drohen oder sie gar unterdrücken, als wenn es ein eigenständiges magyarisches Heer gäbe.<sup>102</sup> Jedenfalls war die innenpolitische Situation nicht von einer mehr oder minder einheitlichen Nation bestimmt, die

---

<sup>102</sup> Rothenberg, S. 145ff

auch über ein gemeinsames Feindbild verfügte – was Rüstungsanstrengung im Allgemeinen erleichtert.

Die anderen Mächte hatten es da einfacher: Frankreich rüstete gegen Deutschland, um am Sankt-Nimmerleinstag Elsass-Lothringen zurückzuerobern und die Schande von 1870/71 zu tilgen, Großbritannien für seine traditionelle und fast schon gottgegebene Seevorherrschaft und Deutschland für den Erhalt des Reiches, welches ja noch sehr jung war und keinesfalls als Selbstverständlichkeit betrachtet werden konnte. Russland erging es ähnlich wie Österreich-Ungarn: es war ein Vielvölkerreich (wenngleich mehrheitlich russisch) mit geringem Entwicklungs- und Industrialisierungsniveau, doch ob seiner schieren Größe war es weit stärker als die Habsburgermonarchie.

Die Rüstung der Habsburgermonarchie stieg nur langsam, punktuell wurden außerordentliche Haushalte bewilligt, etwa für die Besetzung und den Erhalt Bosniens und der Herzegowina, was aber freilich schwer als Rüstungsanstrengung zu werten ist. Interessanter sind die Rüstungsschübe für die Umrüstung mit Hinterladergewehren (1868-1878), dann mit Repetiergewehren (1887-1905), die Artillerieumrüstungen sowie der Kriegsschiffbau, für den erstaunlicherweise immer genug Geld vorhanden war.<sup>103</sup> Die führenden Militärs waren sich darin einig, der Landmacht bei den Ausgaben den Vorzug zu geben. Doch die Lobbys der Banken und Schwerindustrie sowie die Presse wollten eine Schlachtflotte, die auch den Dreadnought-Sprung mitmachte. Ein solcher Dreadnought kostete um die 60 Millionen Kronen, mehr als die Ausrüstung der gesamten stehenden Armee mit modernen Repetiergewehren (ein solches Gewehr kostete rund 80 Kronen).<sup>104</sup> Zwar hätten Banken und Schwerindustrie zwar ebenso von einem Artillerierüstungsprogramm profitiert. Doch einen begonnenen Schlachtschiffbau konnte man schwerer stornieren; zudem ließen sich die Presse und die veröffentlichte Meinung eher von der Schlachtflotte beeindrucken; ein Foto von einem Dreadnought macht halt mehr her als eine Kanone. Was man dem österreichisch-ungarischen Flottenbau jedenfalls zu Gute halten muss, ist die Tatsache, dass dieser zu einem Innovationsschub in der Stahl- und Rüstungsindustrie führte, von dem die Rüstung im Speziellen und die Wirtschaft im Allgemeinen profitierte; denn die Technik für den Flottenbau wurde fast ausschließlich in der Doppelmonarchie entwickelt und gebaut und war ein Gradmesser für den Stand der Rüstungsindustrie.

---

<sup>103</sup> Reinschedl, S. 69 und 61

<sup>104</sup> Reinschedl, S. 86 und 35



Und dabei war die finanzielle Lage der Habsburgermonarchie gar nicht so trostlos, wie sie oft dargestellt wird. Aber es existierte kein Konsens darüber, in die Rüstung zu investieren.

Die anderen großen Staaten verfügten über leistungsfähige Rüstungsindustrien – teils, weil diese für den großen Bedarf der eigenen Armeen produzierten, teils, weil diese auch für den Export produzierten. Für die österreichische Rüstungsindustrie waren beide Einnahmequellen nur kleine Rinnsale: der eigene Staat fragte wenig nach und damit war man auch nicht international konkurrenzfähig, um wirklich große Rüstungsgeschäfte im Ausland abzuwickeln.<sup>105</sup>

Einen wirklichen Rüstungssprung gab es erst ab 1912, als eine Umstrukturierung und Neuanschaffung stattfand, die bei Kriegsausbruch aber gerade in der Anfangsphase steckte.

So ergab sich folgendes Bild bei Kriegsbeginn: die Armee war weit kleiner, als das Bevölkerungspotential des Habsburgerreiches erlaubte; bei der Geschützanzahl war man den anderen Mächten haushoch unterlegen; und auch bei den Waffen- und Munitionsreserven lag man weit zurück. Wohlgemerkt gab es keinen Technologievorsprung mehr wie 1866 (Stichwort: Zündnadelgewehr): alle modernen Waffensysteme waren international vergleichbar. Sicher gab es Qualitätsunterschiede, aber es bestand keine grobe „Vorsprungsrüstung“ mehr wie etwa eine vielfache Feuergeschwindigkeits-Überlegenheit bei dem Infanteriegewehr. Das ist jedoch insofern zu relativieren, als zwar das moderne österreichische M95 Repetiergewehr auf dem Stand der Zeit war; doch nur rund ein Drittel der 1914 eingesetzten Gewehre waren eben diese M95, der Rest waren umgebaute Hinterlader oder gar der alte Werndl-Hinterlader von 1868, von dem noch rund 100.000 Stück verwendet wurden.<sup>106</sup>

Auch neue Muster für die Artillerie waren vorhanden, doch erst in geringer Stückzahl oder als Prototypen. Zwar konnten diese dann ab 1915 rasch eingeführt werden, doch noch lange Zeit mussten alte Geschütztypen weiterverwendet werden, teilweise sogar noch das Muster von 1861, das schon bei Königgrätz seine Feuertaufe erlebt hatte.<sup>107</sup> Die hoffnungslos veralteten Kanonen wurden bis zur Untauglichkeit weiterverwendet.<sup>108</sup> Die unverhältnismäßig große Geschütztypenzahl (29<sup>109</sup>) führte auch dazu, dass an die 100 verschiedene Munitionssorten produziert werden mussten – etwa drei pro Geschütz.<sup>110</sup> Welche Verkomplizierung das für die Rüstungsindustrie bedeutete, kann man sich nur allzu gut vorstellen; darunter litten dann frei-

---

<sup>105</sup> Reinschedl, S. 170

<sup>106</sup> KA, KM-HR, Abt. 7, 761, 1915; Reinschedl, S. 89

<sup>107</sup> Rauchensteiner, S. 156

<sup>108</sup> ÖULK, Band IV, S. 96

<sup>109</sup> KA, MS/1.WK-Ca 13, S. 108; Herwig, S. 242

<sup>110</sup> ÖULK, Band IV, S. 100

lich auch die Produktionszahlen, die bei nur einem Dutzend Munitionssorten weit höher gewesen wären. Man wollte aber die alten Kanonen so lange nicht ausmustern, bis nicht der Ersatz durch die neuen Typen gewährleistet war, da manche Einheiten sonst über gar keine Geschütze verfügt hätten.

Die Herausforderung der Rüstungsindustrie ab 1915 bestand zunächst darin, die enormen Verluste an Geschützen und Material auszugleichen, welche die Feldzüge des Jahres 1914 gezeitigt hatten, und das nach Möglichkeit mit neuen modernen Waffentypen. Neue Waffen einzuführen war dabei relativ einfach, da es ja nicht an modernen und erprobten Konstruktionen mangelte, sondern nur an dem nötigen Kleingeld, sie in Großserie zu produzieren.<sup>111</sup> Eine weitere Herausforderung für die Rüstungsindustrie war dann der Ausbau des bestehenden Artillerieparks, was erst ab 1916 in größerem Ausmaß geschehen konnte; bis dahin dienten die neu produzierten Geschütze vor allem dem Ersatz verlorener und veralteter Artillerie. Erst um die Kriegsmitte konnte die Geschützzahl je Division deutlich erhöht werden, ebenso die Anzahl mittlerer und schwerer Geschütze, mit denen in ausreichender Zahl bei Kriegsbeginn lediglich Deutschland gesegnet war, musste es doch die schweren Festungen in Frankreich und Belgien bekämpfen.

Ortner charakterisiert die Artilleriesituation des Habsburgerreiches im Ersten Weltkrieg wie folgt:

„Die österreichisch-ungarische Artillerie trat unter den denkbar schlechtesten Voraussetzungen in ihren letzten Krieg. Technisch veraltet, quantitativ unterlegen und kriegsunerfahren waren Verluste zu vergegenwärtigen, die vor allem personell bis Kriegsende nicht mehr aufzufüllen war. Die Unterlegenheit der Artillerie hatte aber auch bei den anderen Waffengattungen katastrophale Verluste zur Folge, welche der Artillerie dann den Vorwurf mangelnder Unterstützung und Unfähigkeit einbrachte.

Industriell war man auf den großen Bedarf an Geschützen und Munition nicht eingerichtet. Erst mit Annahme des Wehrgesetzes und der damit verbundenen neuen Artilleriestruktur begann man sich mit der Frage der geänderten materiellen Situation bzw. den damit verbundenen veränderten Anforderungen an ein leistungsfähigeres Nachschubs- und Beschaffungswesen auseinander zu setzen. Lediglich die Skodawerke waren im Jahre 1914 überhaupt in der Lage, unmittelbar nach Kriegsausbruch Geschütze zu liefern. Das Artilleriearsenal musste sich mangels entsprechender Einrichtung auf die Lieferung von Bronzerohr und Geschützzubehör beschränken. Da jedoch das veraltete Geschützmaterial nicht mehr nachgefertigt, sondern bereits die modernen Neukonstruktionen produziert werden sollten, waren größere Ausstoßzahlen erst nach Anpassung der Fertigungsanlagen an die Serienproduktion der neuen Geschütze möglich.

---

<sup>111</sup> Reinschedl, S. 124

Diese Umstellung kostete mehrere Monate, sodass erst 1915 der Übergang zu einer kontinuierlichen Produktion vollzogen werden konnte. Erst nach und nach traten auch andere Firmen und Produktionsstätten hinzu, jedoch viel zu spät, um die Versäumnisse der Vorkriegszeit auszugleichen. Um den schwer ringenden Fronten dennoch Verstärkungen zuzuführen, stellte man ins Feld, was in den Depots noch aufgefunden werden konnte. Damit trug die Artillerie bereits im ersten Kriegsjahr den Nimbus des ‚letzten Aufgebots‘.

Beginnend mit 1915 lief dann die Großerzeugung der meisten neuen Geschütze an, wobei ernst zu nehmende Ausstoßzahlen erst 1916 erreicht werden konnten. Ende 1917 konnte schließlich ein Zustand erreicht werden, der an den Fronten eine gewisse Ebenbürtigkeit gegenüber der gegnerischen Artillerie brachte. Mit der Verschärfung der Rohstoffkrise 1917/18 war aber der kontinuierliche Produktionsbedarf wenigstens zur Erhaltung dieses eben erst erreichten Geschützstandes sowie der Aufbringung der notwendigen Munitionsmengen bereits wieder gefährdet.<sup>112</sup>

Neue Waffen zu produzieren war vor allem ein qualitatives Problem: hochwertiger Stahl musste verarbeitet werden in großteils komplexe Mechaniken von Artillerie und Maschinengewehren, die Hauptwaffen des Großen Krieges. Zu diesem vorwiegend qualitativen Problem der Waffenerzeugung gesellte sich ein quantitatives der Munitionsproduktion. Wie bereits in der Einleitung erwähnt explodierte der Munitionsbedarf im Herbst und Winter 1914, was zu einer „Munitionskrise“ in allen Krieg führenden Staaten führte. Das Hauptproblem der Rüstungsindustrie – wichtiger noch als die eigentliche Waffenproduktion – war die Erzeugung nie da gewesener Mengen von Patronen und Granaten.

Werfen wir nun einen Blick auf die Geschützentwicklung, zunächst auf den Stand bei Kriegsausbruch:

Da man europaweit für Auseinandersetzungen á la 1866 und 1870/71 plante, wo Formationen massiert im freien Feld auftraten, war die artilleristische Hauptbewaffnung aller Großmächte 1914 die direkt (d.h. im Flachfeuer) schießende Feldkanone in Kalibern zwischen 7 und 9 Zentimetern, die Schrapnellgranaten verschoss – die Kanonen ebenso wie die Schrapnells waren für die Bekämpfung von Schützengräben völlig ungeeignet.

---

<sup>112</sup> Ortner, S. 501f

**Tabelle 18: Bei Kriegsausbruch vorhandene Kanonen, leichte und schwere Haubitzen<sup>113</sup>**

	Feldkanonen	Leichte-	Schwere Haubitzen
Österreich-Ungarn	1.934	420	112
Deutsches Reich	5.068	1.260	416
Russland	6.278	512	164
Großbritannien	897	169	86
Frankreich	4.780	84	104

Die Feldkanonenschwäche der Donaumonarchie ist in der Retrospektive weniger dramatisch, war doch der Erste Weltkrieg ein Krieg der Schützengräben; und in Schützengräben ist man vor einem Flachfeuergeschütz wie jenen Feldkanonen eben sehr gut geschützt.

Wichtiger waren da schon die leichten und schweren Feldhaubitzen.

Bei dieser entscheidenderen Waffe war die österreichische Unterlegenheit nicht nur weniger krass, sondern gar nicht gegeben. Wir erinnern uns: Österreich-Ungarn musste potentiell gegen Russland und Italien Krieg führen, Ersteres aber auch gegen Deutschland, welches so manch eine feindliche Ressource zu binden vermochte. Doch auch ohne Deutschland war Österreich-Ungarn bei der Haubitzenwaffe bedeutend stärker als Großbritannien oder Frankreich und nur unwesentlich schwächer als Russland.

Freilich, rechnet man alle 3 Geschützgattungen zusammen ergibt sich eine klare Unterlegenheit Österreich-Ungarns. Dann hatte die Donaumonarchie nur 2.466 Geschütze, während Deutschland über 6.744 verfügte, Russland über 6.954, Großbritannien über 1.152 und Frankreich über 4.968.

Dies beinhaltete eine Friedensreserve von 900 Geschützen, davon 800 moderner Bauart. Bedenkt man, dass bis Ende 1915 über 1.000 Geschütze verloren gingen oder unbrauchbar wurden, im selben Zeitraum aber 1.847 Geschütze nachgebaut wurden (je weiter die Zeit voranschreitet, desto mehr) so konnte man im zweiten Halbjahr 1915 an erste Neuauftellungen von Feldformationen nachdenken; als im ersten Halbjahr 1916 bei geringen Verlusten fast annähernd so viele Geschütze erzeugt wurden wie im Ganzen Jahr 1915, nämlich 1.428, war die

---

<sup>113</sup> Linnenkohl, Hans: „Vom Einzelschuß zur Feuerwalze. Der Wettlauf zwischen Technik und taktik im Ersten Weltkrieg“, Koblenz 1990, S. 79, 87 und 92; ÖULK, Band 1, S. 31 kommt zu einem anderen Ergebnis, das es Generalmajor Pflugs Aufsatz für die Carnegie-Stiftung entnimmt: bei Kriegsausbruch seien vorhanden gewesen: 2.154 leichte und 112 mittlere Feldgeschütze, 296 leichte Gebirgsgeschütze sowie 206 mittlere und 72 schwere Festungsgeschütze; alles in allem also 2.840 Rohre. Leider gibt es allzu oft verschiedene Angaben, und Leute wie Pflug belegen ihre Zahlenangaben nicht. Doch da alle Geschützangaben um die 2.500 pendeln – plus/minus 10% - darf man das als Unschärferelation gelten lassen.

Hochblüte der Neuaufstellungen erreicht und man konnte immer mehr alte Geschütztypen in den wohlverdienten Ruhestand schicken, bis diese endlich verschwanden.<sup>114</sup> Hatte eine Infanteriedivision bei Kriegsbeginn im Schnitt nur 42 (Russland: 48; Deutschland: 54)<sup>115</sup> Geschütze (das entspricht 2,8 je Bataillon)<sup>116</sup>, war diese Zahl bis Mitte 1916 auf 52 angestiegen, und das, obwohl auch neue Divisionen formiert wurden. Ende 1916 hatten die meisten Divisionen dann sogar 60-62 Geschütze, die Geschützanzahl war von rund 2.500 im Jahr 1914 über 4.000 im Frühjahr 1916 auf annähernd 8.000 zur Jahreswende 1916/17 gestiegen.<sup>117</sup> Dabei war besonders wichtig, dass sich das Verhältnis von Feldkanonen zu Haubitzen grundlegend geändert hatte: bestand 1914 die Masse des Geschützmaterials aus Kanonen, die gegen Schützengräben unwirksames Flachfeuer schossen, so war der Artilleriepark zu zwei Dritteln auf Haubitzen umgestellt worden, welche auch Steilfeuer schossen, welches gegen Gräben wirksam war.<sup>118</sup> Der Höhepunkt dieser Entwicklung war 1918 erreicht, als die Geschützanzahl auf rund 100 pro Division erhöht worden war, mehr als das Doppelte von 1914.<sup>119</sup>

Erst wenn man bedenkt, dass 58% aller Kriegstoten durch Artillerieeinwirkung fielen, begreift man die Wichtigkeit dieser Waffengattung.<sup>120</sup> Bedenkt man weiters, dass man 30 Granaten benötigt, um einen Soldaten zu töten, begreift man die Beanspruchung der Wirtschaft durch solch einen Krieg. Freilich, die erstere Zahl ist für die Kriegsschauplätze Österreich-Ungarns etwas geringer, da sie durch die Munitionsintensive Westfront und damit den größeren Munitionseinsatz der hoch industrialisierten Westalliierten und Deutschlands in die Höhe getrieben wird.

Trotz der Bedeutung der Artillerie und den Eindruck, den ihr Kanonendonner samt seiner Wirkung im Ziel auf Freund wie Feind ausübte, ist es das Maschinengewehr (MG), das diesen Konflikt geprägt hat wie keine andere Waffe. Was dem Zweiten Weltkrieg der Panzer, ist dem Ersten das Maschinengewehr. Wie der Panzer lange vor dem Zweiten, so war auch das Maschinengewehr lange vor dem Ersten Weltkrieg bekannt. Doch wie der Panzer seine Hochblüte ab 1939 erleben sollte, fand jene des MGs 1914 bis 1918 statt. Sein Hauptvorteil bestand in einer Ersparnis von Soldaten, und das ging so: mit der damaligen Standardbewaff-

---

<sup>114</sup> ÖULK, Band IV, S. 96f

<sup>115</sup> Rothenberg, S. 174

<sup>116</sup> ÖULK, Band IV, S. 98

<sup>117</sup> Wegs, S. 121

<sup>118</sup> Herwig, S. 236

<sup>119</sup> Wegs, S. 126

<sup>120</sup> Stevenson, S. 184

nung des Infanteristen – dem Repetiergewehr – konnte ein geübter Schütze bis zu 15 Schuss pro Minute auf eine Kampfdistanz von etwa 0,5 Kilometer abgeben.<sup>121</sup> Freilich, wer schon einmal mit einem deutschen Gewehr 98 oder seinem österreichischen Pendant (Gewehr M95) geschossen hat, der weiß, dass solch eine Frequenz anstrengend ist und sich nicht lange aufrechterhalten lässt. Und hier kommt das Maschinengewehr ins Spiel: mit einer weit höheren Kampfdistanz von bis zu 2 Kilometern und der damals üblichen Wasserkühlung konnte diese Waffe stundenlang nahezu ununterbrochen schießen, und das mit einer Schussfolge von etlichen 100, maximal 600-700. Schießt ein Maschinengewehr in einer besonders intensiven Kampfphase 500 Mal pro Minute, so entspricht das in etwa einem ganzen Zug (30-50 Mann) mit Repetiergewehren. Noch nie zuvor hatten sich so viele Männer so rasant eine so akute Bleivergiftung zugezogen, wie in den großen Schlachten des Weltkrieges, als gewaltige Menschenmassen über freies Feld gegen feindliche MG-Stellungen losstürmten.

Die Bedeutung des MG wurde nicht sofort erkannt. Einige hartnäckige Generale – allen voran der britische Field Marshall Haig – glaubten noch im zweiten Kriegsjahr, dass die MG-Ausrüstung zu Kriegsbeginn (2 pro Bataillon) ausreichend wäre. Doch im Verlauf des Krieges wurde die MG-Waffe bei allen Kriegführenden ausgebaut.

Die bereits erwähnte eine MG-Abteilung zu 2 Gewehren je Bataillon war auch in der habsburgischen Wehrmacht – ebenso wie bei den anderen Großmächten – üblich (nur Italien hatte interessanterweise noch weniger MGs, was von manchen als Mitgrund für das schlechte Abschneiden Italiens gegen habsburgische Truppen angeführt wird). Eine Verdoppelung auf 4 MGs je Bataillon erfolgte im Jahr 1915, war aber erst im Frühling 1916 zur Gänze abgeschlossen.<sup>122</sup> Danach ging der MG-Ausbau in großen Schritten vorwärts, wenngleich langsamer als etwa bei anderen Großmächten. Die Spitze der MG Produktion wurde gar erst 1917 und 1918 erreicht, als die Erzeugung von Gewehren und Geschützen schon zurückgefahren wurde, da man endlich einsah, dass ein MG das beste Preis-Leistungsverhältnis bot: wesentlich billiger und leichter mit Munition zu versorgen als eine Haubitze, aber wesentlich leistungsfähiger als ein Repetiergewehr, dabei aber Unmengen von Männern einsparend, war das MG in der Verteidigung – aber auch im Angriff, weil viel leichter als ein Geschütz – die ideale Waffe.

Den ganzen Krieg hindurch wurde das Maschinengewehr System Schwarzlose produziert, welches bereits 1907 in der k.u.k. Armee eingeführt worden war. 1906 waren verschiedene Konstruktionen getestet worden, unter anderem ein Maxim-MG. Man entschied sich für Ma-

---

<sup>121</sup> Stevenson, S. 183

<sup>122</sup> ÖULK, Band IV, S. 93

schinengewehr Schwarzlose (dann als M7/12 bezeichnet), da es „am besten für den Gebrauch in der Habsburgermonarchie geeignet“ war. Der gelernte Österreicher weiß, was das heißt: das Schwarzlose-MG war weit billiger als sein Konkurrent, es kostete lediglich 1.000 Kronen, verglichen mit 5.000, die für ein Maxim zu berappen waren.<sup>123</sup>

Gegen Kriegsende produzierte man dann eine Variante dieses MG als „Handmaschinengewehr“, heute würde man „leichtes“ Maschinengewehr sagen. Es war dieselbe Waffe, nur ohne Schutzschild und mit leichterem Gestell. Diese Waffe wurde seit 1917 in so großen Stückzahlen produziert, dass es zu einer nochmaligen Verdoppelung der MGs bei der Truppe im letzten Kriegsjahr kam. Schließlich verfügte ein Bataillon gegen Kriegsende über 24 MGs – mehr als das zehnfache von 1914.<sup>124</sup>

Gegen diese beiden Waffentypen ist die eigentliche infanteristische Hauptwaffe nicht mehr als eine Fußnote. Doch natürlich muss auch das Repetiergewehr erwähnt werden.

Zu Beginn des Krieges verfügte das Habsburgerreich über 2,5 Millionen Gewehre, davon aber lediglich ein Drittel moderne M95 und sogar noch an die 100.000 alte Werndl-Hinterladergewehre aus den 1860ern und 1870ern – das Gegenstück zum berühmten preußischen Zündnadelgewehr, das bei Königgrätz eingesetzt worden war.<sup>125</sup> Die Gewehrproduktion erreichte schon 1915 ein Niveau von rund 1 Million, das in den beiden Folgejahren nur noch gehalten werden musste. Unter dem Eindruck steigender Knappheit wurde die Gewehrproduktion 1918 erheblich gedrosselt, zugunsten der MG-Produktion, die so einen letzten Höhenflug erreichte. Um die enormen Ausfälle auszugleichen – geht ein Infanterist verloren, wird in aller Regel auch sein Gewehr verlustig – wurden erbeutete russische und italienische Waffen adaptiert und verwendet. Darüber hinaus wurden während des Krieges nahezu 3,5 Millionen Gewehre repariert und wieder in Dienst genommen.

Um das Bild zu vervollständigen werfen wir nun einen Blick auf die Produktion von Geschützen, Maschinengewehren und Gewehren. Dazu ergänzend der Ist-Stand zu Kriegsbeginn: 2.790 Geschütze, 2.761 MGs und 2,5 Millionen Gewehre. Die Produktion im Krieg betrug dann:

---

<sup>123</sup> Reinschedl, S. 99

<sup>124</sup> ÖULK, Band 7, S. 57f

<sup>125</sup> KA, KM-HR, Abt. 7, 761, 1915; Reinschedl, S. 89

**Tabelle 19: Waffenproduktion Österreich-Ungarns<sup>126</sup>**

Waffe	1914	1915	1916	1917	1918 <sup>127</sup>
Geschütze	117 <sup>128</sup>	1.730	6.948	7.700	2.064
MGs	1.187	3.730	6.335	15.436	12.201
Gewehre	149.183	905.832	1.197.117	1.091.117	237.148

Aus dieser Statistik kann man vieles herauslesen, und vieles davon wurde bereits erwähnt, nicht jedoch alles. Die im Verhältnis zum Stahl späte Produktionsspitze bei den Geschützen zeigt, wie man im Folge des Hindenburg-Programms, das auch in Österreich-Ungarn angewendet wurde, Wert legte auf beeindruckende Steigerungen in gewissen Rüstungssparten (die dann ohnehin nicht erfüllt werden konnten). Zwar wurden 1917 so viele Geschütze erzeugt wie nie davor und danach; doch der Leser möge sich die alles entscheidende Stahlkurve in Erinnerung rufen: hier war die Spitze schon 1916 erreicht, was bedeutete, dass auch die Munitionsproduktion gemeinsam mit der Stahlproduktion 1917 zurückging, und die Artillerie mit immer weniger Granaten auskommen musste. Also waren zwar Unmengen an neuen Waffen vorhanden, aber zu wenig Munition, um deren Gefechtstätigkeit voll auszulasten.

Das die Gewehr- zugunsten der MG-Erzeugung 1918 gedrosselt wurde, um immer knapper werdende Mannschaften einzusparen, wurde schon erwähnt, sei aber nochmals mit Nachdruck festgestellt.

Im Allgemeinen erahnt man in dieser Statistik keine Erschlaffung 1917, doch der wirtschaftliche Niedergang 1918 ist klar ersichtlich.

Doch die ganzen funkelnden neuen Geschütze und Maschinengewehre nützten nichts, wenn sie nicht mit ausreichend Munition versorgt waren. Da europaweit mit einem kurzen Krieg gerechnet wurde, kam es für die Armeen vor 1914 lediglich darauf an, einen Munitionsvorrat zu horten. Dieser müsste für einen 7-wöchigen Blitzkrieg á la 1866 reichen, höchstens für einen Konflikt wie jenen deutsch-französischen von 1870/71, welcher immerhin die Frechheit besessen hatte, etliche Monate zu dauern.

---

<sup>126</sup> KA, MS/1.WK-Ca, 4; Pflug, Ottokar, Anlage 5, 7; Wegs, S. 120; oftmals werden in den Quellen verschiedene Zahlen erwähnt; dem findigen Leser ist bereit aufgefallen, dass vom Autor angeführte Zahlen teilweise variieren, was eben auf viele verschiedene Angaben zurückzuführen ist. Wenn Zahlen allzu stark voneinander abweichen, gehe ich freilich darauf ein.

<sup>127</sup> Produktion bis September

<sup>128</sup> Zahl aus einer Rechnung entstanden mit Daten von Wegs, S. 120 und ÖULK, Band IV, S. 97; sie erscheint aber zu niedrig und ist wenig verlässlich



Von allen Armeen Europas war es die deutsche<sup>129</sup> die am besten mit Munitionsreserven versorgt war: pro Geschütz hatte man einen Vorrat von rund 1.000 Geschossen gehortet. Danach folgten alle anderen Streitkräfte, zum Schluss – damals schon ein Anzeichen der geringen schwerindustriellen Produktion – Italien, Russland – und eben Österreich-Ungarn. Dieses verfügte über einen Munitionsvorrat von 300-500 Stück Munition je Geschütz, die schwere Artillerie mit weniger, die Feldkanonen mit mehr Reserven ausgestattet.<sup>130</sup>

Diese Vorräte waren bei allen Kriegführenden viel schneller verschossen, als geplant. Und so setzte bereits nach wenigen Monaten des Krieges ab September/Oktober 1914 allseits die „Munitionskrise“ ein, die bis weit ins Jahr 1915 andauerte, bis endlich soviel Munition produziert wurde, dass die Front halbwegs ein Auslangen damit finden konnte. Man muss sich wiederum in Erinnerung rufen, dass die „Experten“ damit rechneten, dass die Armeen mit den Waffen und Reserven des Friedens auskommen würden und allenfalls mit geringer Produktionssteigerung und den im Frieden getroffenen Produktionsvorkehrungen der Bedarf der Streitkräfte gedeckt werden könnte. Wir wissen heute: sie irrten allesamt.

Es galt nun, gewaltige Munitionsmassen zu erzeugen, um den Feind in Grund und Boden zu schießen. Dabei waren zwei Ressourcen entscheidend: Stahl (und, zugegeben, einige Sparmetalle) und Pulver. Letzteres war das eigentliche Nadelöhr der Rüstungserzeugung, an dem die Kriegsanstrengung der Mittelmächte um ein Haar gescheitert und fast schon nach wenigen Monaten kollabiert wäre; dass dies nicht geschah war dem Zufall der technischen Innovation zu verdanken. In Deutschland war pünktlich zum Kriegsbeginn ein chemisches Verfahren entwickelt worden (das Haber-Bosch Verfahren), das Stickstoff aus der Luft erzeugte – unerlässlich sowohl für die Kunstdünger- als auch die Pulverproduktion. Denn Stickstoff ist unter anderem die Grundlage von Salpeter. Modernes Gewehr- und Sprengpulver wurde zu rund drei Viertel aus Salpeter erzeugt (der Rest ist etwa zu gleichen Teilen Schwefel und Kohle) – somit ist Salpeter die Grundlage aller Explosivstoffe des Ersten Weltkriegs. Ohne Salpeter und damit ohne Pulver wäre die Kriegsanstrengung Deutschlands und auch Österreich-Ungarns rasch zu Ende gewesen. Vor der deutschen technischen Innovation war ein überwältigender Teil des europäischen Salpeterverbrauches aus Chile importiert worden; erst kurz vor dem Ersten Weltkrieg konnte Deutschland – und bald auch Österreich-Ungarn – Salpeter

---

<sup>129</sup> rechtlich gesehen *die* deutschen Armeen (jene Bayerns, Preußens, Sachsens, ...) unter preußischem Oberbefehl; nur die Kriegsmarine bestand nicht aus Teilstreitkräften und war wirklich und gänzlich deutsch

<sup>130</sup> KA, MS/1.WK-Ca, 4; Pflug, Ottokar, S. 15f; Wegs, S. 169

selbst erzeugen.<sup>131</sup> Daher vermochte ein deutscher Wissenschaftler zu schreiben: „So dient die Luft nicht nur zum Atmen, sondern auch zur Herstellung der Explosivstoffe, die dem Deutschen Reiche zu dem ihm in der Welt nötigen freien Atmen verhelfen werden.“<sup>132</sup> Das erinnert an den Beginn des Zweiten Weltkriegs, als Deutschland die Führung desselben durch motorisierte Großverbände und die Luftwaffe erst mittels einer 1927 entwickelten technischen Innovation ermöglicht wurde, nämlich das Fischer-Tropsch Verfahren, das jedoch erst kurz vor Kriegsausbruch selbst in die industrielle Großherzeugung gelangt war und damit die Produktion von synthetischen Kraftstoffen aus der in Deutschland reichlich vorhandenen Kohle erlaubte. Die Forschung daran begann übrigens bereits unter dem Eindruck der Mangelercheinungen des Ersten Weltkrieges.

Die Granatenproduktion Österreich-Ungarns setzte ein mit bescheidenen 7.400 Stück pro Tag, was etwa 3 Schuss pro Geschütz pro Tag erlaubte.<sup>133</sup> Freilich, dazu kommen noch die vor dem Krieg angehäuften Reserven, die es der Artillerie ermöglichten, mehr als eben jene 3 Schuss zu verpulvern. Und Ende 1914 war die Granatenerzeugung schon auf 17.000 pro Tag oder 6,6 pro Geschütz gestiegen. Ein Jahr nach Kriegsbeginn wurden dann schon 43.000 Granaten am Tag erzeugt, 14 je Geschütz. Die ärgste Knappheit war vorbei.

Ähnlich verhielt es sich mit der Produktion von Patronen für Gewehre und Maschinengewehre. Hatte ein preußischer Soldat während des ganzen Krieges von 1870/71 im Schnitt weniger Patronen verschossen, als er zu Beginn der Operationen bei sich trug, war die Nachfrage in diesem neuen Krieg auch nach Infanteriemunition höher als erwartet.

**Tabelle 20: Munitionserzeugung (in Millionen)<sup>134</sup>**

	1914	1915	1916	1917	1918
Für Gewehre (täglich)	2,5	3,75	4	3	1,75
Für Artillerie (monatlich)	0,3	1,3	2	1,4	0,74

<sup>131</sup> k.u.k. Technisches Militärkomitee (Hrsg.): „Mitteilungen über Gegenstände des Artillerie- und Geniewesens“, XLVI. Jahrgang, Waldheim Verlags AG, Wien 1916, S. 676ff

<sup>132</sup> k.u.k. Technisches Militärkomitee, S. 697

<sup>133</sup> Franek, Fritz: „Entwicklung der österreichisch-ungarischen Wehrmacht in den ersten zwei Kriegsjahren“, in: Militärwissenschaftliche Mitteilungen, 64. Jg., Wien 1933, S. 27

<sup>134</sup> KA, MS/1.WK-Ca, 4; Pflug, Ottokar, Anlage 5, 7; Wegs, S. 120

Diese Tabelle zeigt sehr schön zusammengefasst das Herzstück der Rüstungsanstrengung, die Munitionserzeugung. Die Patronenproduktion ging aus von einem relativ hohen Niveau und wurde nur ausgebaut. Während Maschinengewehre mehr Munition verschlangen, ging der Munitionsbedarf für Infanteriegewehre relativ zurück, sparten doch die MGs wie bereits erwähnt Soldaten und damit Infanteriegewehrfeuer ein.

Dramatisches ereignete sich aber hingegen an der „Granatenfront“. Die Erzeugung war zu Kriegsbeginn gering und wurde ganz massiv ausgebaut. In kein anderes Rüstungsgut wurden so viele Ressourcen investiert wie in die Granatenerzeugung. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen: die durchschnittliche Monatsproduktion hatte sich von 1914 auf 1915 mehr als vervierfacht, um sich dann 1916 nochmals nicht ganz zu verdoppeln. Mit der allgemeinen Erlassung der Kraft des Habsburgerreiches schritt dann 1917 eine Verringerung der Produktion einher – bei Granaten (minus ein Drittel) ebenso wie bei Patronen (minus ein Viertel). Nach dem Absacken 1917 erfolgte dann 1918 ein Sturz in der Produktion (Patronen und Granaten nochmals minus die Hälfte). Das war zunächst keine Katastrophe, der Krieg konnte weitergeführt werden; allerdings auf immer niedrigerem Niveau, während die Alliierten immer größere Waffenmengen erhielten. Das Deutsche Reich, aber noch viel mehr Österreich-Ungarn, gerieten immer mehr ins Hintertreffen. Die Kapitulation im Herbst 1918 war die logische Konsequenz der an der kriegswirtschaftlichen Macht der Westalliierten gescheiterten letzten Offensive Deutschlands.

Eine neue Waffe in der Kriegsführung waren die Flugzeuge, die *crème de la crème* der modernen Spitzentechnologie.<sup>135</sup> Hier musste Österreich-Ungarn ob seiner gering entwickelten industriellen Basis am weitesten hinter Länder wie Deutschland und Großbritannien zurückfallen. Den letzten beiden gelang es, die bis dato in dieser Branche übliche Einzelfertigung auf industrielle Serienproduktion umzuschalten. Dagegen gab es in der Donaumonarchie nur klein strukturierte Flugzeugbetriebe, welche die Skalenerträge moderner Industrie kaum zu nutzen vermochten und überdies zu kapitalschwach waren, um in Forschung und Entwicklung zu investieren – hier blieb Österreich-Ungarn gänzlich von Deutschland abhängig. So blieb die österreichische Flugzeugproduktion im Grunde eine Manufakturfertigung. Außerdem war

---

<sup>135</sup> Hierzu war ein dreitägiges Symposium auf der Landesverteidigungsakademie Wien mit dem Titel „Soldaten in den Wolken. Die k.u.k. Luftfahrtruppe und ihre Gegner“ sehr hilfreich (23.-25. Juni 2009). Besonders die Vorträge von Koloman Mayerhofer über „Die k.u.k. Luftfahrtindustrie“ und von Gregory Alegi über „Die italienische Luftfahrtindustrie im Ersten Weltkrieg“ sind als besonders hilfreich für diese Arbeit hervorzuheben. Ein Band zu diesem Symposium wird dann voraussichtlich im Frühjahr 2010 erscheinen – zu spät, um in diese Arbeit einzufließen.

es für solche kleinen Unternehmen ein noch viel größerer Fluch, dass sich das Kriegsministerium – trotz abgeschlossenes rechtsgültiger Verträge – stets Vertragsänderungen vorbehielt und somit die Planungssicherheit der Unternehmen zerstörte. Denn wie soll eine Firma geregelt planen, investieren und arbeiten, wenn der Auftraggeber ohne Konsequenz sagen kann: „Wir brauchen doch keine 200 Flugzeuge, sondern nur 50“? Was kurzfristig-praktisch für das Kriegsministerium, ist langfristig verheerend für die Volkswirtschaft, in diesem Falle für die Flugzeugindustrie. Interessant ist auch, dass bei aller Planungswut das Kriegsministerium eine wichtige Sache zu planen vergaß, die durchaus planbar und von Nutzen gewesen wäre: einheitliche Normen und Maße. Jede Firma verwendete verschiedengroße Schrauben, Spannschlösser, Stahlseile etc. was gerade vorhanden war und wie es ihnen passte. Die Wirtschaftlichkeit wäre in enormem Maße gestiegen, hätte das Kriegsministerium einheitliche Normen durchgesetzt.

Bei Kriegsausbruch war die österreichische Luftwaffe ähnlich klein wie die der anderen Mächte. Sie verfügte lediglich über 15 Fliegerkompanien zu je 106 Mann. Die gesamte Luftwaffe umfasste so keine 2.000 Mann und nur etliche Dutzend Maschinen.<sup>136</sup> In diesem Rüstungszweig kam es verspätet zu einem Aufschwung; die Produktion dümpelte bis 1916 dahin, um 1917 stark anzusteigen und ihre Spitze sogar erst spät im Jahr 1918 zu erreichen. Hatte man die Bedeutung des Flugzeuges spät, aber doch, erkannt?

Die Anzahl der Fliegerkompanien bis 1918 wurde fast verfünffacht, doch hinkten diese immer ihrem Sollstand hinterher. Um die Zahl von etwa 500 einsatzbereiten Maschinen zu halten, musste die Luftfahrtindustrie – bei der tatsächlichen Lebensdauer der Maschinen von 4 Monaten – rund 1.500 Stück im Jahr produzieren, um die Stände auch nur zu halten. In den beiden besten Jahren 1917 und 1918 produzierte Österreich-Ungarn 1.700 und 2.400 einsatzbereite Maschinen, Italien 4.000 und 6.500. Im Habsburgerreich kam es also nie wirklich zu einer großen Luftrüstung und Kampfflugzeugvermehrung.<sup>137</sup> (Die italienische Stärke in der Luftrüstung soll aber nicht auf die allgemeine Schwäche der italienischen Rüstungsindustrie hinwegtäuschen. Man darf auch nicht vergessen, dass das Flugzeug im ersten Weltkrieg eine zunehmende, aber keineswegs eine entscheidende Rolle spielte.)

Gerade bei der neuen Flugzeugwaffe stellt sich die Frage, wie wichtig den Militärs diese Innovation gewesen ist bzw. ob sie deren Wert erkannten. Zwar wurde die höchste Monatsproduktion von 267 Maschinen sehr spät im Krieg erreicht, nämlich im Mai 1918, was als Indiz dafür gelten kann, dass das Militär zumindest zu später Stunde die Bedeutung der Luftwaffe

---

<sup>136</sup> ÖULK, Band 1, S. 80

<sup>137</sup> ÖULK, Band 7, S. 76f

erkannte. Jedoch wurde die Luftfahrtindustrie oft mit sehr geringen Mitteln bedacht. Das beste Beispiel dazu ist der Nickelverbrauch dieser Industrie zwecks Herstellung von Kurbelwellen. Nickelstahl ist für jedwede Feinmechanik von Bedeutung aufgrund seiner geringen Dimensionsveränderung bei Temperaturverschiebung.<sup>138</sup> Der Nickelbedarf für jene Kurbelwellen betrug lächerliche 3 Tonnen im Jahr; er konnte aber dennoch nicht gedeckt werden.

Eine Reihe von Anekdoten beleuchtet die Zustände der Luftrüstung, die aber auch auf andere Bereiche der Kriegswirtschaft übertragbar sind und ein Licht auf Mangel und Inkompetenz werfen.

So war bei staatlichen Bestellungen eine Ausschreibung im Inland vorgeschrieben sowie die Begutachtung mindestens dreier Angebote. Das war besonders dort wenig sinnvoll, wo man schon vor der Ausschreibung wusste, dass das Material in Österreich-Ungarn gar nicht vorhanden war, und sowieso aus Deutschland importiert werden mussten. Aber Regeln sind nun mal dazu da, gehalten zu werden – ganz gleich wie sinnvoll – und so vermehrte sich der bürokratische Aufwand für solche Unnötigkeiten.

Eine weitere absurde Geschichte ist, wie Österreich-Ungarn von Deutschland eine Lieferung von 10.800 Zündmagneten für einen Produktionszeitraum von 6 Monaten forderte (es handelt sich dabei um Elektromagnete, die unter mechanischer Drehung – beispielsweise Ankurbeln – den Zündstrom für den Start des Flugzeugmotors liefern sollten) – zusammen genug, um die Motorisierung von 5.400 Flugzeugen samt anteiliger Ersatzteilversorgung zu unterstützen. Die Krux bei der Sache ist, dass Österreich-Ungarn im ganzen Krieg keine 5.400 Flugzeuge produzierte und es dem zuversichtlichsten Planer von Anfang an klar war, dass diese Forderung die österreichische Kapazität um ein Vielfaches überstieg. Der deutsche Bundesgenosse reagierte dann auch leicht gereizt.

Die weltweite Kriegsflugzeugproduktion ergibt das übliche Bild, zumindest was Österreich-Ungarn betrifft.

**Tabelle 21: Kriegsflugzeugproduktion 1914-1918<sup>139</sup>**

Ö-U	It	D	F	GB	USA	R
5.300	12.000	50.000	52.000	55.000	17.000	5.600

<sup>138</sup> k.u.k Technisches Militärkomitee, S. 1026

<sup>139</sup> Die Daten sind dem oben erwähnten Symposium entnommen, und zwar dem Vortrag Gregory Alegis.

Dass Österreich-Ungarn nur einen Bruchteil des deutschen Ausstoßes erreichte und nur unwesentlich weniger als das Zarenreich passt ins Bild. Dass sich aber Deutschland, Großbritannien und Frankreich auf einem Niveau bewegen, zeigt, dass bei der Flugzeugerzeugung die Stahlindustrie nicht die entscheidende Rolle spielte. Die geringe amerikanische Produktion ist auf den späten Kriegseintritt und der noch nicht erreichten Führerschaft in der Spitzentechnologie zurückzuführen. Dass Italien aber mehr als doppelt so viel produzierte wie das Habsburgerreich nimmt Wunder. Vielleicht ist das durch eine höhere Bedeutung der Luftwaffe bei den Seemächten zu erklären, während klassische Landmächte wie Deutschland, Russland und eben Österreich-Ungarn mehr in die traditionelle Landstreitmacht investieren. Sicherlich ist ein Grund aber auch, dass alle Westalliierten samt Italien untereinander sowie mit dem Rest der Welt Handel treiben konnten und ab 1917 eine enorme auf Krediten basierende Unterstützung erhielten, und zwar durch die USA – welche praktischerweise auch die Kredite vergaben, mit denen bei ihnen eingekauft wurde.

Die Bewaffnung der kaiserlich-königlichen Streitkräfte hatte sich im Verlauf der vier Kriegsjahre qualitativ wie quantitativ enorm gesteigert. 1917 kamen auf ein Bataillon rund 9 Geschütze und 8 Maschinengewehre, dreimal bzw. viermal soviel wie 1914. Bei den MGs wurde der Höchststand sogar erst gegen Ende des Krieges erreicht: durch die Ausstattung mit leichten MGs zählte ein Bataillon bei Kriegsende rund zehnmal so viele MGs wie bei Kriegsbeginn. Das MG war zwar das gleiche geblieben; doch bei den Geschützen gab es einen enormen qualitativen Sprung. Längst war die militärische Führung dazu übergegangen, die Stärke eines Verbandes nicht an seinen „Feuergewehren“ zu messen, sondern an seinen Geschützen und Maschinenwaffen.<sup>140</sup>

Der Vollständigkeit halber sei auch noch kurz das Hindenburgprogramm erwähnt. Es war das von der neuen deutschen obersten Heeresleitung (das Pendant zum österreichischen Armeeoberkommando, mit Hindenburg und Ludendorff an der Spitze) im Frühherbst 1916 befohlene Wirtschaftsprogramm des Deutschen Reiches, in das auch Österreich-Ungarn einbezogen wurde, obwohl es nie eine zentral organisierte deutsch-österreichische Kriegswirtschaft gab.<sup>141</sup> Dieses Programm stellte den Gipfelpunkt der wirtschaftlichen Kriegsanstrengung dar. Zu einer Zeit, als die Rüstungsindustrie ihre Höchstleistungen erreichte, aber auch an ihre Kapazitätsgrenze stieß, verlangte das Hindenburgprogramm eine nochmalige große Kraftan-

---

<sup>140</sup> ÖULK, Band 7, S. 56f und 51f

<sup>141</sup> Hardach, S. 82

strengung, um den Rüstungsoutput zu verdoppeln. In Deutschland zeitigte das Programm eine gewisse Wirkung – alle noch nicht genützten Ressourcen wurden nun zusammengekratzt – aber dies geschah auch auf Kosten der Front, da eine der wichtigsten Ressourcen der Mensch war (und da vor allem der Mann), und nun hunderttausende Männer aus dem Militärdienst entlassen wurden, um in der Heimat Waffen zu erzeugen. Österreich-Ungarn stieß schon vorher an seine Grenzen, hier scheiterte das Hindenburgprogramm fast vollständig.

Die Vergrößerung des Ausstoßes, die bei den Mittelmächten erreicht wurde, ging auf Kosten der langfristigen Leistungsfähigkeit: alles wurde für einen großen Endkampf mobilisiert, doch spätestens 1919 wäre die Kriegswirtschaft zusammengebrochen unter dem Druck der nun mit Masse vorhandenen Amerikaner samt den Rüstungsgütern ihrer Volkswirtschaft.

Mit dem Hindenburg-Programm versuchte die Oberste Heeresleitung folgendes zu erreichen:

„to restructure German military-industrial-labour relations from the ground up. They appreciated what the German Army had avoided facing up to before 1914: that modern industrialized wars fought by millions of soldiers and fuelled by the labour of millions of workers could not be conducted with the organizations and tools of the Napoleonic era. They attempted to mobilize the nation's manpower and material reserves for 'total war', to erase all distinctions between the military and home 'fronts', and to create a 'symbiotic' relationship between the suppliers and the 'workers' of war. But neither labour nor industry nor government in Imperial Germany was ready in 1916 for such a radical restructuring of traditional social, economic, military and political relations.

[What is more, the] OHL based its demands not on sound military planning or rational economics but on a theoretical image of 'total war'. [Thus,] the Hindenburg Programme was largely smoke and mirrors, an ambitious reform programme designed for public consumption.”<sup>142</sup>

Das rüstungsstrategische Gleichgewicht verschob sich in dem halben Jahr nach dem Antritt der dritten OHL nur deshalb zu Gunsten der Mittelmächte, weil Russland kollabierte und die USA noch nicht ihr Gewicht in die Waagschale werfen konnten.

Die vielen absoluten Zahlen von denen wir bisher hörten verraten freilich wenig, wenn man sie nicht vergleicht, in Kontext setzt. Ein guter Historiker sollte sowieso immer vergleichen, denn nur so kann er lernen und aus dem Gelernten Schlüsse ziehen. Was nutzt uns das Wissen, dass die Donaumonarchie 1916 monatlich 2 Millionen Granaten produzierte? Das hört sich beeindruckend an, muss aber im Kontext des Krieges gesehen werden. Deswegen ist es

---

<sup>142</sup> Herwig, S. 263ff

wichtig, die Kriegswirtschaft Österreich-Ungarns zumindest mit jener seines Hauptgegners Russland zu vergleichen, gegebenenfalls auch noch mit jener seines anderen bedeutenden Gegners – Italien – sowie mit seinem wichtigsten Verbündeten – Deutschland. Ein Vergleich mit den anderen Kriegführenden komplettiert das Bild und rundet es ab, ist aber nicht unbedingt notwendig, musste doch Deutschland (fast) die Last des Krieges gegen die Westalliierten alleine schultern.

Beginnen wir also mit dem wichtigsten Vergleichsland, Russland, und seiner Rüstungsproduktion.

**Tabelle 22: Rüstungsproduktion Russlands (ausgesuchte Sparten)<sup>143</sup>**

	1914	1915	1916	1917	1918
Kohle (Mio. t)	31,95	31,48	34,46	31,23	12,97
Stahl (Mio. t)	4,4	4,11	4,27	3,08	0,4
Geschütze	285	1.654	7.238	3.538	-
MGs	800	4.300	11.100	11.300	-
Gewehre	278.000	860.000	1.321.000	1.120.000	-
Granaten (Mio.)	0,66	12,56	33,07	18,66	-

Dazu nochmals die größtenteils schon bekannten Zahlen Österreich-Ungarns:

**Tabelle 23: Rüstungsproduktion Österreich-Ungarns (ausgesuchte Sparten)<sup>144</sup>**

	1914	1915	1916	1917	1918
Kohle (Mio. t)	48,4	47,3	49,9	47,3	43,3
Stahl (Mio. t)	2,16	2,67	3,56	3,12	1,89
Geschütze	117	1.730	6.948	7.700	2.064
MGs	1.187	3.730	6.335	15.436	12.201
Gewehre	149.200	905.800	1.197.100	1.091.100	237.100
Granaten (Mio.)	1,5	15,6	24	16,8	9

<sup>143</sup> Broadberry, S. 242f

<sup>144</sup> Broadberry, S. 88



Um diese Statistiken zu vergleichen muss man sich vergegenwärtigen, dass Russland weit größer und auch bevölkerungs- sowie rohstoffreicher war als Österreich-Ungarn. Und dennoch: die industrielle Basis des Zarenreiches war ähnlich schmal wie jene der Habsburgermonarchie – und rechnet man pro Kopf, sogar noch viel schmaler. Beachtlich ist vor allem, dass Österreich-Ungarn mehr Kohle förderte und es ihm sogar gelang, seine Stahlproduktion auszuweiten – Russland schaffte das nicht. Dementsprechend war die russische Rüstungsindustrie der österreichischen auch kaum überlegen. Russland produzierte kaum mehr Geschütze, MGs, Gewehre und Granaten. Nur auf dem Höhepunkt der Rüstungsanstrengung 1916 vermochte es der östliche Riese die Donaumonarchie in wichtigen Sparten hinter sich zu lassen. Doch man bedenke bei solch einem Vergleich immer, dass Russland auch ständig gegen das weit mächtigere Deutschland zu kämpfen hatte, und Österreich-Ungarn gegen das schwächere Italien. Und so war Russlands Vorteil auch weniger seine industrielle Stärke, sondern seine Menschenmassen, die es ihm erlaubten, immer neue Armeen ins Feld zu stellen, ganz gleich wie schlecht ausgerüstet. Ein weiterer Vorteil Russlands war ebenfalls nicht wirtschaftlich, sondern geographisch: seine schiere Größe ermöglichte es ihm Raum preiszugeben, somit näher an die eigene Nachschubbasis rückend, während der Gegner sich von der seinen entfernte und ihm das Kämpfen mit jedem zurückgelegtem Kilometer schwerer fiel. Die Zahlen für 1917 sind insofern „unfair“ und entziehen sich dem Vergleich, weil Russland bereits im Begriff war zusammenzubrechen – das ist aber auch ein Anzeichen für seine im Vergleich zu seiner Größe kleineren industriellen Basis Österreich-Ungarns sowie seiner größeren Labilität und Instabilität. Russland kollabierte in einer Phase, als sich durch den Kriegseintritt der USA das Kriegsglück auf Seiten der Alliierten zu neigen begann. Das Habsburgerreich hatte bestand, bis allen klar war, dass die totale Niederlage kurz bevorstand – daraufhin verließen die Ratten das sinkende Schiff, der Staat löste sich im Herbst 1918 auf.

### ***1.5. Analyse der wirtschaftlichen Struktur***

Je fortschrittlicher und moderner die Volkswirtschaft und je größer die Ressourcen eines Staates, desto besser und ausladender ist auch seine Möglichkeit, eine alles kontrollierende Organisation und Bürokratie zu errichten. Bester Beweis sind zwei Extrembeispiele: der Personenverbandstaat des Mittelalters und der frühen Neuzeit, sprich: der Fürst, hatte seine liebe Mühe, seine Wünsche und Gesetze bis in den letzten Winkel seines Landes durchzusetzen – es war ihm gar unmöglich – trotz allen Geredes von den „absoluten“ Herrschern. Noch 1866 nach der Schlacht bei Königgrätz beschwerte sich ein hoher Beamter, dass die Wiener angesichts dieser katastrophalen Niederlage des Kaisers sich nicht aus ihrer Ruhe bringen ließen

und genauso fröhlich und ausgelassen in den Heurigen der Außenbezirke feierten wie bisher, als wäre nichts geschehen. Wenige wussten von der Schlacht und noch weniger interessierte sie das Schicksal des Staates. Und dieser Staat hatte weder die Mittel noch den Willen, dies zu ändern. Heute, Jahrhunderte später, ist das anders: der moderne Wohlfahrtsstaat, der seine Bürger bis in die letzten Winkel ihres Lebens kontrollieren kann, und dies zum Leidwesen der Bürger auch oft genug tut, verkörpert den vorläufigen Gipfelpunkt staatlicher Macht, nur noch von totalitären Gebilden übertroffen. Dies gelingt dem Staat nicht nur aufgrund seiner besseren und größeren Organisation – sprich: Bürokratie – sondern auch aufgrund des wirtschaftlichen Wandels und der damit einhergehenden enormen Vermehrung der volkswirtschaftlichen Leistungskraft, die moderne Kontrollmaßnahmen erst ermöglicht.

Sind die heutigen westlichen Länder alle ziemlich auf demselben Entwicklungsniveau (am einfachsten messbar durch das Volkseinkommen pro Kopf), so war das 1914 anders; es gab große Unterschiede. An der Spitze der wirtschaftlichen Entwicklung der großen Mächte standen die USA, Großbritannien und Deutschland. Danach rangierte Frankreich, und danach die noch überwiegend agrarisch geprägten und wenig industrialisierten Staaten Österreich-Ungarn, Russland und Italien. Das bedeutete nicht nur, dass die letzter genannten aufgrund ihrer kleineren (Schwer-)Industrie weniger rüsten konnten; es brachte auch eine ganze Reihe von Faktoren mit sich, die eine volkswirtschaftliche Kriegsanstrengung beeinflussen mussten – und zwar negativ, zur wohl nicht allzu großen Überraschung des aufmerksamen Lesers.

Die moderne Wirtschaftsstruktur bedingte ein Abwandern von Menschen aus der Landwirtschaft in den zweiten und dritten Wirtschaftssektor, der Industrie und dem Dienstleistungsbereich. Dieser Prozess war in Großbritannien am weitesten fortgeschritten, wo nur noch ein geringer Prozentsatz der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeitete. Bei den agrarisch geprägten Ländern – *nomen est omen* – lebte und arbeitete noch die Mehrheit der Bevölkerung am Land; über die Hälfte in Österreich-Ungarn und Italien, rund zwei Drittel in Russland. Diese Staaten hatten ob ihrer wirtschaftlichen Schwäche ein weit weniger dichtes Netz staatlicher Kontrolle – im Frieden ein Segen, im Krieg ein Fluch. Zudem waren sie noch nicht gänzlich im Kapitalismus angekommen; denn obschon die Bauern ihren Überschuss auf dem Markt verkauften umso andere Güter erwerben zu können, waren sie mit Masse wie seit Urzeiten Selbstversorger; sie produzierten also überwiegend für den eigenen Bedarf, waren wenig spezialisiert und kaum in eine kapitalistische Marktwirtschaft eingebunden.

Diese agrarische Prägung mit ihrer Selbstversorgungswirtschaft ist auch der Grund, weshalb man das Volkseinkommen solcher Länder nicht wirklich messen kann und es bei den zahlreichen Schätzungen oft zu enormen Unterschieden kommt – wie will man in Geld die Produkti-

on der Selbstversorgungswirtschaft messen, wenn der Großteil deren Erzeugnisse niemals auf einem Markt gehandelt wird. Dem Wirtschaftshistoriker stellen sich Schwierigkeiten über Schwierigkeiten...

Dies ist nun die Ausgangssituation für Österreich-Ungarn genauso wie für seinen potentesten Gegner, Russland – letzteres war sogar noch weit rückschrittlicher (wiederum gemessen an pro-Kopf-Einkommen und Produktion, nicht in absoluten Zahlen, da Russland ja viel größer war).

Der Krieg begann und bald war klar, dass dieser nicht militärisch und somit rasch, sondern ökonomisch und somit langsam und mühselig gewonnen werden würde. Alle Länder standen vor demselben Problem: die Produktion der Schwerindustrie zu erhöhen um damit Waffen und Munition zu erzeugen. Manche taten sich dabei leichter, manche schwerer, andere wiederum versagten angesichts dieser Aufgabe und kollabierten unter der Anstrengung eines totalen Krieges.

Was passiert nun ökonomisch in einem solchen großen Krieg?<sup>145</sup>

Der Staat schuf enorme Nachfrage, die es zuvor nicht gegeben hatte. Die Menschen wollten ihre Konsumgewohnheiten nicht ändern, schon gar nicht einschränken, und kauften wie gewohnt. Die Gesamtnachfrage stieg erheblich, zumal Kanonen kein guter Ersatz für Butter sind. Die Gesamtnachfrage stieg, aber die Ressourcenbasis blieb die gleiche. Es ist eine Milchmädchenrechnung vorherzusagen, dass nun die Preise stiegen. Doch das Angebot konnte trotz gestiegener Preise nicht im selben Ausmaß wachsen wie die Nachfrage, da diese die Ressourcenbasis und damit die Möglichkeiten solcher Länder wie Österreich-Ungarn überstieg. Solche Staaten – und bis zu einem gewissen Grad trifft das auf alle Kriegsteilnehmer zu – führten einen Wirtschaftskrieg gegen die eigene den Bedarf unterschreitende Ressourcenbasis. Mit Höchstpreisen, Zwangsabgaben, Zentralisierung und Planung von Erzeugung, Verteilung und Verbrauch versuchten sie, sich gegen die wirtschaftliche Realität zu stemmen. Die Planer aller Länder vereinigten sich mit dem Slogan: Wenn die Realität nicht mit der Planung übereinstimmt, ist das ein Pech für die Realität.

Doch Höchstpreise etwa bewirkten nur, dass immer mehr Anbieter ihr Produkt am Markt nicht mehr feilboten; zusammen mit Zwangsabgaben bewirkten sie, dass die Anbieter immer weniger produzierten; und eine zentrale Planung bedeutete die Ausschaltung des Marktes und damit die Beseitigung des effizientesten Zuteilungssystems.

---

<sup>145</sup> Broadberry, S. 31ff; diese Buch ist für dieses Kapitel überhaupt sehr hilfreich, wenngleich ab und an allzu vereinfachend – oder gar falsch. Jedenfalls greife ich einige seiner Gedanken auf.

Die Länder mit dem höchsten Entwicklungsstand und damit besserer Organisation vermochten im Krieg durch die gestiegene Nachfrage ihr Volkseinkommen real sogar zu vermehren. In weniger entwickelten Ländern wie Österreich-Ungarn sank das Volkseinkommen. Doch dafür war nicht allein der geringere Entwicklungsgrad und die damit einhergehende schlechtere Organisation verantwortlich, wie das Broadberry et alia suggerieren; nicht gänzlich unbedeutend war etwa auch die Blockade, welche nur die Mittelmächte traf und natürlich volkswirtschaftlich eher nur wenig vorteilhaft war; oder direkte Kriegseinwirkungen, wie die Besetzung Nordfrankreichs, welches so den Großteil seiner Schwerindustrie verlor, anders als Großbritannien, das eine Besetzung weder erlebte noch ernsthaft zu befürchten hatte. Großbritannien genoss darüber hinaus noch seine Position als größtes Gläubigerland, was es ihm erlaubte, sein gewaltiges Vermögen zu verflüssigen und in die eigene Wirtschaft zu pumpen, woraufhin die Volkswirtschaft wuchs – Keynes lässt grüßen.

Ein klares Zeichen für den geringeren Organisationsgrad von Staat und Wirtschaft ist der geringere Mobilisierungsgrad der Volkswirtschaften der wenig entwickelten Länder. Vermochte Deutschland rund 60% des Volkseinkommens für den Krieg auszugeben, war diese Zahl in Österreich-Ungarn trotz vergleichbarer Anstrengung seines Staatsapparates nur etwa halb so hoch.<sup>146</sup> Um den Krieg zu nähren – landwirtschaftlich wie industriell – mussten die agrarischen Staaten Ostmitteleuropas Ressourcen aus der Landwirtschaft abziehen – Männer und Pferde für den Armeedienst, landwirtschaftliche Erzeugnisse für den gestiegenen Bedarf der Streitkräfte und der Städte. Die Selbstversorgungsbauern, welche die Masse der Bevölkerung stellten, waren nun mit folgender Situation konfrontiert: sie verloren Arbeitskräfte – Mann und Pferd – an die Armee; und die landwirtschaftlichen Überschüsse, die sie nach wie vor produzierten, konnten sie nicht mehr wie bisher am Markt verkaufen, um mit dem Erlös andere Konsumgüter zu kaufen, da es keine solchen Güter mehr zu kaufen gab. So entschlossen sich viele Bauern, den Überschuss selbst zu konsumieren, anstatt ihn gegen wenig (Höchstpreise) und noch dazu wertlos gewordenen Geld (Inflation) zu tauschen. Die für die so kriegswichtige Industrie vorhandene Lebensmittelproduktion sank, die Preise stiegen, die Städter konnten sich das Essen nicht mehr leisten, worauf der Staat mit Höchstpreisen und Zwangsabgaben für die Landwirtschaft antwortete.

Aufgrund der staatlich verfügbaren negativen Anreize sank die Produktion: wozu schuften, wenn der Staat mir die Früchte meiner Arbeit sowieso wegnimmt? Die Bauern produzierten nur noch für den eigenen Konsum, da der Staat versuchte, die „terms of trade“ zwischen den Wirtschaftssektoren zu Gunsten der städtischen Bevölkerung zu verschieben.

---

<sup>146</sup> Broadberry, S. 14

Nun kam es zu der paradox anmutenden Situation, dass es insgesamt in den meisten betroffenen Ländern wohl genug zum Essen gab (wenngleich weniger als zuvor), doch das Essen war am falschen Ort. Die Städter konnten ihren Anspruch nicht durchsetzen und oft kam noch das zusätzliche Erschwernis eines versagenden Transportsystems dazu: zahlreiche Nahrungsmitteltransporte verrotteten auf irgendwelchen Abstellgleisen, weil es an Lokomotiven oder Schienenkapazität mangelte – auch das ein Ausdruck niedriger Entwicklung.

Die „Schuld“ an der für jedermann sichtbaren Ungleichheit wurde auf Spekulanten, Kriegsgewinnler und ebenso dumme wie faule Beamte geschoben, aber die Wahrheit ist, dass der Krieg die Kräfte eines relativ armen und unterentwickelnden Landes überstieg, und man nichts dagegen tun konnte. Dazu kam noch, dass Staatseingriffe in aller Regel die Lage nur noch weiter verschlimmerten.<sup>147</sup>

Selbst wenn Österreich-Ungarn plötzlich rohstoffreich geworden wäre, hätte es aufgrund seiner schmalen industriellen Basis den Armeebedarf nicht decken können. So war schon die Ausgangssituation 1914 für die Habsburgermonarchie eine suboptimale gewesen, was man eben dadurch relativieren muss, dass es den Gegnern Österreich-Ungarns nicht besser erging.

---

<sup>147</sup> Broadberry, S. 19

## 2. Mannschafts- und Offiziersersatz

### 2.1. Die Lage im Großen

Eine der aussagekräftigsten statistischen Kennziffern nicht nur für die totalen Kriege des 20. Jahrhunderts, welche die militärische Macht eines Staates angibt, ist die Bevölkerungszahl. Aus dieser ergibt sich dann, wie viele Soldaten der Kriegführende ins Feld stellen kann. Natürlich genießt dabei jene Macht einen Vorteil, welche bereits zu Kriegsbeginn mehr gut ausgebildete Mannschaften zur Verfügung hat – und vor allem auch hoch qualifizierte Unteroffiziere und Offiziere. Langfristig kann man allerdings argumentieren, dass der anfängliche Ausbildungsgrad nicht so schwer ins Gewicht fällt. Man werfe nur einen Blick auf die amerikanischen Armeen beider Weltkriege, die fast von Null weg aufgebaut wurden und besonders im Zweiten Weltkrieg dank überlegenem Material- und Kapitaleinsatz eine nicht nur stark kämpfende Truppe, sondern auch die stärkste Macht der Welt waren.

Aber gehen wir die Sache langsam an und betrachten die Bevölkerungszahlen der wichtigsten Krieg führenden Mächte im letzten Jahr vor dem Krieg 1913. (Die kleineren Staaten sind zwecks vereinfachender Anschauung weggelassen.)

**Tabelle 24: Bevölkerung der Großmächte (in Millionen)**<sup>148</sup>

Ö-U	D	R	F	GB	It	USA
52	67	175	40	46	35	97

Betrachtet man ausschließlich die Bevölkerungszahl der beiden Bündnisse, die sich 1914 gegenüber standen – und genau das tun wir in diesem Kapitel – so ergibt sich bereits zu Beginn des Krieges ein trübes Bild für die Mittelmächte. Obwohl Italien und die USA noch lange nicht in den Krieg eintraten, existierte ein Ungleichverhältnis von 119 Millionen Menschen der Mittelmächte gegen 261 Millionen Menschen der Alliierten, etwas weniger als 1:2.

Diese Zahlen sind freilich erst in einem langen Krieg von Bedeutung, und mit einem solchen rechnete im Sommer 1914 niemand. Bedeutender für den unmittelbaren Kriegsausbruch war die Friedenstruppenstärke 1914.

---

<sup>148</sup> Kennedy, S. 308

**Tabelle 25: Friedenstruppenstärke (in Hunderttausend)**<sup>149</sup>

Ö-U	D	R	F	GB	It	USA
444	891	1352	910	532	345	164

Auch hier existierte also ein Ungleichgewicht von etwas weniger als 1:2, betrachtet man lediglich die fünf Krieg führenden Großmächte von 1914. Doch da spielt natürlich die Qualität eine Rolle. Während etwa Frankreich jeden Mann einzog, der gerade stehen konnte, war Deutschland weit wählerischer und rekrutierte lediglich etwa die Hälfte seines Wehrpotentials. Dazu kam noch, dass die preußisch-deutsche Armee einen exzellenten Ruf genoss, welcher zur Motivation der Truppe beitrug.<sup>150</sup> Außerdem hatte Deutschland das qualitativ beste Führerkorps, was ein (wenngleich nicht entscheidender) Vorteil war.<sup>151</sup> Großbritannien hatte eine kleine, 6 Infanteriedivisionen zählende Berufsarmee, die weil sie so klein und gut ausgerüstet war und aus Freiwilligen bestand, wohl die beste zu Kriegsbeginn war. Darüber hinaus war die Hauptwaffe der Briten ihre starke Marine.

Die Streitkräfte Österreich-Ungarns waren mit Abstand die kleinsten. Zwar hatte es nicht mit den Gegnern Frankreich und Großbritannien zu kämpfen, doch ein Hauptgegner verblieb (sieht man einmal von Serbien ab, das zwar einen Dorn im Auge der Habsburgermonarchie, aber keine Lebensbedrohung darstellte), und der war ein ziemlicher Brocken: Russland. Dieses stellte etwa dreimal so viele Männer ins Feld wie Österreich-Ungarn. Doch anders als das Deutsche Reich sahen sich die Österreicher außerstande, den zahlenmäßigen Vorsprung der Russen – der auch dann noch bestand, wenn rund die Hälfte der russischen Armee gegen Deutschland kämpfte – durch überlegene Qualität der Soldaten und stärkere Rüstung wettzumachen. Wohl war das Habsburgerreich auf diesen Gebieten überlegen; doch die Überlegenheit hielt sich in Grenzen und konnte nicht ausreichen, einen solch zahlenmäßig stärkeren Gegner zu besiegen.

Und während Russland nur gegen Deutschland und Österreich-Ungarn Krieg führte, musste Deutschland auch Frankreich und Großbritannien bekämpfen und Österreich-Ungarn gegen Serbien ins Feld ziehen. So verblieb als einzige Hoffnung der Donaumonarchie, dass

---

<sup>149</sup> Kennedy, S. 313; sämtliche Zahlenangaben in dieser wie auch in vergleichbaren Arbeiten sind insofern kritisch zu hinterfragen, als nahezu jeder namhafte Autor über eigene Angaben verfügt, die aber freilich alle innerhalb einer gewissen Schwankungsbreite liegen. Da militärische und wirtschaftliche Macht relativ sind, sind vor allem die Kräfteverhältnisse von Bedeutung. Und diese sind gut wiedergegeben.

<sup>150</sup> Citino, Robert M.: „The German Way of War. From the Thirty Years' War to the Third Reich“, University Press of Kansas, Lawrence 2005, S. 191ff

<sup>151</sup> Neugebauer, Karl-Volker (Hrsg.): „Grundzüge der deutschen Militärgeschichte“, S. 223

Deutschland Frankreich rasch besiegen würde und dann gemeinsam gegen das Zarenreich vorgegangen werden konnte. Als diese Situation nicht eintrat, sah sich Österreich-Ungarn in ärgster Bedrängnis.

Die Mobilisierungen zu Kriegsbeginn bieten einen interessanten Vergleich. Es zeigt sich, dass das gegnerische Bündnis rund doppelt so stark war wie die Mittelmächte.

**Tabelle 26: Mobilisierte Divisionen und Mannstärke (in Millionen) der I. und II. Linie<sup>152</sup>**

	Infanterie	Kavallerie	Mannstärke
D	87,5	11	2,398
Ö-U	51 <sup>153</sup>	11	1,412
Ges.	138,5	22	3,819
R	114,5	36	3,42
F	73	10	1,867
GB	6	1	0,155
Serb.	11,5	1	0,247
Bel.	6	1	0,117
Ges.	211	49	5,806

Bei der Stärke der operativen Flotten ergab sich ein noch tristeres Bild. Großbritannien zählte 1914 rund 2 Millionen Tonnen Wasserverdrängung, Frankreich 0,67 und Russland 0,34, zusammen rund 3 Millionen. Demgegenüber hatten Deutschland und Österreich-Ungarn 1,2 Millionen, ersteres 0,96, letzteres 0,24.

## **2.2. Mannschaften und Offiziere zu Beginn des Krieges<sup>154</sup>**

Wenden wir uns jetzt intensiver Österreich-Ungarn zu. Um das Problem des Mannschaftsmangels zu verstehen, muss man die Jahre vor 1914 betrachten.

Seit 1889 betrug das jährliche Rekrutenkontingent der österreichisch-ungarischen Streitkräfte 126.000 Mann. Nun war aber in dem Vierteljahrhundert vor dem Krieg die Bevölkerung der

<sup>152</sup> ÖULK, Band 7, S. 811; auf der nächsten Seite finden sich die Angaben zur Flottenstärke

<sup>153</sup> Einschließlich 5 selbstständiger Brigaden

<sup>154</sup> In Bezug auf die Heeresergänzung ist die Dissertation von Rudolf Hecht aus dem Jahre 1969 an der Universität Wien „Fragen zur Heeresergänzung der gesamten bewaffneten Macht Österreich-Ungarns während des Ersten Weltkriegs“, äußerst hilfreich und wird in diesem Arbeitsabschnitt laufend herangezogen werden.



Monarchie gehörig gewachsen, so wie auch die Bevölkerung der potentiellen Gegner gewachsen war. Doch aufgrund innerer Querelen, welche kurz und bündig als Autonomie- oder gar Unabhängigkeitsbestrebungen der verschiedenen unter Habsburg vereinten Nationalitäten benannt werden können, ist nicht nur der Wehretat weit hinter dem aller anderen Großmächte hinterhergehint, sondern auch die jährlichen Rekrutenkontingente. Und während es die Regierungen der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder (wie die Österreichische Reichshälfte offiziell hieß) noch irgendwie fertig brachten, mit den zahlreichen Volksgruppen zu jonglieren, und wenn selbst das nicht funktionierte, mit kaiserlichen Dekreten zu regieren, war ein ähnliches Vorgehen in Ungarn unmöglich. Das ungarische Parlament nämlich war im Unterschied zum cisleithanischen (wiederum ein Synonym für die österreichische Reichshälfte) relativ ruhig. Und was noch schwerer wog: es gab eindeutige Mehrheitsverhältnisse, und die Mehrheit wollte mehr Unabhängigkeit von Wien. Die stärkste Waffe bei allen Verhandlungen war dabei die Gewährung – oder Nichtgewährung – von zusätzlichen Mitteln und Mannschaften für die Armee. Um es kurz und prägnant in den Worten Gunther Rothenbergs zu sagen: „The lag in Austro-Hungarian armament was due to the continuing internal crisis, the impasse between Vienna and Budapest over the issue of army expansion which had stalled legislation since 1903.“<sup>155</sup>

Es besteht kein Zweifel – und jeder Historiker betont das an solcher Stelle auch immer wieder – dass das Habsburgerreich durch seine Nationalitätenprobleme nachhaltig geschwächt wurde und diese Konflikte gar seine Rolle als Großmacht in Frage stellten. Nirgendwo sieht man das deutlicher als beim Wehretat und dem Rekrutenkontingent. Beide hätten schon um 1900 erhöht werden sollen, was nicht passierte. Man konnte vom Kaiser vieles erbitten und auch erlangen – oft war er zu Kompromissen bereit – doch dafür wollte er stets Zustimmung für die Pläne seiner Regierung die Armee betreffend. Doch nichts dergleichen geschah in der entscheidenden Phase der letzten 10 Jahre vor dem Krieg. Die anderen Staaten rüsteten und rüsteten während man sich im Habsburgerreich darum stritt, ob das „Reichskriegsministerium“ nicht in „Kriegsministerium“ umbenannt werden sollte (die Ungarn wollten letzteres, um den Eindruck eines einheitlichen Reiches zu verhindern – und letztendlich setzten sie sich durch). Erst im Jahre 1912 kam es unter dem Eindruck der Balkankriege zu einem Umschwung: dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten Tisza gelang es, ein neues Armeegesetz zu verabschieden und der unwillige österreichische Reichsrat musste unter Anleitung des Ministerpräsidenten Graf Stürgkh mitziehen. Bei allen Partikularinteressen und Autonomiebestrebungen war nun, da die kleinen Balkanstaaten äußerst erfolgreich gegen das Osmanische Reich Krieg

---

<sup>155</sup> Rothenberg, S. 160

führten der Punkt erreicht, wo die Sicherheitsinteressen Ungarns schwerer wogen als deren Unabhängigkeitsträume. Das Rekrutenkontingent wurde auf 181.000 erhöht, wobei 136.000 auf die gemeinsame Armee entfielen, 20.715 auf die Landwehr und 17.500 auf deren ungarisches Pendant, den Honvéd; der Rest war für die Marine. Bis 1918 waren weitere Steigerungen vorgesehen; die gemeinsame Armee sollte schließlich 170.000, die Landwehr 35.000 und der Honvéd 31.000 Rekruten im Jahr erhalten. Außerdem reduzierte das neue Armeegesetz die Wehrdienstzeit von 3 auf 2 Jahre. Darüber hinaus wurde der Wehretat erhöht um dringende Anschaffungen – wie etwa moderne Artillerie – zu ermöglichen.<sup>156</sup>

Freilich, für den Krieg, der 1914 ausbrechen sollte, waren die nun beschlossenen Rüstungen zu wenig und vor allem kamen sie zu spät. Eine Heeresreform und -modernisierung benötigt Jahre – besonders in Hinblick auf gut ausgebildete Reserven – und diese begann erst 1913.

Hier ist wieder ein Vergleich mit den anderen Mächten hilfreich: von den Stellungspflichtigen zog Österreich-Ungarn nur jeden Vierten ein, etwa so viel wie Italien; Russland immerhin 37%, Deutschland 40% und Frankreich gar 86%. In Friedenszeiten kam in Frankreich auf 65 Staatsbürger ein Soldat, in Deutschland auf 98, in Österreich-Ungarn auf 128.<sup>157</sup>

Dies lag alles an den unzureichenden Rüstungsanstrengungen Österreich-Ungarns in den Jahren vor dem Krieg. An und für sich ist es ja für die Volkswirtschaft höchst förderlich, wenn der Wehretat gering ist und bleibt; doch wenn man darauf besteht, Großmacht zu sein und eine aktive Außenpolitik betreibt, so ist das der falsche Weg. Wenn Mittel und Wollen auseinanderklaffen, muss man entweder die Mittel erhöhen oder das Wollen reduzieren. Da es im Falle Österreich-Ungarns nicht möglich war, die Armee rechtzeitig zu verstärken, wäre es am einfachsten gewesen, in der Außenpolitik etwas leiser zu treten.

### **2.2.1. Organisatorisches**

Werden die folgenden Absätze kompliziert und schwer durchschaubar, so spiegelt dieser Zustand die Verhältnisse in der „gesamten bewaffneten Macht“ Österreich-Ungarns wider.

Zunächst sei kurz die Organisationsstruktur erwähnt. Zwar unterstanden im Krieg die Truppen dem Armeeoberkommando (AOK), doch auch während des Krieges gab es die drei Kriegsministerien, welche weiterhin in zahlreichen Bereichen – etwa der Einberufung und Rekrutierung – tätig waren. Da gab es das „Kriegsministerium“ für die „gemeinsame Wehrmacht“ in Wien und je ein k.k. und ein k.u. „Ministerium für Landesverteidigung“, welchen

---

<sup>156</sup> Wandruszka, Adam; Urbanitsch, Peter (Hrsg.): „Die Habsburgermonarchie 1848-1918“, Band V: „Die bewaffnete Macht“, Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 1987, S. 493ff; Rothenberg, S. 165

<sup>157</sup> Rauchensteiner, S. 42

die Landwehr und der Honvéd (die ungarische Landwehr) sowie der Landsturm unterstanden. Für den Krieg von großer Bedeutung war, dass es keine eigentliche Reserve gab. Die Landwehren, die diese Rolle hätten übernehmen sollen, entwickelten sich immer mehr zu einer Truppe der ersten Linie; dies geschah, weil sie von der jeweiligen Reichshälfte gleichsam als eigenes Kind betrachtet wurden und so manchmal sogar besser ausgerüstet waren als die gemeinsame Armee, für die nur widerwillig Mittel genehmigt wurden.<sup>158</sup>

Zwar gab es eine Reserve und eine Ersatzreserve für das gemeinsame Heer und die beiden Landwehren. Doch diese bestanden aus schlecht ausgebildeten Mannschaften, welche im Kriegsverlauf aufgrund ihrer minderen Qualität zu den ungeheuren Verlusten beitrugen, die sie eigentlich auffangen und ersetzen sollten.

Um die Verwirrung noch zu erhöhen gab es in Kriegszeiten neben der Ersatzreserve auch noch den k.k. sowie den k.u. Landsturm, welcher dem jeweiligen Landesverteidigungsministerium unterstand. Nach dem Landsturmgesetz von 1886<sup>159</sup> waren alle wehrdienstfähigen Bürger der Monarchie vom 19. bis zum 42. Lebensjahr zum Landsturmdienst verpflichtet, wenn sie keiner der drei Teilarmeen (gemeinsames Heer sowie österreichische und ungarische Landwehr) angehörten. Und dann gab es noch Ausnahmen – etwa in der gefürsteten Grafschaft Tirol oder in Bosnien und der Herzegowina. Zu Kriegsbeginn wurden aus den schlecht ausgebildeten Ersatzreservisten eigenständige Landwehreinheiten gebildet, die alsbald an der Front eingesetzt wurden. Soldaten, deren achtwöchige Ausbildung Jahre zurücklag wurden also Einheiten zugeteilt, die zuvor gar nicht existiert hatten und neu geschaffen werden mussten und deshalb notwendigerweise noch nie geübt hatten; nach kurzer Ausbildung gingen diese Formationen an die Front und erlitten wahrlich katastrophale Verluste.<sup>160</sup>

Der findige Machtpolitiker könnte durchaus dafür plädieren, im Frieden mehrere Dienststellen für ein und dieselbe Aufgabe zu unterhalten – die staatlichen Stellen kontrollieren sich so gegenseitig und keine kann allzu mächtig werden und ihre eigene Politik gegen den Willen des Kaisers durchsetzen. Das ist durchaus im Interesse des Herrschers. Doch im Krieg ist dieses System der „checks and balances“ fehl am Platze, mindert es doch die Leistungsfähigkeit der Kriegsmaschine, indem es unnötige bürokratische Apparate unterhält, welche weitaus effizi-

---

<sup>158</sup> ÖULK, I. Band, S. 30

<sup>159</sup> Gesetz vom 6. Juni 1886, betreffend den Landsturm für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, mit Ausnahme von Tirol und Vorarlberg, RGBL XXXI; Hecht, S. 7

<sup>160</sup> Symposium an der Landesverteidigungsakademie in Wien, 12.-14. Oktober 2009, Christian Ortner: „Die Feldzüge gegen Serbien 1914/15“; auch hier folgt ein Sammelband zum Symposium erst nach, weswegen ich wiederum nur den Vortrag zitieren kann

enter wären, wenn sie zentralisiert werden würden. Dabei geht es nicht nur um das Menschenmaterial<sup>161</sup>, das eingespart werden könnte. Einem strafferen und schlankeren Befehlssystem blieben viele Verwirrungen erspart und es könnte schneller und leistungsfähiger arbeiten. Der Effizienzverlust durch einen überbordenden bürokratischen Apparat ist nur schwer messbar; lediglich der Vergleich mit anderen Kriegsmaschinen jener Zeit lässt erahnen, welches Ausmaß der Ineffizienz der Bürokratismus und die Nationalitätenreibereien (bzw. Verständnisschwierigkeiten aufgrund verschiedener Sprachen) im Habsburgerreich bewirkten.

Überhaupt wird in der Fachliteratur – vor allem in jener, welche in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg entstand – der bürokratische Apparat zu wenig kritisiert. Das liegt wohl daran, dass die Beamten und Offiziere dieses Apparats – die Stützen der Monarchie – in Gesprächen, ihren Memoiren und sonstigen Werken keine allzu starke Neigung verspürten, sich selbst zu kritisieren – und auf solchen Werken basieren oftmals unsere eigenen Ansichten über die Monarchie. So wurden höchstens andere Beamte oder aber das gute alte Nationalitätenproblem für das Versagen der Monarchie verantwortlich gemacht. Doch die Bürokratie ist der bedeutendste „hausgemachte“ Grund für die Langsamkeit und Ineffizienz der habsburgischen Kriegsmaschine. Eine Armee muss einheitlich und einfach gestaltet sein und möglichst ohne Ausnahmeregelungen auskommen. Jede Ausnahme und unnötige Komplexität mindert die Wirksamkeit. Es bedarf einer regulären Linienarmee und einer genau geregelten Reserve. Gibt es allerdings drei Kriegsministerien, zahlreiche Ämter, deren Kompetenzen sich überschneiden und aufheben und verschiedene Reservesysteme (Landwehr, Landsturm, Reserve, Ersatzreserve), die selbst der Fachmann in ihrer Gesamtheit nur schwer zu durchschauen vermag, so ist etwas faul im Staate Österreich. An der Tatsache, dass die österreichisch-ungarische Volkswirtschaft weniger leistungsfähig war und weniger Stahl produzierte, als ihre Gegner, daran konnte kein Mensch etwas ändern; dass die Bevölkerung und somit das auszuschöpfende Wehrpotential geringer war, als jenes der Gegner, war kein „Fehler“, den der genialste Kaiser hätte beheben können; dass es ständig Nationalitätenkonflikte gab, lag an der inneren Struktur der Monarchie sowie den ethnischen Grenzen; doch dass man die eigene Leistungsschwäche noch durch eine komplizierte bürokratische Struktur vergrößerte und sich während einer Heeresvergrößerungs-, Umstrukturierungs- und Umrüstungsphase in einen Krieg stürzte, liegt durchaus in der Verantwortung der habsburgischen Staatenlenker. Wie Generalstabschef Conrad von Hötzendorf im Oktober 1913 einem Freund erklärte, wäre ein Krieg 1908 oder 1909 leicht gewonnen worden; 1912 wäre er ein Wagnis mit guter Ge-

---

<sup>161</sup> Wie der Leser merkt, ordne ich mich bereits der Denkweise jener Jahre unter

winnaussicht gewesen; nun allerdings sei er nur noch ein Wagnis.<sup>162</sup> Er spielte dabei auf das erstarkte Selbstbewusstsein Serbiens und die damit einhergehende vermutete Unverlässlichkeit der Südslawen sowie auf die erhebliche Stärkung Russlands in dieser Zeitspanne an.

### **2.2.2. Kriegsbeginn und erste Verluste**

Im Frieden umfassten die habsburgischen Streitkräfte 414.000 Mannschaften und 36.000 Offiziere und Beamte, zusammen also rund 450.000 Mann. Bei der Mobilisierung im Juli und August 1914 rückten 2.846.000 Mannschaften und 54.000 Offiziere und Beamte ein. Zu Kriegsbeginn umfassten die habsburgischen Streitkräfte also 3.350.000 Mann. Davon wiederum gingen 2 Millionen an die Front, womit 1.350.000 im Hinterland verblieben.<sup>163</sup> Die Flotte zählte nach Mobilisierung 39.000 Mann. Im Vergleich dazu hatte Russlands Armee eine dreimal so große Friedensstärke – rund 1,4 Millionen Mann – aber das Zarenreich rief anfangs nur 3,1 Millionen Mann zusätzlich zu den Waffen – mehr konnte es nicht versorgen und im Felde halten.<sup>164</sup>

Von den Truppen im Feld gehörten aber nur 53.000 Offiziere und 1.180.000 Mannschaften dem Kampfstand an, welche im Jargon jener Zeit oft als „Feuergewehre“ bezeichnet wurden. Somit war das Verhältnis von Feuergewehr- zu Verpflegstand 1 : 1,8.<sup>165</sup> Der Verpflegstand sollte im Laufe des Krieges weiter wachsen. „Mit der Dauer des Krieges verlegte sich das Schwergewicht immer mehr auf die Seite des Verpflegstandes – brauchte doch eine stärker technisierte Armee auch einen größeren Erhaltungs- und Nachschubapparat.“<sup>166</sup>

In der Literatur liest man immer wieder, dass die Berufsarmee im ersten halben Jahr des Krieges schwer dezimiert worden sei und die habsburgischen Streitkräfte fortan eine Milizarmee<sup>167</sup> waren. Besonders schwere Ausfälle hätten Berufsoffiziere und gut ausgebildete Unteroffiziere und Mannschaften zu verzeichnen gehabt – ein Schlag, von dem sich die Armee nie wieder erholt habe. Dies ist nur sehr bedingt richtig.

Richtiger ist, dass bereits die mobilisierte Armee des August 1914 eine Milizarmee war – schließlich ist ihr Friedensstand mehr als versiebenfacht worden. Die Habsburgerarmee wurde

---

<sup>162</sup> Rothenberg, S. 170

<sup>163</sup> ÖULK, Band 4, Beilage 6, Tabelle 4

<sup>164</sup> Stevenson, S. 199

<sup>165</sup> Franek, S. 15

<sup>166</sup> Hecht, S. 49

<sup>167</sup> Der Begriff „Miliz“ wird hier ganz synonym mit „Reserve“ verwendet. Das soll den bundesdeutschen Leser nicht verwirren; in Österreich spricht man nun mal überwiegend von der Miliz, in Deutschland von der Reserve.

keine Milizarmee, sie war bereits eine. Und das war nichts Besonderes: außer der britischen war jede Armee des Sommers 1914 zu einem hohen Grade bereits eine Milizarmee.

Zwar sind tatsächlich überdurchschnittlich viele Berufssoldaten im begeisterten Vorwärtstürmen gefallen – besonders junge Berufsoffiziere und -anwärter; aber dies traf auch auf alle anderen Armeen zu. Diese Ausfälle sind darauf zurückzuführen, dass Österreich-Ungarn so wie alle Mächte eine kurze entscheidende Kampagne führen und rasch eine große Entscheidungsschlacht à la Sedan schlagen wollte. Für solch eine Kampagne setzte man freilich die besten Soldaten ein, die man hatte. Und als diese ausfielen, mussten sie durch größtenteils schlecht- bzw. unausgebildete Reserven ersetzt werden, was natürlich einen Qualitätsverlust der Armee bedeutete. Und mit einem Qualitätsverlust der Mannschaften und insbesondere der Offiziere gehen wiederum noch höhere und verheerendere Ausfälle Hand in Hand – ein Teufelskreis. Jene Soldaten und Offiziere, die aber die riesigen Ausfälle des ersten Kriegshalbjahres überstanden, wuchsen mit ihrer Aufgabe und waren durch den Krieg bestens ausgebildet – „learning by doing“. Man kann also durchaus argumentieren, dass die Armee trotz der Ausfälle qualitativ zulegte; und eine Milizarmee muss nicht von vornherein schlechter sein als ein stehendes Heer.

Das Grundproblem der Habsburgerarmee die Heeresergänzung betreffend ist allerdings in den Jahren und Jahrzehnten vor dem Krieg zu suchen. Es wurden einfach zu wenig Rekruten eingezogen und ausgebildet, ebenso zu wenige Offiziere und Unteroffiziere in die Armee aufgenommen. So war die französische Armee im Frieden etwa doppelt so groß wie die habsburgische, und das obwohl die Bevölkerung Österreich-Ungarns um ein Viertel größer war. Genauso blieb auch die Zahl der ausgebildeten Reserven zurück. Geldsparende Aushilfen wie etwa die acht- bis zehnwöchig ausgebildeten Ersatzreservisten waren von geringem militärischen Wert, besonders wenn ihre Ausbildung bereits Jahre zurücklag.<sup>168</sup>

Um nicht hinter die Gegner zurückzufallen wurde im Krieg nach und nach das Wehrpotential der Doppelmonarchie ausgeschöpft. Da keine ausreichenden ausgebildeten Reserven zur Verfügung standen wurden neue Mannschaften 8 Wochen bei ihren Marschbataillonen in den Ersatzbereichen im Hinterland und dann weitere 4 Wochen im Bereich der Armee im Felde ausgebildet, insgesamt also 3 Monate – und das auch erst ab Anfang 1916<sup>169</sup>; davor war die Ausbildungszeit oft kürzer gewesen. Doch selbst die 3 Monate waren nur etwa ein Drittel der Ausbildungszeit im Frieden.

---

<sup>168</sup> Deák, István: „Der k.(u.)k. Offizier 1848-1918“, Böhlau Verlag, Wien, Köln, Weimar 1991, S. 73

<sup>169</sup> Hecht, S. 288

Die Gesamtverluste der Armee im Felde bis Ende Dezember 1914 betrugen 1.246.386 Mannschaften und 22.310 Offiziere<sup>170</sup>. Bei einer Feldarmee von etwa 2 Millionen Mann bedeutete das einen Ausfall von fast zwei Drittel des mobilisierten Standes.

Diese Zahlen – sowie grundsätzlich auch alle anderen – sind insofern mit Vorsicht zu genießen, als selbst das Standardwerk „Österreich-Ungarns letzter Krieg“ zu mehreren verschiedenen Zahlenangaben über ein und denselben Sachverhalt gelangt. Die Verlustlisten sind besonders kompliziert, da man zwar erwiesenermaßen nur einmal sterben, dafür aber mehrmals verwundet oder krank werden kann. Folglich wird oft ein und dieselbe Person mehrmals als Ausfall gerechnet. Das kann zu der amüsanten Begebenheit führen, dass die Verluste höher als die ursprünglichen Stände zuzüglich Mannschaftsergänzung sind.

Denn die „Gesamtverluste verringerten sich um die Genesenen.“<sup>171</sup> Und diese Genesenen waren keine unbedeutende Streitmacht. Von den Ausgefallenen kehrten im ersten Kriegsjahr etwa ein gutes Fünftel aller Mannschaften sowie ein gutes Drittel aller Offiziere und höherer Unteroffiziere wieder in die Armee zurück (später wurden es ob des medizinischen Fortschritts immer mehr) – interessanterweise meist in den Marschformationen.<sup>172</sup> Dies geschah vermutlich um sie zu schonen und sie nicht gleich wieder an die Front zu werfen, hatte aber den Nachteil, dass sie – zumindest vorübergehend – aus ihren angestammten Einheiten herausgerissen wurden.

### **2.3. Mannschafts- und Offiziersersatz**

„Zu Kriegsbeginn war die Armeeverwaltung nur vorbereitet, die Angehörigen der präsent dienenden Jahrgänge, die Reservisten und Ersatzreservisten des gemeinsamen Heeres und der beiden Landwehren sowie die gesamte Landsturmmannschaft im Interesse der mobilisierten Armee zu verwenden.“<sup>173</sup> Um nach den bald eintretenden Verlusten den Krieg weiterführen zu können musste Österreich-Ungarn die gewaltigen Ausfälle der Feldarmee wieder wettmachen. Dazu wurden mehrere Maßnahmen gesetzt.

- Neue Geburtenjahrgänge wurden gemustert und eingezogen

---

<sup>170</sup> ÖULK, Band 1, Beilage 6, Tabelle 3; eine andere Berechnung im selben Band (Tabelle 1) kommt zwar auf ähnliche Mannschaftsausfälle, aber auf über 32.000 statt 22.000 Offiziersausfälle. Man kann nur raten, dass der ersteren Zahl eine andere Offiziersdefinition zugrunde liegt; vielleicht wurden auch höhere Unteroffiziere eingerechnet.

<sup>171</sup> Hecht, S. 249

<sup>172</sup> Hecht, S. 249

<sup>173</sup> Hecht, S. 618

- Bereits gemusterte Geburtsjahrgänge wurden nochmals, und im Verlauf des Krieges dann sogar mehrmals gemustert
- Tauglichkeitskriterien wurden gesenkt, um mehr Männer einziehen zu können
- Genesene kamen wieder zurück zur Truppe
- Austauschaktionen wurden durchgeführt: fronttaugliche Soldaten im Hinterland und im Verpflegstand wurden durch mindertaugliche und ältere Soldaten ersetzt und an die Front versetzt
- die Landsturmpflicht wurde ausgedehnt von ursprünglich allen 19-42jährigen auf alle 18-50jährigen
- Für die Kriegswirtschaft oder andere kriegswichtige Aufgaben Enthobene wurden durch Mindertaugliche, Untaugliche oder sogar durch Frauen ersetzt
- Ehemalige österreichische Kriegsgefangene (vor allem jene aus der russischen Kriegsgefangenschaft heimgekehrte) wurden wieder in die Armee eingegliedert

Die so gewonnenen Soldaten wurden in Marschformationen – Marschbataillone und Marschbrigaden – zusammengefasst und ausgebildet. Diese Ausbildung betrug üblicherweise 8 Wochen im Hinterland und 4 Wochen zusammen mit dem Verband, dem die Marscheinheit zugeteilt war. Doch war die Ausbildungszeit vor allem zu Beginn des Krieges kürzer, wohingegen sie gegen Ende des Krieges um wenige Wochen verlängert wurde.

Die übliche Marschformation war das Marschbataillon. Es setzte sich aus vier Ersatzkompanien zu je 250 Mann und einer Ersatzmaschinengewehrabteilung zuzüglich etwa 40 Offiziere und Offiziersanwärter zusammen.

Jedes Bataillon an der Front erhielt bis zum Herbst 1915 einmal im Monat eine Ersatzkompanie nachgeschoben,<sup>174</sup> danach aufgrund der prekären Ersatzlage nur noch alle 6 Wochen. Ab dem Herbst 1916 wurden Marschbataillone dann nicht mehr periodisch, sondern nach Bedarf zugeteilt, um gegen Kriegsende wieder auf den 4-wöchigen Turnus umzustellen – diesmal aber mit weit geringeren Ersatzzahlen als zu Kriegsbeginn.<sup>175</sup>

Die Marschbataillone betreffend gab es zwei Probleme, welche spät oder gar nicht gelöst wurden.

---

<sup>174</sup> jedes Korps erhielt eine Marschbrigade, wovon jede Division des Korps ein Marschregiment, jedes Regiment ein Marschbataillon und jedes Bataillon eine Marschkompanie erhielt. Die Marschbrigade umfasste 7 Bataillone mit 7.300 Mann Kampfstand und 8.500 Mann Verpflegstand; Hecht S. 38

<sup>175</sup> Hecht, S. 435



Das eine war der regelmäßig an alle Verbände abgehende Nachschub. Das bedeutete, dass nicht nach Bedarf Mannschaftersatz zugeteilt wurde, sondern nach einem festgesetzten Schema. Das mag zwar von der Organisation her einfacher gewesen sein. Aber es führte dazu, dass Verbände mit nur geringen oder gar keinen Verlusten einen Überschuss an Truppen hatten während andere Verbände, die hohe Ausfälle gehabt hatten, zu geringen Mannschaftersatz erhielten um kampftauglich zu bleiben.

Das zweite Problem wog nicht minder schwer. Da die Habsburgerarmee nur über wenige Reservetruppen verfügte, die eigene Feldformationen stellten, wurden die Marschbataillone vielfach nicht als Ersatz für bestehende Formationen, sondern als Reserve eingesetzt. Sie wurden also taktisch als Feldformationen eingesetzt und es kam zu gewaltigen Ausfällen. Denn die Marschbataillone waren eben nicht für den taktischen Einsatz geeignet, da sie zu schlecht ausgebildet waren und oft über zu wenige Offiziere und Unteroffiziere verfügten.<sup>176</sup>

### **2.3.1. Musterungen und Tauglichkeitsgrenzen**

In der westlichen Reichshälfte waren „von den Angehörigen der im September und Oktober 1914 gemusterten Geburtsjahrgänge 1892 bis 1894 49,7% zu den Waffen gerufen worden, von den im November und Dezember 1914 gemusterten Jahrgängen 1878 bis 1890 nur 37% und von den im Februar und März 1915 gemusterten Jahrgängen 1891, 1895, 1896 53,5%. Dagegen hätten dieselben Musterungen in Ungarn eine Einberufungsrate von 56,5%, 51,4% und 53,5% erbracht.“<sup>177</sup>

Da im Frieden Männer erst ab dem 21. Lebensjahr gemustert wurden, bedeutete dies das erstmalige Mustern der jüngsten Jahrgänge, bei denen sich dann auch ein entsprechend höheres Tauglichkeitsergebnis zeigte. Die älteren Jahrgänge waren freilich schon einmal gemustert worden, doch waren im Frieden selbst von den Tauglichen nur stets ein Bruchteil zum Wehrdienst einberufen worden. Das änderte sich nun. Alle Tauglichen, die nicht einer kriegswichtigen Arbeit in der Heimat nachgingen, wurden einberufen.

Jüngere Männer erbrachten in der Regel eine höhere Tauglichkeitsrate als ältere, das zeigt schon das obige Beispiel. Für die jeweils erste Musterung eines Jahrganges (zu Beginn des Krieges die 20jährigen, durch das Landsturmgesetz dann die 18- und schließlich die 17jährigen) gab es Tauglichkeitsraten von gut 50%. Im Verlauf des Krieges nahm die Tauglichkeit der gemusterten Männer zwar ab – vor allem wegen dem ab 1916 besonders stark

---

<sup>176</sup> Hecht, S. 397

<sup>177</sup> Hecht, S. 205; Es ist ein Rätsel, wie Hecht dann aber auf die Idee kommt, von diesen drei Musterungen seien in Österreich 37%, in Ungarn 51,4% einberufen worden. Das ist nur insofern ein Mittelwert, als es der zweite von drei genannten Werten ist. (Außerdem belegt er es nicht!)

auftretenden Hunger, die Menschen wurden zunehmend schwächer; doch dem wurde entgegengewirkt, indem man die Tauglichkeitsgrenzen kontinuierlich senkte. Zudem wurde ein und derselbe Mann mehrmals gemustert – falls er beim ersten Mal untauglich gewesen sein sollte. Da es im Allgemeinen nur gelegentlich vorkommt, dass ein Untauglicher plötzlich tauglich wird, kann eine Stellungskommission bei mehrmaligem Mustern nur durch Senken der Tauglichkeitsgrenzen eine gewisse Tauglichkeitsrate erzielen. Damit verschlechterten sich zwar wiederum die Qualität der Soldaten; aber immerhin traf dies auch die andern Kriegführenden. Hecht meint, dass Ungarn bessere Musterungsergebnisse aufgewiesen habe. Dabei übersieht er aber, was er selbst in dem oben zitierten Absatz schreibt: er spricht nämlich von Einberufungen, nicht von Tauglichkeit. In Ungarn wurden mehr Männer zu den Waffen gerufen, weil in Österreich mehr in der Kriegswirtschaft beschäftigt waren und durch den mehrmaligen Wegfall von Galizien dort weniger Männer eingezogen werden konnten. Allenfalls ist es möglich, dass die ungarischen Stellungskommissionen stets eine etwas niedrigere Tauglichkeitsschwelle hatten; aber das ist Spekulation. Jedenfalls wird es wohl kaum so gewesen sein, dass die Bürger Ungarns gesünder und kräftiger waren als jene Österreichs; höchstens im Verlauf des Krieges, als die Ungarn besser genährt waren als die Cisleithanier.

### **2.3.2. Austauschaktionen**

Die Idee der drei Austauschaktionen war es, die älteren Jahrgänge des „Landsturmes nicht für den Frontdienst sondern zum Austausch fronttauglicher Leute in Etappe und Hinterland zu verwenden.“<sup>178</sup> Ganz allgemein sollten frontdiensttaugliche Männer hinter der Front mit mindertauglichen ersetzt werden, sodass jene an die Front gehen konnten.

Die erste Austauschaktion wurde nach monatelanger Vorbereitung im Winter 1915/16 durchgeführt und war mit 1. Mai 1916 abgeschlossen. Das Ergebnis war beachtlich: 6.707 frontdiensttaugliche Offiziere und 370.425 Mannschaften wurden durch Mindertaugliche ersetzt und gingen an die Front.<sup>179</sup> Doch nach dieser ersten Austauschaktion war das Reservoir der Frontdiensttauglichen noch lange nicht ausgeschöpft. Ironischerweise hatte es an Mindertauglichen gemangelt und eine gewisse Bequemlichkeit und Schlamperei der vorgesetzten Kommandos spielte auch seinen Teil.<sup>180</sup>

Die zweite Austauschaktion fand Ende 1916 statt. Wiederum sollten junge fronttaugliche Männer durch ältere mindertaugliche ersetzt werden. Man brauchte freilich auch Mindertaug-

---

<sup>178</sup> Hecht, S. 265

<sup>179</sup> KA, AOK, Op. Nr. 25844

<sup>180</sup> Hecht, S. 272

liche, um die Tauglichen zu ersetzen. Wo es nur ging, wurden Mannschaften und Offiziere gespart, so etwa im Sanitätswesen, wo Krankenpfleger durch Frauen ersetzt wurden und die Zahl der zugeteilten Offiziere verringert wurde. Insgesamt wurden durch die zweite Austauschaktion 137.401<sup>181</sup> frontdiensttaugliche Mannschaften und 1.100 Offiziere verfügbar. Zudem wurden endlich auch Minimal- und Maximalstände für die Feldformationen festgesetzt um zu verhindern, dass manche einen Überschuss an Mannschaften, andere aber viel zu wenige hatten.

Die dritte Austauschaktion schließlich wurde ab dem Sommer 1917 vollzogen. Sie verlief schleppend. Nur noch 0,5% des Verpflegstandes – also einer von 200 Männern – durften aufgrund von Spezialverwendung davon ausgeschlossen werden, denn bis dahin hatte es zahlreiche Ausnahmen gegeben.<sup>182</sup> Bis Ende Dezember hatte das Hinterland der Armee im Felde nur knapp 97.729<sup>183</sup> Mann gesandt. Daraufhin setzte man die dritte Austauschaktion fort, ohne dass sie noch überragende Ergebnisse erzielen konnte.

Die Austauschaktionen hatten – das sagt schon der Name – lediglich einen Austausch bewirkt und damit eine qualitative Verbesserung der Soldaten an der Front, nicht jedoch eine Vermehrung der Truppen gebracht.

Zudem wurden mit den „Säbelchargenerlässen“ vom Anfang 1916 endlich die besten und ranghöchsten Unteroffiziere für die untersten Offiziersfunktionen verwendet. Dadurch wurden im Herbst 1916 rund 2.000 Offiziere von der Train- und Sanitätstruppe zur Infanterie- und Jägertruppe versetzt.

### **2.3.3. Ausdehnung der Landsturmpflicht**

Die Landsturmpflicht wurde in Österreich am 29. April 1915, in Ungarn am 1. Mai von den 19-42jährigen auf die 18-50jährigen ausgedehnt. Diese waren fortan in ein 1. Aufgebot der 18-42- und ein 2. Aufgebot der 43-50jährigen gegliedert. Damit wurde das Reservoir weiter ausgedehnt, aus dem man Menschenmaterial schöpfen konnte. Durch die Musterungen ab dem Herbst 1914 wurden insgesamt rund 4,8 Millionen Mann eingezogen.

### **2.3.4. Genesene**

Wie bereits erwähnt wurden die Verluststatistiken dadurch verkompliziert, dass viele Soldaten genesen und wieder eingesetzt werden konnten. Für die Armeeführung hatte das den Vorteil, dass man mit einem gewissen Schlüssel ausrechnen konnte, wie viele Verwundete und Kran-

---

<sup>181</sup> KA, AOK, Op. Nr. 35028; Hecht, S. 412

<sup>182</sup> Hecht, 469f

<sup>183</sup> KA, AOK, Op. Nr. 103150

ke wieder einsetzbar würden. Dazu ein Rechenbeispiel anhand der Verluste des ersten Kriegsjahres:

Bis zum 31.7. 1915 waren insgesamt 2.484.548 Mannschaften und 56.989 Offiziere und höhere Unteroffiziere ausgefallen; das heißt, tot, verwundet, krank, vermisst oder gefallen. Davon waren nach Genesung 486.611 Mannschaften und 19.521 Offiziere und höhere Unteroffiziere wieder einsetzbar.<sup>184</sup> Zu dieser Zahl der Genesenen kämen noch jene der k.u. Landwehr (Honvéd) hinzu, deren Anzahl aber im Wiener Kriegsarchiv nicht herauszufinden ist. Man kann allerdings davon ausgehen, dass sich das Verhältnis von Ausgefallenen zu Genesenen bei der Honvéd nicht anders verhält.

Aus der obigen Rechnung zuzüglich wahrscheinlicher Honvéd-Genesener ergibt sich, dass etwa ein Fünftel bis ein Viertel aller Mannschaftsausfälle wieder einsetzbar wurden sowie ein Drittel bis maximal 40% aller Offiziere und höherer Unteroffiziere. Dies ist ein guter Anhalt für sämtliche Verlustlisten. Im Verlauf des Krieges stieg die Genesenenquote an.

Betrachtet man nur die einzelnen Verlustgruppen, ergibt sich ein noch vorteilhafteres Bild: bei den Offizieren fielen nur rund ein Drittel der Kranken und ein Sechstel der Verwundeten dauerhaft aus, der Rest kehrte zurück zur Truppe. Bei den Mannschaften waren immerhin die Hälfte der Kranken und drei Fünftel der Verwundeten wieder verwendbar.<sup>185</sup>

Dank des medizinischen Fortschritts ergab sich für den Zeitraum vom Kriegsbeginn bis Jänner 1918 (bis November leider keine verlässlichen Daten vorhanden) ein vorteilhafteres Bild: von 118.000 verwundeten oder erkrankten Offizieren kehrten 106.000 wieder an die Front zurück. Von 4,6 Millionen verwundeten oder erkrankten Soldaten waren es annähernd 2,9 Millionen<sup>186</sup>, in Russland war diese Zahl aufgrund schlechterer medizinischer Einrichtung weit geringer, in Deutschland, welches medizinisch gesehen am besten auf den Krieg vorbereitet war, höher.<sup>187</sup>

Bei der Genesung muss man allerdings bedenken, dass die Tauglichkeit eines Verwundeten herabgesetzt sein konnte und er vielleicht nicht mehr frontdiensttauglich war.

Insgesamt genasen rund 120.000 Gagenisten und 3,32 Millionen Mann, durchaus also eine beträchtliche Summe, die bei Kriegsende die Mehrheit der Armee darstellte.<sup>188</sup>

---

<sup>184</sup> KA, AOK, Op. Nr. 14190 und 14340; KA, MS/1.WK-Ca/A10, Leo Haass, Verluste der österr.ung. Armee 1914-1918; sowie Hecht S. 248f

<sup>185</sup> KA, AOK, Quartier-Abteilung, 2259

<sup>186</sup> Herwig, S. 301

<sup>187</sup> Stevenson, S. 208, spricht von 75% der deutschen Soldaten, die nach Verwundung wieder Dienst verrichten, Herwig, S. 168, gar von 93%

<sup>188</sup> KA, MS/1.WK-Ca/1-6: Carnegie-Stiftung; Generalmajor Ottokar Pflug, S. 143

### 2.3.5. Austausch der Enthobenen

Schon vor 1914 wurden Vorkehrungen getroffen, kriegswichtige Arbeiter im Kriegsfall von der Wehrpflicht zu entheben: „Am 1. Jänner 1914 waren für den Kriegsfall rund 185.000 volltaugliche, militärisch gut ausgebildete Männer enthoben, eine Zahl, welche zweifellos eine sehr wesentliche Schwächung der Armee darstellte; sie entsprach zirka 10 Infanterietruppendivisionen.“<sup>189</sup> Diese bereits vor dem Krieg Enthobenen arbeiteten nicht in der Kriegswirtschaft, sondern es waren vor allem Post- und Telegrafentelegraphen- und Eisenbahnbedienstete sowie Amtsdienstleistungen.<sup>190</sup> Diese Enthobenen waren jedoch für das Funktionieren der Heimatfront größtenteils unerlässlich.

Im Herbst 1914 setzte dann eine neue Enthobungswelle ein. Zwar hielt der Glaube noch an, dass der Krieg kurz sein würde, doch um ein Zusammenbrechen der Kohle- und Rüstungsproduktion zu verhindern, wurde eine stetig steigende Zahl von Facharbeitern enthoben.<sup>191</sup> Mit Stichtag 1.10.1915 waren rund 463.000 Männer von der Militärdienstleistung enthoben und diese Zahl sollte noch weiter steigen.<sup>192</sup>

**Tabelle 27: Enthobene**

Zeitpunkt	1.10.1915	1.10.1916	1.10.1917	1.10.1918
Enthobene <sup>193</sup>	463.000	1.012.000	1.704.000	1.582.000

Immer wieder wurde versucht die tauglichen oder sogar militärisch ausgebildeten Arbeiter zu ersetzen – nur Bergwerke, Eisenbahnen und Schifffahrtsunternehmen waren grundsätzlich ausgeschlossen – aber die Behörden stießen bald an die Grenzen des Machbaren. Auch der Ersatz für die volltauglichen Arbeiter musste wiederum ersetzt werden, denn auch Minder-taugliche verrichteten Kriegsdienst. Doch ein Arbeitskräfte-reservoir war überhaupt nicht für die Militärdienstleistung herangezogen worden; falls man sich aus diesem bediente, müsste man die gewonnenen Arbeitskräfte nicht durch mindertaugliche Soldaten ersetzen: dieses neue Arbeitskräftepotential waren die Frauen. Doch der Austausch von Arbeitern durch Frau-

<sup>189</sup> KA, MS/1.WK-Ca/1-6: Carnegie-Stiftung; Franz Schweinßhaupt, S. 116

<sup>190</sup> KA, MS/1.WK-Ca/1-6: Carnegie-Stiftung; Franz Schweinßhaupt, S. 118

<sup>191</sup> Hier gibt es eine Überschneidung mit dem Kapitel über die Rüstungsproduktion; die Frage der Enthobenen fallen einfach in beide Kapitel

<sup>192</sup> KA, MS/1.WK-Ca/1-6: Carnegie-Stiftung; Franz Schweinßhaupt, S. 139

<sup>193</sup> Diese Zahlen schwanken von Monat zu Monat, da rund ein Viertel nur zeitlich begrenzt enthoben war.

en lief anfangs nur langsam an. Doch von den rund 1 Million Beschäftigten der Kriegsindustrie 1917 und 1918 waren rund ein Viertel Frauen.

**Tabelle 28: Frauen in der Rüstungsindustrie (in Tausend)<sup>194</sup>**

<u>Zeitpunkt</u>	<u>1.5.1917</u>	<u>1.11.1917</u>	<u>1.10.1918</u>
Arbeiter (Männer/Frauen)	737/247	901/268	859/275

Der größte Austausch Enthobener fand bei den sechs jungen Geburtsjahrgängen 1894-99 statt. Hier wurden rund 213.000 Enthebungen außer Kraft gesetzt. Doch dies bedeutete für das Militär lediglich einen Gewinn von 122.000 Mann, da für 91.000 die Armee Ersatz zu leisten hatte.<sup>195</sup> Wie so oft auch bei den Austauschaktionen innerhalb des Militärs war der Gewinn dieser Aktionen also eher qualitativ als quantitativ. Weiters muss der kritische Historiker anmerken, dass die Armee zwar einen direkten Nutzen aus dem Austausch zog, dass es jedoch indirekt zu einer Schwächung der Kriegswirtschaft kommen musste, wenn volltaugliche Facharbeiter durch unausgebildete Mindertaugliche und Frauen ersetzt wurden. Inwiefern allerdings Schlendrian und unausgenutzte Kapazitäten ausgelastet wurden, wird für immer ein Geheimnis bleiben; freilich zogen es viele vor, in der Etappe oder im Hinterland Dienst zu versehen oder gar in der Heimat zu arbeiten, als an der Front bei Lebensgefahr im feindlichen Feuer (gelegentlich auch im eigenen) zu stehen.

Ein interessantes Detail ist der im Zuge des neuen Heeresgesetzes von 1912 ausgearbeitete „wirtschaftliche Mobilisierungsplan 1913“<sup>196</sup>, der aber für den Krieg zu spät kam – wie auch die Masse der ab 1912 getätigten Neuinvestitionen und Personalausweitung. Er sah vor, dass Ämter und kriegswirtschaftliche Unternehmen gediente Soldaten sowie ungediente Taugliche Männer durch ältere Arbeiter und Frauen ersetzen sollten, um im Mobilisierungsfall nicht vor die Qual der Wahl gestellt werden zu müssen, Enthebungen vorzunehmen und so die Armee zu schwächen oder umgekehrt Soldaten nicht zu entheben und somit die Kriegswirtschaft zu schwächen.

Da die Enthobenen in der Kriegswirtschaft arbeiteten, sei auch noch erwähnt, dass dort auch Kriegsgefangene eingesetzt wurden, welche natürlich zu einer Verringerung der Enthebungen führten. Mit dem Stichtag 1.1.1918 befanden sich 1,3 Millionen Kriegsgefangene in Österreich-Ungarn, davon 0,9 Millionen Russen. Von allen diesen arbeitete eine Dreiviertelmillion

<sup>194</sup> KA, MS/1.WK-Ca/1-6: Carnegie-Stiftung; Franz Schweinßhaupt, S. 140

<sup>195</sup> KA, MS/1.WK-Ca/1-6: Carnegie-Stiftung; Franz Schweinßhaupt, S. 139

<sup>196</sup> KA, MS/1.WK-Ca/1-6: Carnegie-Stiftung; Franz Schweinßhaupt, S. 172

in der österreichischen Wirtschaft, die meisten in der Landwirtschaft, aber auch ein Teil in der Rüstungsindustrie.<sup>197</sup>

### **2.3.6. Kriegsgefangenschaftsheimkehrer<sup>198</sup>**

Österreich-Ungarn verlor bis 1917 rund 2 Millionen Soldaten an russische Kriegsgefangenschaft (Deutschland übrigens nur 167.000). Durch den Frieden von Brest-Litowsk kehrten diese Männer in ihre Heimat zurück. Dieses neue Rekrutierungspotential wurde alsbald auszuschöpfen begonnen. Es stellten sich jedoch zwei grobe Probleme: die habsburgischen Streitkräfte waren gar nicht mehr in der Lage, zwei Millionen zusätzlicher Soldaten zu versorgen und auszurüsten. Und außerdem waren die Heimkehrer höchst kriegsunwillig geworden, teils, weil sie die Disziplin und Kameradschaft in ihren Regimentern verlassen hatten, teils aufgrund der sowjetischen Friedenspropaganda, welche die Beendigung des Krieges predigte. Ein Heimkehrer benötigte 4 bis 5 Monate, bis er wieder an der Front eingesetzt werden konnte; Quarantäne und Entlausung, Urlaub und neuerliche Ausbildung dauerten jeweils etliche Wochen.<sup>199</sup> Der Schein trog also, versprach man sich von 2 Millionen kriegserfahrenen Soldaten ein neues und williges Rekrutierungspotential.<sup>200</sup>

Im Allgemeinen muss man sagen, dass sowohl Österreich-Ungarn als auch Russland und Italien weit höhere Verluste an Gefangenen zu beklagen hatte, als dies bei den westlicher gelegenen Mächten – inklusive Deutschland – der Fall war. Dies ist vor allem auf Führungsschwächen (weniger Offiziere und Unteroffiziere) und damit Hand in Hand gehende Führungsfehler zurückzuführen, aber auch auf die teilweise geringere Motivation der Truppen. Das Hauptproblem waren aber Kommunikationsschwierigkeiten – eine besondere Eigenheit eines Vielvölkerreiches. Denn wenn ein Offizier die Regimentssprache nur ungenügend beherrscht, und die Mannschaften wiederum kaum die Muttersprache des Offiziers (meist Deutsch), so wird verständlich, dass etwaige Führungsschwierigkeiten schlicht und ergreifend auf Sprachprobleme zurückgehen.

---

<sup>197</sup> ÖULK, Band 7, S. 45

<sup>198</sup> Leidinger, Hannes (Hrsg.): „In russischer Gefangenschaft. Erlebnisse österreichischer Soldaten im Ersten Weltkrieg“, Böhlau Verlag, Wien 2010; Leidinger, Hannes: „Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr. Die Bedeutung der Kriegsgefangenenproblematik für die Geschichte des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa 1917-1920“, Böhlau Verlag, Wien 2003

<sup>199</sup> ÖULK, Band 7, S. 43f

<sup>200</sup> Stevenson, S. 210

### 2.3.7. Offiziere und Offiziersersatz<sup>201</sup>

Ein besonderer Problembereich des Heeresersatzwesens war das der Offiziere. Das Hauptproblem war, dass bereits zu Beginn des Krieges zu wenige Offiziere zur Verfügung standen um die gewaltig vergrößerte Armee zu führen. Zu allem Überfluss fiel auch noch ein recht hoher Anteil der Berufsoffiziere in den ersten Schlachten des Krieges 1914. Doch darf man dabei nicht vergessen, dass die Ausfälle bei den rangniedrigsten Offizieren natürlich an höchsten waren – bei den Kadetten, Fähnrichen, Leutnants und Oberleutnants. Und diese Dienstgrade sind am einfachsten zu ersetzen. Freilich ist auch das schwierig; einen guten Leutnant auszubilden dauert im Frieden Jahre. Doch es ist allemal leichter, als einen Oberst heranzuzüchten.

Das Offizierskorps wurde während des Krieges gewaltig ausgeweitet; erstens, um die Ausfälle wettzumachen; zweitens, um eine größere Armee zu führen; und drittens, um durch die Quantität der neuen Offiziere und Offiziersanwärter deren mangelnde Qualität wettzumachen. Die wichtigste Quelle für neue Offiziere waren die Einjährig-Freiwilligen (EF) Reserveoffiziersanwärter. Bei der Infanterie erhielten sie eine sechswöchige Rekrutenausbildung, wurden dann sechs Wochen in Reserveoffizierskursen geschult und dann zwei bis vier Wochen bei den Ersatzkörpern ausgebildet, bevor sie mit den Marschbataillonen an die Front gingen.<sup>202</sup> Wer heute das Einjährig-Freiwilligenjahr absolviert, der weiß, dass nur die allerwenigsten nach insgesamt viermonatiger militärischer Ausbildung dazu in der Lage sind, erfolgreich eine Infanteriegruppe (rund 10 Mann) zu führen, geschweige denn einen Zug (rund 50 Mann). Dementsprechend hoch waren die Ausfälle nicht nur im neu entstehenden Reserveoffizierskorps, sondern auch unter den von ihnen geführten Mannschaften.

Um den Offiziersersatz sicherzustellen wurde zu den gleichen Maßnahmen gegriffen, wie beim Mannschaftersatz. Frontdiensttaugliche Offiziere hinter der Front wurden durch frontdienstuntaugliche ersetzt, etwa durch aus dem Ruhestand zurückgekehrte Offiziere. Selbst Gendarmen wurden als Infanterie-Zugskommandanten eingesetzt – und das schon im Oktober 1914.<sup>203</sup>

Die Offiziersverluste waren enorm: binnen zweier Jahre fielen ein Achtel aller Berufsoffiziere, auf den ganzen Krieg gerechnet waren es fast ein Drittel. Rechnet man die anderen Ausfälle dazu, so ergibt sich, dass mehr Berufsoffiziere ausfielen, als zu Kriegsbeginn vorhanden waren. Bei den Reserveoffizieren waren die Ausfälle weniger schlimm, wenngleich im Ver-

---

<sup>201</sup> Deak, S. 229fff sowie Rothenberg, S. 187fff

<sup>202</sup> Hecht, S. 169; Die Ausbildung für EF der Kavallerie und der technischen Truppe war einen Monat länger.

<sup>203</sup> Hecht, S. 155ff



gleich zur Mannschaft immer noch hoch: 16,5% verloren im Krieg ihr Leben.<sup>204</sup> Doch der Ersatz mit Offizieren war quantitativ ausreichend, wenngleich die Qualität jener der Vorkriegszeit hinterherhinkte.

Ein Vergleich dazu aus den Akten des k.k. Ministeriums für Landesverteidigung:

Ein Landsturminfanterieregiment (LIR) zählte zu Kriegsbeginn 37 Subalternoffiziere, Fähnriche und Kadetten, von denen bis Anfang 1915 im Schnitt etwa 30-40% ausfielen, sodass nur noch gut 20 je Regiment vorhanden waren. Doch der Ersatz war bereits angelaufen – und er war enorm: im Schnitt waren rund 40 Reserveoffiziere und -anwärter bereits fertig ausgebildet und bei den Regimentern vorhanden; und etwa 200 warteten darauf, in den Kadettenanstalten ausgebildet zu werden (welche allerdings wegen Ausbilder-mangel oft lange warten mussten). Jedenfalls vermeldete das Landesverteidigungsministerium mit Genugtuung, dass an Subalternoffizieren, Fähnrichen und Kadetten rund das 4-5fache des Kriegsbedarfes vorhanden war. Die gewaltigsten Kriegsverluste – entstanden durch das begeisterte, aber taktisch unkluge Vorwärtstürmen der ersten Kriegsmonate – war fürs erste ausgeglichen. Zu dieser Zahl gesellten sich dann freilich die bereits kampferprobten genesenen Offiziere, sodass reichlich Ersatz vorhanden war.<sup>205</sup>

Insgesamt dienten im Krieg 47.000 Berufsoffiziere und -anwärter sowie 164.000 Reserveoffiziere und -anwärter. Von diesen fielen 13,5% (also 28.500), betrachtet man nur die erste Gruppe, fielen sogar 16%. Die Verluste aller Soldaten – inklusive der Mannschaften – betragen nur 9,82%.<sup>206</sup>

### **2.3.7. Standesentwicklung**

Um das Bild zu vervollständigen, mutet der Autor dem Leser eine ausführliche Statistik über die Verluste des Krieges zu, sowie eine über die Standesentwicklung von 1914 bis 1918.

---

<sup>204</sup> ÖULK, Band 1, S. 56

<sup>205</sup> KA, MfLV, K. 586, Tabelle „Bedarf an Subalternoffizieren bei den Feldformationen und dessen Deckung“. Wohl gemerkt klaffen die Zahlen der einzelnen Regimenter oft gewaltig auseinander, weswegen ich Durchschnitts errechnet habe.

<sup>206</sup> ÖULK, Band 7, S. 48

**Tabelle 29: Die Gesamtverluste Österreich-Ungarns nach den Meldungen der Armee im Felde<sup>207</sup>**

		Gefallen	Verwundet	Krank	Gef./Verm.	Zusammen
1914	Offiziere	4.827	11.950	11.287	4.706	32.770
	<u>Mann</u>	<u>140.226</u>	<u>472.365</u>	<u>271.969</u>	<u>407.604</u>	<u>1.292.164</u>
1915	Offiziere	4.428	14.429	24.251	8.345	51.453
	<u>Mann</u>	<u>177.801</u>	<u>625.406</u>	<u>699.773</u>	<u>607.693</u>	<u>2.110.673</u>
1916	Offiziere	2.449	8.401	19.217	7.023	37.090
	<u>Mann</u>	<u>90.116</u>	<u>407.442</u>	<u>787.643</u>	<u>430.933</u>	<u>1.716.134</u>
1917	Offiziere	1.928	5.899	20.522	2.783	31.132
	<u>Mann</u>	<u>64.981</u>	<u>251.864</u>	<u>995.697</u>	<u>137.628</u>	<u>1.450.170</u>
1918	Offiziere	1.776	4.123	19.821	12.063	37.753
	<u>Mann</u>	<u>51.101</u>	<u>141.358</u>	<u>897.991</u>	<u>499.412</u>	<u>1.589.862</u>
Gesamt	Offiziere	15.408	44.802	95.098	34.920	190.228
	<u>Mann</u>	<u>524.225</u>	<u>1.898.435</u>	<u>3.653.073</u>	<u>2.083.270</u>	<u>8.159.003</u>
Insgesamt		539.633	1.943.237	3.748.171	2.118.190	8.349.231

Zwar sind die Verluste des Jahres 1915 in absoluten Zahlen die höchsten, jedoch muss man bedenken, dass im Jahre 1914 nur etwas über 4 Monate lang gekämpft wurde. In einem Drittel der Zeit wurden also fast zwei Drittel der Ausfälle von 1915 erreicht; damit ist dieses Kriegsjahr das blutigste für die habsburgischen Streitkräfte. (Ähnlich erging es den Franzosen beim Anstürmen gegen die deutschen Stellungen in Elsass-Lothringen; so war 1914 auch für die „grande nation“ das blutigste Kriegsjahr.) Danach sanken die Verlustziffern kontinuierlich ab, vor allem jene für Tote, Verwundete und Vermisste/Gefangene. Im Verlauf des Krieges nahm nur die Zahl der Kranken zu – ein Zeichen für die zunehmend schlechte Verpflegungssituation, die körperliche Schwäche, geringere Widerstandsfähigkeit und somit häufigere Krankheit mit sich bringt. Die Gefangenenziffer für 1918 ist vor allem so hoch wegen des glorreichen italienischen Angriffes am Tag des Waffenstillstandes, wo hunderttausende österreichische Soldaten auf dem Weg nach Hause heldenhaft besiegt wurden und in Gefangenschaft gingen. Insgesamt kann man ein Lernen aus den Fehlern von 1914 konstatieren. Neue Gefechtstechniken und -taktiken wurden eingeführt und ab Ende 1916 kam sogar der Stahlhelm, der die besonders gefährlichen Kopfverletzungen dramatisch zu senken vermochte.<sup>208</sup> Die Verlustzif-

<sup>207</sup> ÖULK, Band 7, Beilagen, Tabelle I; hier ist einiges anzumerken: es werden immer die Fälle – nicht die Personen! – gezählt. Man kann nur einmal fallen, aber mehrmals erkranken, verwundet oder gar vermisst werden

<sup>208</sup> Herwig, S. 237

fer ist größer als die Summe aller eingerückten, eben weil zahlreiche Soldaten mehrmals erkrankten, verwundet wurden und Kriegsgefangene – natürlich nur im Falle der Befreiung – wieder in die Verbände integriert wurden. Es muss auch noch angemerkt werden, dass insgesamt mehr Soldaten starben als in der Statistik ausgewiesen, da ja viele der Vermissten tatsächlich getötet worden waren und viele Verwundete und Kranke später ihrem Gebrechen erlagen.

Als Vergleich dazu die Standesentwicklung während des Krieges.

**Tabelle 30: Verpfleg- und Kampfstände bei der Armee im Felde<sup>209</sup>**

		<b>Verpflegstand</b>			
		Offiziere <sup>210</sup>	Mannschaften	Arbeiter etc. <sup>211</sup>	Zusammen
VIII	1914 <sup>212</sup>				700.000
I	1916	70.000	2.500.000	230.000	2.800.000
VI	1916	80.000	3.280.000	157.000	3.517.000
I	1917	79.000	2.927.000	347.000	3.353.000
V	1917	96.000	3.100.000	354.000	3.550.000
I	1918	103.000	2.745.000	403.000	3.251.000
X	1918	101.000	2.313.000	254.000	2.569.000

<sup>209</sup> ÖULK, Band 7, Beilage 2, Tabelle 2

<sup>210</sup> einschließlich Fähnriche und Kadetten

<sup>211</sup> einschließlich Frauen und Kriegsgefangenen

<sup>212</sup> Die Werte für 1914 sind aus verschiedenen Tabellen zusammengetragen und umfassen auch den Verpflegstand der Heimat!! Wie auch bei allen anderen Zahlen ist auch in dieser Tabelle die Präzision geringer, als sie zu sein scheint. Im Grunde sind alles nur Annäherungswerte, weil man aus verschiedenen Quellen verschiedene Zahlen erhält, die aber immerhin nicht gewaltig voneinander abweichen, sondern mit einer gewissen Schwankungsbreite um einen statistischen Mittelwert pendeln. Vor allem der Wert bei den Offizieren des Kampfstandes (53.000) scheint etwas zu hoch. Außerdem entsprechen die Zahlen für 1914 dem Plansoll, dass sicher nicht ganz erreicht wurde. Der langen Rede kurzer Sinn: hüte Dich vor Statistiken, besonders vor denen, die Du nicht selbst gefälscht hast.

<b>Kampfstand</b>				
		Offiziere	Mannschaften	Zusammen
VIII	1914			1.300.000
I	1916	34.000	989.000	1.023.000
VI	1916	36.000	1.124.000	1.160.000
I	1917	30.000	851.000	881.000
V	1917	36.000	1.035.000	1.071.000
I	1918	36.000	796.000	832.000
X	1918	31.000	609.000	640.000

Der Verpflegstand nahm beständig zu, vor allem bei den Offizieren. Diese Tatsache ist eben auf die zunehmende Bedeutung des Nachschubs- und Versorgungswesens zurückzuführen. Demgegenüber sank der Kampfstand, bis er gegen Kriegsende nur noch die Hälfte vom Juli 1914 ausmachte. Erreichte der Kampfstand 1914 etwa drei Viertel des Verpflegstandes, so sank diese Zahl auf weniger als ein Drittel zur Kriegsmitte ab, um bei Kriegsende gar nur noch ein Viertel auszumachen. Dies ist die Entwicklung des modernen Krieges: die eigentlichen Kämpfer werden immer weniger, die Kampfunterstützer werden immer mehr. Zu dem Verpflegstand im Felde kam noch jener in der Heimat hinzu.

**Tabelle 31: Verpflegstand in der Heimat<sup>213</sup>**

		Offiziere <sup>214</sup>	Mannschaften	Arbeiter etc. <sup>215</sup>	Zusammen
VIII	1914 <sup>216</sup>				1.350.000
I	1916	60.000	1.922.000	--	1.982.000
VI	1916	55.000	2.025.000	--	2.080.000
I	1917	62.000	1.643.000	--	1.705.000
V	1917	58.000	1.550.000	55.000	1.663.000
I	1918	76.000	1.487.000	108.000	1.661.000
X	1918	87.000	1.511.000	124.000	1.722.000

<sup>213</sup> ÖULK, Band 7, Beilage 2, Tabelle 3

<sup>214</sup> einschließlich Fähnriche und Kadetten

<sup>215</sup> einschließlich Frauen und Kriegsgefangenen

<sup>216</sup> Siehe vorvorletzte Fußnote

Rechnet man die Verpflegstände zusammen, so kommt man auf grob zwei Millionen zu Kriegsbeginn, einen Höhepunkt Mitte 1916 mit über fünfeinhalb Millionen, und dann ein langsames Absacken auf über vier Millionen. Beim Kampfstand ist es ganz anders: ein Höchststand gleich zu Beginn des Krieges, gefolgt von einer wahren Achterbahn, deren Trend jedoch nach unten weist; bei Kriegsende zählt die Armee nur noch halb so viele „Feuerge-  
wehre“, wie noch 1914. Während sich der Verpflegstand also vervielfachte, erreichte der Kampfstand nie wieder den Höchstwert von August 1914. Für einen Stichtag im Oktober 1918 kann man feststellen: eine Verdoppelung des Verpflegstandes bei einer Halbierung des Kampfstandes. Auf einen Kämpfer an der Front kommen zur Kriegsmitte fünf hinter der Front und in der Heimat, die ihn mit allem Kriegswichtigem versorgen, bei Kriegsende sind es sogar sieben.

## **2.5. Abschlussbetrachtung und Vogelperspektive**

Die stehende Armee von 450.000 Mann wurde durch die Mobilisierung im Sommer 1914 um 2,9 Millionen auf rund 3,35 Millionen Mann vergrößert. Im Laufe des Krieges wurden weitere 4,8 Millionen Mann eingezogen. Man bedenke, dass schon die 2,9 Millionen Mobilisierten des Sommer 1914 nur teilweise militärisch ausgebildet waren, doch die im Verlauf des Krieges Mobilisierten mussten ihr Handwerk zum Großteil in Blitzausbildung von der Pike auf lernen.

Etwa 8,15 Millionen Männer dienten in den Heeren des Habsburgerreiches. Die Bevölkerungszahl desselben betrug 1918 (Gefallene nicht abgezogen) etwa 54 Millionen.<sup>217</sup> Somit ergibt sich, dass rund 15,1% der Gesamtbevölkerung zum Militärdienst eingezogen wurden. Bei rund 11,2 Millionen Männern zwischen 18 und 50 Jahren vor dem Krieg bedeutet das, dass rund 72,8% der männlichen Bevölkerung im wehrfähigen Alter einrückten.<sup>218</sup>

Österreich-Ungarn hatte etwa 1,1 Millionen Kriegstote zu beklagen (inklusive jener, welche in Kriegsgefangenschaft starben oder ihrer Verwundung oder Erkrankung erlagen), im Vergleich zu Russlands knapp zwei Millionen und Italiens 0,6. Damit bewegte sich Österreich-Ungarn etwa auf dem französischen Niveau (1,4 Millionen Tote), Italien auf dem britischen (rund 0,75 Millionen) und Deutschland auf dem russischen (ebenfalls rund 2 Millionen). Die USA hatten überhaupt nur etwas über 100.000 Kriegstote zu verzeichnen.<sup>219</sup>

---

<sup>217</sup> Volkszählung von 1910 (51.396.634 Einwohner) wird hier statistisch fortgesetzt.

<sup>218</sup> Dies ist allerdings wieder nur ein Richtwert, weil die Jahrgänge 1865-69 später freigestellt wurden, dafür aber auch neue Jahrgänge einrückten.

<sup>219</sup> Stevenson, S.544

Eine kleine Statistik soll noch mal die österreichischen Verluste beleuchten: im ersten Kriegsjahr (bis Ende Juli 1915) verzeichnete Österreich-Ungarn 2,74 Millionen Ausfälle, im zweiten 1,82, im Dritten 1,46, und vom Sommer 1917 bis zum Kriegsende im Herbst 1918 1,45 Millionen.<sup>220</sup> Das erste Kriegsjahr war also mit Abstand das blutigste, im Gegensatz zum Zweiten Weltkrieg, wo es genau umgekehrt war.

Da das Zahlenmaterial mit zunehmender Dauer des Krieges ungenauer wurde und sich bei den gewaltigen Zahlenkolonnen immer wieder Ungereimtheit und Chaos ergibt – ja, selbst bei deutsch-österreichischen Militärbürokraten – sind alle genannten Zahlen lediglich Annäherungswerte, die eine gewisse (zuweilen starke) Schwankungsbreite implizieren.

Es ist scheinbar erstaunlich, dass trotz fehlender nationaler Einheit der habsburgischen Streitkräfte die Soldaten im Großen und Ganzen ihre Pflicht taten, ebenso wie etwa die deutschen. Auch kam es zu relativ wenigen Desertionen – anders als etwa Frankreich, wo 1917 ganze Einheiten desertierten, oder auch in Russland desselben Jahres.<sup>221</sup> Jedoch ergab sich für manche Truppen Österreich-Ungarns gelegentlich eine Situation, in welcher sie leicht gefangen genommen wurden. Dies und auch die viel beschworenen „Nationalitätenreibereien“ sind weniger darauf zurückzuführen, dass sich die einzelnen Nationen nicht mochten, sondern dieser Umstand ist schlicht und ergreifend auf Führungsprobleme zurückzuführen:<sup>222</sup> das Offizierskorps war nun einmal in seiner überwiegenden Mehrheit deutsch, und oftmals der Sprache ihres Regiments nur in groben Zügen mächtig. Wenn der Offizier sich nicht mit der Mannschaft verständigen kann und nur einige Kommandos in der Regimentssprache beherrscht, so ist es nahe liegend, dass es Kommunikationsprobleme geben könnte. Doch es bleibt das Fazit bestehen, dass die Truppen der Donaumonarchie brav und entschlossen kämpften, bis die „normative Kraft des Faktischen“ das Reich einholte, bisher Unmögliches möglich wurde und die Monarchie im Herbst 1918 in mehrere Staaten zerfiel.

---

<sup>220</sup> ÖULK, Band 7, S. 46f

<sup>221</sup> Ferguson, S. 282fff

<sup>222</sup> Herwig, S. 94

### 3. Transportsystem

Die Logistik und das dieser zugrunde liegende Transportsystem kann kaum in seiner Bedeutung übertrieben werden. In Militärkreisen gibt es den schönen Spruch: „Amateure beschäftigen sich mit Taktik, Profis beschäftigen sich mit Logistik.“ Dieses Zitat erlangt seine Bedeutung aufgrund der Situation, dass tatsächlich viele Militaristen (auch Profis) sich hauptsächlich mit taktischen Belangen und dem Führen des Gefechts auseinandersetzen, den mindestens ebenso wichtigen – allerdings weit weniger Ruhm bringenden – Bereich der Logistik vernachlässigen.

Die Grundlage der Logistik, des Nachschubs, war im Ersten Weltkrieg die Eisenbahn und das Pferd – und natürlich auch, wie eh und je, die Füße und die Schultern der Soldaten.

#### 3.1. Die Eisenbahn

Das Vollbahnschienennetz Österreich-Ungarns bei Kriegsausbruch erstreckte sich über rund 45.800 Kilometer, von denen allerdings nur ein Bruchteil – rund 8.500 – doppelgleisig waren. Dazu kamen noch rund 2.500km Schmalspurbahnen. 1 Schienenkilometer kam also auf 15 Quadratkilometer Staatsfläche und auf 1.122 Einwohner. Insgesamt arbeiteten rund 442.000 Angestellte und Arbeiter für die Eisenbahnbetriebe des Habsburgerreiches, etwas mehr als ein Drittel davon allein in Ungarn.<sup>223</sup>

Bei Kriegsbeginn waren 11.967 Lokomotiven vorhanden, 32.642 Personen- und 265.864 Güterwaggons. Die gesamte Kriegsproduktion umfasste 2.460 Loks und 74.800 Waggons, also grob ein Viertel des Vorkriegsstandes.<sup>224</sup>

Außerdem waren 3 Millionen Tonnen Kriegskohlevorräte angehäuft worden, was ausreichte, um 8 Wochen Vollverkehr zu gewährleisten.

Ein gedeckter Güterwaggon konnte wahlweise 40 Mann, 6 Pferde und 3 Mann oder 10 Tonnen Güter transportieren.

Es gab 3 Arten von Militärzügen. Jene zu 49, zu 34 oder zu 24 Waggons, was einem Bruttogewicht von 500, 350 oder 250 Tonnen entsprach.

Ein offener Güterwaggon konnte wahlweise 2 Feldgeschütze oder 2 Trainfuhrwerke transportieren.<sup>225</sup>

---

<sup>223</sup> ÖULK Band I, S. 85ff

<sup>224</sup> ÖULK, Band I, S. 81

<sup>225</sup> ÖULK, Band I, S. 87ff

Im Vergleich dazu verfügte das Deutsche Reich 1913 über rund 61.000km Eisenbahnschienen, 29.520 Loks, 65.960 Personen- und 689.204 Güterwaggonen, bedient von rund 786.000 Angestellten und Arbeitern.<sup>226</sup>

Ein interessantes Detail sind noch die Schienenstränge ins Ausland, die erahnen lassen, in welche Länder verkehrsmäßig gut bzw. weniger gut angebunden waren. 20 Schienenstränge verbanden Österreich mit Ungarn, 52 von Österreich-Ungarn nach Deutschland und 2 in die Schweiz. In das feindliche Ausland führten nur 14 Schienenstränge: 5 nach Italien, 4 nach Russland, 4 nach Rumänien und nur 1 nach Serbien. Doch es waren genau diese Länder, gegen die man aufmarschieren musste, was das Eisenbahnnetz immer wieder übermäßig strapazierte.<sup>227</sup>

Die zivilen und wirtschaftlichen Haupttransportlinien führten von Wien aus gesehen nach Norden und Westen, nur wenige nach Süden (Balkanfront) und Osten (Russlandfront);<sup>228</sup> dort waren schon vor dem Krieg Eisenbahnlinien angelegt worden, welche man als in erster Linie „strategisch“ bezeichnen muss. Das heißt, dass diese nicht unter wirtschaftlichen oder zivilen Gesichtspunkten gebaut wurden, sondern unter militärischen.<sup>229</sup>

Ein kurzer Blick auf das europäische Eisenbahnnetz gewährt uns weitere vergleichende Einblicke.

---

<sup>226</sup> k.u.k. Technisches Militärkomitee, XLVI Jahrgang, 1915: „Mitteilungen über Gegenstände des Artillerie- und Geniewesens“, S. 574

<sup>227</sup> ÖULK, Band I, S. 86

<sup>228</sup> Ratzenhofer, S. 154

<sup>229</sup> Ratzenhofer, S. 165



**Tabelle 32: Eisenbahnnetz in Europa in Kilometern<sup>230</sup>**

Land	1870	1891	1911	EBkm je 100qkm 1911 <sup>231</sup>
Österreich-Ungarn	9.589	28.066	44.834	6,5
Deutschland	19.575	43.424	61.148	11,3
Russland <sup>232</sup>	11.243	31.071	59.559	1,1
Italien	6.134	13.186	16.960	5,9
Frankreich	17.931	37.946	49.385	9,1
Großbritannien	24.999	32.487	37.579	12

Durch seine hohen Infrastrukturausgaben gelang es Österreich-Ungarn in Relation zu den anderen Mächten aufzuholen. Das Habsburgerreich gelang eine Ausweitung seines Schienennetzes um das Viereinhalbfache, während Großbritannien seines nicht einmal verdoppelte, Deutschland mehr und Frankreich und Italien das ihre weniger als verdreifachten. Nur Russland vergrößerte sein Eisenbahnnetz in noch stärkerem Ausmaß, nämlich um das Sechsfache. Bedenkt man allerdings die vielfache territoriale Ausdehnung Russlands, so kann man konstatieren, dass Österreich-Ungarn in den Jahrzehnten vor 1914 infrastrukturell am meisten aufgeholt hatte. Das hatte natürlich seinen Preis: in den Jahren vor 1914 waren die Eisenbahnschulden der Donaumonarchie auf die Hälfte der ohnehin schon überbordenden Staatsschuld angeschwollen. Diese Tatsache verleitet Klenner zu der merkwürdig anmutenden Feststellung, dass die Hyperinflation der Nachkriegszeit, die alle Schulden faktisch tilgte, ein „glücklicher Zufall“ gewesen sei.<sup>233</sup>

Wie dem auch sei, infrastrukturell war Österreich-Ungarn 1914 relativ zu den anderen Großmächten besser gestellt als 1870. Der forcierte russische Eisenbahnausbau in den Jahren vor 1914 – vor allem strategische Linien in Russisch-Polen, die in der obigen Statistik noch kaum Eingang finden – stellten diesen Vorteil in Frage. Nachweislich war es eine Überlegung der Mittelmächte, dass man 1914 einen Krieg noch gewinnen könne, ab 1917 wegen der russischen strategischen Eisenbahnlinien nicht mehr.

---

<sup>230</sup> Klenner, Markus: „Eisenbahn und Politik 1758-1914. Vom Verhältnis der europäischen Staaten zu ihren Eisenbahnen“, Universitätsverlag, Wien 2002, S. 212

<sup>231</sup> Eisenbahnkilometer je 100 Quadratkilometer; eigene Berechnung nach den hier angeführten Schienenkilometern und der Staatsfläche; Ö-U: 685.000, D: 543.000, R: 5.180.000, It: 287.000, F: 542.000, GB: 315.000 Quadratkilometer

<sup>232</sup> nur der europäische Teil!

<sup>233</sup> Klenner, S. 211

Interessant ist auch die unten angeführte Statistik, welche noch detailreicher den Entwicklungsstand der europäischen Eisenbahnen vergleicht. Allerdings ist diese mit dem Nachteil behaftet, Österreich-Ungarn dem „unfairen“ Wettbewerb mit den hoch entwickelten westeuropäischen Staaten zu unterwerfen, gegen die es ja nicht Krieg führte. Fänden Italien, Serbien und Russland in diese Statistik Eingang, so stünde das Habsburgerreich besser da.

**Tabelle 33: Entwicklungsstand des österreichisch-ungarischen Eisenbahnwesens im internationalen Vergleich 1913<sup>234</sup>**

	Streckenlängen		Zwei- und	Loks	Personen-	Güter-
	Auf 100qkm	auf 10.000	mehrgeleisige		Waggons	Waggons
		Einwohner	Strecken	(auf 100km Betriebslänge)		
			(in % vom			
			Gesamtnetz)			
Ö	7,7	8,0	21,9	33	67	652
U	6,6	10,1	6,4	20	43	465
D	11,6	9,5	38,6	47	106	1.066
F	9,4	12,8	43,7	33	76	886
GB	12,0	8,3	55,9	61	141	2.091
B	29,3	11,7	49,4	98	182	2.060

Österreich-Ungarn war also auf einem niedrigeren infrastrukturellen Entwicklungsniveau als Westeuropa, doch war es in manchen Bereichen fast schon vergleichbar mit Frankreich.

### 3.1.1. Organisation

„Für die drei Gebiete der Monarchie (Österreich, Ungarn, Bosnien) waren im Frieden drei verschiedene zivile Ministerien, ein k.k. österreichisches, ein kgl. Ungarisches und ein k. und k. gemeinsames, die höchsten staatlichen Verwaltungsstellen in Bahnangelegenheiten. Mehrere Gebiete berührende Fachfragen mußten durch Vereinbarungen geregelt werden, ein langwieriger und schwieriger Weg, wobei in manchen Verkehrsfragen das Interesse des Ganzen vor jenen der einzelnen Reichsteile zurücktreten mußte. Eine entscheidende, höchste zivile Fachstelle für das Gesamtverkehrswesen fehlte.“<sup>235</sup>

<sup>234</sup> Wandruszka, Band V, S. 304

<sup>235</sup> Ratzenhofer, Emil: „Eisenbahn und Schiffahrtswesen“ in: Enderes, Bruno et alia: „Verkehrswesen im Kriege“, Höder Pichler Tempsky, Wien 1931, S. 151

Da die Eisenbahn für den Aufmarsch sowie für Truppenverschiebungen und den Nachschub von unerlässlicher Bedeutung war, trachtete das Militär nach einer Vereinheitlichung und einer Unterstellung der Eisenbahnbelange im Kriege unter militärische Führung.

Der oberste Leiter des Militäreisenbahnwesens im Kriege war der vom Kaiser ernannte „Chef des Feldeisenbahnwesens“, der aus dem „Eisenbahnbureau des Generalstabes“ hervorging. Zur „Einleitung und Ausführung von Militärtransporten sowie zur Besorgung aller sonstigen das Kriegseisenbahnwesen betreffenden Angelegenheiten“<sup>236</sup> formierte sich die „Zentraltransportleitung“, welche ebenfalls aus dem Eisenbahnbureau des Generalstabs hervorging und zivile Bahnstellen und Direktionen mit einschloss.

Mit Kriegsbeginn trat die Kriegsfahrordnung auf einem Großteil der Eisenbahnlinien der Monarchie in Kraft. Diese regelte – militärischen Gesichtspunkten folgend – nicht nur den Aufmarsch, sondern darüber hinaus alle militärischen Transporte; außerdem untersagte sie jegliche zivile Transporte. Das Hauptaugenmerk lag auf Verlässlichkeit und Pünktlichkeit, keinesfalls aber auf Effizienz und Schnelligkeit. So wurden Bahnlinien mit einer Grundgeschwindigkeit befahren, welche der schwächsten Lokomotive dieser Strecke entsprach. Es gab Züge, die nur wenig mehr als Schrittgeschwindigkeit erreichten.<sup>237</sup> Weiters wurde angeordnet, auf den Hauptlinien 100-achsige Züge als Standard zu verwenden, was 500 Bruttotonnen entsprach und ein kriegsstarkes Bataillon oder eine Batterie befördern konnte – also eine militärische Einheit.<sup>238</sup> Zudem bedachte man, dass viel bahnfremdes Personal eingesetzt werden würde, und so versuchte man alles möglich einfach zu gestalten. Wenn man aber von Vornherein mit gesteigertem Personalbedarf rechnete, so ist fraglich, warum man dann zu Kriegsbeginn so viel Fachpersonal aus allen Sparten – eben auch Eisenbahner – einzog.

„Die Einfachheit der Fahrordnung sollte die Sicherheit und Regelmäßigkeit des Verkehrs fördern“.<sup>239</sup> Aber wie das immer so ist wenn zentral jedes Detail geplant und jedes Abweichen untersagt wird: die Effizienz litt enorm, und zwar in unmöglich zu bezifferndem Ausmaß. Ein viel stärkerer Kritiker dieses Systems als General Emil Ratzenhofer – Stellvertreter des k.u.k. Chefs des Eisenbahnwesens – ist der Sektionschef Bruno Enderes. Dieser befand:

„Die Einführung der schon im Frieden vorbereiteten ‚Kriegsfahrordnung‘ hat von allem Anfang an die Verkehrsabwicklung schwer geschädigt. Die Kriegsfahrordnungen mußten versa-

---

<sup>236</sup> Ratzenhofer, . 178

<sup>237</sup> Ratzenhofer, S. 159

<sup>238</sup> Ratzenhofer, S. 156

<sup>239</sup> Ratzenhofer, S. 159

gen, weil man sie anscheinend so aufbauen hatte wollen, daß sie allen Verhältnissen gerecht werden und daß über die Eisenbahnen im Bedarfsfalle auch Laien – und das waren ja die meisten Offiziere – ohne Inanspruchnahme der Berufseisenbahner hätten verfügen können. Man hatte vieles berücksichtigt, was überflüssig war, und unbedingt notwendiges unterschätzt. Man hatte anscheinend fast nur den Aufmarsch und den Nachschub im Auge, für alles andere waren fast keine Vorsorgen getroffen“<sup>240</sup>

Enderes sieht das Problem vor allem darin, dass sich die maßgeblichen Militärs als beratungsresistent erwiesen und selber über Dinge entschieden, bei denen sie sich wenig bis gar nicht auskannten. Die Kriegsfahrordnung sei auch schlichtweg veraltet gewesen, da moderne technische Errungenschaften eine erhöhte Leistungsfähigkeit ermöglicht hätten, und ein Umstellen der Anordnungen ohne weiteres möglich gewesen wäre.

Enderes kritisiert besonders stark die auf 100 Achsen festgelegten Züge, wo auch leicht 200 möglich gewesen wären. Die besondere Dummheit mancher Vorschriften illustriert das folgende Beispiel: jeder Zug musste zwecks Truppenverköstigung gegen Mittag mehrere Stunden halten. Doch waren viele Truppen bereits mit Fahrküchen ausgestattet und die Aufenthalte waren daher oftmals sinnlos; sie führten zu Verkehrsverstopfungen und unnötiger Langsamkeit und gesteigertem Kohleverbrauch, also zu Ineffizienz, Langsamkeit und Verschwendung.<sup>241</sup>

Am 22.10.1914 wurde der allgemeine Güterverkehr schließlich wieder zugelassen und die Kriegsfahrordnung abgeschafft.

Ratzenhofer ist nicht ganz so kritisch (er ist ja einer der angesprochenen Militärs) aber im Großen und Ganzen meint auch er, dass das Negative der Kriegsfahrordnung überwogen hätte.

Fast noch ärger war die so genannte „Instradierung“.<sup>242</sup> Das „Eisenbahnbureau des Generalstabes“ (alsbald die Zentraltransportleitung) bestimmte so „alle für die Durchführung eines militärischen Transportes notwendigen Daten.“<sup>243</sup> Das ging sogar soweit, dass die Zentraltransportleitung für einzelne Waggons die exakte Stunde des Transports bestimmte – ein Fallbeispiel einer zentral gelenkten Planwirtschaft, welches in jedem Lehrbuch als Musterbeispiel angeführt werden könnte. Von der Zentrale wurde alles bis ins kleinste Detail geplant und ein Abweichen von den Plänen strikt untersagt; doch leider verfügte die Zentrale nicht über alle notwendigen Informationen. So musste es zu ständigen Reibereien und gehöriger Ineffizienz

---

<sup>240</sup> Enderes, S. 58

<sup>241</sup> Enderes, S. 61

<sup>242</sup> Enderes, S. 63ff; Ratzenhofer, S. 175ff

<sup>243</sup> Ratzenhofer, S. 176

kommen. Natürlich wäre es besser gewesen, so weit als sinnvoll subsidiär zu arbeiten, also die Entscheidung jener Stelle zu überlassen, welche dem Problem am nächsten ist, und nur das zentral zu regeln und zu planen, was unerlässlich ist. Und die Zentraltransportleitung führte dieses System bis zum bitteren Ende fort, „obwohl sich alle maßgebenden Kreise von der Unzweckmäßigkeit der Intradierung [also der zentralen Planung] überzeugt hatten.“<sup>244</sup> Doch wie lautet das schöne Zitat, das alle Planerherzen höher schlagen lässt: Wenn die Realität nicht mit dem Plan übereinstimmt, dann ist das bedauerlich für die Realität.

### **3.1.2. Die Eisenbahn im Krieg**

Durch den Krieg wurde das Eisenbahnsystem auf zweierlei Art und Weise belastet, nämlich personell wie materiell. Enderes teilt den Krieg das Eisenbahnsystem betreffend in 3 Perioden: die Zeit der Umstellung von Kriegsbeginn bis Mitte 1915; die Zeit der Beharrung von da bis Anfang 1917; und schließlich der Verfall von 1917 bis Kriegsende.<sup>245</sup>

In der Annahme, der Krieg wäre nach wenigen Monaten beendet, wurden 1914 35.488 der 291.223 Arbeitnehmer der Staatseisenbahnen einberufen und weitere 34.999 starben eines natürlichen Todes in den viereinhalb Kriegsjahren. Dieser Verlust wurde durch die Anstellung von 31.499 Frauen, 42.754 Männern und 535 Pensionisten ausgeglichen, was den Austausch von Fachpersonal durch ungelernte Arbeitskräfte bedeutete, was die Leistungsfähigkeit senken musste.<sup>246</sup> Und gegen „Ende 1916 begann die Leistung der Arbeiter durch ständige Überstunden und Lebensmittelmangel zu sinken.“<sup>247</sup> Dieser Umstand betraf aber freilich alle anderen Arbeiter ebenso, ein Ausdruck der wirtschaftlichen Krise. So stieg dann auch die Anzahl der Unfälle bis Kriegsende um etwa die Hälfte, und das, obwohl das Gesamtverkehrsaufkommen weit geringer war als 1913.<sup>248</sup> Erstaunlich ist, dass es kaum zu nennenswerten Streiks kam, die Eisenbahner trotz ihrer Machtstellung aufgrund ihrer Bedeutung für die Kriegsanstrengung bis zum bitteren Ende brav ihre Pflicht taten.<sup>249</sup>

---

<sup>244</sup> Enderes, S. 64

<sup>245</sup> Enderes, S. 134

<sup>246</sup> Enderes, S. 45

<sup>247</sup> Wegs, S. 109, Broadberry, S. 88 – dass 1914 wie 1915 der selbe Lokomotivenausstoß erzielt wurde ist fraglich, aber es ist sicher zumindest annähernd richtig

<sup>248</sup> Enderes, S. 89

<sup>249</sup> Czibulka, Anton: „Weltkrieg und Eisenbahn. Selbsterlebtes aus den Jahren 1914-1918“, im Selbstverlage des Verfassers, Wien 1922, S. 64f; Enderes, S. 25

Hochinteressant, weil in wesentlichen Aspekten unerklärlich, ist die Produktion von neuen Waggons und Lokomotiven.<sup>250</sup>

**Tabelle 34: Lokomotiven- und Waggonproduktion**

	1913	1914	1915	1916	1917	1918
Loks	253	273	273	395	398	463
Waggons	?	3.500	12.000	18.000	14.000	?

Um diese Zahlen in Relation zu setzen: allein auf dem Rückzug aus Galizien 1914 gingen rund 15.000 Waggons verloren, soviel wie die ganze Produktion der Jahre 1914 und 1915. Das gesamte rollende Material war zunehmenden Verschleißerscheinungen ausgesetzt. So sank etwa die Qualität des Schmieröls, was zu höheren Reibungsverlusten und Verschleißerscheinungen führte; immer weniger Waggons waren mit Bremsen ausgestattet, was eine niedrigere Fahrgeschwindigkeit erforderlich machte; und zu guter letzt wurden ab 1915 aufgrund des Kupfermangels die Feuerbüchsen der Lokomotiven (nahe liegender weise aus Kupfer) durch solche aus Eisen ersetzt, was aber die Leistung der Loks verminderte und diese überdies reparaturanfälliger machte. Das Ergebnis war ein höherer Verschleiß, häufigere Reparaturen, höhere Ausfallraten, geringere Fahrgeschwindigkeiten und ein Absinken der durchschnittlichen Ladekapazität von Güterzügen (Beispiel Nordbahn: 657 Tonnen vor dem Krieg, 592 Tonnen 1917) – kurzum: eine starke Abnahme der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen.<sup>251</sup> Zudem stieg der Kohleverbrauch derart, dass pro Leistungseinheit bei Kriegsende bereits rund ein Drittel mehr verbraucht wurde als zu Kriegsbeginn – teils aufgrund des Leistungsverlustes der Lokomotiven und Betriebsmittel, teils aufgrund der Kohle, welche schlechter als die Vorkriegskohle war.<sup>252</sup> Zu den Reparaturen: betrug der Reparaturstand der Lokomotiven im Frieden rund 10%, so waren es im Krieg alsbald 30%, bei den Loks mit Flusseisernen Feuerbüchsen sogar 70%.<sup>253</sup>

Die neu gebauten Loks und Waggons mussten zunächst die Ausfälle sowie altes Material ersetzen und das ständig zunehmende Heeresmaterial bewegen, ein Teil absorbierte auch die Nichtentladung, da aufgrund mangelnder Lokomotiven und Arbeitskräfte oftmals beladene Waggons in den Güterbahnhöfen herumstanden und einem Weitertransport oder einer Entla-

<sup>250</sup> Wegs, S. 106-113; Herwig, S. 238 – bei Auslassungen kein Zahlenmaterial vorhanden; Enderes, S. 24

<sup>251</sup> Enderes, S. 57; Wegs, S. 110ff

<sup>252</sup> Enderes, S. 112

<sup>253</sup> Czibulka, S. 58

dung harrten. Dieses Phänomen begann bereits 1914 und war vor allem dann bedauerlich, wenn es sich bei der Ladung um Nahrungsmittel handelte, welche dann oft verdorben – ein Indiz dafür, dass Lebensmittel zwar vorhanden, aber nicht zu den Verbrauchern transportiert werden konnten.

1918 war es schließlich gar so weit gekommen, dass nur noch 6.950 Loks vorhanden waren, von welchen aber viele nicht mehr einsatzfähig waren; der Lokomotivenbestand hatte sich also in vier Jahren halbiert. Rund 2.000 Loks wurden während des Krieges nachproduziert.<sup>254</sup> Auch gab es Hilfe aus Deutschland, doch auch das reichte nicht aus, um die Transportsituation zu entspannen.

Die Loks waren das Nadelöhr des Transportwesens.<sup>255</sup> Denn Waggons gab es an und für sich in ausreichender Zahl, und der Wagenpark wuchs bis Kriegsende auch erheblich.<sup>256</sup> Nur aufgrund der Zweckentfremdung vieler Waggons gab es auch eine Wagenknappheit – wenn sie als Behausung für Soldaten oder zu Kanzleizwecken verwendet wurden oder einfach die Holzbretter herausgeschlagen wurden, um Bau- und Brennmaterial zu erhalten – und der Tatsache, dass aufgrund der vielen und häufig auftretenden Verstopfungen – wegen Lokomotivmangels sowie einem nicht ausreichenden Schienennetz – gebunden waren.

Da stets der militärische Bedarf zuerst befriedigt wurde, bedeutete all das, dass stets zu wenig Transportkapazität für das Hinterland zur Verfügung stand. Ganz besonders traf das jene Städte, welche keine kriegswichtige Arbeit leisteten; sie waren im wahrsten Sinne des Wortes in der Fresskette ganz unten. Und so hungerten die großen und kleinen Städte des Reiches. Die Überstrapazierung des Transportsystems hing nicht zuletzt auch damit zusammen, dass es zu einer immer weiter ausgreifenden Ausdehnung der Fronten kam, sowie auch zu einem steigenden industriellen Transportvolumen. Hardach jedenfalls sieht den Hauptgrund für das nachlassen der Transportfähigkeit in der Überforderung der Arbeiterschaft. Doch wie so oft, gilt auch hier: wer kann die vielen Ursachen werten und reihen? Dies objektiv zu tun ist fast ein Ding der Unmöglichkeit.<sup>257</sup>

Aus den Quellen wie aus der Sekundärliteratur geht ganz klar hervor, dass es in erster Linie das Transportsystem war, welches – als es zu versagen begann – die gesamte Kriegsanstren-

---

<sup>254</sup> Wegs, S. 111

<sup>255</sup> Czibulka, S. 56

<sup>256</sup> Enderes, S. 94ff

<sup>257</sup> Hardach, S. 79

gung mit sich in den Abgrund riss.<sup>258</sup> Dieses Versagen war natürlich kein plötzliches Ereignis, sondern ein Prozess, der sich über Jahre hinzog und eine ganz klare Tendenz nach unten hatte. Es ist erstaunlich, dass sich die Verantwortlichen diesem Trend nicht mit aller Macht entgegenstimmten, war doch das Transportsystem „the Achilles’ heel of the war effort“.<sup>259</sup> Transportschwierigkeiten gab es den ganzen Krieg. 1914 gab es erhebliche Probleme, dann setzte eine leichte Entspannung der Transportsituation ein, die ein Kenner der Situation allerdings als Scheinblüte hätte durchschauen müssen, nahmen doch die Kapazitäten ständig ab. Die „Transportkrise“ wird dann oft auf den Winter 1916/17 datiert; binnen Jahresfrist sank die Transportkapazität auf die Hälfte. Ende 1917 war klar, dass das Transportsystem versagte. Bis dahin hatte die Zentraltransportleitung (nomen est omen: zentral zuständig für das Transportwesen) geleugnet, dass es überhaupt Engpässe gab. Klarer Ausdruck des Versagens war, dass es zwar immer wieder genug Güter und Nahrungsmittel gab, diese aber nicht zu ihren Bestimmungsorten abtransportiert werden konnten.<sup>260</sup> Denn natürlich gab es den ganzen Krieg über ein Prioritätensystem: zunächst kam der gesamte Heeresbedarf, dann der zivile,<sup>261</sup> doch wenn die Versorgungssituation der kämpfenden Truppe schon im argen lag, kann man sich denken, wie es um die Lebensverhältnisse der Zivilbevölkerung in den Ballungsräumen bestellt war.

So kann Wegs feststellen: „Das Versagen des Eisenbahnsystems trug wesentlich zum wirtschaftlichen und militärischen Zusammenbruch bei, da wohl meist genügend Brennstoffe, Rohmaterial und Fertigprodukte vorhanden waren, aber nicht befördert werden konnten.“<sup>262</sup>

Doch warum wehrten sich die verantwortlichen Stellen – allen voran die Zentraltransportleitung – so vehement gegen Maßnahmen, welche Abhilfe verschafft hätten? Gegen Anfang des Krieges widersetzte man sich Zukäufen von Loks und Waggons aus dem Ausland – auch als sich abzeichnete, dass der Krieg länger dauern würde – mit dem Argument, dass inländische Erzeuger den Bedarf decken könnten. Es mag die Angst mitgespielt haben, dass die Inlandsindustrie unnötiger Konkurrenz aus dem Ausland ausgesetzt werden könnte, und dass man nach dem Krieg dann auf einem aufgeblähten Fuhrpark sitzen bleiben würde.<sup>263</sup> Doch alle Statistiken der Ausfälle und des Bedarfs widersprachen dem. Sicherlich spielten auch finanzielle Bedenken eine Rolle – auch wenn sie nicht vordergründig angeführt wurden – aber das

---

<sup>258</sup> Sandgruber, S. 322

<sup>259</sup> Herwig, S. 239

<sup>260</sup> Herwig, S. 239

<sup>261</sup> Wegs, S. 107

<sup>262</sup> Wegs, S. 112

<sup>263</sup> Wegs, S. 110



tun sie ja immer. Später im Krieg musste man dann zu horrenden Preisen Loks etwa aus der Schweiz einkaufen, welche schon vor 20 Jahren ausgemustert worden waren.<sup>264</sup> Schon 1915 gab es Warnungen und Lösungsansätze, vorgetragen durch das mittlere Management der Eisenbahn, welches oftmals verlautbarte, dass „das Exekutivpersonal den Ernst der jetzigen Situation nicht erfaßt“.<sup>265</sup> Die vorgetragene Lösung in diesem Fall wäre eine subsidiär durchgeführte verstärkte Kontrolle vor Ort gewesen – je näher man dem Problem ist, desto eher vermag man es zu begreifen und zu lösen.

Die Lösungen der Politik bleiben auch immer gleich. So vermerkt das Protokoll zu einer Sitzung des niederösterreichischen Landesbeirates über Verwertung und Transport der Ernte: „Alle Redner wünschten eine allgemeine Erhöhung der Getreide- bzw. Mehlsquoten.“ Wie das allerdings zu geschehen habe, vermochte keiner der Redner zu sagen. Immerhin gestand man in der anschließenden Diskussion über Höchstpreise ehrlich ein: „Unter allen Umständen werden die Konsumenten unzufrieden sein.“<sup>266</sup> Ob es aber gelingen würde, eine „wohltemperierte Unzufriedenheit“<sup>267</sup> zu erhalten, oder ob diese in eine rabiate oder gar revolutionäre umschlagen würde, das war die große Frage.

Es hat den Anschein, als hätte die Regierung alles Menschenmögliche getan, um das Transportsystem zu sabotieren. Vieles wäre besser und effizienter gelaufen, hätte man dem Transportwesen nur mehr Ressourcen zugeführt und mehr Loks und Waggons produziert. Das Argument, dass die Produktionskapazität nicht rasch genug ausgebaut werden konnte zieht nicht. Das eindeutige Nadelöhr waren die Lokomotiven, von denen nur wenige 100 Stück jährlich produziert wurden. Hier hätte massiv investiert werden müssen. Denn was nützte es, wenn sich riesige Kohlehaufen vor den Kohlegruben ansammelten; wenn sich Tausende Granaten in den Hallen der Munitionsproduzenten stapelten; wenn gewaltige Mengen an Nahrungsmitteln an den Landbahnöfen auf ihren Abtransport warteten; und wenn tausende beladene Waggons auf den Rangierbahnhöfen der Monarchie herumstanden, wenn nicht genügend rollendes Material und insbesondere eben Lokomotiven zu deren Transport vorhanden war? Dazu Enderes: „Seit dem Winter 1916/17 wurden Verkehrsstockungen immer häufiger und schärfer. [...]

---

<sup>264</sup> Czibulka, S. 57f

<sup>265</sup> KA, KM, ZTL, K. 41 (7.553), 1915, Op.Nr. 107.207

<sup>266</sup> KA, KM, ZTL, K. 40 (7.552), 1915, Op.Nr. 106.016

<sup>267</sup> Ministerpräsident Graf Taaffe über die Frage, wie man die Völker Österreich-Ungarns am besten regiert; Höbelt: „Die Habsburger. Aufstieg und Glanz einer europäischen Dynastie“, Lothar: „Die Habsburger. Aufstieg und Glanz einer europäischen Monarchie“, Konrad Theiss Verlag GmbH, Stuttgart 2009, S. 148ff

Von Mitte 1917 an wurde dieses Übel chronisch. Manchmal blieb sogar die Dienstkohle der Eisenbahnen stecken.<sup>268</sup> Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Allein auf der Nordbahn standen am 6.2.1917 40 Kohlezüge, welche tage- und wochenlang auf ihren Abtransport warten mussten.

Doch obwohl das Militär – allen voran das AOK – immer wieder mit Forderungen auf die Regierungen und die Zentraltransportleitung einhämmerten, kam es nie zu einer Einigung auf eine konzertierte Aktion, um dem Mangel Abhilfe zu verschaffen. Die Zentraltransportleistung weigerte sich sogar bis weit in das Jahr 1917, den Mangel anzuerkennen, und gab lediglich zu, dass es bei gesteigerter Fronttätigkeit zu Mangel kommen konnte. Doch ab dem Herbst 1917 war auch dieses Leugnen nicht mehr möglich, da die Mangelercheinungen nun allzu krass und für jedermann ersichtlich zu Tage traten. Nun war es aber zu spät, die Entwicklung umzukehren. Die Transportkrise schlug nun mit aller Heftigkeit zu, und im Jahr 1918 gingen dann auch alle Wirtschaftsindikatoren massiv zurück – selbstverständlich nicht nur wegen mangelnder Transportkapazitäten, doch diese waren eine schwerwiegende Ursache.

Es handelt sich hier um eine interessante Forschungsfrage: warum erhielt das Transportsystem nicht noch mehr Ressourcen, warum tat man nicht alles, um die stetig abnehmenden Transportkapazitäten zu vermehren, war doch das Transportwesen gleichsam das Blut des Kriegstaatskörpers.

Es sei die Behauptung aufgestellt, dass schlichtweg nicht klipp und klar feststellbar war, wo Ressourcen denn am effizientesten eingesetzt werden konnten. Hätte der Markt und damit der Preismechanismus funktioniert, so wäre es spätestens 1916 zu einem dramatischen und überproportionalem Ansteigen bei den Transportpreisen gekommen – dann wäre für jedermann ersichtlich gewesen, dass hier Mangel herrschte, und der Markt hätte gegengesteuert. Wenn aber die Preise zentral festgesetzt und Züge zugeteilt werden, wie der Staat es will, so kann lange solch eine Mangelercheinung nicht nur übersehen, sondern auch geleugnet werden.

### **3.1.3. Feld- und Kleinereisenbahnen**

„Während in Zeiten des Bewegungskrieges die Herstellung des Vollbahnapparates für die Nachschublage einer Armee maßgebend war, trat bei stabilisierten Fronten die Bedeutung des Weitertransportes von der Vollbahnendstation in den Vordergrund und bereitete ernste Sorgen. In Ost- und Südosteuropa mangelte es nahezu vollständig an festen, mit Grundbau versehenen Straßen. Die vorhandenen, durch Straßenfuhrwerk stark in Anspruch genommenen Verkehrs-

---

<sup>268</sup> Enderes, S. 27

linien wurden alsbald in Moräste verwandelt. Ihre Erhaltung erwies sich als unmöglich. Vollends die Lastenautos, die ursprünglich am stärksten im Gefolge deutscher Truppen auf den östlichen Kriegsschauplätzen auftraten, später aber auch in der österreichisch-ungarischen Armee in großer Zahl eingestellt wurden, vernichteten den Unterbau der wenigen Schotterstraßen und pflügten die Naturwege tief auf.

Diese Verhältnisse drängten zur Einführung von Klein- oder Seilbahnen.<sup>269</sup>

So wurden Feldbahnen mit 70cm Spurweite eingeführt, Rollbahnen mit 60cm und auch zahlreiche Seilbahnen, welche naheliegenderweise eher im gebirgigen Terrain (Italienfront und Karpathen, auch Rumänien) eingesetzt wurden. Insgesamt wurden bis zum Herbst 1917, als auf diesem Sektor ein Höhepunkt erreicht wurde, 7.000km Roll- und Feldbahnen sowie 2.000km Seilbahnen gebaut, um den Nachschub an die Front sicherzustellen.

### **3.2. Das Pferd<sup>270</sup>**

Die Eisenbahn ist unflexibel und an das Schienennetz gebunden. Für den Weitertransport wurden wie eh und je von Ochsen und Pferden gezogene Fuhrwerke verwendet, wobei das Militär überwiegend auf Pferde zurückgriff.

Ähnlich wie die Mannschaften sollten Pferde gemustert und eingezogen werden, sollte der gesteigerte Bedarf eines Krieges dies notwendig machen. Die rechtliche Basis dafür war das Pferdestellungs-gesetz von 1873 und das Gesetz vom 21.12. 1912 (RGBl. Nr. 235). Diese beiden Gesetze überschritten sich bei der Mobilisierung 1914, sollte doch das neuere Gesetz erst am 1. August in Kraft treten, während die Mobilisierung schon am 28. Juli einsetzte. Insgesamt waren in der Monarchie – außer den ärarischen Pferden der Heeresverwaltung (rund 300.000) – 3.916.571 Pferde vorhanden, von welchen anlässlich der Mobilisierung 814.185 entnommen wurden, und dann nochmals 86.961 bis Jahresende 1914.

Insgesamt wurden 1.532.326 Pferde zusätzlich zu dem Bestand der Heeresverwaltung bis Oktober 1918 mobilisiert. Dazu kamen noch jene Pferde, welche von der Armee im Felde angekauft wurden, doch hierzu sind keine Zahlen vorhanden, auch nicht zur Frage, wie viele Pferde in den besetzten Gebieten requiriert wurden und wie viele Feindpferde gefangen genommen wurden.

Nachdem die Kavallerie rasch ihre Bedeutung eingebüßt hatte, wurden Pferde fast nur noch als Antriebskraft für Transporte gebraucht. Das klassische Gewicht eines von einem Paar Pferde gezogenem Wagen betrug etwa 550-600kg, zuzüglich rund 2 Tonnen Nutzlast auf gu-

---

<sup>269</sup> Ratzenhofer, S. 191f

<sup>270</sup> KA, MS/1.WK-Ca/1-6: „Pferde- und Trainwesen“, S. 1fff

ter Straße; bei schlechten Straßenverhältnissen verringerte sich diese Zahl um rund ein Drittel. Dieselben Zahlen gelten auch für Ochsen gespanne.<sup>271</sup>

Um den Bedarf an Pferden decken zu können wurden ähnlich wie bei den Mannschaften die Tauglichkeitsgrenzen immer weiter gesenkt. Um dem Pferdemangel abzuhelpfen, musste etwa die Kavallerie absitzen, was sowieso militärisch-taktische Notwendigkeit geworden war. Pferde wurden eingespart, wo man nur konnte. So durften Generale nicht mehr wie bisher üblich über 7 bis 10, sondern nur noch über 2 Pferde verfügen. Alle übrigen berittenen Gagen durften statt der bisherigen 2 bis 3 nur noch 1 Pferd halten. Schließlich wurden auch Pferde aus dem Ausland angekauft, und zu guter letzt auch noch Hunde als Zugtiere eingeführt. Doch durch die Kriegseinwirkung und durch Futtermangel starben immer mehr Pferde, viele fielen auch Nahrungsbeschaffungsprogrammen zum Opfer, wurden also geschlachtet, nicht nur um des leckeren Pferdeleberkäses willen; insgesamt starben rund 1.250.000 Pferde durch die Auswirkungen des Krieges, davon allein rund 320.000 bis Ende 1915; und im Herbst 1918 waren nur noch 538.136 Pferde in der Heeresverwaltung vorhanden. Folglich hatten also rund 1,8 Millionen Pferde in der Heeresverwaltung gedient, zuzüglich jener Pferde, welche die Armee im Felde requirierte. Insgesamt ging der Pferdebestand des Habsburgerreiches in den Kriegsjahren von 3,9 Millionen auf 2,1 Millionen zurück.<sup>272</sup>

Die „gänzliche Erschöpfung des heimischen Pferdebestandes und die Unmöglichkeit der Aufbringung des weiteren Pferdebedarfes“<sup>273</sup> führte zu Mangelerscheinungen bei der Armee ebenso wie in der Landwirtschaft – auch hier wirkte sich das Transportsystem entscheidend auf die Ernährungswirtschaft aus.

### **3.3. Automobil und Schifffahrt**

Das Kraftfahrwesen steckte noch in den Kinderschuhen. Die Kraftfahrtruppe sollte die sinkende Transportleistung der Eisenbahnen und der Pferde ausgleichen, war dieser Aufgabe aber nicht gewachsen.<sup>274</sup> Ein einfaches Beispiel vermag das zu illustrieren: der Höhepunkt der Lkw-Kapazität war im Juni 1918 erreicht, als es 266 Autokolonnen zu je 20 Lkw gab, von denen jeder 2-4 Tonnen transportieren konnte.<sup>275</sup> Rechnet man eher großzügig, so entspricht das einer Kapazität von 20.000 Tonnen. Vergleicht man das mit einer konservativen Schätzung der Ladekapazität eines Zuges, rund 500 Tonnen, so entspricht die Kapazität der gesam-

---

<sup>271</sup> KA, KM, ZTL, 1915, K. 40 (7.552), Op.Nr. 104.769

<sup>272</sup> ÖULK, Band IV, S. 108

<sup>273</sup> KA, MS/1.WK-Ca/1-6: „Pferde- und Trainwesen“, S. 13

<sup>274</sup> KA, MS/1.WK-Ca/7-13: „Eisenbahn- und Schifffahrtswesen“, ÖULK, Band IV, S. 104

<sup>275</sup> ÖULK, Band VII, S. 86

ten Autotruppe etwa 40 Zügen. Bedenkt man, das ein von einem Paar Pferde gezogener Wagen rund 2 Tonnen Nutzlast transportiert und insgesamt rund 1,5 Millionen Pferde in der Armee dienten, so dürfte die Relation klar und einleuchtend sein. Die Automobiltruppe war also bei weitem nicht in der Lage, die Ausfälle der Eisenbahn und der Pferdetransporte zu kompensieren.

Noch ein Beispiel aus der Zeit der Ernte Österreich-Ungarns 1918: für den Transport der Ernte zur Bahn wurden 500 LKWs und 700.000 bespannte Fuhrwerke. Die Relation ist klar.<sup>276</sup>

Die Friedensproduktion an Lkw war mit 300 Jahresproduktion äußerst bescheiden gewesen, doch auch wenn diese Zahl im Verlauf des Krieges auf 2.000 gesteigert werden konnte, war dies eben immer noch unzureichend, um die anderen Transportausfälle auszugleichen.<sup>277</sup>

Auch die Schifffahrt vermochte wenig Entlastung zu bringen. Der Handel über die Meere in nennenswertem Umfang war spätestens seit dem Kriegseintritt Italiens völlig ausgeschlossen; und Österreich-Ungarn verfügte kaum über schiffbare Flüsse, die zwei wirtschaftlich bedeutende Regionen miteinander verbanden, zwischen welchen sich Flussschifffahrt ausgezahlt hätte, oder diese die klassischen Eisenbahntransporte in den Schatten gestellt hätte. Einzige Ausnahme bildete die Elbe, welche die Donau im Frieden an Transportvolumen überflügelte. Auf der Donau und ihren schiffbaren Nebenflüssen gelang bei einem kleineren Schiffpark als im Frieden der militarisierten Donauschifffahrt das Kunststück, die jährliche Transportleistung von 2,2 auf 4 Milliarden Tonnenkilometer zu erhöhen. Und diese Leistung wäre noch ausbaufähig gewesen, doch mangelte es an Nachfrage: zu wenige Waren standen zur Verfügung, um über die Donau transportiert werden zu können.<sup>278</sup>

Die Donauschifffahrt gewann an Bedeutung, als 1915 Serbien endlich besiegt wurde und war dann vor allem 1916/17 wichtig für den Abtransport von Gütern aus Rumänien: 1917 wurden über die Donau 2,6 Millionen Tonnen Lebensmittel abtransportiert, mehr als mit der Eisenbahn. Allerdings: „Rohmaterialien und Kriegsmaterial mussten wegen der Unzulänglichkeit der Wasserwege fast zur Gänze mit der Bahn befördert werden.“<sup>279</sup>

---

<sup>276</sup> Landwehr von Pragenau, Ottokar: „Hunger. Die Erschöpfungsjahre der Mittelmächte“, Amalthea-Verlag, Wien 1931, S. 240

<sup>277</sup> Wegs, S. 111

<sup>278</sup> Ratzenhofer, S. 201-210

<sup>279</sup> Wegs, S. 111

## 4. Ernährungswirtschaft

Ohne Mampf kein Kampf. Und ohne Mampf im Hinterland auch keine Waffen, mit denen man kämpfen könnte. General der Infanterie Krauß war nicht der erste, der auf die „innige Beziehung zwischen Magen und Heldentum“ hinwies.<sup>280</sup>

Die Deckung des Grundbedürfnisses „Essen“ bedeutete für jeden Kriegführenden, insbesondere für jenen, welcher unter einer Blockade litt, eine besondere Herausforderung, musste er doch, quasi autark, sich nunmehr selbst versorgen. Besonders schwer taten sich die beiden agrarisch strukturierten Mächte, welche nicht frei auf dem Weltmarkt zukaufen konnten: Österreich-Ungarn und Russland. Vor dem Krieg hatte man angenommen, dass es ein Vorteil sei, wenn ein Land eine agrarische Struktur mit vielen Selbstversorgern aufweise, weil dann flächendeckender Hunger unwahrscheinlich sei; und damit, dass sich Länder wie etwa Großbritannien, welche im Frieden einen bedeutenden Teil ihres Lebensmittelbedarfes über Import aus dem Ausland deckten, unter den Verhältnissen eines Krieges einer zusätzlichen Belastung ausgesetzt seien.<sup>281</sup> Das Gegenteil war der Fall. Zwar versorgten sich die Selbstversorger auch im Krieg selbst; doch unter den geänderten Bedingungen erzeugten sie immer weniger Überschüsse, bzw. es gab immer weniger Anreize zu produzieren. Und so hungerten die städtischen Bevölkerungen, und mit einiger Zeitverzögerung auch die Armeen.<sup>282</sup>

Die geänderten Bedingungen waren wie folgt: zunächst gab es einen natürlichen durch den Krieg verursachten Produktionseinbruch. Männer und Pferde wurden für den Kriegsdienst eingezogen, wichtige Produktionsgebiete gingen verloren, und durch die Blockade konnten für die landwirtschaftliche Erzeugung wichtige Waren – Kunstdünger etwa – nicht mehr eingeführt werden. Der sich daraus ergebende Ressourcenmangel führte zu Produktionseinbußen. Österreich-Ungarn produzierte in guten Erntejahren genug Nahrungsmittel – vor allem Getreide, Kartoffeln, Zucker und Fleisch – um den eigenen Bedarf zu decken. Durch die natürlichen kriegsbedingten Produktionseinbußen war dies nicht mehr gegeben, es musste nun rationiert werden. Es kam zu stark steigenden Preisen, ist doch die Bedarfskurve für Nahrungsmittel eher unflexibel. Schließlich kann man schwer sagen: „Essen ist aber teuer geworden; na, macht nichts, ess’ ich halt erst wieder nächstes Jahr“.

---

<sup>280</sup> KA, MS/1.WK-Ca/14: General d.I. Krauß: „Die Phasen der militärischen Kriegswirtschaft“, S. 109

<sup>281</sup> Hardach, S. 111f, 121ff; Broadberry, S. 85

<sup>282</sup> Broadberry, S. 18ff

Die stark steigenden Lebensmittelpreise waren ein klares Signal, dass Essen zunehmend knapper wurde. Um zu verhindern, dass es zu Unruhen in den Städten kam, wurden nun ad hoc Maßnahmen getroffen, deren Gesamtheit den Anschein der Willkür und der Planlosigkeit erzeugten, was kein Wunder ist, da die Maßnahmen willkürlich und planlos beschlossen worden waren. Das wichtigste Mittel des Staates, der Teuerung und damit der Knappheit Herr zu werden, war eine Symptombekämpfung: die Einführung von Höchstpreisen. Doch wie das so oft ist mit der Symptombekämpfung: die Krankheit blieb, und sie wurde noch viel schlimmer. Denn selbstverständlich versuchten die Bauern die Höchstpreise zu umgehen wo sie nur konnten, teils legal, teils illegal. Und selbst wenn zu Marktpreisen verkauft worden wäre, so hätten die Bauern ihre Güter doch nur sehr bedingt feilgeboten; denn unter den volkswirtschaftlich geänderten Verhältnissen eines Krieges wurden nun kaum noch zivile und Konsumgüter erzeugt, sodass sich die Bauern um ihr Geld nichts hätten kaufen können.

Wenn ein Bauer nicht mehr zum Marktpreis verkaufen kann – und selbst wenn er es könnte, seinen Verdienst nur eingeschränkt gegen andere Güter eintauschen kann – so ist der Anreiz gering, über den Eigenbedarf hinaus zu produzieren.<sup>283</sup> Überschüsse werden selbst konsumiert, an Vieh verfüttert, oder nicht mehr erwirtschaftet – alles (halb-)legale Möglichkeiten, seine Erzeugnisse nicht zu unattraktiven Höchstpreisen abgeben zu müssen. Oder der Bauer verkauft seine Erzeugnisse auf dem Schwarzmarkt – natürlich bei gestiegenen Transaktionskosten ob der Illegalität und Strafandrohung solchen Handelns.

So kam es neben dem natürlichen, durch den Krieg bedingten Produktionseinbruch, auch noch zu einem künstlich geschaffenen, welcher aus einem Verteilungskonflikt resultierte, ein Verteilungskonflikt zwischen der agrarisch-ländlichen Bevölkerung und der städtischen. Der Staat griff in den Produktions- und Verteilungsprozess ein und machte so alles nur noch schlimmer. Das Ergebnis war, dass die landwirtschaftliche Produktion Österreich-Ungarns bis 1918 auf rund die Hälfte einbrach und der resultierende Lebensmittelmangel unproportional die Städter traf – und hier auch ganz besonders jene, welche nicht in kriegswichtigen Positionen arbeiteten, also im Allgemeinen Frauen, Kinder Alte und nicht-kriegswichtige Arbeiter und Angestellte. Es soll hier nicht behauptet werden, dass jedweder Staatseingriff schlecht oder zumindest zweifelhaft war; wohl aber, dass der Staat besseres hätte bewerkstelligen können als mittels unsinniger Höchstpreise. In ihrer Gesamtheit war die Wirksamkeit der planwirtschaftlichen Maßnahmen des Staates jedenfalls zumindest fraglich.

---

<sup>283</sup> Der Bauer könnte allenfalls Land kaufen – aber das würden dann ja alle anderen auch tun, was die Landpreise in die Höhe treiben würde. Es bleibt eine hypothetische Frage...

Ein wichtiges Problem der Organisation der Ernährungswirtschaft war der Dualismus. In der Rüstungsindustrie zog das gemeinsame Kriegsministerium nach und nach alle Kompetenzen an sich und es gab eine wirkliche Zentralwirtschaft – was insofern einfach war, als doch die Masse der Schwerindustrie in Österreich konzentriert war und es schlichtweg allzu unsinnig gewesen wäre, eine neue, ineffiziente Schwerindustrie in Ungarn zu schaffen. Doch in der Ernährungswirtschaft war Ungarn der größere Produzent und nützte seine starke Stellung aus – zu Lasten der gemeinsamen Kriegsanstrengung. Ungarn wollte auf seinem Staatsgebiet Hungerunruhen oder gar Revolution unterbinden; zudem benutzte es die österreichische Getreideabhängigkeit dazu, Vorteile für sich herauszuschlagen. Das mag zwar eine legitim anmutende politische Vorgangsweise sein, doch es belastete die gemeinsame Kriegsanstrengung. Schließlich war es ja schwer möglich, dass Ungarn den Krieg gewann, Österreich ihn aber verlor.

Gerade im Bereich der Ernährung gab es also keine klare Kommandogewalt und keinen klaren Plan. Der Dualismus erwies sich im Krieg somit als Hypothek.<sup>284</sup>

Der Hunger war es schließlich, der die Menschen zermürbte. Was Kielmannsegg über Deutschland feststellte, trifft auch auf das alte Habsburgerreich zu:

„Von den Waffen, die die Alliierten gegen die Mittelmächte einzusetzen hatten, ist der Hunger eine der wirksamsten gewesen. Für viele Menschen war der Krieg in keiner Gestalt so allgegenwärtig, so lastend, so zermürbend wie in der des Hungers. Der Hunger zerstörte die körperliche und die seelische Widerstandskraft der Masse des Volkes, er setzte ihrer Bereitschaft und Fähigkeit, den Krieg zu ertragen, unübersteigbare Grenzen. Zugleich wurde er zu einer der wesentlichen Quellen wachsender politischer Unruhe und zunehmender Verschärfung der sozialen Gegensätze in dem überlasteten und erschütternden Bau des Kaiserreiches.“<sup>285</sup>

#### **4.1. Die Situation vor Kriegsausbruch**

In den Jahren vor den Krieg produzierte Österreich-Ungarn in normalen Erntejahren genug Lebensmittel, um den Eigenbedarf zu decken. Dabei war es Transleithanien, das so viel erzeugte, dass es nach Cisleithanien exportieren konnte und den dortigen Bedarf deckte. Ungarn hatte ein Interesse an der Zollunion mit Österreich, welche letzteres den ungarischen Getreideexporten öffnete, während nach außen ein faktisch prohibitiver Einfuhrzoll auf dieses magyarische Hauptexportgut bestand.<sup>286</sup> Dabei merkt man sehr schön die Machtverhältnisse

---

<sup>284</sup> Broadberry, S. 96f

<sup>285</sup> Kielmannsegg, Peter Graf: „Deutschland und der Erste Weltkrieg“, 2. Auflage, Klett-Cotta, Stuttgart 1980, S. 172

<sup>286</sup> Löwenfeld-Russ: „Die Regelung der Volksernährung im Kriege“, S. 24



in Ungarn: die auf Lebensmittelexporte ausgerichteten Agrarier setzten sich durch, andere Güter – vor allem Industrieartikel – mussten so aus Österreich teuer bezogen werden, selbst wenn diese am Weltmarkt günstiger zu haben gewesen wären. Die Masse der Konsumenten musste so einen Aufschlag zahlen, aber das tut sie ja meistens. Es ist allerdings anzumerken, dass der Einfluss der ungarischen Industrie in den Jahren vor dem Krieg wuchs und die Macht der ungarischen Agrarier zurückgedrängt wurde – sie war dann aber immer noch groß.

In der westlichen Reichshälfte waren es vor allem die Sudetenländer<sup>287</sup> – und hier vor allem Zentralböhmen – sowie die Karpathenländer (das heutige Südpolen und die Westukraine) – und hier vor allem Ostgalizien, welche landwirtschaftliche Überschüsse produzierten. Die Alpenländer (in etwa das heutige Österreich) sowie die Karst- bzw. Küstenländer (in etwa Slowenien und Dalmatien) waren auf Lebensmittelimporte angewiesen, teils aufgrund der schlechteren landwirtschaftlichen Verhältnisse, teils wegen deren nachteiliger Agrarstruktur: während in den Alpen- und Küstenländer sich selbst versorgende Klein- und Zwergebetriebe überwogen, welche wenig Überschüsse produzierten, war die landwirtschaftliche Anbaufläche in den Sudeten- und Karpathenländern sowie in Ungarn in größeren Betrieben konzentriert, welche weit effizienter arbeiteten und große Überschüsse erzeugten.<sup>288</sup>

Naturgemäß war die Lebensmittelbilanz der Industriezentren und Städte passiv – besonders jene Wiens.

In der Zucker- und Malzerzeugung hatte die österreichische Reichshälfte so große Überschüsse, dass es auf diesem Gebiet zu erheblichen Exporten kam. Doch was die allgemeine Lebensmittelsituation anlangte, war die Handelsbilanz Cisleithaniens passiv, wobei zwei Drittel aller Lebens- und Futtermittelimporte aus Ungarn kamen, und noch ein weit höherer Prozentsatz der Getreideimporte.<sup>289</sup>

Das wichtigste Gut zur Grundnahrungsmittelerzeugung, Mehl aus Brotgetreide (Weizen und Roggen), sei hier ob seiner Wichtigkeit herausgegriffen und ausführlich besprochen, ist das Mehl doch symptomatisch für die Entwicklung der gesamten Ernährungswirtschaft: im Jahresdurchschnitt 1909-1913 produzierte Österreich-Ungarn 10,5 Millionen Tonnen Brotgetreide (Getreide : Mehl = 1 : 0,75 vor 1914, im Krieg wurde eine höhere Ausmahlquote erzielt). Zieht man davon 1,5 Millionen als Saatgut ab und fügt jene 0,27 Millionen Tonnen hinzu, welche durchschnittlich netto importiert wurden, so kommt man auf einen Verbrauch von

---

<sup>287</sup> Im Sprachgebrauch Löwenfeld-Russ' das einstige Böhmen und Mähren, das heutige Tschechien

<sup>288</sup> Löwenfeld-Russ: „Die Regelung der Volksernährung im Kriege“, S. 5ff; Die Einteilung Cisleithaniens in Sudeten-, Karpathen-, Alpen und Karst/Küstenländer habe ich von Löwenfeld-Russ übernommen

<sup>289</sup> Löwenfeld-Russ: „Die Regelung der Volksernährung im Kriege“, S. 30

9,27 Millionen Tonnen jährlich, der sich gleichmäßig auf beide Reichshälften verteilte – innerhalb der Reichshälften gab es dann aber wohl Verbrauchsunterschiede. Der Verbrauch entspricht 500 Gramm Getreide oder 375 Gramm Brot pro Tag und Kopf.<sup>290</sup>

Von den 10,5 Millionen Tonnen Brotgetreide Jahresproduktion vor dem Krieg entfielen über 6 auf Ungarn, der Rest auf Österreich. Ungarn produzierte also so viel wie Österreich benötigte, und Österreich so viel wie Ungarn benötigte. Ungarn exportierte ein knappes Drittel seiner Erzeugung, und zwar fast zur Gänze nach Österreich.<sup>291</sup>

Österreich allein produzierte 1909-1913 durchschnittlich 2,8 Millionen Tonnen Mehl (nicht Getreide!) und importierte rund 1,33 Millionen Tonnen, also rund ein Drittel. Zusammen verfügte Cisleithanien also über 4,13 Millionen Tonnen Mehl, das sind 386 Gramm pro Tag und Kopf.<sup>292</sup>

Wichtig zum Vergleich sind die Jahresmengen anderer Lebensmittel, welche jedem Österreicher durchschnittlich vor dem Krieg zur Verfügung standen: 144,6kg Mehl, 180kg Kartoffel, 15,7kg Zucker, 30kg Fleisch (die gröbste Schätzung von allen), 203,7 Liter Milch und 44 Eier.<sup>293</sup>

Wohlgemerkt, alle Konsum- und Produktionsstatistiken sind grobe Schätzungen, da es vor dem Krieg keinerlei genaue Berechnungen gab – man hatte diese im liberalen Zeitalter einfach nicht für nötig erachtet.

## **4.2. Die Organisation der Ernährungswirtschaft**

Die Organisation der Ernährungswirtschaft kann in drei Phasen geteilt werden. Unter der Erwartung eines kurzen Krieges gab es in den ersten Kriegsmonaten und bis zum ersten Kriegswinter lediglich ad hoc Maßnahmen. Die Armee kaufte wahllos ein, ohne Rücksichtnahme auf den zivilen Bedarf – wozu auch, wenn der Krieg höchstens einige Monate dauert. Importrestriktionen blieben bestehen bis es zu spät war (Oktober 1914) – es konnte also nicht rasch aus dem Ausland zugekauft werden, was in den ersten Kriegsmonaten noch möglich gewesen wäre. Rasch kam es zu Mangelercheinungen. Der erste Schritt der staatlichen Wirtschaftspolitik waren Sparmaßnahmen – so wurden hochwertige Getreidesorten mit minderwertigeren gestreckt, eine höhere Ausmahlquote für Getreide bestimmt (Getreide : Mehl – 1 :

---

<sup>290</sup> Gratz, Gusztáv; Schüller, Richard: „Der wirtschaftliche Zusammenbruch Österreich-Ungarns. Die Tragödie der Erschöpfung“, Hölder-Pichler-Tempsky, Wien 1930, S. 40

<sup>291</sup> Gratz, S. 42

<sup>292</sup> Löwenfeld-Russ: „Die Regelung der Volksernährung im Kriege“, S. 118

<sup>293</sup> Landwehr, S. 113; Löwenfeld-Russ: „Die Regelung der Volksernährung im Kriege“, S. 40

0875 statt wie vor dem Krieg 1 : 0,75)<sup>294</sup> usw. Und auf den Druck der Konsumenten griff der Staat zu zwei wesentlichen Maßnahmen: er führte schrittweise Höchstpreise ein, für ein Gut nach dem anderen; und er schuf ebenso schrittweise Zentralen, welche die knappen Rohstoffe bewirtschaften sollten. All dies geschah eben scheibchenweise. Wenn die Verbraucher sich allzu laut über die hohen Preise eines Gutes beklagten und die Produzenten sich nicht wehren konnten, wurde ein Höchstpreis eingeführt.

Die zweite Phase begann mit den ersten Höchstpreisen im Dezember 1914<sup>295</sup>, spätestens aber am 27. Februar 1915 – wohl jene Zeit, als die Illusion des kurzen Krieges schon stark im Abnehmen war, wenn sie denn überhaupt noch existierte. An diesem Tage wurde die Kriegsgetreideverkehrsanstalt gegründet. Somit wurde für das wichtigste Grundnahrungsmittel Getreide „mit einem Schlage die volle staatliche Bewirtschaftung durch eine hiezu organisierte staatliche Anstalt geschaffen.“<sup>296</sup>

Weiterhin wurden Zentralen ins Leben gerufen und Höchstpreise erlassen, doch als der Mangel im Herbst 1916 immer drückender wurde – das auslösende Ereignis (aber keineswegs die alleinige Ursache) war wohl der Kriegseintritt Rumäniens, welcher die wichtigen Getreideimporte aus diesem Land erwartungsgemäß zum Erliegen brachte – wurde im November 1916 das „Amt für Volksernährung“ (VEA) gegründet. In diesem Amt waren nun alle wesentlichen ernährungswirtschaftlichen Kompetenzen der westlichen Reichshälfte konzentriert, die unsägliche Zersplitterung war beendet, welche die ersten zwei Kriegsjahre bestanden hatte. Denn bisher war die Verwaltung der Ernährungswirtschaft getrennt gewesen: für Vieh und Fleisch war das Ackerbauministerium zuständig, für die Fett- und Zuckerversorgung das Handelsministerium und die Mehl- und Brotversorgung wurde teils vom Innenministerium, teils von Zentralen abgewickelt. Diese Zersplitterung sorgte dafür, dass niemals nach einheitlichen Gesichtspunkten und strategischer Planung vorgegangen werden konnte. Zudem mussten ständige Absprachen und Konferenzen abgehalten werden, um wenigstens ein Mindestmaß an Koordination zu ermöglichen.<sup>297</sup> Und natürlich kam es ständig zu Doppelgleisigkeiten, sodass etwa zwei Ministerien für ein und dieselbe Frage zwei verschiedene Verordnungen erließen. Die Effizienz des Staatsapparates litt darunter enorm – und damit auch die allgemeine Lebensmittellage. Mit der Schaffung des Amtes für Volksernährung besserte sich die organisato-

---

<sup>294</sup> Landwehr, S. 259

<sup>295</sup> Winkler, Wilhelm: „Die Einkommensverschiebungen in Österreich während des Weltkrieges“, Hölder-Pichler-Tempsky, Wien 1930, S. 87f

<sup>296</sup> Löwenfeld-Russ: „Die Regelung der Volksernährung im Kriege“, S. 52

<sup>297</sup> Löwenfeld-Russ: „Im Kampf gegen den Hunger“, S. 42

rische Lage, nicht aber die Ernährungssituation. „Während im ersten Kriegsjahr und auch noch 1915/16 trotz aller Schwierigkeiten die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln halbwegs aufrecht erhalten werden konnte, bildete die Zeit nach dem Ausbruche des rumänischen Krieges (August 1916) den Übergang zu den Jahren schwerster Not, 1917 und 1918.“<sup>298</sup>

Also begann im Herbst 1916 der totale Krieg auch im Bereich der Ernährungswirtschaft. Statt bloßer Höchstpreisvorschriften wurde nun beschlagnahmt und rationiert, und binnen weniger Monate waren so ziemlich alle Lebens- und Futtermittel erfasst.<sup>299</sup> Die staatliche Planwirtschaft, zeigte das erste Mal in großvolkswirtschaftlichem Stil, dass Staatseingriffe „unintended consequences“ haben. Nur ein Beispiel: Gibt es einen Höchstpreis für Getreide, nicht aber für Schweine, wird einfach überschüssiges Getreide an Schweine verfüttert. Wird nun auch für das Schwein ein Höchstpreis eingeführt, bleibt die Frage, welcher Höchstpreis stärker vom Marktpreis nach unten hin abweicht – dieses Gut wird dann noch weniger produziert; oder es lohnt sich der ganze Arbeitsaufwand überhaupt nicht mehr, denn Verkaufspreise sind künstlich niedrig gehalten, Arbeitskosten sind ob des Arbeitskräftemangels enorm – und so wird einfach weniger produziert.

Am 27.2. 1917 wurde dann noch der „Gemeinsame Ernährungsausschuß“ (GEA) ins Leben gerufen, welcher Ungarn mit einband, allerdings aufgrund des Mangels an exekutiver Kompetenz scheinbar eine Totgeburt war. Unter seinem Chef, dem General Ottokar Landwehr von Pragenau, welcher großes Vertrauen bei Kaiser Karl besaß und diesem auch direkt unterstellt war, was seine Position stärkte, entwickelte er aber eine weit über sein Tätigkeitsfeld hinausgehende Aktivität – seine Hauptaufgabe war es auf Ungarn einzuwirken, mit Deutschland zu verhandeln und das rumänische Getreide zu verteilen. Interessant ist vor allem, dass es eine gemeinsame österreichisch-ungarische Einrichtung war; immerhin wurde der Verhandlungsweg erleichtert, da er nun im GEA zentralisiert war, was eine Entlastung für den bürokratischen Apparat bedeutete. Doch insgesamt blieb der GEA von geringerer Bedeutung als das VEA.<sup>300</sup> Das mag seine Exzellenz der Herr General vielleicht anders gesehen haben, doch auch die Lektüre seines Buches – und die daran geübte Kritik in der Sekundärliteratur – bestä-

---

<sup>298</sup> Löwenfeld-Russ: „Die Regelung der Volksernährung im Kriege“, S. 56

<sup>299</sup> Löwenfeld-Russ: „Die Regelung der Volksernährung im Kriege“, S. 57

<sup>300</sup> Meelich, S. 162; Gratz, S. 68; Löwenfeld-Russ: „Im Kampf gegen den Hunger“, S. 73f

tigen dieses Bild.<sup>301</sup> General Krauß meint dazu lapidar: Der Gemeinsame Ernährungsausschuss machte den „Verpflegungsapparat zwar größer und verwickelter, aber nicht besser.“<sup>302</sup>

Grundsätzlich gab es zwei Möglichkeiten der Bewirtschaftung, nämlich eine straffe und eine lockerere. Bei der straffen Bewirtschaftung übernahm der Staat alles, auch die kaufmännische Transaktion – wie im Staatssozialismus der späteren Sowjetunion. Als Beispiel sei Getreide genannt: der Bauer musste sein Getreide an die Kriegsgetreideverkehrsanstalt abgeben, wofür ein amtlicher Übernahmepreis bezahlt wurde. Bei der lockeren oder leichten Bewirtschaftung blieb die kaufmännische Transaktion dem Privatverkehr überlassen, welcher durch staatliche Vorschriften allerdings eingeengt war. Ein Beispiel dafür ist der Zucker, aber auch das Mehl: ein Müller durfte an staatlich konzessionierte Mehlabnehmer verkaufen, aber nicht an Außenstehende.<sup>303</sup>

#### 4.2.1. Höchstpreise

Ein Mittel der Lenkung der Wirtschaft war die Festsetzung von Höchstpreisen. Diese wurden vor allem für Lebensmittel schon bald nach Kriegsausbruch und dann nach und nach eingeführt.<sup>304</sup> Der Grund war denkbar einfach: die Ernte von 1914 war schlecht ausgefallen – übrigens nicht aufgrund von direkten Kriegseinwirkungen<sup>305</sup> – und es bestand nicht (bzw. kaum) die Möglichkeit, Lebensmittel aus dem Ausland zu importieren. Folglich stiegen die Preise. Um aber die Bevölkerung ruhig zu halten wollte man sie vor hohen Preisen „schützen“ und setzte Höchstpreise fest.

Mit dem Auseinanderklaffen von Höchstpreisen und realen Preisen sah die Landwirtschaft – durch die Mobilisierung vieler Männer ohnedies geschwächt – keinen Grund mehr, über die Selbstversorgung hinaus zu produzieren, wenn der Preis sogar bis unter die Selbstkosten absank. Zu den besonderen Erschwernissen des Personal- und Düngermangels sowie der Transportschwierigkeiten – gegen die man wenig tun konnte – kam so das künstlich geschaffene Problem der Höchstpreise hinzu.<sup>306</sup> Dies war insofern eine Tragödie, als man den rapiden Produktionsausfall aufgrund der Höchstpreise hätte vermeiden können. Kostenwahrheit konnte nur am Schwarzmarkt erreicht werden – wenn auch nicht ganz, da der Schwarzmarkt kein

---

<sup>301</sup> Landwehr: „Hunger“

<sup>302</sup> KA, MS-Ca/14: General d.I. Krauß: „Die Phasen der militärischen Kriegswirtschaft“, S. 92

<sup>303</sup> Löwenfeld-Russ: „Die Regelung der Volksernährung im Kriege“, S. 98

<sup>304</sup> Landwehr, S. 222

<sup>305</sup> Gratz, S. 43f

<sup>306</sup> Rauchensteiner, S. 144

wirklich freier Markt war, denn man musste ständig damit rechnen, erwischt und bestraft zu werden (so was erhöht natürlich die Transaktionskosten – und damit wiederum die Preise). Aufgrund dieses Systems kam es zu enormen Produktionseinbußen, die man freilich schwer beziffern, höchstens aber theoretisch und modellhaft ausrechnen kann. Fakt ist, dass die Monarchie hungerte, und das zu einem guten Teil nicht aufgrund äußerlicher, unabänderlicher Umstände, sondern wegen der selbst auferlegten und selbst geschaffenen Höchstpreisproblematik.

„Sobald für eine Ware ein Höchstpreis verlautbart war, verschwand sie vom Markte, um dann auf den dunklen Wegen des Schleichhandels um ein Mehrfaches des Höchstpreises abgesetzt zu werden.“<sup>307</sup> Um nur ein Beispiel aus Deutschland zu bringen, das sich aber freilich ähnlich in Österreich-Ungarn zugetragen hat: wurden im November 1915 noch 61.000 Schweine auf den deutschen Märkten pro Woche verkauft, so sank diese Zahl nach der Einführung der Höchstpreise für Schweinefleisch auf 17.000. Sodann musste der Staat einen gewaltigen Apparat erschaffen, um die „verschwundenen“ Güter wieder auf den Markt zu bringen, freilich mit zweifelhaftem Erfolg.<sup>308</sup> Zwar konnte man mit Zwangsmaßnahmen vorübergehend bescheidene Steigerungen erreichen, doch waren diese deutlich unter den Ergebnissen, die der freie Markt gezeitigt hatte. Wer erzeugt auch schon gerne etwas, nur damit es ihm dann weggenommen wird?

Die Nachfrager, also die Konsumenten, waren unzufrieden, weil es viel zu wenig Angebot gab; die Anbieter, in diesem Beispiel Bauern, wurden vergrault, weil sie de facto enteignet wurden, wenn sie sich weigerten, ihre Produkte zu den Höchstpreisen abzugeben. Das sollte die Monarchie noch teuer zu stehen kommen; die konservative, schweigende Mehrheit der Bauern war durchaus monarchisch gesinnt, doch nachdem sie der Staatsapparat jahrelang vergrault hatte, war von ihnen im Herbst 1918 keine Hilfe mehr zu erwarten, auch kein stillschweigendes Wohlwollen dem Kaiser und seiner Regierung gegenüber. Eine traditionelle Säule des Habsburgerreiches wurde so von diesem selbst zertrümmert.

Die „allzu große Rücksichtnahme auf Verbraucherinteressen“<sup>309</sup> kehrte sich also gegen eben jene Verbraucher selbst. Denn die Höchstpreise – das wichtigste Mittel der staatlichen Umverteilungspolitik zugunsten der städtischen Konsumenten – verursachten Produktionsrückgänge und damit eine weitere Verknappung der Lebensmittelvorräte.

---

<sup>307</sup> Landwehr, S. 26

<sup>308</sup> Hardach, S. 128

<sup>309</sup> Löwenfeld-Russ: „Die Regelung der Volksernährung im Kriege“, S. 53

Nehmen wir die Entwicklung von Getreide und Kartoffeln unter die Lupe, der wichtigsten Grundnahrungsmittel also: Bis zum Dezember 1914 hatten sich deren Preise verdoppelt, wobei anzumerken ist, dass noch kaum ein Konsument begriff, dass bereits eine Inflation eingesetzt hatte und sich die Preise real nur um 50-60% erhöht hatte. Im Dezember wurden dann Höchstpreise erlassen, im Wesentlichen wurde die Preise von Dezember eingefroren, später teilweise sogar gesenkt. Sehen wir uns als pars pro toto Weizen an:

**Tabelle 35: Großhandelspreis für Weizen (je 100 Kilo) <sup>310</sup>**

Zeitpunkt	Preis in Papierkronen	Preis in Friedenskronen in Papierkronen	Schwarzmarktpreis <sup>311</sup>
Dezember 1913	20,44	20,44	
Juli 1914	26,5	26,5	
Dezember 1914	42,38	32,85	
Ab Dezember 1914	44	34,11	
Ab Juli 1915	38	25,43	
Juli 1916	38	9,6	80
Juli 1917	38	4,65	280
Ab Juni 1918	40	2,79	500
Ab September 1918	80	5,03	1.000

Es zeigt sich aber auch, dass die Landwirtschaft in den ersten Kriegsmonaten bis hinein ins Jahr 1915 prächtige Gewinne machte. Nachdem der Preis aber künstlich festgehalten wurde, nahm sein realer Wert immer weiter ab. Seit dem Sommer 1915, als der reale Preis bei seiner Talfahrt in etwa das Friedensniveau erreicht hatte, halbierte sich eben dieser reale Preis jedes Jahr, bis schließlich kurz vor dem Zusammenbruch und während größter Hungersnot im September 1918 der Preis verdoppelt wurde. Freilich, das kam zu spät und war zu wenig; der Preis war damit immer noch auf einem knappen Viertel des Friedensniveaus, bei gleichzeitiger enormer Verminderung des Angebots; der Marktpreis wäre um ein vielfaches höher als der Friedenspreis gewesen, die Schleichhandelspreise lassen das erahnen.

<sup>310</sup> Winkler, S. 87ff

<sup>311</sup> Natürlich nicht im Groß- sondern im Kleinhandel, in Papierkronen, und eine grobe Schätzung, basierend auf der allgemeinen Preisentwicklung anderer Lebensmittel. Für den Schwarzmarkt gibt es halt keine verlässliche Statistik...

Der grob geschätzte und hochgerechnete Schleichhandelspreis lässt erahnen, welche Entwicklung Angebot und Nachfrage von Weizen machte. Der Wert der Krone sank bis Kriegsende auf rund ein Sechzehntel, was grob eine Verdreifachung des realen Preises für Weizen bis Kriegsende bedeutet. Bedenkt man den gleichzeitigen Verfall der Volkswirtschaft und den Einkommensverlust für breite Masse der Bevölkerung, so kann man erahnen, was die Verdreifachung der Lebensmittelpreise bedeutet – denn die staatliche Umverteilungswirtschaft bot den Menschen 1918 nicht einmal mehr das Existenzminimum.

### 4.3. Die Ernährungswirtschaft im Krieg

Man muss sich die Produktion, die Verteilung und die dahinter stehende Politik vergegenwärtigen, um die Ernährungswirtschaft des Habsburgerreiches zu verstehen. Die Grundlage der Ernährung ist freilich die Produktion und gegebenenfalls der Nettoimport von Lebensmitteln; erst danach kann man verteilen – und da ist die Frage dann: wie wird verteilt, nach welchem System wird vorgegangen?

Zunächst einmal die wichtigsten Produktionsstatistiken:

**Tabelle 36: Durchschnittlicher Konsum von Brotgetreide (in 1.000 Tonnen, abzüglich des Saatgutes)<sup>312</sup>**

	1909/13	1914	1915	1916	1917	1918
Produktion						
Österreich	3.868	2.542	2.103	1.765	1.703	1.649
Ungarn	5.078	3.737	4.707	3.642	3.728	3.124
Nettoimporte	234	522	68	541	1.164	190
Konsum	9.180	6.801	6.878	5.948	6.596	4.973
Konsum pro Kopf, kg	184	134	136	118	132	101

In guten Erntejahren erzeugte Österreich-Ungarn genug Lebensmittel, um theoretisch autark sein zu können. Schon der massive Produktionseinbruch 1914 stellte dies in Frage. Zwar erholte sich die ungarische Produktion 1915, doch der erneute Produktionseinbruch 1916 konnte auch nicht mehr durch steigende Importe ausgeglichen werden. Ganz allgemein gesprochen musste also der durchschnittliche Bewohner des Habsburgerreiches den Gürtel enger schnallen.

<sup>312</sup> Broadberry, S. 94; leider gehen die Produktionsziffern in der Literatur teilweise erheblich auseinander – da kann es auch in dieser Arbeit zu Diskrepanzen kommen



Aus der Statistik ist etwas besonders ersichtlich: der Produktionseinbruch der österreichischen Reichshälfte war massiver als jener Ungarns, was zum großen Teil mit der russischen Besetzung Galiziens erklärt werden kann. Galizien verfügte über ein Drittel der Ackerflächen der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder und erzeugte etwa ein Viertel seiner Körnerfrüchte. Dieses Land wurde durch den mehrmaligen russischen Einmarsch nicht nur verwüstet, sondern die hunderttausende Flüchtlinge bedeuteten zusätzlichen Druck auf die Ernährungssituation der westlichen Reichshälfte.<sup>313</sup>

Und nun sind wir auch schon bei der Verteilungsfrage angelangt.

Ungarns wichtigstes Exportgut war sein Getreide. Im Frieden durfte es ungestört exportieren, vor allem an seinen Hauptabnehmer Österreich, welcher das ungarische Getreide durch hohe Außenzölle schützte. Doch Ungarn war keinerlei Lieferverpflichtungen eingegangen: es durfte sein Getreide nach Österreich exportieren, hatte aber nicht die Pflicht dazu. Als nun das Habsburgerreich vom Weltmarkt abgeschottet wurde, gleichzeitig die Produktion einbrach und darüber hinaus auch noch Höchstpreise verfügt wurden, welche freilich die Konsumenten auf Kosten der Produzenten bevorzugen sollten, wurde aus dem Strom ungarischen Getreides ein spärliches Rinnsal.

**Tabelle 37: Getreideeinfuhren von Ungarn nach Österreich (in Tausend Tonnen)<sup>314</sup>**

1909/13	1914	1915	1916	1917
1.393	1.020	502	46	28

Ungarn schottete sich ab und konsumierte seine Erzeugnisse selbst. Dazu sei Folgendes erwähnt: in Österreich lebten im Krieg 9 Millionen Selbstversorger und 16,5 Millionen Versorgungsberechtigte, also vor allem Städter, die auf die staatliche Umverteilung angewiesen waren. In Ungarn gab es 10,5 Millionen Selbstversorger und 6,5 Millionen Versorgungsberechtigte. In Österreich kamen also auf einen Bauern zwei Städter, in Ungarn war es umgekehrt.<sup>315</sup> Folglich tat sich Ungarn auch leichter bei seinem System der Verteilung, musste doch weniger verteilt werden – ganz unabhängig von der weit höheren Produktion.

Das war aber nicht nur das alte Selbstversorgungsproblem, das auch Österreich kannte: wie will man einen Selbstversorger mit staatlichen Zwangsmitteln dazu bringen, mehr zu produzieren, wenn man ihm doch seine Erzeugnisse nach der Ernte wegnimmt? Hier spielte ein

<sup>313</sup> Löwenfeld-Russ: „Die Regelung der Volksernährung im Kriege“, S. 58

<sup>314</sup> Löwenfeld-Russ: „Die Regelung der Volksernährung im Kriege“, S. 61

<sup>315</sup> Landwehr, S. 24

ganz anderes Problem hinein, nämlich die ungarische „Sonderpolitik“<sup>316</sup>, der Sonderweg Ungarns. Ungarn wollte so selbstständig und losgelöst von Österreich sein wie nur möglich. Das fiel ihm schon in der Vorkriegszeit politisch leichter, da sich die ungarische Regierung im Gegensatz zu ihrem österreichischen Pendant auf eine Parlamentsmehrheit, also den vermeintlichen Volkswillen, stützen konnte, was sich auch im Krieg nicht änderte. Dazu kam nun noch die starke Stellung Ungarns als Hauptproduzent des wesentlichsten kriegswichtigen Gutes: Grundnahrungsmittel. Während die ungarischen Lebensmittelexporte nach Österreich rasant gegen Null gingen, wurde die österreichische Ernährungssituation zunehmend prekärer – insbesondere jene Wiens.

Besonders erschwerend kam schon 1914 hinzu, dass die Armee ihren Bedarf vor allem über Zukäufe in der österreichischen Reichshälfte deckte, ohne dabei auf Vorräte Rücksicht zu nehmen – alles unter dem Eindruck eines kurzen Krieges; und ein wichtiges Überschussland Altösterreichs – Galizien – wurde das erste Mal von den Russen überrannt.

Erst im Verlauf des Krieges einigten sich Österreich und Ungarn darauf, dass wegen der weit höheren ungarischen Produktion die Heeresversorgung ausschließlich aus Ungarn zu decken sei. Doch das brachte der österreichischen Bevölkerung nur scheinbar und auf den ersten Blick eine Entlastung; denn Ungarn lieferte nun einfach an Österreich jene Lebensmittelmengen weniger, die es der Armee versprochen hatte. Ergo der Importeinbruch 1916.

Die schwache Verhandlungsposition Österreichs ist erstaunlich vor allem vor dem Hintergrund der österreichischen Exporte nach Ungarn.

Betrachten wir nur ein kriegswichtiges Gut:

**Tabelle 38: Kohleausfuhr von Österreich nach Ungarn (in Millionen Tonnen)**<sup>317</sup>

1913	1914	1915	1916	1917
1,08	1,11	1,21	1,66	1,44

Gleichzeitig zu den steigenden österreichischen Exporten eines kriegswichtigen Gutes nach Ungarn, fielen seine Importe eines anderen kriegswichtigen Gutes auf einen winzigen Bruchteil ihres Vorkriegswertes.

Österreich hatte im Krieg öfters mit Exportrestriktionen gedroht, sollte Ungarn seinen Lieferverpflichtungen nicht nachkommen – denn selbst, wenn Ungarn Lieferungen zugesagt hatte, wurden diese nur gelegentlich eingehalten – doch geschehen ist das nie.

<sup>316</sup> Löwenfeld-Russ: „Die Regelung der Volksernährung im Kriege“, S. 61

<sup>317</sup> Löwenfeld-Russ: „Die Regelung der Volksernährung im Kriege“, S.70

Und so mussten die Kopfquoten gesenkt werden. Am meisten hatte die größte Stadt der Monarchie darunter zu leiden – Wien. Das Argument Winklers, dass im Frieden die Handelsbilanz Österreichs gegenüber Ungarn leicht aktiv war und sich dieser Trend ob der nun für den Krieg produzierenden österreichischen Industrie und der gesteigerten Bedeutung von Nahrungsmitteln im Krieg wahrscheinlich umkehrte und damit Ungarns Verhandlungsmacht stieg, ist vor dem Hintergrund der einbrechenden ungarischen Exporte durchaus fragwürdig.<sup>318</sup>

Das Hauptproblem – abgesehen von dem ungarischen Wunsch nach Eigenständigkeit – war ein strukturelles: der Dualismus. Dieser sei hier nicht pauschal angegriffen, schon allein deswegen nicht, weil er im Frieden durchaus im Sinne seiner Schöpfer (vor allem der alte Kaiser selbst) funktionierte.<sup>319</sup> Doch im Krieg erwies sich die „Unzulänglichkeit des veralterten Mechanismus“<sup>320</sup>, was von österreichischer Seite oft als Böswilligkeit ausgelegt wurde, in Wirklichkeit aber vor allem ein strukturelles Problem war. Die ungarische lokale Selbstverwaltung in den Komitaten (Gratz nennt sie „Munizipalautonomie“<sup>321</sup>) war ein Hindernis für alle Zentralisierungstendenzen, ein einheitlicher Staatswille konnte sich nicht durchsetzen, die ungarische Regierung in Budapest war in Wirklichkeit zu schwach und im Vergleich mit Österreich weniger zentralisiert. Deutschland wurde im Verlauf des Krieges noch weit stärker zentralisiert, was vielen österreichischen Bürokraten immer als leuchtendes Vorbild diente.<sup>322</sup>

Die Schwäche der ungarischen Regierung trat nach dem Abgang Tizzas im Mai 1917 offen zu Tage. Die neue ungarische Regierung sah sich noch weniger imstande, Sparmaßnahmen und höhere Abgabenquoten durchzusetzen, musste sie doch als neue Regierung noch weit mehr als das Regime Tizzas um ihre Beliebtheit bei der Bevölkerung kämpfen. Insgesamt waren die zentralstaatlichen Strukturen in Ungarn weit weniger stark ausgeprägt als in Österreich – und das natürlich schon vor dem Krieg. Damit hatte die ungarische Regierung noch weit mehr als Österreich das Problem, dass es den Apparat gar nicht hatte, um seine etwaigen unpopulären Anweisungen durchsetzen zu können. Doch sei hier Ungarn auch nicht pauschal aus aller Schuld entlassen: dass Ungarn weit mehr Lebensmittel konsumierte als Österreich galt damals schon als erwiesen, vor allem aufgrund der höheren Selbstversorgungsbevölkerung; aber dass der Kreis der ungarischen Selbstversorger weiter gefasst war als jener Österreichs und diese

---

<sup>318</sup> Winkler, S. 62f

<sup>319</sup> Höbelt: „Franz Joseph. Der Kaiser und sein Reich. Eine politische Geschichte“, Böhlau Verlag, Wien 2009, S. 57fff

<sup>320</sup> Gratz, S. 53

<sup>321</sup> Gratz, S. 60

<sup>322</sup> z.B. Gratz, S. 60f; deutsches zentralistisches Vorbild

ungarischen Selbstversorger auch weit weniger dazu angehalten wurden zu sparen – ja sogar eine deutlich höhere Kopfquote zugestanden bekamen als ihre österreichischen Schicksalsgenossen, ist zu einem wichtigen Teil eben auch mit ein Versäumnis Ungarns und seiner Regierung.

Interessant ist auch das Gefälle innerhalb der beiden Reichshälften. Gratz meinte über Transleithanien: „In Kroatien-Slawonien vollends bestand die staatliche Bewirtschaftung nur dem Namen nach.“<sup>323</sup> Kroatien hatte eine noch höhere Selbstversorgungsquote als Ungarn, nämlich 4 : 1. Kroatien litt kaum Hunger, und auch noch 1918 meinte Tisza, der sich vor Ort um die Ernährungsfrage kümmerte, dass die nicht unbeträchtliche Menge von 0,2 Millionen Tonnen Brotgetreide für Österreich greifbar gewesen wäre. Doch die Autorität Ungarns gegenüber dem südlichen Königreich hatte schon zu Beginn des Krieges einen schweren Schlag erlitten, und so sonderte sich Kroatien immer mehr von Ungarn ab.<sup>324</sup> Dafür gab es in der westlichen Reichshälfte auch eine Entsprechung, nämlich die „Los-von-Österreich“-Tendenz der Länder der Wenzelskrone, welche mit zunehmender Kriegsdauer sich immer stärker der Ausfuhr von Lebensmitteln widersetzen – und mit zunehmendem Erfolg.<sup>325</sup> Wir erinnern uns: die „Sudeten- und Karpathenländer“ waren Überschussgebiete, die „Alpen- und Karst/Küstenländer“ waren auf Nettoimporte angewiesen.

Gerade was die Ernährungswirtschaft betrifft zeigt sich einerseits, dass eine starke bis an die Basis greifende staatliche Autorität nicht vorhanden war – wozu auch, sie war vor 1914 nicht notwendig gewesen – und andererseits, welche Mühen es bedeutete, diesen „Staatssozialismus“ durchzusetzen. Die Rüstungsproduktion tat sich da um ein Vielfaches leichter, allein schon wegen der Zentralisation der wichtigsten Produktionsstätten, sei es Stahlerzeugung, Kohleförderung oder Waffenproduktion. Doch wenn man von unzähligen dezentralen Selbstversorgungsbauern requirieren will, so braucht man einen gewaltigen Apparat – und das ist ineffizient, was zusammen mit der Gefahr der explodierenden Unzufriedenheit der zweite Hauptgrund dafür ist, dass dieser Apparat nicht in ausreichender Größe geschaffen wurde.

Der langen Rede kurzer Sinn: die Ernährungswirtschaft zeigte besonders deutlich die Grenzen der staatlichen Zwangswirtschaft, des Kriegssozialismus, deutlicher und klarer als das etwa in der Rüstungsproduktion der Fall war.

---

<sup>323</sup> Gratz, S. 71

<sup>324</sup> Gratz, S. 84f

<sup>325</sup> Gratz, S. 71

### 4.3.1. Importe

Auch Importe aus dem Ausland vermochten die Situation nicht erheblich zu verbessern. Die besetzten Gebiete (Polen, Serbien, Montenegro)<sup>326</sup> brachten ernährungswirtschaftlich wenig ein, aber immerhin waren sie – mit Ausnahme Montenegros – Nettoexporteure. Mehr als rund 0,1 Millionen Tonnen Getreide – um nur dieses eine Gut herauszugreifen – waren aus diesen besetzten Gebieten während der ganzen Dauer des Krieges nicht herauszuholen. Freilich immer mit dem Vorbehalt, dass man nicht weiß, wie viel die Truppen vor Ort für ihren eigenen Bedarf wie eh und je requiriert haben, ohne dass es weitergemeldet wurde und diese Mengen dann nie in irgend einer Statistik Eingang fanden.<sup>327</sup>

Allein Rumänien war von einiger Bedeutung: im Wirtschaftsjahr vor seinem Kriegseintritt (27. August 1916) war es ein wichtiger Lebensmittelexporteur – rund eine Million Tonnen Getreide wurden nach Österreich importiert. Nach seinem Kriegseintritt gingen die Importe allerdings massiv zurück, für das Wirtschaftsjahr 1916/17 auf etwa die Hälfte, rund eine halbe Million Tonnen. In einer Beschlagnahmungswelle wurden zwar alle Nahrungsmittel, derer man habhaft werden konnte, requiriert, und nach festgelegten Schlüsseln nach Deutschland und Österreich ausgeführt; doch auch diese Beschlagnahmung zeitigte nicht die erhofften Erträge. Und wie das so ist mit Krieg und Beschlagnahmung: die Produktionsanreize des rumänischen Bauern waren nun geschwunden, die Erzeugung und damit der Export sank im nächsten Jahr erheblich.

Im besetzten Rumänien konnte von der Ernte 1916 für das Wirtschaftsjahr 1916/17 nur noch rund die Hälfte, 0,54 Millionen Tonnen Getreide für Österreich-Ungarn requiriert werden. 1917/18 waren es dann gar nur noch 0,3.<sup>328</sup>

Und auch der ersehnte „Brotfriede“ mit der Ukraine brachte nur eine kurzzeitige Entlastung, anstatt riesiger Lebensmittelmengen. Insgesamt wurden aus der Ukraine nur rund 42.000 Tonnen Lebensmittel herausgeholt, von welchen 18.000 nach Österreich gebracht wurden, der Rest nach Deutschland. Aus der Ukraine wurden nur 0,05 Millionen Tonnen Getreide importiert.

Die folgenden Zahlen sollen die Importsituation Österreichs bei Getreide zeigen; Ungarn importierte kaum Körnerfrüchte.

---

<sup>326</sup> KA, MS/1.WK-Ca/A8: „Die Verpflegung der Armee im Felde“, Beilage 2

<sup>327</sup> Gratz, S. 50; bei den Importen ist nicht nur Brotgetreide, sondern alles Getreide erfasst.

<sup>328</sup> Gratz, 48f; diese Angaben widersprechen leider teilweise der Tabelle 37; die Unterschiede sind durch die oftmals verschiedene Quellenlage erklärlich

Von seinem Gesamtverbrauch importierte Österreich 1915/16 26-29% aus Rumänien, 13-15% aus Ungarn; für die restlichen rund drei Fünftel musste es selbst aufkommen. 1916/17 importierte Österreich etwa denselben Anteil aus Rumänien, allerdings drittelte sich der Anteil Ungarns auf 5% – es begann hier eine ernsthafte Ernährungskrise. 1917/18 sank auch der rumänische Anteil, der ungarische blieb gleich (allerdings nur in Prozent des Gesamtverbrauches).<sup>329</sup>

Wenn man sich also vergegenwärtigt, dass insgesamt rund 2 Millionen Tonnen Getreide aus Rumänien und höchstens ein Zehntel davon aus den anderen besetzten Gebieten herausgeholt werden konnte, und von dieser ganzen Menge der Großteil vor Eintreten der Hungersnöte 1917/18, so ergibt sich das Bild des Tropfens auf dem heißen Stein. Die Importe reichten alle im Entferntesten nicht aus, aber sie brachten doch immer wieder eine Entspannung und zögerten so den Kollaps hinaus.

#### **4.3.2. Staatliche Bewirtschaftung: Rationierung und Kopfquoten**

Bereits 1915 begann die Rationierung. Die Quoten für die meisten Lebensmittel wurden pro forma zwar bis Anfang 1918 aufrechterhalten werden, doch bedingte der Mangel, dass oftmals nicht die gesamte Ration ausgegeben werden konnte – ein Zustand, der sich mit zunehmender Kriegsdauer verschlechterte.<sup>330</sup>

Betrachten wir nur das wichtigste Beispiel, Mehl, und hier nur die Armee und die nicht schwer arbeitenden Nichtselbstversorger in der Heimat.

---

<sup>329</sup> Löwenfeld-Russ: „Die Regelung der Volksernährung im Kriege“, S. 145ff

<sup>330</sup> Löwenfeld-Russ: „Die Regelung der Volksernährung im Kriege“, S. 336f

**Tabelle 39: Mehlquoten pro Kopf und Tag<sup>331</sup>**

Zeit	Heer		Österreich <sup>332</sup>	Ungarn	Kroatien	Bosnien <sup>333</sup>
	Feldarmee	Hinterland				
Bis 4/17	500	400	200	210	251	200
Ab 4/17	478	240	175	210	251	200
Ab 8/17	480	240	165	210	251	200
Ab 9/17	470	263	165	210	251	200
12/17	470	320	165	233	251	200
4/18 <sup>334</sup>	283	180	165	220	251	200
8/18	300	200	165	240	240	200

Für Selbstversorger und Schwerarbeiter betrug die Kopfquote bis April 1917 pro Tag 300-366g in Österreich, in Ungarn allerdings 400-500g; die österreichischen Normalverbraucher, also nicht schwer arbeitende städtische Bevölkerung, erhielten 200g, die ungarischen Normalverbraucher aber mindestens 210g – und diese wurden häufiger auch tatsächlich ausgegeben als in Österreich, wo oftmals nicht die gesamte Quote ausgegeben werden konnte.<sup>335</sup>

Die obige Statistik zeigt eine Reihe von Dingen: Klarerweise wurde die Armee so gut versorgt wie nur irgend möglich, und so wurden die Kriegsrationen von 1914 bis in den April 1917 fortgesetzt, erst dann kam es vor allem bei den Hinterlandtruppen zu erheblichen Einsparungen, zeitgleich mit Einsparungen auch in Österreich, nicht aber in Ungarn. Nach dem ersten Schub von Ernährungsproblemen, welcher bereits Ende 1914 einsetzte, war nun ein weiterer, ganz massiver Schub erfolgt: die Ernährungskrise begann, sich nicht nur auf die Heimat, sondern auch auf die Armee auszuwirken. Die Erhöhung der Quote bei der Armee im Dezember 1917 ist vor dem Hintergrund des Durchbruches an der italienischen Front zu sehen, als größere Mengen italienischer Nachschubgüter erbeutet wurden. 1918 kann mit dem Motto „Dem Untergang entgegen“ subsumiert werden, hat doch die Armee nur noch rund die Hälfte der Quote von Anfang 1917 zur Verfügung. Die Quotenerhöhung im Sommer bedeutet lediglich, dass aufgrund der neuen Ernte auf Kosten der Vorratsbildung für den Winter höhere Rationen ausgegeben wurden – aber das war Raubbau an den unwiederbringlich verlorenen, ohnedies mickrigen Reserven. Parallel dazu die Entwicklung in Österreich, freilich ausgehend

<sup>331</sup> Gratz, S. 80

<sup>332</sup> Selten voll ausgefolgt

<sup>333</sup> rein theoretische Quote, nie ganz ausgefolgt

<sup>334</sup> Ab 17. Juni auf die Hälfte gekürzt, 82,5 Gramm pro Kopf und Tag

<sup>335</sup> Löwenfeld-Russ: „Die Regelung der Volksernährung im Kriege“, S. 62; 124

von einem viel niedrigeren Niveau. Hätte es den Schleichhandel nicht gegeben, wären noch viel mehr Menschen an Entkräftung zu Grunde gegangen, als das ohnehin schon der Fall war. Demgegenüber wurde in Ungarn kaum gespart. Und die in der Statistik angeführten Zahlen täuschen darüber hinweg, dass diese ja auf höchstens ein Drittel, eher ein Viertel der Bevölkerung zutraf – nämlich der nicht schwer arbeitenden Nichtselbstversorger; in Österreich hingegen auf potentiell zwei Drittel der Bevölkerung, freilich wieder abzüglich der Schwerarbeiter. Nach Abzug der Soldaten lebten in Österreich 26 Millionen Menschen, davon 17 Millionen Nichtselbstversorger, von diesen wiederum 5 Millionen Schwerarbeiter; die übrigen 9 Millionen waren Selbstversorger, davon 6 Millionen Schwerarbeiter mit der damit Hand in Hand gehenden höheren Bezugsberechtigung.<sup>336</sup>

Und Kroatien lebte im Vergleich sowieso in Saus und Braus, wie weiter oben bereits erwähnt. Hier kamen ja vier Selbstversorger auf einen Nichtselbstversorger. Und den Selbstversorgern ging es ernährungstechnisch immer viel besser. Außerdem gelang es den Kroaten, ziemlich unabhängig von Ungarn zu bleiben und Überschüsse im Land behalten zu können.

1917 verzehrte der durchschnittliche Österreicher rund 30% weniger Brotgetreide als sein ungarischer Nachbar und insgesamt wohl rund 40% weniger als vor Kriegsausbruch. Mit einiger Zeitverzögerung erreichte dieser Mangel auch die Armee; Mitte 1918 war die Brot ration der Soldaten nur noch etwas mehr als halb so hoch wie ein Jahr zuvor. Dem war die oben erwähnte Verringerung der Lebensmittelmenge der zivilen Bevölkerung vorausgegangen – auf 165g Mehl pro Tag.<sup>337</sup> Das im Vergleich zu den rund 370-386g, welche der durchschnittliche Bewohner des Habsburgerreiches vor Kriegsausbruch zur Verfügung hatte.

Im Herbst 1918 waren alle Vorräte endgültig erschöpft, die einzelnen Kronländer schotteten sich ab, um Nahrungsmittelabfluss zu verhindern – die Monarchie löste sich auf und der Hunger dauerte auch noch 1919 an, ja er wurde sogar noch schlimmer. Vor dem Hintergrund des Hungers zu sehen ist der Verfall der Kampfmoral, die Schwächung der österreichisch-ungarischen Kriegsanstrengung – sowohl in der Heimat als auch an der Front – und schließlich der Zusammenbruch und die zeitgleich auftretende Grippeepidemie, wo der Tod unter einer geschwächten Bevölkerung reiche Ernte hielt.

Insgesamt waren die staatlichen Eingriffe in die Ernährungswirtschaft gelinde gesprochen zweifelhaft. Löwenfeld-Russ meint dazu sehr richtig: „Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind zu kompliziert, als daß sie dauernd durch Zwang beherrscht [...] werden könnten. [...] Und so haben] die Eingriffe der öffentlichen Wirtschaft doch sicherlich die landwirtschaftliche Er-

---

<sup>336</sup> Löwenfeld-Russ: „Die Regelung der Volksernährung im Kriege“, S. 131f

<sup>337</sup> Broadberry, S. 96



zeugung nachteilig beeinflusst.“<sup>338</sup> Und das sagt ein Sektionschef, der dem Staatsapparat eigentlich sehr positiv gegenübersteht.

Auch Gratz meint, dass „die künstlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben, zu denen man sich entschloßen hat und ohne Zweifel entschließen mußte, um den Notstand zu verhindern oder doch zu lindern, ihren Zweck nur zum Teil erreicht, zum Teil aber gerade dazu beigetragen haben, den Ertrag der Produktion zu beeinträchtigen und somit die bestehende Not zu verschärfen.“<sup>339</sup>

#### **4.4. Zusammenfassung**

Die Ernährungssituation des Habsburgerreiches im Ersten Weltkrieg stand von Anfang an unter keinem guten Stern. Schon die Ernte 1914 war unterdurchschnittlich ausgefallen – und das, obwohl sie im Wesentlichen noch friedensmäßig eingebracht worden war. In seiner Gesamtheit betrachtet verschlechterte sich die Lebensmittelaufbringung von Jahr zu Jahr, auch wenn Ungarn – und mehr noch Kroatien – mehr zur Verfügung hatten als die westliche Reichshälfte – und auch dort gab es große Unterschiede zwischen den Überschussgebieten und den Nettoimportgebieten. Als nun die Produktion kriegsbedingt einbrach und alle Kräfte für die Kriegsanstrengung aufgewandt wurden, brachen Verteilungskonflikte aus. Denn wie Winkler so schön beschreibt, gab es „relative Kriegsgewinner“ – jene Personen, die weniger verloren als der Durchschnitt.<sup>340</sup> Zu eben jenen gehörte die große Masse der Bauern, denen es nahe liegender weise versorgungstechnisch besser ging als den Stadtbewohnern. Der Staat musste zügig einen gewaltigen bürokratischen Apparat schaffen, um von den unzähligen landwirtschaftlichen Betrieben Lebensmittel einzuziehen und diese dann an die „Nichtselbstversorger“ zu verteilen. Doch der Apparat reichte nicht aus, und die Produktionsanreize für die Bauern gingen verloren, sodass die Ernte 1918 in Österreich deutlich weniger als die Hälfte, in Ungarn mehr als die Hälfte, der letzten Vorkriegsernten ausmachte. Alle diese Zahlen sind dabei freilich grobe Schätzungen, weil die Produzenten einen gehörigen Anreiz hatten, ihre Produktionsergebnisse zu verheimlichen – und das ob des Mangels an Kontrollmöglichkeiten wohl auch oftmals zustande brachten. Und je intensiver die staatliche Kontrolle wurde, desto ausgetüftelter wurden die Bemühungen der Bauern zur Verheimlichung.<sup>341</sup>

---

<sup>338</sup> Löwenfeld-Russ: „Die Regelung der Volksernährung im Kriege“, S. 83

<sup>339</sup> Gratz, S. 40

<sup>340</sup> Winkler, S. 219

<sup>341</sup> Gratz, S. 87

Die staatliche Zwangswirtschaft trug vor allem in der unmöglich zentral lenkbaren Ernährungswirtschaft dazu bei, dass die Produktion immer weiter einbrach. Doch man darf eben jenen Verteilungskonflikt nicht übersehen: die Städter produzierten für den Krieg oder standen an der Front – sie erzeugten nichts mehr, was sie den Bauern für ihre Lebensmittel zum Tausch hätten anbieten können; hätte es überhaupt keinen Staatseingriff in diesem Bereich gegeben, wäre es vielleicht noch schlimmer gekommen – aber das ist Spekulation. Fakt ist, dass der Preismechanismus außer Kraft gesetzt wurde und somit für niemanden mehr ersichtlich war, wo größter Mangel herrschte, und wo Güter nur relativ knapp waren. Das erzeugte ein willkürliches Gefälle innerhalb der Landwirtschaft: der Preis für die wichtigsten Lebensmittel – Getreide und Kartoffel – wurde sehr früh und sehr niedrig festgesetzt; jener für Vieh und Fleisch später und höher – vor allem jener für Schweine; wer also zufällig Hörndlbauer war, oder noch besser: Schweinebauer, der konnte durchaus von der Kriegskonjunktur profitieren.<sup>342</sup> Es ist sogar erstaunlich, dass 1918 immer noch rund die Hälfte der Vorkriegsmenge an Getreide produziert wurde, wenn man bedenkt, dass der Preis dafür auf einen winzigen Bruchteil nicht nur des Marktpreises, sondern auch des Vorkriegspreises zusammengeschrumpft war. Der grundlegende Verteilungskonflikt konnte aber nie zufrieden stellend im Sinne einer „wohltemperierten Unzufriedenheit“ gelöst werden. Die Bauern waren stinksauer, weil sie gezwungen wurden, ihre Erzeugnisse zu Spottpreisen abzugeben; genauso die Städter – vor allem jene nicht für den Krieg arbeitenden – welche besonders ab dem Herbst 1916 bitteren Hunger leiden mussten, und es 1918 gar zu einer Hungerkatastrophe kam.

Eine interessante Denksportaufgabe ist es zu überlegen, ob es möglich gewesen wäre, sich besser um das Primärbedürfnis Essen zu kümmern. Ein einfaches, aber wichtiges Mittel wäre es gewesen, den Bauern höhere Preise zu bieten und damit zu bewirken, dass die Bauern tatsächlich erwirtschaftete Güter nicht in dem Ausmaß verheimlichen, sondern abliefern. Nebenbei hätte das auch bessere Produktionsanreize bedeutet, und der zu verteilende Kuchen wäre etwas größer gewesen. Freilich hätte das noch höhere Inflation bedeutet, aber erstens spürten und erlebten alle Menschen zwar die Geldentwertung, doch deren ganzes Ausmaß konnte bis nach Kriegsende verborgen werden; und zweitens gibt es den ein oder anderen Kunstgriff in der Trickkiste des Staates, der Abhilfe schaffen könnte – zumindest einmalig in der Ausnahmesituation solch eines gewaltigen Krieges. Ein Beispiel wären die „Reichskassenscheine“, welche das Deutsche Reich im Zweiten Weltkrieg als Zahlungsmittel in besetz-

---

<sup>342</sup> Winkler, S. 219

ten Gebieten ausgab;<sup>343</sup> anstatt zu requirieren und damit faktisch zu enteignen, wie das im Ersten Weltkrieg mit allen seinen sofortigen negativen Konsequenzen der Fall war, wurden Reichskassenscheine ausgegeben, welche bei der jeweiligen Nationalbank (freilich unter beschränkten Bedingungen) eingetauscht werden konnten. Die Menschen bekamen also etwas für ihre Güter und waren positiv überrascht, Produktionsanreize gingen weniger verloren und es wurden auch keine Güter versteckt und verheimlicht – freilich, dass dicke Ende kam in Form von Inflation, aber eben erst am Ende. Dieses System funktionierte zumindest in den ersten Jahren. Zwar hielt Österreich-Ungarn keine reichen Länder samt deren Nationalbanken besetzt, doch immerhin gab man ähnliche „Reichskassenscheine“ als Kriegsgeld aus – wenngleich weniger erfolgreich als das deutsche Beispiel aus dem zweiten Krieg suggeriert; das Habsburgerreich hatte aber schlicht auch das Pech, weit ärmere Länder ausbeuten zu können. Wenn es ums faktische Plündern geht, dann ist Belgrad kein gutes Substitut für Paris.

---

<sup>343</sup> Ausführlich dazu: Aly, Götz: „Hitlers Volksstaat. Raub, Rassekrieg und nationaler Sozialismus“, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 2006

## 5. Finanzwirtschaft

Schlussendlich stellt sich die Frage, wie die gewaltige Erhöhung des Staatskonsums denn bezahlt wurde. Auch hier ist der Vergleich mit anderen Krieg führenden Mächten spannend, lässt er doch Rückschlüsse auf Österreich-Ungarn zu.

Zur Einführung zunächst aber ein kurzer Überblick, welcher auf alle Kriegführenden zutrifft – wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß:

Grundsätzlich gab es drei Möglichkeiten für Staatsausgaben zu bezahlen: Steuern (und sonstige Staatseinnahmen aus Staatsunternehmen), Kredite und Inflation. Vor dem Krieg hatte es wegen der festgelegten Wechselkurse und der Goldparität praktisch keine Inflation gegeben.<sup>344</sup> Die Staaten finanzierten ihren Finanzbedarf in erster Linie über Steuern und Einnahmen aus wirtschaftlichen Betrieben (z.B. staatliche Eisenbahn; in Russland aus dem Wodkamonopol, in Österreich aus dem Tabakmonopol). Falls das nicht ausreichte griff man zu Krediten, in der Regel in Form von Staatsanleihen, die entweder im Inland – also von der eigenen Bevölkerung – oder im Ausland aufgelegt wurden und gezeichnet werden konnten. Die jährliche Verschuldung machte aber höchstens einen Bruchteil der Staatsausgaben aus, auch wenn sich der gesamte Schuldenberg etwa Österreich-Ungarns in % des BIP durchaus mit jenem des heutigen Österreich vergleichen lässt (er betrug rund zwei Drittel des BIP). Ausgehend von einer Staatsquote von 10-20% des BIP – im europäischen Schnitt rund 15% - im Vergleich zu den heutigen 40-50%, war ein so hoher Schuldenstand beachtlich, kann aber als Zeichen der Entwicklung und des Wachstums dienen, da Private ja nur dort investieren, wo sie sich Gewinn erwarten. Da im Verlauf des Krieges die regulären Staatseinnahmen sowie Kredite bei weitem nicht ausreichten, um den Krieg zu finanzieren, musste zu dem dritten Mittel, der Inflation, gegriffen werden.<sup>345</sup>

Die Anpassung der Geldmenge an die Realwirtschaft war das Um und Auf des „liberalen Zeitalters“ vor 1914 gewesen. Es durfte entsprechend nur soviel Geld geben, wie Güter und Dienstleistungen in der Volkswirtschaft produziert wurden. Der Goldstandard war Garant dieser Geldpolitik – er sollte Stabilität bringen und Staatseingriffe sowie Inflation (und damit Unsicherheit und Fehlinvestitionen) vermeiden.

Im Krieg wurde diese Politik über den Haufen geworfen. Die Nachfrage des Staates stieg sprunghaft an, gleichzeitig verringerte sich aber das Sozialprodukt – der Kuchen, der zum

---

<sup>344</sup> Popovics, Alexander: „Das Geldwesen im Kriege“, Hölder-Pichler-Tempsky, Wien 1925, Tabellen V bis VIII

<sup>345</sup> Sandgruber, S. 304; Stevenson, S. 219

Verteilen da war. Um seinen Verbindlichkeiten nachkommen zu können, griff der Staat zur Notenpresse. Geldentwertung – Inflation – war die Folge. Doch es kam nicht nur zu einer Geldmengenvergrößerung, sondern zeitgleich zu einer Abnahme der produzierten Güter. Einer sich stetig vergrößernden Geldmenge stand also gleichzeitig eine stetige Abnahme der Leistung der Volkswirtschaft gegenüber.<sup>346</sup>

Und dazu kam noch das gewaltige Staatsdefizit: der Staat war außerstande, die von ihm getätigten explodierenden Ausgaben durch entsprechende Einnahmen zu decken – die Steuereinnahmen sanken naturgemäß, und die Kriegsanleihen konnten nur einen Bruchteil des überschüssigen Geldes aufsaugen – das einzige Mittel das blieb, war eben der Griff zur Notenpresse. Und da die Menschen eher früher als später bemerkten, dass der Wert des Geldes abnahm, kam es zu einer die Inflation verstärkende Flucht in Sachgüter – Geld wurde abgestoßen, auch unnötige Investitionen und Konsummöglichkeiten wurden getätigt, um nicht auf der Geldblase sitzen zu bleiben.

Die Volkswirtschaft produzierte nicht mehr Investitionsgüter und für den Konsum, sondern sie produzierte Güter und Dienstleistungen, die

„endgültig verbraucht werden, aus dem Inventar der Wirtschaft definitiv verschwinden. [...] Die Entgüterung, die eintritt, bedeutet aber eine Abnahme des Volksvermögens, die im Kriege erzielten Gewinne des Einzelnen sind Verschiebungen, eine gewaltige Vermögens[umver]teilung tritt ein, welche später gegen Ende des Krieges und in der darauffolgenden Zeit die vorhandenen sozialen Gegensätze verschärft.“<sup>347</sup>

### **5.1. Die Finanzen vor dem Krieg**

Man möchte meinen, dass es in Bezug auf die Finanzen der Großmächte kaum nennenswerte Ungereimtheiten geben könne, da jene sich ja ganz exakt in Zahlen wiedergeben lassen; weit gefehlt! In ein und demselben – wohlgemerkt guten – Buch finden sich zahlreiche, leider enorm unterschiedliche Angaben zu ein und demselben Sachverhalt.<sup>348</sup> Aber gerade auch wenn die Ungereimtheiten sich nicht auf ein einziges Werk erstrecken, kommt der Historiker in Erklärungsnotstand. Das klassische Problem, das auch auf Österreich-Ungarn zutrifft, ist die Frage, wie man Subsistenzwirtschaft im Volkseinkommen zum Ausdruck bringt, auch wenn die erzeugten Güter nie verkauft werden und auch nicht ganz klar ist, wie viel überhaupt produziert wird.

---

<sup>346</sup> Popovics, S. 155

<sup>347</sup> Popovics, S. 156

<sup>348</sup> siehe die Tabellen Broadberrys

Da Broadberry auf eine Fülle von Literatur zurückgreift und die umfassendsten Daten zu allen Krieg führenden zur Verfügung stellt, werde ich oft auf seine Zahlen zurückgreifen.

**Tabelle 40: Bruttoinlandsprodukt der Großmächte (in Milliarden Kronen), dann pro Kopf (in Kronen)<sup>349</sup>**

Ö-U	R	It	D	F	GB
27,33	69,17	25,96	65,52	39,28	61,07
540	405	697	992	947	1.338

Das BIP pro Kopf lässt eine ganze Fülle von Rückschlüssen auf den Entwicklungsgrad dieser Volkswirtschaften zu. Als erstes sei festgehalten, dass die sechs Länder in zwei Gruppen zerfallen: die höher entwickelten Westmächte plus Deutschland in der einen Gruppe, die weniger entwickelten Volkswirtschaften Österreich-Ungarn, Russland und Italien in der anderen. Aufgrund der Bedeutung der Landwirtschaft verfügt Italien über ein höheres BIP pro Kopf als Österreich-Ungarn, was vor allem geografisch und klimatisch bedingt ist.

Den Ländern der ersten Gruppe gelang es weit besser, Ressourcen für den Krieg zu mobilisieren, was sich an ihrem Kapitaleinsatz und der Staatsquote ablesen lässt, welche viel höher waren als in der zweiten Gruppe. Die zweite Gruppe tat sich aufgrund systemimmanenter Beschränkungen – etwa die bereits erwähnte weit verbreitete Subsistenzwirtschaft oder der viel geringere Kapitaleinsatz – schwer bei dem Versuch, einen totalen Krieg zu führen. Und das begann bei den Finanzen. Keiner Macht fiel es so leicht wie Großbritannien, der größten Gläubigernation von 1913, Kredite aufzunehmen, um die Kriegsanstrengung zu finanzieren; aber auch die anderen Länder der ersten Gruppe taten sich leichter dabei, als jene der zweiten. Der heimische Kapitalmarkt des Habsburgerreiches etwa war nicht stark genug entwickelt, als dass er mit den Westmächten vergleichbare Staatsanleihenemissionen aufnehmen hätte können. Und so musste die zweite Gruppe weit stärker auf die Notenpresse zurückgreifen – wenngleich das alle Kriegführenden tun mussten.

Spannend ist ein Blick auf die Staatsquoten vor dem Krieg sowie die Rüstungsausgaben der Großmächte vor 1914.

---

<sup>349</sup> Broadberry, S. 79

**Tabelle 41: Verteidigungsausgaben in % des BIP<sup>350</sup> und 1913 in Millionen Kronen**

	Ö-U	D	R	It	F	GB
1910/13	2,8	4,2	4,5	3,9	4,1	3,4
1900/13	2,6	4,0	5,7	3,2	4,1	4,1
1913 <sup>351</sup>	4	3,5	6			3,6
1913	848	2.480	2.406		1.558	1.750

Diese Statistik zeigt uns, dass Österreich-Ungarn die am wenigsten militarisierte Großmacht war – auf jeden Fall was das Verteidigungsbudget anlangt (erst unmittelbar vor dem Krieg gab es einen Nachrüstungsschub). Das lag nicht so sehr am Willen der Regierung, die schon gerne mehr gerüstet hätte, als vielmehr an den institutionellen Eigenheiten und den wirtschaftlichen Beschränkungen der Donaumonarchie.

Im letzten Friedensjahr betrug das Gesamtbudget Österreich-Ungarns – also inklusive der Neuaufnahme von Schulden – gut fünf Milliarden Kronen, also ein knappes Fünftel des BIP.<sup>352</sup> Werfen wir einen genaueren Blick auf die österreichische Reichshälfte: 1913 nahm Österreich 3,123 MRD Kronen ein. Davon entfielen kaum 14% auf direkte Steuern, etwa ebenso viel auf Verzehrstuern, und noch einmal so viel auf die staatlichen Monopole (das wichtigste war dabei das Tabakmonopol). Der mit Abstand größte Brocken entfiel auf die staatlichen Betriebe (und da wiederum der größte Teil auf die staatliche Eisenbahn) – knapp zwei Fünftel aller Einnahmen. Der Rest – wiederum etwa 14-15% – entfiel auf Gebühren und Verwaltungseinnahmen.<sup>353</sup>

Diesen Einnahmen standen Ausgaben von 3,461 MRD Kronen gegenüber, von welchen rund ein Fünftel auf das Militär entfiel (gemeinsame Wehrmacht und Landwehr), der Rest auf die zivilen Ministerien. Das Defizit belief sich also auf über 10% des Gesamtbudgets oder knapp unter 2% des BIP Österreich-Ungarns. Dazu kommen noch die ungarischen Zahlen, welche sich anteilmäßig zu den Quotenbeiträgen verhalten (63,6 : 36,4), die grob auch der wirtschaftlichen Leistung entsprachen.<sup>354</sup>

---

<sup>350</sup> Broadberry, S. 78

<sup>351</sup> Hardach, S. 162

<sup>352</sup> Sandgruber, S. 304; Winkler, S. 74

<sup>353</sup> Winkler, S. 69f

<sup>354</sup> Winkler, S. 71f

## 5.2. Die Finanzen im Krieg

Wie in allen anderen wirtschaftlichen Bereichen ging man zu Beginn des Krieges in Österreich-Ungarn sorglos mit den verfügbaren Ressourcen um in der Erwartung, dass der Krieg kurz sein würde. Die Staatsquote schnalzte im ersten Kriegsjahr 1914/15 ordentlich nach oben, da der Staat fast ein Drittel des BIP für die Kriegsanstrengung aufwendete. 1915/16 war diese bereits rückläufig, und 1916/17 brach der Staatskonsum in % des BIP dann ein – dem Staat gelang es immer weniger, der Volkswirtschaft Ressourcen für seinen Krieg zu entziehen; dazu kam eine stetig abnehmende Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Im letzten Kriegsjahr entsprachen die Kriegsausgaben in % des BIP etwa dem Niveau des Staatshaushaltes des letzten Friedensjahres. Die Budgets der meisten zivilen Ministerien fielen real bis 1918 auf grob ein Zehntel des letzten Friedensbudgets.<sup>355</sup>

Wenn man eine Statistik Broadberrys um die zivilen Ausgaben Österreich-Ungarns erweitert, so ergibt sich folgendes Bild zur Großwetterlage der Großmächte: der Mobilisierungsgrad der Wirtschaft des Habsburgerreiches im ersten Kriegsjahr bewegte sich auf dem Niveau der erfolgreichsten Ressourcenausbeuter Deutschland und Frankreich, welche im ersten Kriegsjahr eine Staatsquote von etwa 40-50% des BIP erreichten (so viel wie heutzutage, allerdings mit dem klitzekleinen Unterschied, dass der bis dahin kostspieligste Krieg aller Zeiten geführt wurde). Doch während Deutschland, Frankreich und Großbritannien die Staatsquote bis 1917/18 noch ausweiten konnten, sackte der habsburgische Staatskonsum ab. Im letzten Kriegsjahr bewegte er sich nur noch um die 20%, also knapp über dem Vorkriegsniveau, während Deutschland und Frankreich jedenfalls noch mehr als die Hälfte der volkswirtschaftlichen Leistung für sich beanspruchten.<sup>356</sup> Dies spiegelt die begrenztere und stärker abnehmende Ressourcenbasis des Habsburgerreiches wider, welche mit dem niedrigeren Entwicklungsgrad Österreich-Ungarns einherging, welcher wiederum dazu führte, dass der Staat die vorhandenen Ressourcen nicht gänzlich für seine Zwecke zu nutzen vermochte.

Dennoch wurden außerordentlich große Mittel flüssig gemacht, um den Krieg zu bezahlen. Und da die Staatseinnahmen wie oben gezeigt auf rund ein Sechstel des Vorkriegsstandes gefallen waren – und dass trotz einiger, wenngleich unbedeutender Steuererhöhungen und

---

<sup>355</sup> Broadberry, S. 84; Winkler, S. 75f

<sup>356</sup> Broadberry, S. 15; Das alte Problem mit der Verlässlichkeit der Zahlen: Broadberry spricht etwa von einer Staatsquote Deutschlands während des Krieges von 50-60%, Ferguson, S. 320, auf den sich auch Stevenson beruft (1914-1918, S. 219f), spricht beispielsweise von bis zu 76%, was einen Aufschlag von rund der Hälfte entspricht; das kann einfach keine tolerable Schwankungsbreite mehr sein, da hört sich ja jeder sinnvolle Vergleich auf.



neuer Steuern (z.B. Kriegsgewinnsteuer) – musste der Krieg aus anderen Quellen finanziert werden. Derer gab es zwei – wie noch weiter oben bereits angeführt wurde. Der Staat konnte Kredite aufnehmen; und er konnte die Druckerpresse laufen lassen, bis sie glühte. In allen Staaten gab es einen Mix aus Kredit, Inflation und Steuererhöhung – letztere allerdings war in allen Ländern gering, allein schon wegen den gewaltigen Steuerausfällen seit Kriegsbeginn. Im Wesentlichen war die Kriegsfinanzierung eine Frage der Ausgeprägtheit eines Kapitalmarktes: befand dieser sich auf einem hohen Niveau, musste weniger auf Inflation zurückgegriffen werden und es konnten mehr Kredite aufgenommen werden – das beste Beispiel dafür ist Großbritannien. Aber auch das Vereinigte Königreich musste – wie alle anderen – letztlich auch auf die Inflation zurückgreifen.

Aus drei Gründen kam es nicht zu nennenswerten Steuererhöhungen: „Tax increases took months to approve and implement, and many revenue collectors had been mobilized, forcing greater reliance on public goodwill.“<sup>357</sup> Der erste Grund war also ein technisches und ein Kontrollproblem des noch nicht überbordenden Staatsapparates, der alles zu kontrollieren vermag. Der zweite Grund war, dass man argumentierte, dass man die unmittelbar anfallende Last gleichmäßig verteilen sollte, nämlich auch auf spätere Generationen, die ja schließlich ebenso die süßen Früchte des Sieges genießen würden. Mindestens ebenso wichtig wie die ersten beiden Gründe war, dass der Staat sich nicht so recht in das soziale Gleichgewicht einzugreifen getraute, vor allem nicht in den letzten Kriegsjahren, als es ob der weit verbreiteten Unzufriedenheit und Kriegsmüdigkeit unter den Völkern Europas so richtig zu rumoren begann.

### **5.2.1. Notenbank und Inflation**

Der erste und wesentlichste fiskalische Schritt in Richtung Krieg war die Abschaffung der Goldkonvertibilität unmittelbar vor dem Kriegsausbruch – ein Schritt, zu dem sich sämtliche Großmächte entschlossen.<sup>358</sup> Hier zeigten sich die Grenzen der „Unabhängigkeit“ der Nationalbanken. Papiergeld konnte nun nicht mehr in Gold umgetauscht werden, die Schleuse der Geldschwemme war geöffnet. Auch wenn es in den ersten Kriegswochen vorübergehend zu einer Geldknappheit kam, bedeutete der gewaltige, nicht durch Steuern oder Kredite gedeckte Staatskonsum, dass eine zügige Geldentwertung einsetzte. Anfangs arbeitete die österreichisch-ungarische Bank, wie die National- bzw. Notenbank des Habsburgerreiches hieß, noch mit Lombardkrediten und Solawechseln. Am 15. Juli 1915 ging sie dann zur einfachen Praxis

---

<sup>357</sup> Stevenson, S. 220

<sup>358</sup> Popovics, S. 41ff, S. 103ff

über, dem Staat Kredite gegen Deponierung von Staatsschuldverschreibungen zu gewähren. Der Staat konnte damit beliebig viel Zahlungsmittel in Umlauf setzen – lediglich mit der Einschränkung, dass Österreich und Ungarn die Mittel der Bank zu guter alter Ausgleichsquote gleichmäßig beziehen mussten. Das spielte insofern eine Rolle, als Österreich gegen Kriegsende einen höheren Geldbedarf als Ungarn entwickelte, doch Ungarn ebenso wie Österreich Geld erhielt, auch wenn es dies gar nicht brauchte.<sup>359</sup>

In laufenden Preisen holte sich der Staat so 39,392 MRD Kronen bis zum 30. Oktober 1918, von denen 25,053 auf Österreich entfielen, 14,339 auf Ungarn, von denen letzteres aber bis 26. Oktober nur 9,909 Milliarden ausgab, den Rest nach Ende des Krieges.<sup>360</sup>

**Tabelle 42: Inanspruchnahme der Österreichisch-Ungarischen Bank in Milliarden Kronen<sup>361</sup>**

Juli 1914 – Juni 1915	4,8
Juli 1915 – Juni 1916	6
Juli 1916 – Juni 1917	4,5
Juli 1917 – Juni 1918	9
<u>Juli 1918 – Oktober 1918</u>	<u>15,1</u>
Summe	39,4

Österreich hatte im letzten Kriegsjahr vor allem deshalb einen höheren Finanzbedarf als Ungarn, weil es die „soziale Unzufriedenheit [durch eine] bedeutende Erhöhung der Unterstützungsbeiträge für die Familienmitglieder der Eingerückten“<sup>362</sup> eindämmen wollte, sowie auch jene der Kriegsinvaliden und Kriegswitwen und -waisen. Das tat insofern mehr Not als in Ungarn, weil ja die Ernährungssituation Österreichs schlechter war als jene Ungarns. Die Unterstützungsbeiträge waren jedoch ein besonderes Problem, weil sie die Inflation mehr noch als andere Staatsausgaben anheizten, denn die Beiträge wurden fast ausschließlich für den Konsum ausgegeben. Doch diesem stand kein Warenangebot mehr gegenüber, und die Preise für die wenigen noch vorhandenen Waren explodierten nun. Ein Kriegsgewinne erzielendes Unternehmen investierte etwa in eine gesteigerte Produktion, oder es zahlte Kriegsge-

---

<sup>359</sup> Gratz, S. 172

<sup>360</sup> Popovics, S. 79f; Von seinen über 14 Milliarden hatte Ungarn Ende Oktober 1918 erst 10 behoben, da es geringere Ausgaben als Österreich hatte, aber paritätisch beheben durfte. Dieses Geld ermöglichte den beiden Revolutionsregierungen Ungarns 1918/19, ihre Ausgabengebarung fortzusetzen

<sup>361</sup> Gratz, S. 173

<sup>362</sup> Gratz, S. 174

winnsteuer, oder es kaufte aufgrund des Druckes des Staates und in Ermangelung anderer Investitionsmöglichkeiten Staatsanleihen – in allen diesen Fällen hielt sich die Inflation in Grenzen, obwohl es insgesamt mehr Geld gab. Doch Geld, das fast ausschließlich in den Konsum wandert, heizt die Geldentwertung an wie Benzin das Feuer.

Doch die obige Statistik täuscht. Zwar ist die Geldsumme zu Ende des Krieges nominell am größten, doch nach Kaufkraft ist es genau umgekehrt. Die folgende Tabelle betrifft zwar nur die westliche Reichshälfte, doch gelten diese Zahlen nach der Ausgleichsquote auch für Ungarn.

**Tabelle 43: Verschuldung Österreichs bei der Österreichisch-Ungarischen Bank in Milliarden Kronen<sup>363</sup>**

Bis	Österreich		Ungarn	
	MRD K	MRD FK <sup>364</sup>	MRD K	MRD FK
31.10.1914	2,04	1,85	1,18	1,07
30.4.1915	1,53	1,1		
31.10.1915	0,95	0,45		
30.4.1916	0,87	0,27		
31.10.1916	1,72	0,38		
30.4.1917	1,89	0,29		
31.10.1917	2,91	0,35		
30.4.1918	3,39	0,34		
31.10.1918	10,26	0,71		
Summe	25,56	5,74	10,17	2,28

Am Anfang des Krieges war die Inanspruchnahme der Bank vor allem deshalb so hoch, weil die Kriegsanleihen entweder noch nicht vorhanden oder zu wenig Mittel flüssig gemacht hatten. Als dann gegen Ende des Krieges der Erfolg der Kriegsanleihen wieder nachließ und die

<sup>363</sup> Popovics, Tabelle II und S. 79 – in dieser Tabelle sind auch die Zahlen für Ungarn enthalten; man könnte die Zahlen für Ungarn anteilmäßig herunterrechnen: das Quotenverhältnis wäre 1,74725. Die österreichische Zahl ist durch 1,74725 zu dividieren, dann erhält man die ungarische Zahl. Anzumerken ist noch, dass zu den ausgegebenen ungarischen 10,17 Milliarden bei Kriegsende noch etwa 3,5 Milliarden dazukamen, die noch nicht ausgeschöpft worden waren, aber auf welche Ungarn laut Quotenverhältnis Anspruch hatte und die in den Monaten nach dem Krieg behoben wurden. Winkler, S. 77

<sup>364</sup> Friedenskronen zur Goldparität

Volkswirtschaft sich schon auf der Zielgeraden zum Kollaps befand, musste der Staat wieder auf die Notenbank zurückgreifen.

Im ersten Kriegsjahr gab die Österreichisch-Ungarische Bank Konsortialdarlehen, Lombarddarlehen und Darlehen gegen Solawechsel aus in der Größenordnung von über 5,5 Milliarden Kronen. Danach gab es aushaftende Darlehen gegen Schuldscheine bis Kriegsende – der Staat konnte sich Geld von der Bank leihen und diese Kredite mit eigenen Schuldtiteln besichern. Diese erreichten bis 31.10. 1918 eine Größe von 27 Milliarden Kronen. Ab dem Frühjahr 1918 wurden zusätzlich noch Kassenscheine in einer Höhe von insgesamt 3,1 Milliarden Kronen begeben. Insgesamt gaben die beiden Staatsverwaltungen vom Geld der Notenbank bis Ende Oktober 1918 fast 36 Milliarden aus; Ungarn hatte vom Notenbankgeld noch rund 3,5 Milliarden übrig.<sup>365</sup>

Damit Hand in Hand geht der Banknotenumlauf:

**Tabelle 44: Banknotenumlauf in Österreich und Ungarn<sup>366</sup>**

<u>Am</u>	<u>MRD Kronen</u>
25.7.1914	2,19
31.7.1914	3,06
31.10.1914	4,83
30.4.1915	5,91
31.10.1915	7,11
30.4.1916	7,94
31.10.1916	10,43
30.4.1917	11,92
31.10.1917	16,83
30.4.1918	21,45
31.10.1918	31,48

Die Zunahme des Banknotenumlaufs auf mehr als das Vierzehnfache spiegelt auch die Inflation gemessen an den Lebenshaltungskosten wider. Um dem geneigten Leser nicht noch eine Statistik zumuten zu müssen sei lediglich erwähnt, dass sich die Lebenshaltungskosten ohne Wohnung (denn es war ja der Mieterschutz eingeführt worden) jedes Jahr etwa verdoppelten,

---

<sup>365</sup> Popovics, Tabelle II

<sup>366</sup> Winkler, S. 77

bis die Krone Ende Oktober 1918 nur noch weniger als ein Sechzehntel ihres goldparitätischen Friedenspreises wert war.<sup>367</sup>

Um die Geldschwemme wenigstens einigermaßen aufzusaugen, der ja eine schrumpfende wirtschaftliche Leistung gegenüberstand, griff der Staat zu mehreren Mitteln. Einerseits versuchte er Geld über die Kriegsanleihen abzuschöpfen (nächstes Unterkapitel); andererseits musste die Notenbank ihre Edelmetallbestände (vier Fünftel Gold, der Rest Silber) veräußern. So sank der Metallschatz der Österreichisch-Ungarischen Bank von 1,42 Milliarden Kronen am 31. Juli 1914 auf 0,34 Milliarden am 31. Oktober 1918.<sup>368</sup> Das vorhandene Geld war somit immer weniger durch Gold und Devisen (diese nahmen ebenfalls ab) gedeckt.

Die Volkswirte der Notenbank und alle echten Experten (wohlgemerkt nicht die Journalisten der Zeitungen) erkannten sehr rasch, wohin diese Geldexpansion führte. Doch der einfache Mann auf der Straße – von ökonomischen Kenntnissen gänzlich unbelastet – ließ sich lange täuschen bzw. bemerkte erst spät das wahre Ausmaß der Inflation, obwohl die Zeichen auf Sturm standen und alle Alarmglocken schrillten. Nach einer Generation der Goldparität, der festen Wechselkurse und der damit einhergehenden Geldwertstabilität hatten sich die Menschen so sehr daran gewöhnt, dass keiner mehr an die Inflationserfahrungen vergangener Kriege dachte. Auch der letzte große europäische Krieg, der in Waterloo gipfelte, war über die Notenpresse finanziert worden. Und so glaubten die Menschen zunächst, dass steigende Preise einen Wirtschaftsaufschwung bedeuteten, so wie das in den Generationen vor dem Krieg gewesen war.<sup>369</sup> Und die Notenbank tat auch alles, um das Ausmaß der Geldentwertung zu verschleiern. Doch spätestens 1915 war den meisten klar, dass es keinen normalen Aufschwung gegeben hatte, sondern eine Inflation losgetreten worden war. Dennoch überwog der Glaube, dass nach dem Krieg (der ja doch wohl langsam zu Ende gehen müsste) zur Vorkriegsgoldparität zurückgekehrt werden würde.

Der Vorteil der Inflation für den Staat ist denkbar einfach: die Inflation ist die am einfachsten einzuhebende Steuer. Man braucht keinen großen Apparat um sie einzuheben, und niemand kann diese Steuer „hinterziehen“, denn sie trifft alle, die mit Geld zu tun haben – und das ist in einer modernen Volkswirtschaft fast jeder. Die spannende Frage ist nur, wen sie am meisten trifft, und wer vielleicht sogar von ihr profitiert. Denn freilich hat sie nicht für jeden verheerende Auswirkungen. Hat man zum Beispiel Schulden – das traf im Allgemeinen auf die

---

<sup>367</sup> Winkler, S. 41

<sup>368</sup> Popovics, Tabelle I

<sup>369</sup> Gratz, S. 186

Landwirtschaft Österreich-Ungarns zu – wurde man durch die Inflation entschuldete, da man seine Kredite nach erfolgter Geldentwertung um einen Pappenstiel tilgen konnte. Angesichts der großen Verschuldung der Staatsbahnen vor dem Krieg versteigt sich Klenner – seine Scheuklappen lassen nur den Blick auf diesen Bereich zu – gar zu der Aussage, dass die Inflation ein „glücklicher Zufall“<sup>370</sup> gewesen sei. Freilich, das war sie, aber nur für all jene, die ihre hohen Schulden zu tilgen vermochten.

Um nur ein wesentliches Beispiel der Entschuldung zu benennen: vor dem Krieg bestanden rund 17 Milliarden Kronen Hypothekarschulden, davon entfielen 9 auf die Landwirtschaft (rund ein Viertel des gesamten landwirtschaftlichen Vermögens), der Rest auf städtischen Immobilienbesitz und Industrieanlagen. Diese Schulden waren bis Kriegsende auf rund 1/16 ihres Wertes gefallen; in der auf den Krieg folgenden Hyperinflation sollten sie sogar weiter fallen, womit die Schulden einfach getilgt werden konnten.<sup>371</sup>

All jene, die ein fixes Salär bezogen oder gar Gläubiger waren – und seien es Spareinlagen auf der Bank – verloren durch die Inflation. All jene, deren Einkommen flexibel waren und die von der Kriegskonjunktur profitieren konnten – etwa Facharbeiter in der Rüstungsindustrie – sowie all jene, welche aufgrund ihres Vermögens vor dem Krieg Schulden eingehen konnten und eingegangen waren, profitierten von der Inflation. Besonders schwer wurden Beamte getroffen, aber auch im Allgemeinen alle Arbeitnehmer, sofern sie nicht in der Kriegswirtschaft tätig waren.

Ein wesentlicher Aspekt der Inflation muss noch erwähnt werden: aufgrund der Inflation büßte das Geld im steigenden Ausmaß seine Tauschfunktion ein, was die Tendenz verstärkte, Zu- und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen durch zentrale Anweisungen zu regeln.<sup>372</sup>

Das Ausmaß der Inflation im Ländervergleich zeigt folgende Tabelle:

**Tabelle 45: Geld im Umlauf im Jahresschnitt, Anstieg von 1914-1918 in Prozent<sup>373</sup>**

Ö-U	D	GB	F	It	R
921%	599%	91%	386%	371%	1.102%

<sup>370</sup> Klenner, S. 211

<sup>371</sup> Winkler, S. 103, 213

<sup>372</sup> Hardach, S. 167

<sup>373</sup> Ferguson, S. 330; die Zahlen, auf deren Grundlage Ferguson diese Prozentangaben macht, ergeben eigentlich andere Ergebnisse, wenngleich es sich um keine extremen Abweichungen handelt. Und es gibt auch andere Ungereimtheiten in seiner Tabelle.

Alle Kriegführenden wurden aber schwer von der Inflation getroffen, wenngleich wiederum einige schwerer als andere.

„Zu der infolge des enormen Güterverbrauchs des Krieges an und für sich und überall eintretenden Sinkens der Kaufkraft des Geldes kam die Verschlechterung des letzteren durch eine von der Wurzel aus ungesunde Kreditschöpfung. Jede auf die Inlandswährung lautende Forderung, die in auf die Inlandswährung lautenden Werte, angelegten Ersparnisse wurden fortlaufend entwertet. Die Aufbürdung der finanziellen Kriegslasten auf die Gläubiger, stellt eine der brutalsten Arten der Inanspruchnahme des Vermögens der Bürger für die Zwecke des Staates dar.“<sup>374</sup>

Diese wirtschaftliche Folge des Weltkrieges, die sich vor allem bei den Besiegten fühlbar machte, und der dadurch bewirkte Abstieg des Mittelstandes, stellten eine schwere Belastung für die Nachfolgestaaten des deutschen und des habsburgischen Kaiserreiches dar. Diese Hypothek auf die Volkspsyche sollte Jahrzehnte nach dem Krieg immer noch nicht abbezahlt sein.

### 5.2.2. Kriegsanleihen

Um das Bild zu vervollkommen muss man noch einen Blick auf eine weitere Haupteinnahmequelle aller Kriegführenden werfen, die Kriegsanleihe (auch wenn sie mancherorts anders genannt wurde).

**Tabelle 46: Emission österreichischer Kriegsanleihen<sup>375</sup>**

<u>Zeit</u>		<u>MRD Kronen</u>	<u>MRD FriedensK</u>
Herbst 1914	1. Kriegsanleihe	2,201	1,789
Frühjahr 1915	2. Kriegsanleihe	2,688	1,680
Herbst 1915	3. Kriegsanleihe	4,203	1,860
Frühjahr 1916	4. Kriegsanleihe	4,520	1,341
Herbst 1916	5. Kriegsanleihe	4,468	0,782
Frühjahr 1917	6. Kriegsanleihe	5,189	0,679
Herbst 1917	7. Kriegsanleihe	6,046	0,729
Frühjahr 1918	8. Kriegsanleihe	5,814	0,405
	Zusammen	35,129	9,265

<sup>374</sup> Popovics, S. 173

<sup>375</sup> Winkler, S. 78; der Ertrag belief sich auf 32,955 Milliarden Kronen (Popovics, S.82)

Der Ertrag der 8 österreichischen Kriegsanleihen (in Halbjahresschritten, jeweils Frühjahr und Herbst) zu laufenden Preisen erreichte allerdings 32,955 Milliarden Kronen, welche somit abgeschöpft waren. Parallel dazu verlief die Entwicklung in Ungarn: hier wurden 17 Anleihen für 18,852 Milliarden Kronen emittiert und 17,956 gezeichnet. Zusammen brachten die Kriegsanleihen Österreich-Ungarns folglich 50,91 Milliarden Kronen, was einem Gegenwert von 13,43 Milliarden Goldkronen entspricht.<sup>376</sup>

Der Hauptvorteil der Kriegsanleihe war, dass man zur Kriegsfinanzierung kaum auf Steuererhöhungen zurückgreifen musste, und man die Kosten auf die Zukunft und den hoffentlich besieigten Feind überwälzen konnte.

Die Kriegsanleihen konnten sich lange Zeit großer Beliebtheit erfreuen. Anfangs, weil sie gut verzinst waren und alle Welt glaubte, dass man trotz steigender Preise nach dem Krieg zur Vorkriegsparität zurückkehren würde. Doch auch später, als diese Hoffnung zu schwinden begann, wurden noch kräftig Kriegsanleihen gezeichnet, vor allem auch von der Industrie. Diese konnte oft nicht anders, als „unter dem Druck der Regierung und in Ermangelung anderer vorteilhafter Investitionsmöglichkeiten in [die] Kriegsanleihen“<sup>377</sup> zu investieren. Doch ab der 5. Kriegsanleihe im Herbst 1916 gingen die Erträge zurück – einerseits ein Anzeichen der einsetzenden Erschöpfung, andererseits ein Anzeichen für das sinkende Vertrauen der Geldgeber in die Kriegsanstrengung.

### 5.2.3. Steuern

Die enormen Kriegsausgaben auch nur teilweise über Steuern und Steuererhöhungen zu bestreiten hing in hohem Grade von den bereits vor dem Krieg vorhandenen Steuersystemen ab. Dass Österreich-Ungarn mit seinen Finanzproblemen nicht alleine war, war dabei nur ein schwacher Trost.

„Die kontinentalen Staaten ohne Ausnahmen waren in dieser Beziehung in der gleichen Lage. Die vielen Steuerquellen, aus denen die Finanzen dieser Staaten schöpfen, deren verschiedene Wirkung auf Produktion und in sozialer Beziehung, die gegebenen Möglichkeiten der Überwälzung, die Kompliziertheit ihrer Verwaltung boten kaum überwindbare Schwierigkeiten. England hatte den Vorteil einer sehr entwickelten Besteuerung des Einkommens. Die ohne

---

<sup>376</sup> Popovics, S. 81f; Die Umrechnung der Anleihennominale auf Goldkronen basiert auf der Rechnung Winklers. Da die Kriegsanleiheemissionen bis zur Kriegsmitte die höchsten Erträge zeitigten – die Inflation war auch noch nicht so weit vorangeschritten – und die Erträge dann indirekt proportional zur Inflation zurückgingen, ergibt sich ein Faktor von 3,7896. Überslagsmäßig überprüft hat diese Zahl sicher ihre Richtigkeit. Diese ins Detail nachzuprüfen hätte zu viel vergleichendes Material und Zeit erfordert.

<sup>377</sup> Gratz, S. 177



Verzug in Angriff genommene energische Erhöhung dieser Steuerquelle hat auch ihre guten Früchte getragen. Eine Entwertung des Geldes konnte auch dort nicht vermieden werden. Die Ausnahmestellung der Vereinigten Staaten unter den Kriegführenden einnahmen, ist in erster Linie wohl darauf zurückzuführen, daß letztere viel später in die Reihe der Kriegführenden traten und bis zu ihrem Eintritt sich große Gewinne aus Europa zugeführt haben.<sup>378</sup>

Selbst Großbritannien, welches von allen Hauptkriegsteilnehmern den höchsten Anteil seiner Kriegsausgaben über Steuern deckte, gelang es lediglich, ein gutes Viertel der Kosten über Steuern zu begleichen. Das Vereinigte Königreich hatte freilich auch den Vorteil, das entwickeltste Kapitalsystem zu besitzen, konnte so enorme Kredite aufnehmen und war wie eh und je der Geldgeber seines Bündnisses.

Deutschland vermochte rund 16-18% der Kriegsausgaben über Steuern zu bestreiten, Großbritannien etwa 23-28%.<sup>379</sup> Frankreich hatte den niedrigsten Steuerbeitrag aller Hauptkriegführenden mit lediglich 15%. Italien (23%) und Russland (26%) eignen sich nicht zum direkten Vergleich, da beide Sonderfälle sind: Ersteres trat ein Jahr später in den Krieg ein, letzteres schied ein Jahr früher wieder aus.<sup>380</sup>

Großbritannien war die einzige Großmacht, die eine nennenswerte Einkommenssteuererhöhung durchzusetzen und technisch durchzuführen vermochte, allen anderen gelang das nicht, und die wenigen Steuern die erhöht wurden bzw. neu eingeführte Kriegsgewinnsteuern waren nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Dieser Tropfen konnte den sonstigen Rückgang der Staatseinnahmen, welche sich in der Regel größtenteils auf Verzehersteuern (in Österreich eine fast 50%ige Zuckersteuer), staatlichen Monopolen (in Russland das Wodkamonopol), Staatsbetrieben (oftmals die Eisenbahn) und Zöllen erhielten.

Für Österreich-Ungarn liegen keine auch nur halbwegs exakten Zahlen vor. Nahe liegender weise befindet sich das Habsburgerreich eher am unteren Ende – also in etwa auf dem Niveau Frankreichs.

Spannend ist der Vergleich mit dem letzten Haushaltsjahr Österreichs, 1917/18.

---

<sup>378</sup> Popovics, S. 172

<sup>379</sup> Ferguson, S. 322; Stevenson, S. 220, Hardach, S. 178

<sup>380</sup> Stevenson, S. 221; die russische Zahl scheint allerdings zu hoch zu sein wenn man bedenkt, dass zu den üblichen Steuerausfällen auch noch die Haupteinnahmequelle des russischen Staates versiegt, weil dieser meinte, es sei der Moral dienlich, wenn die Leute weniger Alkohol tranken – die Einnahmen aus dem Wodkamonopol wurden so getilgt.

**Tabelle 47: Österreichisches Budget 1913 und 1917/18<sup>381</sup>**

	1913	1917/18	1917/18 (Friedenskronen)
Einnahmen	3,123	4,194	0,418
Ausgaben	3,461	22,169	2,208

Folglich fielen die Einnahmen real auf 16% des letzten Friedensjahres, die Ausgaben auf 63,8%, wobei der Löwenteil der „Einsparungen“ freilich auf die zivilen Ressorts entfiel.

Setzt man die Zahlen für 1917/18 in ein Verhältnis zueinander, so sind von den Staatsausgaben (2,2 Milliarden) nur 18,93% durch Einnahmen gedeckt. Diese Zahl gilt freilich nicht allgemein für das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben während des Krieges; sie lässt aber wohl die Dimension erahnen.

#### **5.2.4. Kriegskosten**

Addiert man die einzelnen Posten der Kriegsausgaben – 50,91 Milliarden Kronen für die Krieganleihen, 35,7 Milliarden für die Inanspruchnahme der Österreichisch-Ungarischen Bank, Kredite aus dem Ausland (v.a. Deutschland) abzüglich der Kreditvergabe an Verbündete und letztlich noch die Ausgaben aus dem normalen Budget, rund 2-3 Milliarden – so kommt man auf eine Summe von 90 Milliarden Kronen, welche Österreich-Ungarn für den Ersten Weltkrieg ausgab (nominell, also zu laufenden Preisen!). Dabei handelt es sich allerdings nur um die unmittelbaren Kosten, also jene Mittel, welche direkt für den Krieg eingesetzt wurden. Dem gegenüber stehen beachtliche mittelbare Kosten, etwa der Verdienstentgang eines Verwundeten oder gar getöteten Soldaten, oder aber ein durch den Krieg verwüstetes Gebiet.<sup>382</sup>

Insgesamt wurden zu laufenden Preisen also rund 90 Milliarden Kronen für den Krieg flüssig gemacht und im wahrsten Wortsinne verpulvert. Von den 90 Milliarden entfielen über 57 auf Österreich und knapp 33 auf Ungarn. Gratz und Schüller zufolge bedeutet diese Summe 49 Milliarden in Friedenskronen (=Goldkronen).<sup>383</sup> Doch diese Umrechnung von nicht einmal 2:1 scheint zu hoch gegriffen. Näher an der Wahrheit liegt wohl Hardach.<sup>384</sup> Dieser kommt auf eine Summe von 26,48 Milliarden Friedenskronen – Winkler kommt gar nur auf rund 21

---

<sup>381</sup> Winkler, S. 74

<sup>382</sup> Gratz, S. 167

<sup>383</sup> Gratz, S. 167

<sup>384</sup> Hardach, S. 153

Milliarden<sup>385</sup> – was wiederum ein Beispiel für die massiv auseinander klaffenden Unterschiede in den Berechnungen und Angaben widerspiegelt.

Natürlich kann man nun berechnen, wie diese Summe bezahlt wurde.

Am Ende des Krieges war das BIP um rund ein Viertel zurückgegangen.<sup>386</sup> Das durchschnittliche Realeinkommen sank sogar auf etwa die Hälfte. Die Differenz wurde im Krieg verpulvert. Denn die für die Vernichtung bestimmten „Teile des Volkseinkommens gehen in das Realeinkommen der Bevölkerung nicht ein; die Vergrößerung ihres Anteiles bewirkt also gleichfalls eine Verminderung der Einzeleinkommen.“<sup>387</sup> Doch es war nicht nur die laufende Produktion, das BIP, welche für den Krieg aufkam, sondern es fand auch ein Verbrauch des bestehenden Volksvermögens statt. Dieses bestand vor 1914 zum größten Teil aus Immobilien (rund zwei Drittel) und belief sich auf insgesamt rund 95,5 Milliarden Friedenskronen in der österreichischen Reichshälfte, und anteilmäßig hochgerechnet rund 54,5 Milliarden in der ungarischen, zusammen also rund 150 Milliarden Friedenskronen.<sup>388</sup>

Geht man davon aus, dass normalerweise Vorräte in einer Höhe von mindestens 5% (bis maximal 10%) des Volksvermögens vorhanden sind, so ergibt das eine Zahl von 8 Milliarden Friedenskronen, von denen 3/5 im ersten, der Rest im zweiten Kriegsjahr verbraucht wurde. Ferner fand ein Verbrauch des Viehbestandes statt – etwa gleichmäßig auf den Krieg verteilt – in der Größe von rund 2 Milliarden. Dazu kam noch ein Handelsbilanzpassivum von ganz grob 5 Milliarden Friedenskronen. Das Handelsbilanzpassivum kam in nicht unbeträchtlichem Ausmaße dadurch zustande, dass in den besetzten Gebieten requiriert wurde und dafür mit „Reichskassenscheinen“ von stetig abnehmenden Wert gezahlt wurde.<sup>389</sup> Aber auch im neutralen Ausland und in Deutschland wurde eingekauft, was dann entweder mit Krediten bezahlt werden musste oder mit einer Verringerung des Goldbestandes der Notenbank, bedeutet also auch eine Abnahme des Volksvermögens.

Summa summarum wurden also 15,83 Milliarden Friedenskronen, über 10% des Volksvermögens aufgebraucht. Bedenkt man, dass das Volksvermögen zum erheblichen Teil aus unzerstörbarem Grund und Boden bestand und direkte Kriegseinwirkungen nur in Galizien, sonst

---

<sup>385</sup> Winkler, S. 75

<sup>386</sup> Auch hier wieder erhebliche Unterschiede in der Literatur. Z.B. Broadberry, S. 11; Winkler, S. 218 spricht von einem Rückgang um ein Drittel

<sup>387</sup> Winkler, S. 2

<sup>388</sup> Winkler, S. 15f

<sup>389</sup> KA, MS/1.WK-Ca/A8, Beilage 10 und Beilage 2

nur an den Rändern der Monarchie Verwüstungen bedeuteten, so ist klar, dass der Rest einem besonders starkem Verbrauch ausgesetzt war – vor allem die Vorräte und der Viehbestand.<sup>390</sup>

Die restlichen Kriegskosten wurden aus dem laufenden Volkseinkommen bezahlt.

Die Frage die sich nun stellt, ist, wie groß denn dieser Rest war. Hardachs Zahl für die Gesamtkriegsausgaben (26,48 Milliarden Friedenskronen) ist wohl die beste Annäherung an den wahren Wert.<sup>391</sup> Das würde bedeuten, dass zusätzlich zu den 15,83 aus dem Volksvermögen gezahlten Milliarden noch 10,65 aus dem laufenden Volkseinkommen berappt wurden. Es ist nahe liegend, dass der Staat zuerst jene Mittel für den Krieg verwendete, auf welche er am einfachsten zugreifen konnte – und das war nun mal bestehendes Vermögen, also vor allem Vorräte und Vieh sowie auch Einfuhren aus dem Ausland. In einem Land, wo der größte Wirtschaftssektor immer noch die Landwirtschaft war (wobei hier wiederum die Subsistenzwirtschaft überwog) und es auch kein ausgeprägtes Einkommenssteuer- oder Kapitalsystem gab und es infolgedessen äußerst schwierig war, auf das Volkseinkommen außerhalb bestimmter Sektoren wie etwa der zentralisierten Rüstungsindustrie zuzugreifen, musste eben überwiegend bestehendes Vermögen verbraucht werden; erst der zweite Faktor war dann das laufende Volkseinkommen.

Man könnte jetzt noch die indirekten Kosten berechnen – etwa den Verdienstentgang verwundeter oder getöteter Soldaten, oder wie sich die Wirtschaft ohne den rein ökonomisch betrachtet sinnlosen Krieg denn entwickelt hätte. Da es sich dabei aber oft um „was wäre, wenn...?“ Fragen handeln würde, welche in diesem Fall für die vorliegende Arbeit kaum Erkenntnisgewinn brächten, sieht der Autor davon ab.

Winkler kommt auf eine Summe, welche immerhin nicht enorm von jener Hardachs abweicht.<sup>392</sup> Und obwohl die folgende Tabelle nur die westliche Reichshälfte betrifft, kann man die Zahlen freilich wieder für Ungarn hochrechnen.

---

<sup>390</sup> Winkler, S. 78ff

<sup>391</sup> Gratz und Schüller greifen auf andere Zahlen zurück (eine Berechnung Teleszkys) und kommen auf Kriegskosten von 49 MRD Friedenskronen, was laut ihrer Berechnung das 2,5fache des letzten Volkseinkommens vor dem Krieg gewesen wäre. S. 168; Teleszky kommt auf einen um so viel höheren Wert der Krone, weil er auf die Wechselkurse zurückgreift, die allerdings nicht repräsentativ sind. Denn diese konnten auf den ausländischen Märkten aufgrund der geringen Summen leicht manipuliert werden (S. 182). Repräsentativer sind die Zahlen Winklers, der die tatsächliche Kaufkraft, den realen Wert der Währung, im Inland misst. (Gratz, S. 171)

<sup>392</sup> Welche allein durch eine andere Berechnung der Inflation zustande kommen könnte. Denn wie berechne ich Ausgaben bei galoppierender Inflation in Goldparität. Nehme ich einen Jahresschnitt? Und wenn ja, für welches Jahr? Für das Kalenderjahr 1915, oder etwa für das erste Kriegsjahr 1914/15? Oder führe ich gar eine monatliche Inflationsberechnung durch?

**Tabelle 48: Kriegsausgaben Österreichs in Millionen Kronen<sup>393</sup>**

	1914/15	1915/16	1916/17	1917/18
Quotenbeiträge für die Wehrmacht	6.051,7	9.322,1	11.579,7	12.000
Fürsorge für Kriegsbeschädigte	0,002	2,6	11,1	14
Fürsorge für Kriegsflüchtlinge	68,7	192,3	715,4	950
Unterhaltsbeiträge	590,6	1.426,5	1.744,5	3.432
Wiederaufbau des Kriegsgebietes	–	0,8	183	538,1
<u>Kriegsschuldendienst</u>	<u>371</u>	<u>490</u>	<u>960</u>	<u>1.702</u>
Summe	7.082	11.434,3	15.193,7	18.636,1

**in Millionen Friedenskronen**

Quotenbeiträge für die Wehrmacht	4.353,7	3.203,5	1.781,5	1.195,2
Fürsorge für Kriegsbeschädigte	0,001	0,9	1,7	1,4
Fürsorge für Kriegsflüchtlinge	49,4	66,1	110,1	94,6
Unterhaltsbeiträge	424,9	490,2	268,4	341,8
Wiederaufbau des Kriegsgebietes	–	0,3	28,2	53,6
<u>Kriegsschuldendienst</u>	<u>267</u>	<u>168,4</u>	<u>147,7</u>	<u>169,5</u>
Summe	5.095	3.929,4	2.337,6	1.856,1

Eines fällt sofort auf: die Kriegsanstrengung war stark abnehmend, und das nicht erst seit 1916/17. Wurden im ersten Kriegsjahr noch über 5 Milliarden Friedenskronen für den Krieg flüssig gemacht, so sank diese Summe im zweiten Kriegsjahr bereits um ein gutes Fünftel, um dann nochmals auf weniger als die Hälfte abzusacken; im letzten Kriegsjahr schließlich wurde nur noch ein starkes Drittel der Ausgaben von 1914/15 getätigt.

Rechnet man zu den Ausgaben Österreichs (52,346 Milliarden ~ 13,218 MRD Friedenskronen) Ungarns Ausgaben quotenmäßig hinzu (29,837 MRD ~ 7,534 MRD Friedenskronen), so erhält man eine Summe von 82,183 Milliarden Kronen, oder 20,752 Milliarden Friedenskronen. Da Winkler auch das österreichisch-ungarische Volkseinkommen im letzten Friedensjahr niedriger ansetzt – knapp unter 20 Milliarden – kann man feststellen, dass das Habsburgerreich etwas mehr als ein gesamtes Friedensjahrvolkseinkommen für über 4 Jahre Krieg aufwendete.

<sup>393</sup> Winkler, S. 75

Auch nach einer anderen Berechnung kommt man auf eine Summe von über 20 aber deutlich unter 30 Milliarden Friedenskronen. Rechnet man den Ertrag der Kriegsanleihen (13,43 MRD) plus jenen der Notenbankverschuldung (8,02 MRD), zusammen 21,45 Milliarden, und addiert eine grobe Schätzung für die über Steuern finanzierte Ausgaben (15% = 3,2 MRD) so kommt man auf ein Endergebnis von 24,67 Milliarden Friedenskronen.

Interessant ist aber noch der Vergleich mit den anderen Kriegführenden.

**Tabelle 49: Direkte Kriegsausgaben in Milliarden US-Dollar zu laufenden Preisen<sup>394</sup>**

Österreich-Ungarn	13,4
Deutschland	47
<u>Bulgarien und Türkei</u>	<u>1,1</u>
Summe Mittelmächte	61,5
Großbritannien	43,8
Britisches Empire, ohne GB	5,8
Frankreich	28,2
Russland	16,3
Italien	14,7
USA	36,2
<u>Andere</u>	<u>2</u>
Summe Alliierte	147
Summe gesamt	208,5

Auch hier wiederum bemerkt man die zwei Gruppen (wenn man von den kleineren Verbündeten absieht): die ökonomisch stärkere Gruppe bestehend aus Deutschland, Großbritannien, USA und schließlich Frankreich; und die weniger leistungsfähige Gruppe mit Russland, Österreich-Ungarn und Italien.

<sup>394</sup> Stevenson, S. 224; Hardach, S. 153; Umzurechnen in Kronen indem man die Dollarzahl umrechnet erst in Dollar nach Vorkriegsparität (dividiert durch 2,53) und dann mit 5 multipliziert (1 Dollar = fast 5 Kronen)

Die Mittelmächte gaben also zusammen weniger als die Hälfte der Summe der Alliierten aus. Dies ist ein wichtiger Indikator dafür, dass Geld bzw. Kapital in seiner Gesamtheit nicht so kriegsentscheidend ist, wie das noch in der frühen Neuzeit der Fall ist. Freilich, Geld spielt schon eine Rolle und die Alliierten haben ja auch letztlich gewonnen. Denn Kapital ist nicht gleich Kapital. Um ein denkbare Beispiel anzuführen: der ökonomische Wert der deutschen chemischen oder der Stahlindustrie mag zwar in Friedenszeiten geringer sein als etwa jener der englischen Textilindustrie; im Krieg jedoch hat erstere einen weit höheren Wert, wenngleich dieser nicht ökonomisch, sondern militärisch und für die Kriegsanstrengung zu messen ist.

Der Krieg war bis ins Frühjahr 1918 spannend, da noch nicht klar war wer letztlich als Sieger hervorgehen würde. Jedenfalls aber kämpften die Mittelmächte ökonomisch effizienter, wohl aber nur zum Teil aufgrund tatsächlich größerer Effizienz, sondern vielmehr aufgrund der vor dem Krieg erfolgten höheren Investition in die für den Krieg entscheidenden Sparten, insbesondere in die Schwerindustrie. Diese Investition war nicht militärisch oder politisch motiviert, sondern rein zufällig – es wurde schlicht dort investiert wo sich die privaten Investoren die besten Gewinne versprochen. Das dies eben im deutschen Fall vor allem in der Schwerindustrie der Fall war, ist zwar militärisch relevant gewesen, war aber eben ein reiner Zufall, bedingt durch solche natürlichen Begebenheiten wie große deutsche Kohlevorkommen, das deutsche Wirtschaftswachstum vor 1914, den größeren Markt und das größere Wachstumspotential aufgrund einer größeren und stärker wachsenden Bevölkerung.

Da der Krieg zudem hauptsächlich auf dem Territorium der Alliierten geführt wurde, was bedeutete, dass etwaige Kriegsschäden auf deren Gebiet entstanden, und die Mittelmächte ökonomisch betrachtet weit effizienter im Töten feindlicher Soldaten waren, zeigte das in aller Klarheit, dass die Mittelmächte im Ganzen betrachtet effizienter waren und Geld zwar immer noch eine große, wenngleich aber nicht entscheidende Rolle spielte.

Vergleichen wir die Kriegsausgaben mit der weiter oben angeführten Tabelle der BIPs vor dem Krieg, ergeben sich interessante Rückschlüsse. So erwirtschaftete die deutsche Volkswirtschaft vor dem Krieg zwar 2,4 mal soviel wie die habsburgische, doch Deutschland konnte insgesamt 3,5 mal soviel Kapital für den Krieg verflüssigen als Österreich-Ungarn – Zeichen seines höheren Entwicklungsgrades, seines stärkeren Kapitalsystems und der höheren Kriegsrelevanz seiner Wirtschaft.

Zur Erklärung der natürlichen Beschränkungen kommt noch jene der politischen, wenngleich angemerkt werden muss, dass auch andere Großmächte mit solcherlei Problemen zu kämpfen hatten. Dennoch, Herwig bringt es auf einen Punkt:

„Austria-Hungary, for political reasons before 1914 had neither exploited its manpower reserves nor tapped its tax base for military procurement. Traditional and deeply entrenched inertia by both the crown and the imperial and royal bureaucracy both militated against mobilization of men and material for fear that reform could usher in the long expected demise of the Dual Monarchy. While Austrians and Hungarians eyed each other with suspicion over every Krone spent and wrangled over every ton of grain or coal produced, Czechs and Poles, Ruthenians and Romanians, Croats and Serbs, Slovenes and Slovaks, Italians and Moslem Slavs increasingly questioned their commitment to the Empire. Any attempt to put 51 million subjects on ‘total war’ footing, bureaucrats in Budapest and Vienna agreed, was out of the question. And yet the war demanded ever greater amounts of blood and treasure.”<sup>395</sup>

### **5.3. „Maximum slaughter at minimum expense“<sup>396</sup>**

Dies ist die Maxime der Kriegswirtschaftspolitik. Freilich, der Spruch war neu, die ihm zu Grunde liegende Wahrheit denkbar alt. Doch da so viel schönes Datenmaterial vorhanden ist, lohnt es sich, „slaughter“ und „expense“ in Relation zu setzen und dann die Bündnisse zu vergleichen.

Die Mittelmächte töteten etwa 5,5 Millionen Gegner, aber verloren selbst nur 4 Millionen. Beide Bündnisse nahmen etwas weniger Soldaten gefangen, als sie töteten – auch hier eine Überlegenheit der Mittelmächte. Die Kriegsausgaben der Entente waren mit 140 Milliarden Dollar<sup>397</sup> rund doppelt so hoch wie jene der Mittelmächte. Daraus ergibt sich, was Ferguson die „integrierte Kriegseffizienz“ nennt: die Mittelmächte mussten über 11.000 Dollar aufwenden, um einen gegnerischen Soldaten ins Jenseits zu befördern, die Entente hingegen mit über 36.000 Dollar mehr als dreimal so viel.<sup>398</sup> Die Mittelmächte waren also weit effizienter, wenn es darum ging, Soldaten zu terminieren; und dennoch: es reichte nicht, die Wirtschaftskraft aller Alliierten zusammen war noch weit größer als die Effizienz der Mittelmächte es erlauben konnte. Die zynische Ironie bei der ganzen Sache ist, dass kein Soldat ökonomisch so viel wert war, wie es kostete ihn zu töten. Der Krieg – eine Fehlkalkulation?

---

<sup>395</sup> Herwig, S. 234

<sup>396</sup> Hancock, W.K.: „Four Studies of War and Peace“, Cambridge University Press, Cambridge 1961; das Zitat stammt von Bertrand Russell – oder etwa doch von John Maynard Keynes?

<sup>397</sup> Wiederum eine andere Berechnung, diesmal von Ferguson

<sup>398</sup> Ferguson (deutsche Ausgabe), S. 309



## 5.4. Handelsbilanz und Blockade

Selbstverständlich trug die Blockade zur Niederlage der Mittelmächte bei, jedoch werden deren Auswirkungen auf die Mittelmächte oft überschätzt. Schließlich machte der Außenhandel schon im Frieden nur einen Bruchteil des BIPs aus.<sup>399</sup>

Die Zahlen für die Handelsbilanz Österreich-Ungarns sprechen eine eindeutige Sprache:

**Tabelle 50: Handelsbilanz Österreich-Ungarns in Milliarden Friedenskronen<sup>400</sup>**

	1913	1914	1915	1916	1917	1918
Einfuhr	3,51	2,79	2,09	1,46	0,66	0,3
Ausfuhr	2,99	2,09	0,78	0,39	0,23	0,13
A - E	-0,52	-0,69	-1,32	-1,07	-0,42	-0,17

Natürlich fällt auf, dass der Außenhandel Österreich-Ungarns zurückgeht. Doch es fällt ebenso auf, dass die Ausfuhren in weit dramatischerer Dimension sinken als die Einfuhren, welche bis zu einem gewissen Grad schlicht auf Neutrale verlagert wurden.<sup>401</sup> Die Volkswirtschaft der Doppelmonarchie war schlicht nicht mehr in der Lage, mittels der eigenen Wirtschaftsleistung Güter zu produzieren, die ans Ausland verkauft werden konnten, um damit Devisen zu erwirtschaften, um so die Einfuhren zu decken; oder alternativ genug Vertrauen der Investoren in die eigene Leistungsfähigkeit aufzubauen, um mehr Kapital (und Importe) in die eigene Kriegsanstrengung zu investieren. Das bedeutete den Abfluss von Geld (insbesondere den Metallschatz der Notenbank), um das Handelsbilanzdefizit ausgleichen zu können. Das bedeutete auch, dass sich die Donaumonarchie selbst ohne die Blockade schwer getan hätte, aus dem Ausland zuzukaufen.

Ging das Importvolumen von 1913 auf 1915 um zwei Fünftel zurück, um dann ausgehend von 1913 nochmals um ein Fünftel zu sinken, so stürzte es in den letzten beiden Kriegsjahren bis 1918 auf weniger als ein Zehntel von 1913 ab. Doch in der ersten Kriegshälfte gab es noch einen florierenden – wenngleich eingeschränkten – Handel, vor allem wenn man bedenkt, dass die Lücke zwischen Importen und Exporten immer weiter auseinanderklaffte und so immer mehr eingeführt als ausgeführt werden konnte. Hier gilt Ähnliches wie für die Produkti-

<sup>399</sup> Ferguson, S. 252; Stevenson, S. 246

<sup>400</sup> Winkler, S. 62; die Zahlen für 1918 umfassen lediglich die ersten 10 Monate

<sup>401</sup> Ferguson, S. 253

on: es werden immer mehr Artikel eingeführt, welche ökonomisch unproduktiv sind und lediglich dem Verzehr durch den Kriegsbedarf dienen.<sup>402</sup>

In Deutschland vor dem Krieg betrug der Anteil der Importe am BIP rund 20% (Österreich-Ungarn 13%), jener der Exporte rund 18% (Österreich-Ungarn 11%). Die Importe gingen bis 1918 zwar um 2 Drittel zurück, aber die Exporte sanken noch viel stärker. Insgesamt erzielte das Deutsche Reich während des Krieges einen Importüberschuss von über 14 Milliarden Friedenskronen. Die habsburgische Vergleichszahl liegt bei unter 4 Milliarden, also rund ein Viertel der deutschen. Zum Vergleich: auch die britischen Importe gingen von 1913 bis 1917 von 55 auf 37 Millionen Tonnen zurück.<sup>403</sup>

Gemessen an einem BIP von 27 Milliarden Kronen war also der Außenhandel zwar bedeutend, sollte aber auch nicht überbewertet werden.

**Tabelle 51: Außenhandel in Millionen Tonnen<sup>404</sup>**

	1913	1914	1915	1916	1917
Einfuhr	22,97	17,22	13,74	18,38	15,77
Ausfuhr	18,98	14,37	9,79	9,24	7,09
A – E	-3,99	-2,85	-3,95	-9,14	-8,68

Diese Statistik verrät uns, dass die Handelsbilanz des Habsburgerreiches sich nicht nur volumsmäßig veränderte, sondern auch in ihrer Zusammensetzung. Gehen die Importe ihrem Wert nach von 1915 auf 1916 weiter zurück, so steigen sie gemessen am Volumen. Dies geschah aufgrund der größer werdenden Bedeutung der Lebensmittelimporte, welche 1916 eine besondere und ausnahmsweise Größe erreichten – insbesondere die Importe aus Rumänien. Während sich das Handelsbilanzdefizit bis 1917 gemessen am Volumen mehr als verdoppelte, weil die Exporte (fast minus zwei Drittel) weit stärker absackten als die Importe (minus ein Drittel), ergibt sich dem Wert nach ein anderes Bild: die Importe gingen bis 1917 um vier Fünftel zurück, die Exporte gar um mehr als neun Zehntel. Besonders hier sieht man die Erschöpfung: seit 1917 ist Österreich-Ungarn nicht mehr in der Lage, ein hohes Handelsbilanzdefizit zu finanzieren – auch wenn es die Blockade nicht gegeben hätte, wären der Handel spätestens jetzt auf kriegsnatürliche Art und Weise zusammen gebrochen.

---

<sup>402</sup> Popovics, S. 112ff

<sup>403</sup> Hardach, S. 41f; S. 57

<sup>404</sup> Winkler, S. 61; keine Zahlen für 1918 vorhanden

**Tabelle 52: Außenhandel Österreich-Ungarns in tausend Tonnen, Länderauswahl<sup>405</sup>**

<b>Einfuhr</b>		
<u>Länder</u>	<u>1913</u>	<u>1917</u>
Deutschland	16.576	12.047
Frankreich	53	2
Großbritannien	1.074	0,2
Italien	644	0,2
Russland	753	1.152
Rumänien	766	1.479
Schweden	786	449
Niederlande	97	105
USA	377	2
Serbien	56	158

  

<b>Ausfuhr</b>		
<u>Länder</u>	<u>1913</u>	<u>1917</u>
Deutschland	12.226	6.688
Frankreich	215	-
Großbritannien	646	-
Italien	2.011	-
Russland	713	60
Rumänien	611	16
Schweden	20	12
Niederlande	50	41
USA	179	-
Serbien	248	71

Österreich-Ungarn war von seinem mit Abstand größtem Handelspartner, Deutschland, keineswegs abgeschnitten. Der Handel mit anderen Ländern wie etwa Frankreich, aus denen man nicht mehr beziehen konnte, war ohnehin schon vor dem Krieg gering gewesen. Und mit manchen Ländern wurde im Krieg sogar mehr gehandelt als davor – natürlich alle besetzten Gebiete (hier ist Handel aber oftmals ein Euphemismus für Requisition), aber auch mit man-

---

<sup>405</sup> Winkler, S. 66; Popovics, S. 112ff

chen noch zugänglichen Neutralen. Zwar kam der Überseehandel zum Erliegen, aber der war sowieso relativ gering gewesen.

Somit bedeutete die Blockade zwar eine lästige Beschränkung und eine zusätzliche Strapaze für die ohnehin schon beanspruchten Volkswirtschaften der Mittelmächte; allerdings war sie nicht der entscheidende Schlag, der die Mittelmächte niederstreckte. Im Gegenteil, das Handelsbilanzdefizit wuchs, es konnte stets mehr importiert als exportiert werden. Der Vergleich mit den anderen europäischen Mächten zeigt, dass Österreich-Ungarn prozentuell (gemessen am Gesamtaußenhandelsaufkommen) auf einem Niveau mit Großbritannien, Deutschland und Russland befand, aber Italien und Frankreich weit höhere Handelsbilanzdefizite einfahren konnten. Freilich, alles ausgehend von geringerem Außenhandel, weswegen in absoluten Zahlen und gemessen in Prozent des BIP Großbritannien natürlich das größte Defizit fahren konnte.<sup>406</sup> Aber die Mittelmächte waren schon vor dem Krieg viel weniger auf Außenhandel angewiesen gewesen, besonders nicht auf den im Krieg unterbundenen Seefernhandel.<sup>407</sup>

Broadberrys Werk erklärt ausgezeichnet die Dilemmata der habsburgischen Volkswirtschaft, ihm sei daher das Schlusswort gegönnt:

„[A]part from a brief rise in Austria in 1914-15, the debt/GDP ratio remained barely above peacetime levels [over 2/3 of GDP] and, in the Austrian case, even fell below this in the last year of the war. This demonstrates clearly the constraints that a relatively small, underdeveloped capital market placed upon the ability to sustain wartime borrowing. [...]

[It is important to note] how large a trade deficit a country can run as a means to augment its resources for fighting the war. In the Habsburg case, the increment to domestic product was small indeed. Whether measured in nominal or real terms, the wartime deficit accounted only for between 2 per cent and a maximum of 5 per cent of GDP – in terms of percentage points, and ignoring the vast absolute differences in foreign trade and national product, this was about one-seventh to one-half of the additional resources made available to the British war economy through merchandise trade. In short, the Habsburg Empire's war effort was subject to a strong balance of payments constraint that was effective at a low level of net imports.“<sup>408</sup>

---

<sup>406</sup> Ferguson, S. 254

<sup>407</sup> Stevenson, S. 246

<sup>408</sup> Broadberry, S. 101ff

## Abschlussbetrachtung

Die Kriegsanstrengung Österreich-Ungarns war gewaltig gewesen – insbesondere was das subjektive Empfinden weiter Teile der Bewohner der Doppelmonarchie betraf. Zwar war die Mobilisierung der Wirtschaftskraft gemessen am Anteil des Volkseinkommens bei den höher entwickelten Volkswirtschaften größer gewesen; doch verglichen mit Italien und Russland war die habsburgische Kraftanstrengung größer gewesen, was umso erstaunlicher ist, als das Habsburgerreich die größten Strapazen ertragen musste – nämlich den ganzen Krieg hindurch; Italien war ja erst im zweiten Kriegsjahr eingesprungen und Russland ein Jahr früher wieder ausgeschieden.

Der geringere Entwicklungsgrad Österreich-Ungarns machte es für den Staat schwieriger, Ressourcen für den Krieg zu mobilisieren, was auch für die beiden anderen agrarisch strukturierten Länder – Italien und Russland – galt. Man muss sich immer vergegenwärtigen, dass ein höherer Entwicklungsgrad der Volkswirtschaft zugleich auch einen höheren Organisationsgrad bedeutet, was wiederum den Staatszugriff erleichtert.

Im offensichtlich kriegswichtigsten Wirtschaftssektor, der Schwerindustrie, gelang dem Habsburgerreich bis 1916 eine Produktionssteigerung von gut einem Drittel im Vergleich zur Vorkriegszeit. Vergleichbares gelang nur Italien, aber ausgehend von einem viel niedrigeren Niveau und gestützt auf subventionierte Importe der Westalliierten, insbesondere Großbritanniens.

Österreich-Ungarn erbrachte damit eine respektable, ja sogar erstaunliche Leistung. Freilich, verglichen mit der deutschen Stahlproduktion von 15-20 Millionen Tonnen jährlich wirkten die habsburgischen 3,6 (im besten Jahr) eher bescheiden. Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, dass Österreich-Ungarn seine Produktion wesentlich steigern konnte, was kaum einem anderen Kriegführenden gelingen wollte. Beispielsweise vermochte es gerade die leistungsfähige deutsche Wirtschaft eben nicht, die unsichtbaren Schranken zu durchbrechen und wesentlich mehr Stahl zu erzeugen als vor dem Krieg.

Ähnliches kann man auch über die habsburgische Leistung bei der Aufbringung von „Menschenmaterial“ sagen. Die Soldaten kämpften in aller Regel brav – und das trotz erheblich schwerwiegenderer Entbehrungen als etwa die deutschen, britischen und französischen Soldaten hinnehmen mussten. So war es etwa erstaunlich, dass die Soldaten bei der katastrophalen Versorgungslage 1918 überhaupt noch kämpften. Ein Sinnbild für den Verfall sind die Solda-

ten, die bei der letzten Oktoberschlacht 1918 an der italienischen Front in Unterwäsche kämpften, da die Uniformfetzen, über die sie noch verfügten, beim besten Willen sich nicht mehr als Uniform eigneten.<sup>409</sup>

Es gab lediglich eine auffallende Tendenz gewisser Mannschaften – tatsächlich oftmals slawische – relativ leicht gefangen zu gehen. Das war in wenigen Fällen Landesverrat, meist war es dadurch erklärlich, dass die militärischen Führer Deutsch sprachen, die Truppe aber nicht. Folglich waren es in der ersten Linie Kommunikationsprobleme, welche ein etwaiges schlechteres Abschneiden im Truppenvergleich ausmachten – und natürlich die allgemeine viel schlechtere materielle Situation. Doch seine Völker waren dem alten Kaiser in den Krieg gefolgt, so wie einst Bismarck gemutmaßte hatte.

Das Transportsystem litt unter der allgemeinen sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation. General der Infanterie Krauß sieht die Kausalkette so: vor allem aufgrund der schlechten Ernährungslage sei die Leistung der Bergarbeiter seit 1916/17 immer weiter zurückgegangen; infolgedessen sei weniger Kohle produziert worden, was zu einer allgemeinen Kohleverknappung führte, die sich am stärksten auf das Transportsystem niederschlug und dann auf alle anderen Bereiche, die nun nur mehr über mangelhafte Transportkapazitäten verfügten<sup>410</sup> – womöglich, weil aufgrund staatlicher Planung und der weitgehenden Ausschaltung der Märkte nicht klar war, wo Investitionen (oder etwa Kohlezuteilungen) denn am nötigsten gewesen wären. Die schlechte Verteilung der vorhandenen Ressourcen ist wohl die wichtigste Erklärung. Schuld daran ist einerseits die rückständige Wirtschaftsstruktur des Habsburgerreiches; andererseits aber eben das Verteilungssystem: selbsternannte und auch tatsächliche Experten sind beim besten Willen nicht in der Lage, Ressourcen ebenso effizient geschweige denn besser zu verteilen als der Markt – ein Faktum, dass den meisten Menschen damals auch klar war. Warum man dennoch zum Staats- und Kriegssozialismus als Instrument greifen musste, ist wiederum leicht erklärlich: die durch die Preisanstiege (zuerst und vor allem bei Lebensmitteln) bewirkten sozialen Spannungen mussten irgendwie umgangen werden. Und da der zu verteilende Kuchen – das Volkseinkommen – infolge der Zerrüttung der Volkswirtschaft durch den Krieg schrumpfte, und von diesem kleineren Kuchen dann auch noch ein großer Teil für den Kriegsbedarf abgezweigt wurde, sank das reale Einkommen der Menschen derart ab, dass es zu Verteilungskonflikten kommen musste. Die Staatsführung urteilte, dass man

---

<sup>409</sup> KA, MS/1.WK-Ca/A14: General d.I. Krauß: „Die Phasen der militärischen Kriegswirtschaft“, S. 113

<sup>410</sup> KA, MS/1.WK-Ca/A14: General d.I. Krauß: „Die Phasen der militärischen Kriegswirtschaft“, S. 96

diese Verteilung aus politischen Gründen nicht dem Markt überlassen konnte, sondern dass der Staat den radikalen Schritt setzen musste, planwirtschaftlich einzugreifen.

Die Staatsfinanzen ergeben das übliche Bild des im Vergleich zu den Westalliierten und Deutschland geringeren Entwicklungsgrades der Donaumonarchie. Anhand der Inflation erkennt man allerdings den höheren Grad der habsburgischen Kriegsanstrengung – nicht in absoluten Zahlen, weil andere Länder weit mehr Geld ausgaben, sondern relativ, weil Österreich-Ungarn eine viel stärkere Geldentwertung in Kauf nahm (bzw. nehmen musste), als das bei den meisten anderen Hauptkriegführenden der Fall war. Alle Großmächte finanzierten den Krieg nur teilweise über Steuern, in der Hauptsache aber über Schulden, welche überwiegend gedeckt waren durch Kriegsanleihen; ein Teil der Schuld war aber nicht gedeckt, sondern die Notenbank hatte dem Staat schlicht Geld zur Verfügung gestellt. Diese ungedeckte Schuld war im Falle Österreich-Ungarns größer als bei den meisten anderen Mächten.

Der gewaltige Schub des Staatszugriffes auf das Einkommen und Vermögen seiner Bürger, sowie auch auf deren Leib und Leben – kurz: der Kriegssozialismus – fand in allen Krieg führenden Ländern statt. Was die Ausgangsbasis von 1913 betraf, schlug sich allerdings kaum eine Großmacht so gut und so effizient wie Österreich-Ungarn, vor allem wenn man bedenkt, mit welch schweren Hypotheken dieses belastet war, welche alle anderen zumindest weitgehend unberührt ließen; ein Beispiel wären die Kommunikationsprobleme, welche dem Vielvölkercharakter des Habsburgerreiches zuzuschreiben sind.

Das ist ein ganz wesentliches Fazit, darum sei es nochmals wiederholt: gemessen am Ausgangsniveau von 1913 und den jeweiligen Vor- und Nachteilen der verschiedenen Länder gab es keine Großmacht, die die Strapazen erfolgreicher meisterte als Österreich-Ungarn. Dies wird oft durch die Tatsache verwischt, dass das Habsburgerreich nicht nur ganz augenscheinlich den Krieg verlor, sondern sich an dessen Ende sogar auflöste. Denn die zu ertragenden Strapazen und deren Auswirkungen (Inflation, Hunger,...) waren in keinem Land so ausgeprägt wie in Österreich-Ungarn – außer vielleicht in Russland, und das kollabierte bereits 1917; und das, was der Staat von der geringen Ressourcenbasis herauszuholen imstande war, erreichte durchwegs beachtliche Ausmaße. Bestes Beispiel dafür ist die bis 1916 sogar deutlich über das Vorkriegsniveau gestiegene Stahlproduktion, einer der kriegswichtigsten Ressourcen.

Interessant für die Nachwirkung des Krieges ist noch anzumerken, dass der Sozialismusschub, den der Erste Weltkrieg bedeutet hatte – dieser war Katalysator für eine Entwicklung, welche längst in Gang war – nie mehr rückgängig gemacht werden konnte. Zwar könnte man berechtigterweise die gesamte Zwischenkriegszeit unter dem Titel des „Versuchs der Rückkehr in die gute alte Zeit vor 1914“ zusammenfassen, doch das misslang deutlich, nicht zuletzt weil sich die realsozialistische und planwirtschaftliche Erfahrung in den Köpfen der Menschen eingenistet hatte – und freilich auch, weil die Länder nach 1918 eine weit höhere Staatsquote als in der Vorkriegszeit haben musste, um die Kriegsschäden zu beseitigen und den gewaltigen Schuldenberg zu bedienen, den alle angehäuft hatten. Der Zweite Weltkrieg – in fast jeder Hinsicht größer und totaler als der Erste – besorgte dann den Rest. Danach sank die Staatsquote kaum mehr irgendwo unter 30%, was freilich aus heutiger Sicht wohl vielen als allzu „neoliberal“ erscheinen würde, aber im Vergleich zu 1913, als der Schnitt rund 15% betrug, doch immerhin eine Verdoppelung bedeutete.

Obwohl oder gerade weil sich Österreich-Ungarn im Bündnis mit Deutschland so gut geschlagen hatte, ging das „liberale Zeitalter“ in einem großen Knall zugrunde. Was nachwirkt sind die Lehren aus der Geschichte und die Freude des Historikers am überreichen Aktenmaterial und zahlreichen bis heute ungeklärten Forschungsfragen...



# Anhang

## *Literatur*

### Primärquellen

#### **Akten des Kriegsarchivs Wien**

k.u.k. Kriegsministerium (Jahr und Karton):

1915: 376, 427, 509, 761, 1.146,

1917: 940, 1.023

1918: 999, 758

(Band): 6.997, 6.601

1918/19: 999, 13.825

Zentraltransportleitung (Karton):

40, 41, 332, 7.552

k.u.k. Armeeoberkommando

AOK, Op. Nr. 14190, 14340, 35028, 25844, 103150,

Quartier-Abteilung, Op. Nr. 2259

k.k. Ministerium für Landesverteidigung (Jahr und Karton)

1915: 104, 431, 586, 587, 1.703, 1.704, 1.904

Manuskriptsammlung Erster Weltkrieg (Nummer)

Carnegiestiftung: 1-6, 7-13, 14-20

Technik im Weltkrieg: 102

### **Sekundärliteratur**

**Carnegie-Stiftung, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges : Österreichische und ungarische Serie (Adler bis Winkler):**

**Adler**, Emanuel (Hrsg.): „Die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Kriege“, Hölder-Pichler-Tempsky, Wien 1927

**Gratz**, Gusztáv; **Schüller**, Richard: „Der wirtschaftliche Zusammenbruch Österreich-Ungarns. Die Tragödie der Erschöpfung“, Hölder-Pichler-Tempsky, Wien 1930

**Gratz**, Gusztáv; **Schüller**, Richard: „Die äußere Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns“, Hölder-Pichler-Tempsky, Wien 1925

**Homann-Herimberg**, Emil: „Die Kohlenversorgung in Österreich während des Krieges“, Hölder-Pichler-Tempsky, Wien 1925

**Kerchnawe**, Hugo: „Die Militärverwaltung in den von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebieten“, Hölder-Pichler-Tempsky, Wien 1928

**Loewenfeld-Russ**, Hans: „Die Regelung der Volksernährung im Kriege“, Hölder-Pichler-Tempsky, Wien 1926

**Pirquet**, Clemens: „Volksgesundheit im Krieg“, Hölder-Pichler-Tempsky, Wien

**Popovics**, Alexander: „Das Geldwesen im Kriege“, Hölder-Pichler-Tempsky, Wien 1925

**Redlich**, Josef: „Österreichische Regierung und Verwaltung im Weltkriege“, Hölder-Pichler-Tempsky, Wien 1925

**Riedl**, Richard: „Die Industrie Österreichs während des Krieges“, Hölder-Pichler-Tempsky, Wien 1932

**Spann**, Othmar: „Bibliographie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. umfassend die Erscheinungen in deutscher Sprache über die gemeinsame Kriegswirtschaft der österreichisch-ungarischen Monarchie, die besondere Kriegswirtschaft Österreichs 1914 - 1918 und die Nachkriegswirtschaft der Republik Österreich 1918“, Hölder-Pichler-Tempsky, Wien 1923

**Enderes**, Bruno; **Ratzenhofer**, Emil; **Höger**, Paul: „Verkehrswesen im Kriege“, Hölder-Pichler-Tempsky, Wien 1931

**Winkler**, Wilhelm: „Die Einkommensverschiebungen in Österreich während des Weltkrieges“, Hölder-Pichler-Tempsky, Wien 1930

## **Deutsche Serie**

**Goebel, Otto:** „Deutsche Rohstoffwirtschaft im Weltkrieg. Einschließlich des Hindenburg-Programms“, Deutsche Verlagsanstalt, Berlin 1930

---    ---    ---    ---    ---    ---    ---    ---    ---    ---

**Aly, Götz:** „Hitlers Volksstaat. Raub, Rassekrieg und nationaler Sozialismus“, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 2006

**Artner, Gerhard:** „Die österreichischen Eisenbahnen im Weltkrieg“, Diplomarbeit an der Hochschule für Welthandel, Wien 1973

**Broadberry, Stephen; Harrison, Mark (Hrsg.):** „The Economics of World War I“, Cambridge University Press, Cambridge 2005

**Broucek, Peter:** „Ein General im Zwielficht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau“, Hermann Böhlaus Nachfahren, Graz 1980

**Citino, Robert M.:** „The German Way of War. From the Thirty Years' War to the Third Reich“, University Press of Kansas, Lawrence 2005

**Cornwall, Mark (Hrsg.):** „The last years of Austria-Hungary. A multinational experiment in early twentieth-century Europe“, University of Exeter Press, Exeter 2002

**Crevelld, Martin van:** „Supplying War. Logistics from Wallenstein to Patton“, Cambridge University Press, New York 2007

**Crevelld, Martin van:** „The Changing face of War. Lessons from Combat, from the Marne to Iraq“, Presidio Press, New York 2005

**Czibulka, Anton:** „Weltkrieg und Eisenbahn. Selbsterlebtes aus den Jahren 1914-1918“, im Selbstverlage des Verfassers, Wien 1922

**Deák, István:** „Der K.(u.)K. Offizier 1848-1918“, Böhlau Verlag, Wien, Köln, Weimar 1991

**Erdmann, Karl Dietrich:** „Der Erste Weltkrieg“ in: „Handbuch der deutschen Geschichte“, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1980

**Feigl, Erich (Hrsg.):** „Kaiser Karl. Persönliche Aufzeichnungen, Zeugnisse und Dokumente“, 2. Auflage, Amalthea Verlag, Wien 1987

**Ferguson, Niall:** „The Pity of War. 1914-1918“, Penguin Books, London 1999

**Franek, Fritz:** „Entwicklung der österreichisch-ungarischen Wehrmacht in den ersten zwei Kriegsjahren“, in: Militärwissenschaftliche Mitteilungen, 64. Jg., Wien 1933,

**Frank, Alison Fleig:** „Oil Empire. Visions of prosperity in Austrian Galicia“, Harvard University Press, Cambridge (Mass.) 2005

**Führ, Christoph:** „Das K.u.K. Armeeoberkommando und die Innenpolitik in Österreich 1914-1917“, Hermann Böhlau Nachf., Graz – Wien – Köln 1968

**Glaise-Horstenau, Edmund (Hrsg.):** „Österreich-Ungarns letzter Krieg“, Verlag der Militärwissenschaftlichen Mitteilungen, Wien 1930-38

**Haller, Rudolf; Höfer, Ulf (Hrsg.):** „Gesammelte ökonomische, soziologische und sozialpolitische Schriften“, Verlag Holder-Pichler-Tempsky, Wien 1998

**Hancock, W.K.:** „Four Studies of War and Peace“, Cambridge University Press, Cambridge 1961

**Hardach, Gerd:** „Der Erste Weltkrieg“ in: „Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert“, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1973

**Hart, B.H. Lidell:** „Strategy“, Meridian, New York 1991

**Hayek**, Friedrich August von: „The Road to Serfdom“, The University of Chicago Press, Chicago 1994

**Hayek**, Friedrich August von: „The Fatal Conceit“, Routledge 11 New Fetter Lane, London 1988

**Hecht**, Rudolf: „Fragen zur Heeresergänzung der gesamten bewaffneten Macht Österreich-Ungarns während des Ersten Weltkrieges“, Dissertation an der philosophischen Fakultät der Universität Wien, Wien 1969

**Herwig**, Holger H.: „The First World War. Germany and Austria-Hungary 1914 -1918“, Arnold, a member of the Hodder Headline Group, London and New York 1997

**Höbelt**, Lothar: „Die Habsburger. Aufstieg und Glanz einer europäischen Monarchie“, Konrad Theiss Verlag GmbH, Stuttgart 2009

**Höbelt**, Lothar: „Franz Joseph I. Der Kaiser und sein Reich. Eine politische Geschichte“, Böhlau Verlag, Wien 2009

**Kann**, Robert A. et alia (Hrsg.): „The Habsburg Empire in World War I. Essays on the intellectual, military, political and economic aspects of the Habsburg war effort“, Columbia University Press, New York 1977

**Keegan**, John: „Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Tragödie“, Kindler Verlag GmbH, 2. Auflage, Hamburg 2000

**Kennedy**, Paul: „Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500-2000“, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, Juni 2003

**Kielmansegg**, Peter Graf: „Deutschland und der Erste Weltkrieg“, Klett-Cotta, Stuttgart 1980

**Klenner**, Markus: „Eisenbahn und Politik 1758-1914. Vom Verhältnis der europäischen Staaten zu ihren Eisenbahnen“, Universitätsverlag, Wien 2002

**Knorr, Klaus:** „The War Potential of Nations“, Princeton University Press, Princeton 1956

**Landwehr von Pragenau, Ottokar:** „Hunger. Die Erschöpfungsjahre der Mittelmächte“, Amalthea-Verlag, Wien 1931

**Leidinger, Hannes (Hrsg.):** „In russischer Gefangenschaft. Erlebnisse österreichischer Soldaten im Ersten Weltkrieg“, Böhlau Verlag, Wien 2010

**Leidinger, Hannes:** „Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr. Die Bedeutung der Kriegsgefangenenproblematik für die Geschichte des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa 1917-1920“, Böhlau Verlag, Wien 2003

**Lichem, Heinz von:** „Krieg in den Alpen 1915-1918“, Weltbild Verlag GmbH, Augsburg 1993

**Linnenkohl, Hans:** „Vom Einzelschuß zur Feuerwalze. Der Wettlauf zwischen Technik und taktik im Ersten Weltkrieg“, Koblenz 1990

**Mankiw, N. Gregory:** „Principles of Economics“, Harcourt Inc., Orlando 1998

**Meelich, Helmut:** „Die Kriegswirtschaft Österreich-Ungarn 1914-1918. Wirtschaftsorganisation und Versorgungspolitik im Ersten Weltkrieg“, Dissertation an der Wirtschaftsuniversität Wien 1976

**Mejzlik, Heinrich:** „Die Eisenbewirtschaftung im Ersten Weltkrieg. Die Planwirtschaft des k.u.k. Kriegsministeriums“, Verlag A. Schendl, Wien 1977

**Meyers Großes Konversations=Lexikon.** Ein Nachschlagewerk des Allgemeinen Wissens“, Bibliographisches Institut, Leipzig und Wien 1906

**Michalka, Wolfgang (Hrsg.):** „Der Erste Weltkrieg. Wirkung Wahrnehmung Analyse“, Seehamer Verlag, Weyarn 1997

**Müller**, E.M.: „Das Leistungswesen Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg“, Diplomarbeit an der Universität Wien 1973

**Neugebauer**, Karl-Volker (Hrsg.): „Grundzüge der deutschen Militärgeschichte“, Rombach Verlag, Freiburg 1993

**Ortner**, Mario Christian: „Die Österreichisch-Ungarische Artillerie in den Jahren von 1867-1918. Organisation, technische Entwicklung und Kampfverfahren“, Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie aus dem Fachgebiet Geschichte, eingereicht an der Universität Wien 2005

**Peball**, Kurt (Hrsg.): „Conrad von Hötzendorf. Private Aufzeichnungen“, Amalthea-Verlag, Wien/München 1977

**Plaschka**, Georg Richard; **Haselsteiner**, Horst; **Suppan**, Arnold: „Innere Front. Militärassistenten, Widerstand und Umsturz in der Donaumonarchie 1918“, Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1974

**Rauchensteiner**, Manfred: „Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg“, Verlag Styria, Graz 1993

**Rauchensteiner**, Manfred: „Der Erste Weltkrieg und der Zusammenbruch des alten Österreich“, Universitätsbibliothek Wien

**Reinschedl**, Manfred: „Die Aufrüstung der Habsburgermonarchie von 1880 bis 1914 im internationalen Vergleich“, Peter Lang GmbH, Frankfurt am Main 2001

**Rommel**, Erwin: „Infanterie greift an“, Österreichischer Milizverlag, Salzburg 1995

**Roth**, Regina: „Staat und Wirtschaft im Ersten Weltkrieg. Kriegsgesellschaften als kriegswirtschaftliche Steuerungsinstrumente“, Duncker & Humblot, Berlin 1997

**Rothenberg**, Gunther E.: „The Army of Francis Joseph“, Purdue University Press, West Lafayette, Indiana 1998

**Sandgruber**, Roman: „Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart“ in: Wolfram, Herwig (Hg.): „Österreichische Geschichte“, Verlag Carl Ueberreuter, Wien 1995

**Scheer**, Tamara: „Das Kriegsüberwachungsamt“, Diplomarbeit an der Universität Wien 2004

**Scheer**, Tamara: „Kontrolle, Leitung und Überwachung des Ausnahmezustandes während des Ersten Weltkriegs. Ausnahmeverfügungen und Kriegsüberwachungsamt“, Dissertation an der Universität Wien 2007

**Stevenson**, David: „1914 1918. The History of the First World War“, Penguin Books, London 2005

**Taylor**, A.J.P.: „Bismarck. The Man and the Statesman“, Sutton Publishing Limited, Thrupp, Stroud, Gloucestershire, Reprinted 2006

**Taylor**, A.J.P.: „The Habsburg Monarchy 1809-1918“, Penguin Books, England 1990

**Taylor**, A.J.P.: „The Struggle for Mastery in Europe 1848-1918“, Oxford University Press, Oxford 1971

**k.u.k Technisches Militärkomitee** (Hrsg.): „Mitteilungen über Gegenstände des Artillerie- und Geniewesens“, XLVI. Jahrgang, Waldheim Verlags AG, Wien 1916

**Veltzé**, Alois (Hrsg.): „Veltzés Armeé-Almanach. Ein militär-strategisches Handbuch“, Wien/Leipzig 1906-1914

**Wagner**, Walter: „Die k.(u.)k. Armee. Gliederung und Aufgabenstellung“ in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band V: Die bewaffnete Macht, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien 1987

**Wandruszka**, Adam; **Urbanitsch**, Peter (Hrsg.): „Die Habsburgermonarchie 1848-1918“, Band I: **Brusatti**, Alois (Hrsg.): „Die wirtschaftliche Entwicklung“, Verlag der österreichi-



schen Akademie der Wissenschaften, Wien 1973; Band V: „Die bewaffnete Macht“, Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 1987

**Wegs**, Robert J.: „Die österreichische Kriegswirtschaft 1914-1918“, Verlag A. Schendl, Wien 1979

**Williamson**, Samuel R., Jr.: „Austria-Hungary and the Origins of the First World War“, Macmillan Education Ltd, London 1991

**Wittich**, Alfred von: „Conrad von Hötzendorf“, Druck und Verlag Charles Coleman, Lübeck 1934

**Wrigley**, Chris (Hrsg.): „The First World War and the International Economy“, Edward Elgar Publishing Limited, Northampton, Massachusetts 2000

**Zamagni**, V.: „The Economic History of Italy 1860-1980“, Clarendon Press, Oxford 1993

**Zöllner**, Erich: „Geschichte Österreichs“, Verlag für Geschichte und Politik Wien, 8. Auflage, Wien 1990

## **Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1: Rüstungsausgaben 1910 und 1914 (in Millionen Kronen).....	15
Tabelle 2: Prozentueller Anstieg des Nettosozialproduktes von 1898 bis 1913.....	16
Tabelle 3: Rüstungsausgaben in Prozent des Volkseinkommens im Durchschnitt der Jahre 1910-1913 .....	17
Tabelle 4: Stahlproduktion der europäischen Mächte 1913 (in Millionen Tonnen):.....	17
Tabelle 5: Gesamte verfügbare Kohlemenge (in Millionen Tonnen) .....	26
Tabelle 6: Steinkohle (in Millionen Tonnen).....	27
Tabelle 7: Braunkohle (in Millionen Tonnen) .....	27
Tabelle 8: Koks (in Millionen Tonnen) .....	27
Tabelle 9: Kohlenproduktion (in Millionen Tonnen).....	28
Tabelle 10: Produktion je Arbeiter (in kg).....	28
Tabelle 11: Roheisenproduktion je Arbeiter in Tonnen pro Jahr.....	35
Tabelle 12: Eisen und Stahlerzeugung in Österreich-Ungarn (in Millionen Tonnen) .....	35
Tabelle 13: Kupfererzeugung, Ankauf und Beschlagnahmung (in Tonnen).....	40
Tabelle 14: Kupferlegierungen (in Tonnen) .....	41
Tabelle 15: Ankäufe aus dem Ausland (in Tonnen).....	41
Tabelle 16: Insgesamt vorhandenes Kupfer (in Tonnen) .....	42
Tabelle 17: Bleiversorgung (in Tonnen).....	43
Tabelle 18: Bei Kriegsausbruch vorhandene Kanonen, leichte und schwere Haubitzen .....	52
Tabelle 19: Waffenproduktion Österreich-Ungarns.....	56
Tabelle 20: Munitionserzeugung (in Millionen) .....	58
Tabelle 21: Kriegsflugzeugproduktion 1914-1918 .....	61
Tabelle 22: Rüstungsproduktion Russlands (ausgesuchte Sparten).....	64
Tabelle 23: Rüstungsproduktion Österreich-Ungarns (ausgesuchte Sparten) .....	64
Tabelle 24: Bevölkerung der Großmächte (in Millionen) .....	70
Tabelle 25: Friedenstruppenstärke (in Hunderttausend) .....	71
Tabelle 26: Mobilisierte Divisionen und Mannstärke (in Millionen) der I. und II. Linie .....	72
Tabelle 27: Enthobene .....	85
Tabelle 28: Frauen in der Rüstungsindustrie (in Tausend).....	86
Tabelle 29: Die Gesamtverluste Österreich-Ungarns nach den Meldungen der Armee im Felde .....	90
Tabelle 30: Verpfleg- und Kampfstände bei der Armee im Felde.....	91

Tabelle 31: Verpflegstand in der Heimat.....	92
Tabelle 32: Eisenbahnnetz in Europa in Kilometern.....	97
Tabelle 33: Entwicklungsstand des österreichisch-ungarischen Eisenbahnwesens im internationalen Vergleich 1913 .....	98
Tabelle 34: Lokomotiven- und Waggonproduktion.....	102
Tabelle 35: Großhandelspreis für Weizen (je 100 Kilo) .....	119
Tabelle 36: Durchschnittlicher Konsum von Brotgetreide (in 1.000 Tonnen, abzüglich des Saatgutes).....	120
Tabelle 37: Getreideeinfuhren von Ungarn nach Österreich (in Tausend Tonnen).....	121
Tabelle 38: Kohleausfuhr von Österreich nach Ungarn (in Millionen Tonnen).....	122
Tabelle 39: Mehlquoten pro Kopf und Tag .....	127
Tabelle 40: Bruttoinlandsprodukt der Großmächte (in Milliarden Kronen), dann pro Kopf (in Kronen) .....	134
Tabelle 41: Verteidigungsausgaben in % des BIP und 1913 in Millionen Kronen .....	135
Tabelle 42: Inanspruchnahme der Österreichisch-Ungarischen Bank in Milliarden Kronen.....	138
Tabelle 43: Verschuldung Österreichs bei der Österreichisch-Ungarischen Bank in Milliarden Kronen.....	139
Tabelle 44: Banknotenumlauf in Österreich und Ungarn.....	140
Tabelle 45: Geld im Umlauf im Jahresschnitt, Anstieg von 1914-1918 in Prozent.....	142
Tabelle 46: Emission österreichischer Kriegsanleihen.....	143
Tabelle 47: Österreichisches Budget 1913 und 1917/18.....	146
Tabelle 48: Kriegsausgaben Österreichs in Millionen Kronen.....	149
Tabelle 49: Direkte Kriegsausgaben in Milliarden US-Dollar zu laufenden Preisen .....	150
Tabelle 50: Handelsbilanz Österreich-Ungarns in Milliarden Friedenskronen .....	153
Tabelle 51: Außenhandel in Millionen Tonnen .....	154
Tabelle 52: Außenhandel Österreich-Ungarns in tausend Tonnen, Länderauswahl.....	155

## **Zusammenfassung**

Die Kriegswirtschaft Österreich-Ungarns war von Anfang an mit der Hypothek belastet, dass die Monarchie ein rückschrittlich-agrarischer Staat war, der sich bei der Mobilisierung aller Ressourcen für den totalen Krieg schwer tat. Das Habsburgerreich teilte damit das Schicksal Russlands und Italiens; auf der anderen Seite sind die höher entwickelten Volkswirtschaften Deutschland, Frankreich, Großbritannien. Der ersten Gruppe gelang es in weit geringerem Umfang, vorhandene Ressourcen für den Krieg aufzuwenden.

Es ist eine erstaunliche Feststellung, dass die Doppelmonarchie die wichtigste Kennziffer für die Rüstungsproduktion – den Stahlausstoß – bis zur Kriegsmitte deutlich in die Höhe treiben konnte. In dieser Hinsicht gelang Österreich-Ungarn ein kleines Wunder und ließ in der prozentuellen Produktionssteigerung alle anderen Länder hinter sich, bis auf Italien, dessen Stahlerzeugung aber von einem verschwindend geringen Niveau ausging.

Das Transportsystem begann seit Kriegsbeginn zu verfallen – erst beinahe unmerklich, dann immer deutlicher. Neben den allgemeinen Mangel- und Erschöpfungserscheinungen spielt gerade hier menschliches Versagen – insbesondere die Fehlplanung und die falsche Zuteilung von Ressourcen eine wichtige Rolle.

Für die Ernährungswirtschaft lässt sich ebenfalls oftmals Fehlplanung feststellen, allerdings waren hier die Rahmenbedingungen noch ungünstiger als im Transportsystem: die erzeugte Lebensmittelmenge nahm bereits im ersten Kriegsjahr drastisch ab und sank dann stetig weiter; als der Staat eingriff, den Anspruch der städtischen Bevölkerung und der Armee auf Nahrung mittels Höchstpreisen und Rationierung durchzusetzen, bewirkte das eine zusätzliche Verschärfung.

Bei der Analyse der Finanzwirtschaft fällt auf, dass sich Österreich-Ungarn ähnlich verhalten hat wie die anderen Kriegführenden: der Krieg wurde nur zu einem Bruchteil über Steuern finanziert, vor allem aber über Kredite (Kriegsanleihen) und Inflation (Kredite bei der Notenbank). Auch hier zeigt sich die Rückständigkeit der Donaumonarchie: der eigene Kapitalmarkt konnte den Krieg nicht nähren. Insgesamt wurde nur ein kleinerer Teil des Volkseinkommens und des Volksvermögens für den Krieg aufgewendet als in den höher entwickelten Staaten. Der Krieg wurde mehr als anderswo über Inflation finanziert.

Das Fazit ist, dass Österreich-Ungarn zwar zu der Gruppe der rückschrittlicheren Kriegführenden zählte, dass es sich aber erstaunlich wacker schlug – vor allem wenn man die vielen zusätzlichen Hindernisse bedenkt, welche die anderen Staaten nicht behinderten (etwa die Tatsache, dass die Habsburgermonarchie ein Vielvölkerreich war und ob der vielen Sprachen sich Kommunikations- und Führungsschwierigkeiten ergaben). Die Leistung Österreich-Ungarns – nicht in absoluten Zahlen sondern relativ – ist im Vergleich zu allen anderen Kriegführenden durchaus beachtlich.

## **Lebenslauf**

Geboren am 16. Jänner 1985, ledig

- 2003: **maturierte** an der Theresianischen Akademie in Wien mit ausgezeichnetem Erfolg; verfasste eine vom Wiener Stadtschulrat ausgezeichnete Fachbereichsarbeit „Motive und Folgewirkungen der Beneš-Dekrete“
- 2003-2004: absolvierte die **Einjährig-Freiwilligen-Ausbildung** als Jäger/s-Jäger beim Österreichischen Bundesheer; Beförderung zum Wachtmeister und Beordnung zum stellvertretenden Zugskommandanten im Bataillon „Wien 1 - Hoch und Deutschmeister“
- 2005-2007: arbeitete als **Financial Consultant** für die OVB AG; absolvierte zahlreiche Management- und Investmentseminare sowie die Prüfung auf der Wirtschaftskammer zum staatlich befugten Vermögensberater
- seit 2004: studierte **Geschichte** an der Universität Wien; der Fokus lag dabei auf wirtschaftlicher, politischer und militärischer Geschichte der Neuzeit und Zeitgeschichte
- 2007: absolvierte den ersten Studienabschnitt in Geschichte mit ausgezeichnetem Erfolg
- 2008: arbeitete drei Monate als wissenschaftlicher Mitarbeiter für das **Acton Institute** in Grand Rapids, Michigan
- 2009: schrieb seine **Diplomarbeit** in Geschichte über „Die Kriegswirtschaft Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg“; arbeitete drei Monate als wissenschaftlicher Mitarbeiter für das **Discovery Institute** in Seattle, Washington